



# DISSERTATION

Titel der Dissertation

„Niko Nardelli – Österreichs Statthalter in Dalmatien  
1906-1911.“

Ein „politischer Beamter“ im Spannungsfeld von Zentralmacht und  
Landesinteressen.

Verfasser

Mag. Wolfgang Pav

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, im Oktober 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt A 092 312  
Dissertationsgebiet lt. Studienblatt: Geschichte  
Betreuer: a.o. Univ. Prof. Dr. Alojz Ivanišević

## INHALT

<b><u>Vorwort</u></b>	3
<b><u>Einleitung</u></b>	4
<b><u>1. Der Werdegang von Niko Nardelli</u></b>	
Jugend und Ausbildung	11
Eintritt in den Staatsdienst	13
Ernennung zum Statthaltereirat	14
Hofrat Nardelli	16
Leitung der Statthalterei	20
Niko Nardelli – Statthalter von Dalmatien	21
„Geheimer Rat“ Nardelli	23
Nardelli privat	25
Kritik am Statthalter	30
Nardellis neuer Stellvertreter	34
Verleihung des Freiherrenstandes	37
Rücktritt als Statthalter	39
Mitglied des Herrenhauses	41
Der „vergessene“ Statthalter	43
<b><u>2. Die Bürokratie in der Monarchie</u></b>	
Das Beamtentum	
Gesetzliche Grundlagen	48
Die Praxis	50
Die Landesverwaltung in Cisleithanien	
Landtag, Landesausschuss und Gemeinden	55
Der Statthalter – ein „politischer Beamter“	59
<b><u>3. Die dalmatinischen Statthalter</u></b>	
Die Militärbefehlshaber	64
Nardellis Anfänge als „politischer Beamter“	68
Der erste Zivilist als Statthalter: Nardelli-Vorgänger Baron Handel	73
<b><u>4. Das Umfeld: Dalmatien am Beginn des 20. Jahrhunderts</u></b>	
Die staatsrechtliche Stellung Dalmatiens	76
Die Parteienlandschaft in Dalmatien	79
Die wirtschaftliche Rückständigkeit	82
<b><u>5. Spannungsfeld Zentralmacht – Kronland</u></b>	
Die Wiener Regierungen	87
Reaktionen auf Nardellis Bestellung	
Als Leiter der Statthalterei 1905	90
Als Statthalter 1906	94

Nardellis „Programm“ für Dalmatien	101
Die großen politischen Probleme:	
Der „Neue Kurs“ und die Resolution von Rijeka	104
Nardellis Eingriffe in die Reichsratswahlen	110
Dalmatien während der Annexionskrise	123
Die Sprachenfrage	128
Wirtschaftliche Probleme	
Das „Wirtschaftsprogramm für Dalmatien“	134
Der Eisenbahnbau	138
Die Kolonatsfrage	141

## **6. Maßnahmen der Statthalterei zum „Schutz“ des Reiches**

Regierungspropaganda	150
Einflussnahmen im Zeitungswesen	151
Die „anti-serbische“ Agitation	153
Politische Überwachungen	155
Privatpersonen	156
Beamtenapparat	160
Parteien	162
„Anarchisten“	166
Vereine und Organisationen	167
Entwaffnungen	173
Politischer Aktionismus – Einschreiten der Behörden	178
Demonstrationen	180
„Exzesse“	184
Ausländische Investoren – oder Spione?	190
Sonderfall: Die Stadtbeleuchtung von Kotor	193

## **7. Der Statthalter und die Kirchen**

Eucharistischer Kongress Dubrovnik 1909	203
Die Dominikaner und die Insel Lokrum	204
Dubrovnik: Unterstützung für Klerikale und Resolutionisten	205
Der Glagolica – Konflikt	208
Nardellis Rolle bei der Absetzung von Erzbischof Dvornik	212
Das Verhältnis zur Orthodoxen Kirche	221

## **8. Die „Abberufung“ von Statthalter Nardelli**

## **9. Die Bewertung der Tätigkeit Nardellis in der Presse**

<b><u>Zusammenfassung</u></b>	232
<b><u>Literatur</u></b>	235
<b><u>Abstract</u></b>	242
<b><u>Lebenslauf</u></b>	246

## VORWORT

Im Zuge einer Exkursion nach Dalmatien hatte ich die Aufgabe, ein Referat über „Die Kolonen von Split“ zu halten. Bei der Recherche stieß ich auf zwei höchst unterschiedliche Persönlichkeiten, die aus entgegengesetzten Positionen heraus, aber zum Teil gemeinsam, versuchten, diesen Konflikt zwischen den Kleinbauern und den Grundbesitzern durch einen sozial verträglichen und wirtschaftlich vernünftigen Kompromiss zu lösen. Auf der einen Seite stand Josip Smodlaka, Jurist, Rechtsanwalt in Split und „geistiger Vater“ der Bauernbewegung, auf der anderen Niko Nardelli, ebenfalls Jurist, Statthalter in Zadar und an Ruhe und Ordnung im Land interessiert.

Ein Jahr nach der Exkursion, bei meiner Diplomarbeit über „Die dalmatinischen Abgeordneten im Österreichischen Reichsrat“, fanden sich die beiden Herren in den Akten wieder. Smodlaka als antiklerikaler, höchst regierungskritischer Kandidat und Nardelli - wiewohl Landeschef und kein Parteipolitiker - als mit allen Mitteln agierender und letztendlich „erfolgreicher“ Verhinderer der Kandidatur Smodlakas.

Über Smodlaka gibt es ausführlich Literatur, über Nardelli finden sich nur wenige Seiten. Dies hat zu meiner - nicht zuletzt angesichts meiner nur rudimentären Kroatischkenntnisse - gewagten Entscheidung für diese Dissertation über den in seiner Heimat Dalmatien 85 Jahre nach seinem Tod nahezu völlig vergessenen ehemaligen Landeschef wesentlich beigetragen.

Mein Dank gilt vor allem Professor Alojz Ivanišević für seine Unterstützung, die fachlichen Hinweise und die Herstellung des überaus wichtigen Zugangs zum Staatsarchiv in Zagreb. In der Österreichisch-Kroatischen Gesellschaft habe ich Damen und Herren gefunden, die mir durch ihre persönlichen Beziehungen Kontakte ermöglicht haben, die bei den Recherchen in Zagreb, Zadar und Dubrovnik sehr hilfreich waren. Und schließlich danke ich meiner lieben Frau, die in den vergangenen beiden Jahren mit unserem „permanenten Gast“ Niko Nardelli leben musste und mir bei den Recherchen in Dubrovnik mit großem Interesse geholfen hat.

Zu Niko Nardelli habe ich im Zuge dieser Arbeit eine Art „persönlicher Beziehung“ aufgebaut. Dies mag mit ein Grund für meine zeitweise ziemlich kritische, jedoch wie ich denke nicht unfaire Auseinandersetzung mit ihm sein. Aber so wie ich ihn kennengelernt habe, würde er wohl dafür ein gewisses Verständnis aufbringen.

## EINLEITUNG

Niko Nardelli (1857 – 1925), in der „offiziellen Wiener Schreibweise“ zunächst Statthaltereirat Nikolaus Nardelli und zum Zeitpunkt seines Pensionsantrittes 1911 dann Geheimer Rat Freiherr Nikolaus von Nardelli, war einer von nur drei zivilen österreichischen Statthaltern im Königreich Dalmatien zwischen 1848 und 1918. Alle anderen Landeschefs waren jeweils zugleich die obersten Militärkommandanten. Und Nardelli war unter den zivilen Statthaltern der einzige gebürtige Dalmatiner.

Zu Beginn dieser Arbeit scheinen – schon was ihren Titel betrifft – einige Klarstellungen notwendig zu sein.

Zunächst ist der Zeitraum abzugrenzen, in dem Nardelli als Leiter der Statthalterei in Zadar (Zara)<sup>1</sup> fungierte. Er wurde bereits gegen Ende Jänner 1905 nach dem Abgang seines Vorgängers Baron Handel (dessen Stellvertreter er bereits in den Jahren zuvor gewesen war) Statthalterei-Vizepräsident und als solcher mit der Leitung der Statthalterei beauftragt. Erst knapp ein Jahr danach, Anfang Jänner 1906, wurde Nardelli tatsächlich zum Statthalter von Dalmatien ernannt und blieb in dieser Funktion bis zu seiner Pensionierung im Oktober 1911. Nardelli war somit faktisch Landeschef von 1905 bis 1911, auch wenn er mit dem offiziellen Titel Statthalter erst 1906 versehen wurde. Für die Beurteilung seiner Leistung in und für Dalmatien ist aber natürlich der gesamte Zeitraum seiner Tätigkeit an der Spitze des Kronlandes – also 1905 bis 1911 - heranzuziehen.

Weiters wird im Verlauf der Arbeit noch näher auf die Bezeichnung „politischer Beamter“ einzugehen sein. Diesen Begriff gibt und gab es in Österreich nämlich nicht – im Gegensatz etwa zum Deutschen Kaiserreich und auch zur heutigen Bundesrepublik Deutschland. Dort werden einige ausgewählte Spitzenbeamte „expressis verbis“ als „politische Beamte“ geführt, die sich in einem besonderen Vertrauensverhältnis zur jeweiligen Regierung befinden und bei einem Regierungswechsel gegebenenfalls auch aus ihrer Position ausscheiden müssen.

---

<sup>1</sup> Bei einer Arbeit über das damalige Dalmatien steht man immer wieder vor einem „Ortsnamen – Problem“: in dieser Arbeit werden die heute üblichen kroatischen Namen verwendet, wobei bei der ersten Namensnennung in Klammer die damals „amtliche“ italienische Bezeichnung gesetzt wird. In wörtlichen Zitaten erscheint selbstverständlich der Originalname und wird (zumindest beim ersten Mal, wo es für das Verständnis nötig erscheint aber auch bei späteren Nennungen) in Klammer durch den heutigen Namen ergänzt.

Ähnlich erfolgt auch der Austausch von „politischen Beamten“ bei einem Wechsel der Administration in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Im Gegensatz zum „Hofrat“ – also einem ranghohen Beamten sowohl in der Monarchie als auch in einigen Bereichen der Republik, der dem Staat und dem Gesetz unabhängig von der jeweiligen Regierung verpflichtet war und ist, scheint für einen „Statthalter“ in einem österreichischen Kronland (in einigen Ländern führte er auch den Titel „Landespräsident“) jedoch die Bezeichnung „politischer Beamter“ nicht nur zulässig zu sein, sondern vor allem der Praxis gerecht zu werden.

Der Statthalter war zunächst einmal dem Kaiser und selbstverständlich auch den Gesetzen verpflichtet, er war aber innerhalb des Kronlandes mit großen Befugnissen ausgestattet und somit durchaus ein „politischer Landeschef“ – wenn auch nicht durch eine demokratische Wahl legitimiert. Auf der anderen Seite war der Statthalter auf dem Weg über das Ministerium des Inneren der jeweiligen Wiener Regierung gegenüber weisungsgebunden. Und – er konnte jederzeit ohne Angabe von Gründen seines Amtes enthoben werden.

So befand sich also – unabhängig vom gesamten politischen und wirtschaftlichen Umfeld – zwar der Hofrat Nardelli in einer „gesicherten“ Beamtenposition, der Vizepräsident und spätere Statthalter Nardelli war hingegen dem „Spannungsfeld“ zwischen den Interessen des Kronlandes und der Wiener Zentralmacht mit aller Härte ausgeliefert.

Um es vorweg zu nehmen: Nardelli war ein korrekter und aufrechter österreichischer Beamter, seinem Kaiser treu ergeben und nach außen hin Repräsentant der Wiener Politik im Kronland Dalmatien. Er war von seiner Einstellung her „klassisch wert-konservativ“: der Weiterbestand der Monarchie, die Erhaltung des politischen Systems und die Abwehr „revolutionärer Bewegungen“ standen für ihn im Mittelpunkt seines Handelns. Ebenso die Bewahrung von Ruhe, Recht und Ordnung.

Er war aber auch ein „Sohn des Landes“ und gegenüber modernen Entwicklungen vor allem im wirtschaftlichen und technischen, aber auch im kulturellen Bereich sehr aufgeschlossen. Und er wusste um die für viele Landsleute lebensbedrohenden Defizite im Kronland Dalmatien. Hier versuchte er in Wien – aber auch im Land selbst – in kleinen Schritten Besserungen zu erreichen.

Dieses Spannungsfeld war vielfach von Unverständnis und Misstrauen der Wiener Zentralstellen geprägt und oftmals durch die „österreichische Bürokratie“ – auch im Kronland

selbst – gehemmt. Und es wurde durch die staatsrechtlichen und politischen Forderungen einer kleinen dalmatinischen Politikerschicht – vorwiegend Rechtsanwälte, Großgrundbesitzer und Priester – noch verschärft.

### **Zur Quellenlage**

Zur Quellenlage ist anzumerken, dass kein Nachlass von Niko Nardelli aufgefunden werden konnte.<sup>2</sup>

Da Nardelli keine Nachkommen hatte, waren – 85 Jahre nach seinem Tod – in seiner Heimatstadt Dubrovnik auch im Rahmen des größeren Nardelli - Familienkreises keine über Niko Nardelli näher informierten Auskunftspersonen anzutreffen. Es mußte deshalb ausschließlich auf schriftliche Quellen zurückgegriffen werden.

In kroatischer Sprache gibt es über Nardelli zwei kürzere Veröffentlichungen von Ivo Perić. In den „Politischen Porträts aus der dalmatinischen Vergangenheit“ ist ein Kapitel dem österreichischen Statthalter gewidmet und in den „Historischen Annalen“ gibt es einige Seiten über den Briefwechsel Nardellis mit dem Bürgermeister von Dubrovnik, Pero Čingrija.

In deutscher Sprache finden sich jeweils einige Absätze über Nardelli bei Günter Schödl (Kroatische Nationalpolitik und „Jugoslavenstvo“), bei Johannes Kalwoda (Reichsratswahlen und Parteiengefüge in Dalmatien) und in meiner Diplomarbeit über die dalmatinischen Abgeordneten im Österreichischen Reichsrat.

Als Beamter hat Niko Nardelli jedoch eine umfangreiche Korrespondenz hinterlassen. Im Allgemeinen Verwaltungsarchiv des Österreichischen Staatsarchivs in Wien sind Berichte des Statthalters über nahezu jede in seinen Augen relevante Begebenheit im Kronland enthalten, im Haus-, Hof- und Staatsarchiv konnten neben einigen Schriftstücken in den Nachlässen „Franz Ferdinand“ und „Macchio“ vor allem die Kabinettskanzlei – Vorträge ausgewertet werden, die einen lückenlosen Überblick über die einzelnen Stufen in der Beamtenlaufbahn Nardellis, sowie seine Ernennungen und Ehrungen ermöglichen.

---

<sup>2</sup> Dies wird auch durch ein Schreiben von Prof. Aleksandar Jakir (Univ. Split) vom 18.1.2010 an den Verfasser untermauert. Dort heißt es bezüglich eines eventuellen Nardelli-Nachlasses: „Alle Kollegen, mit denen ich gesprochen habe, und die sich mit ihm beschäftigt haben, sind übereinstimmend der Auffassung, daß ein solcher nicht existiert.“

Zu den Akten im AVA ist anzumerken, dass ein Teil der Dalmatien betreffenden Schriftstücke beim Brand des Justizpalastes vernichtet wurde und weitere Akten teilweise stark beschädigt erhalten sind.

Zahlreiche Dokumente wurden auf Grund des Friedensvertrages von St. Germain an Jugoslawien ausgeliefert und befinden sich im Staatsarchiv Zagreb, vor allem die ehemaligen „ausgelieferten“ AVA – Kartons „Dalmatien“ des K. k. Ministeriums des Inneren.

Im Staatsarchiv Zadar konnte neben den normalen Statthaltereiakten auch in die Geheimakten der k.k. Statthalterei (mit handschriftlichen Notizen Nardellis und einigen persönlichen Schreiben - ohne Aktenzahlen - von Wiener Regierungsvertretern) eingesehen werden. Die Stenografischen Protokolle des Dalmatinischen Landtags waren im Staatsarchiv Zadar allerdings nicht vollständig auffindbar.

Im Staatsarchiv in Dubrovnik konnten noch Nardelli persönlich betreffende Akten aufgefunden werden, darunter einige Originalbriefe an Pero Čingrija, Nardellis Schulzeugnisse aus dem Gymnasium und sein Testament. Im Bischofsarchiv befindet sich eine Eintragung im Geburtenregister.

Einige wenige Informationen über den Privatmann Niko Nardelli und seine - vor allem im Ruhestand - künstlerische und literarische Tätigkeit waren in Form einer kurzen von ihm verfassten historischen Schrift in der Wissenschaftlichen Bibliothek von Dubrovnik zu finden. Außerdem existieren von Nardelli gemalte Bilder mit historischen Portraits im Dominikanerkloster von Dubrovnik.

Von Silvio Nardelli, dem Bürgermeister des südlich von Dubrovnik gelegenen Ortes Župa Dubrovačka, wurde die Kopie eines bis 1680 zurückreichenden Stammbaumes der Familie Nardelli zur Verfügung gestellt.

Schließlich wurden noch Zeitungsberichte ausgewertet, wobei die in Wien erschienenen Zeitungen das mangelnde Interesse in der Residenzstadt an Dalmatien widerspiegeln und nur enttäuschende Ergebnisse in Form weniger Kurzmeldungen brachten. Naturgemäß intensiver war die Berichterstattung über Nardelli in den dalmatinischen - und auch kroatischen - Zeitungen.

Gravierender Nachteil bei der Recherche war jedoch, dass in der Nationalbibliothek in Zagreb und im Staatsarchiv Zadar die meisten damaligen Zeitungsausgaben noch nicht auf Mikrofilm sind und z. B. die „Crvena Hrvatska“ auf Grund ihres schlechten

Erhaltungszustandes in Zagreb nicht mehr ausgefolgt wird. Dies wurde verständlich, als im Staatsarchiv in Zadar einige dieser Exemplare – mit gebührender Vorsicht - noch im Original angesehen werden konnten. Die Bestände sind jedoch leider unvollständig.

### **Zur Fragestellung**

Eine Fragestellung hat sich – noch bevor überhaupt auf das Thema „Spannungsfeld Wiener Zentrale – Kronland“ eingegangen wird – von Anfang an gestellt: wie war es möglich, dass ein „kleiner“ bürgerlicher Jurist aus dem „fernen“ Dubrovnik erster in Dalmatien geborener ziviler Landeschef in diesem Kronland werden konnte?

Gedankenspiele dazu waren naheliegend: gab es einen mächtigen erzherzoglichen Fürsprecher in Wien, oder zumindest hochgestellte Persönlichkeiten im politischen oder im kirchlichen Bereich? Diese Fragen sind nach dem vorliegenden Material zu verneinen. Auch für mögliche andere „Beziehungen“, wie z. B. eine Verbindung aus der Studentenzeit in Graz oder etwa Freimaurerei finden sich keine Hinweise. Nardelli hat sich wohl sein späteres Ansehen in Wien bereits in Zadar selbst „erarbeitet“ und damit jene Persönlichkeiten auf Landesebene überzeugt, die ihm dann später weitergeholfen haben.

Die Fragestellungen zum eigentlichen Arbeitsthema – und damit zusammenhängend die möglichen Antworten – zielen in drei Richtungen.

Wie hat sich Nardelli in jenem Spannungsfeld verhalten, in dem seine Aktionsmöglichkeit durch übergeordnete Entscheidungen bzw. Ereignisse äußerst eingeschränkt war (etwa die Auswirkungen der Regierungskrise in Ungarn 1905, die Wahlrechtsreform 1907 oder die Annexion von Bosnien – Herzegowina 1908).

Was hat er allerdings innerhalb seines Landes und auch in Richtung Wiener Regierung bei „großen“ Themen zu bewerkstelligen und mit einer gewissen Hartnäckigkeit zumindest teilweise auch umzusetzen versucht, um Dalmatien (jedenfalls in seinen Augen) zu „helfen“? Hierher gehören wohl seine Forderung nach einem Wirtschaftsprogramm zur Hebung Dalmatiens, seine Eingriffe im Umfeld der Resolution von Rijeka 1905 und der Reichsratswahlen 1907 (in geringerem Maß auch 1911), das unermüdliche Eintreten - im Zusammenwirken mit den dalmatinischen Abgeordneten - für eine Eisenbahnverbindung (gegen den Widerstand Ungarns) mit der übrigen Monarchie und schließlich die Einführung der kroatischen Amtssprache in Dalmatien.

Im dritten Bereich schließlich soll der Frage nachgegangen werden, wie Nardelli bei jenen Themen agierte, die auf den ersten Blick nicht die wirklich „weltbewegenden“ waren, die aber nicht zuletzt aus seiner Kenntnis des Landes für die einheimische Bevölkerung von Bedeutung waren (auch wenn Nardelli, wenn es um Ruhe und Ordnung ging, die Leute durchaus zu „ihrem Glück zwingen“ wollte).

Hier mußte er vor allem in die permanenten Auseinandersetzungen zwischen „den Italienern“ und „den Kroaten“ im Land eingreifen. Dabei versuchte er im Land selbst und auch gegenüber Wien zwischen „gewöhnlichen Wirtshausraufereien“ und „das Ansehen des Staates tangierenden Exzessen“ zu unterscheiden. Oder zwischen den Spionageängsten des Militärs und nützlichen ausländischen Wirtschaftsinvestitionen zu differenzieren. Ebenso – in die andere Richtung - dalmatinische Serben gegen den „Wiener Generalvorwurf“ des Hochverrates in Schutz zu nehmen.

Des weiteren versuchte Nardelli in kleinen Schritten, im Wissen um die Mentalität eines großen Teils der Bevölkerung und um die Schwerfälligkeit der Bürokratie, den wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt voranzutreiben und - bei allem Verständnis für die nationalen Anliegen der dalmatinischen Kroaten - darauf einzuwirken, die politisch handelnden Personen bei ihren oppositionellen Aktionen in jenem Rahmen zu halten, der für eine weitere pragmatische Zusammenarbeit zwischen dem Kronland und den Wiener Regierungsstellen einfach erforderlich war.

In diesem Zusammenhang ging es natürlich auch um die Frage der persönlichen Machtausübung Nardellis, um das Durchsetzungsvermögen gegenüber nachgeordneten Dienststellen, um durchaus untergriffig geführte Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern und auch ein gewisses Beharrungsvermögen gegenüber seinen Wiener Vorgesetzten. Selbstverständlich wurde auch Fehlern nachgegangen, die Nardelli in seiner Amtszeit unterlaufen sind.

Die Bilanz nach sechsdreiviertel Jahren an der Spitze des Landes ist – um einen heute üblichen Ausdruck zu verwenden – „durchwachsen“. Dabei hat in Dalmatien selbst der Tenor überwogen, dass Nardelli in seiner Zeit als Statthalter zwar mehr erreichen hätte wollen, Wien ihn jedoch daran gehindert habe.

**Geheimer Rat Nikolaus Nardelli**



Österreichs Statthalter in Dalmatien 1906 – 1911

---

<sup>3</sup> © Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv. Das Foto (Atelier Eugen Schöfer, Wien 1., Kohlmarkt 10) hat auf der Vorderseite die Jahreszahl 1911, auf der Rückseite jedoch den handschriftlichen Vermerk: „*Meinerseits kein Anstand gegen die Reproduction*“. Zara 15. IX.08. Nardelli.

## 1. DER WERDEGANG VON NIKO NARDELLI

### Jugend und Ausbildung

Nicolo Giuseppe Giovanni Guglielmo Nardelli wurde am 25. Juni 1857 in Dubrovnik geboren.<sup>4</sup> Sein Vater Antun und seine Mutter Luce, geborene Klečak, bewohnten ein Haus in Pile, einem Vorort von Dubrovnik.<sup>5</sup> Dort kam Niko Nardelli zur Welt und dort lebte er bis zu seinem 17. Lebensjahr.

Ahnherr Antonio Giuseppe Nardelli stammte aus Brindisi und wanderte um 1680 in Dalmatien ein.<sup>6</sup> Sein Sohn Beppo (1680 – 1763) lebte in Cavtat und wurde zum „Stammvater“ der beiden noch heute bestehenden Nardelli-Clans in Plat / Župa Dubrovačka und in Dubrovnik selbst. Niko Nardellis Vater Antun (geb. 1822) war in vierter Generation einer von drei Brüdern im Dubrovniker Zweig der Familie.<sup>7</sup> Antun Nardelli war von Beruf notarieller Registrator im Lande und als solcher kaiserlicher Beamter, Niko Nardellis Großvater Klečak war Seehandelskaufmann.<sup>8</sup>

Antun und Luce Nardelli waren seit 1847 verheiratet und blieben – in dieser Zeit ungewöhnlich – zehn Jahre lang kinderlos. Niko war das einzige Kind.

Ebenso auffallend ist, dass Niko schon sehr früh in die Schule kam (im fünften Lebensjahr) und die Grundschule bereits im Schuljahr 1861/62 besuchte. Als Niko sieben Jahre alt war, starb sein Vater (1864).

---

<sup>4</sup> Dubrovački biskupijski arhiv (Bischofsarchiv Dubrovnik). Taufregister des „Borgo Pile“ 1857 - Nr. 26. Niko kam am 25. Juni um fünf Uhr früh zur Welt und wurde am 16. Juli getauft. (borgo ital. = Weiler, Vorstadt).

<sup>5</sup> Recherchen im Katasteramt Dubrovnik haben ergeben, dass zur fraglichen Zeit allerdings im „Borgo Pile“ kein Haus auf den Namen Nardelli registriert war. Die Vermutung, dass das Haus auf den Familiennamen von Nardellis Frau (Klečak) registriert war, konnte allerdings nicht verifiziert werden.

<sup>6</sup> Die Familiendaten sind dem Stammbaum der Familie Nardelli entnommen. Eine Kopie des Stammbaumes wurde von Silvio Nardelli, dem Bürgermeister von Župa Dubrovačka, zur Verfügung gestellt. Silvio Nardelli (geb. 1966) ist – im „Plater-Familienzweig“ - in achter Generation Nachfahre von Beppo Nardelli.

<sup>7</sup> Niko Nardellis Großeltern Nikola und Marija (geb. Bratić) hatten insgesamt zehn Kinder, von denen drei Schwestern und die Brüder Antun, Petar und Ilija das Erwachsenenalter erlebten.

<sup>8</sup> Bischofsarchiv Dubrovnik, Taufregister „Borgo Pile“ 1857 – Nr. 26. Die italienisch eingetragene Berufsbezeichnung von Vater Antun lautet: „I.R. Registrante Circolare“. Beim Vater der Mutter (Klečak) steht „Marittimo Negoziante“.

Im Jahr danach kam Niko Nardelli an das Gymnasium in Dubrovnik. Er hatte seit dem ersten Schuljahr (1865/66) ein Stipendium und war in den ersten vier Klassen – obwohl im Schnitt ein bis zwei Jahre jünger als seine Mitschüler – immer unter den besten Schülern zu finden.<sup>9</sup>

Die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in der Folge des Staatsgrundgesetzes von 1867 und des österreichisch-ungarischen Ausgleichs 1868 hatten – teilweise - auch Auswirkungen auf den Schüler Nardelli. Als er in der 3. Klasse war (1867/68), gab es einen hartnäckigen Kampf um eine Säkularisierung des Gymnasiums und schon im nächsten Schuljahr (1868/69) „wurde der Unterricht aus den Händen der Jesuiten – Professoren an weltliche Professoren übertragen“.<sup>10</sup>

Ob der Lehrerwechsel Schuld war oder ob es sich um persönliche Probleme des Heranwachsenden handelte, muß wohl unbeantwortet bleiben: jedenfalls hatte der erst zwölfteinhalb Jahre alte Niko im ersten Semester der fünften Klasse beträchtliche Schwierigkeiten – sowohl im lernmäßigen, als auch im disziplinären Bereich. Beteiligung an der Beschädigung schulischer Objekte ist im Semesterzeugnis kritisch vermerkt, in Latein und Mathematik waren die Beurteilungen „Nichtgenügend“. Im zweiten Semester hatten sich die Noten dann wieder deutlich gebessert und auch beim Betragen gab es keinen Anstand mehr.<sup>11</sup>

Ab dem Beginn des Schuljahres 1869/70 begann der Prozess der Kroatisierung des Gymnasiums in Dubrovnik. Die kroatische Sprache wurde an Stelle der italienischen Unterrichtssprache an diesem Gymnasium stufenweise eingeführt. Begonnen wurde damit 1869 in der ersten und zweiten Klasse. Nardelli war damals in der fünften Klasse und daher von der Änderung der Unterrichtssprache nicht mehr betroffen - er hatte seinen Unterricht bis zur achten Klasse in italienischer Sprache.<sup>12</sup>

In den letzten drei Klassen des Gymnasiums lag Nardelli mit seinen schulischen Leistungen im Klassendurchschnitt (an 8. bzw. 9. Stelle von 15 Schülern). Ausgezeichnete Noten erhielt er in dieser Zeit aber durchgehend im Unterrichtsgegenstand „Deutsche Sprache“ – hier zählte er zu den Klassenbesten, was für die weitere Karriere sicherlich nicht hinderlich war.<sup>13</sup>

---

<sup>9</sup> Državni arhiv Dubrovnik (Staatsarchiv Dubrovnik). Im Catalogo del Imp. Reg. Ginnasio Superiore di Ragusa der Schuljahre 1865/66 (1. Klasse) bis 1872/73 (8. Klasse) sind sämtliche Zeugnisse aller Schüler gesammelt.

<sup>10</sup> Ivo Perić, *Politički portreti iz prošlosti Dalmacije: Niko Nardelli u ulozi austrijskog namjesnika u Dalmaciji* („Politische Porträts aus der dalmatinischen Vergangenheit: Niko Nardelli in seiner Rolle als österreichischer Statthalter in Dalmatien“). (Split 1990) S. 193 – 221. Hier S. 195.

<sup>11</sup> Staatsarchiv Dubrovnik, Klassenkatalog Gymnasium, 5. Klasse 1869/70.

<sup>12</sup> Perić, *Politički portreti*. S. 195.

<sup>13</sup> Staatsarchiv Dubrovnik, Klassenkatalog Gymnasium, 6. Klasse 1870/71, 7. Klasse 1871/72 und 8. Klasse 1872/73..

Die Matura legte Niko Nardelli im Jahr 1873 ab. Danach studierte er in Graz von 1874 bis 1877 Rechts- und Staatswissenschaft.<sup>14</sup>

### **Eintritt in den Staatsdienst**

Während sich viele Juristen in dieser Zeit in Dalmatien dem Anwaltsberuf verschrieben (*„unter anderem nicht zuletzt deshalb, um weniger vom Willen des Regimes abhängig zu sein“*)<sup>15</sup> - wobei allerdings einige von ihnen als Abgeordnete sehr wohl politisch tätig waren - entschied sich Nardelli, in den Staatsdienst einzutreten. Ursprünglich wollte er Richter werden und so begann er seine Karriere im Staatsdienst als Rechtspraktikant beim Kreisgericht in Dubrovnik. Seit September 1877 war er dort Richteramtsanwärter, 1879 Beisitzer. Im Jahr 1881, nach der richterlichen Praxis (als Assessor), legte er die Richterprüfung mit Auszeichnung<sup>16</sup> ab. Er konnte danach aber keinen entsprechenden Arbeitsplatz erhalten und entschied sich daher zu einem Wechsel in den politischen Verwaltungsdienst in Zadar, wo er gegen Ende 1881 in der Statthalterei den Dienst als Konzipientspraktikant begann und 1882 als Konzipient weitermachte.

Seinen weiteren dienstlichen Werdegang kann man durchaus als „Bilderbuchkarriere“ eines Beamten im politischen Verwaltungsdienst bezeichnen.

Er *„avancierte im Jahre 1884 zum Bezirkskommissär“* und wurde am 31. Oktober 1886 mit der Leitung des Statthalterei-Präsidialbüros betraut. In dieser Verwendung rückte er zum Statthalterei- Sekretär vor und wurde schließlich im Oktober 1888 Bezirkshauptmann. Außer den Präsidialgeschäften führte Nardelli in den folgenden Jahren *„auch das schwierige Polizeireferat in ausgezeichnete Weise“*.<sup>17</sup>

---

<sup>14</sup> In diesem Zusammenhang ist von Interesse, dass Nardelli das Jusstudium in Graz nicht abgeschlossen hat. In einer schriftlichen Mitteilung des Universitätsarchivs der Karl-Franzens-Universität Graz vom 18.8. 2010 wird bestätigt, dass Nardelli vom Sommer-Semester 1874 bis zum Sommer-Semester 1877 an der Universität gemeldet war, doch heißt es weiter, dass *„wir trotz intensiver Suche nicht alle drei notwendigen Staatsprüfungen nachweisen konnten. Die rechtshistorische Staatsprüfung hat er am 29.7.1875 abgelegt, die judizielle am 10.7.1877.“* Zum Werdegang Nardellis finden sich Kurzübersichten anlässlich der Bestellung zum Leiter der Statthalterei bzw. zum Statthalter in den Zeitungen *Smotra Dalmatinska* 7/ 1905 (25.1.1905) S. 2, *Dom i Sviet* 4/ 1906 (1.2.1906) S. 78 und *Tršćanski Lloyd* 4/1906 S. 151, wobei in allen diesen Überblicken die Studienzeit in Graz mit 1873 (!) – 1877 angegeben wird.

<sup>15</sup> Perić, *Politički portreti*, S. 196.

<sup>16</sup> Der Hinweis „mit Auszeichnung“ findet sich bei den verschiedenen Zeitungsberichten nur im *Tršćanski Lloyd* 4/1906.

<sup>17</sup> Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (HHStA), Kabinettskanzlei-Vorträge. Karton 17 / 1894. Nr. 4053 (2.9.1894): Vortrag des Ministers des Inneren Marquis Bacquehem mit dem Antrag, Nardelli zum Statthalterrat zu ernennen.

## Ernennung zum Statthaltereirat

Trotz der „*ausgezeichneten und verdienstvollen*“ Dienstleistung Nardellis, die mit ah. Entschließung vom 10. Mai 1891 mit der Verleihung des Ritterkreuzes des Franz Josef – Ordens gewürdigt worden war, ging die für die weitere Karriere ganz wesentliche Ernennung zum Statthaltereirat nicht ohne Probleme vor sich. Der Dienstposten war schon am 9. Mai 1894 durch den Wechsel des Statthaltereirates Anton Ritter Vuković von Vucyidol in den dalmatinischen Landesschulrat frei geworden.<sup>18</sup>

Der seit 1890 amtierende Statthalter Emil von David schätzte ganz offensichtlich Nardellis Arbeit und förderte seine Karriere. Er schlug am 10. Mai 1894 in seinem Antrag an den Innenminister den Bezirkshauptmann Nardelli als Vuković-Nachfolger vor. Der Innenminister hatte jedoch Bedenken, weil „*Nardelli seinem Range nach erst den 8. Platz in der Reihe der Bezirkshauptmänner in Dalmatien einnimmt und mit seiner Ernennung eine unverdiente Zurücksetzung seiner Vormänner, unter welchen Einzelnen die Eignung für eine Statthaltereiratsstelle nicht fehlt, verbunden wäre*“.<sup>19</sup> Der Minister des Inneren, Olivier Marquis von Bacquehem lehnte den Vorschlag ab und forderte David zur neuerlichen Berichterstattung in dieser Frage auf. Dass der Statthalter in seinem neuen Antrag auf Nardelli beharrte, ist auf mehrere Aspekte zurückzuführen, von denen die meisten zweifellos mit der Persönlichkeit Nardellis in Zusammenhang zu bringen sind.

Zunächst war Nardellis Karriere - jedenfalls in den Anfängen – nicht auf „Beziehungen“ zur Zentrale in Wien aufgebaut. Diese Vermutung hätte zu einer der möglichen Antworten auf die Frage geführt, wie es ein „kleiner Jurist aus Dubrovnik“ in dieser damaligen Zeit zum Hofrat und später zum Statthalter des Königreiches „bringen konnte“. Nardelli bereitete das Terrain offenbar in Zadar selbst auf - mit seinem Arbeitseifer, seinen Kenntnissen und auch seinen persönlichen Umgangsformen. Fähigkeiten, die er als Hofrat und Statthalter auch bei seinen häufigen Aufenthalten in Wien einsetzen konnte und mit denen er sich seine dann in späterer Zeit zweifellos bestehenden „guten Kontakte“ in der Haupt- und Residenzstadt erwarb.

---

<sup>18</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart. 17 / 1894. Nr. 4053 (2.9.1894). Vuković wurde zum Referenten für die administrativen und ökonomischen Angelegenheiten beim Landesschulrat ernannt. Er war dann von 1897 bis 1911 Reichsratsabgeordneter und danach Mitglied des Herrenhauses. Zu Vuković vgl. auch Wolfgang Pav, Die dalmatinischen Abgeordneten im Österreichischen Reichsrat nach der Wahlrechtsreform von 1907. Ungedr. univ. Diplomarbeit (Wien 2008). S. 50.

<sup>19</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart. 17 / 1894. Nr. 4053 (2.9.1894). Vortrag des Ministers des Inneren.

Dazu kam, dass Nardelli ein „Beamter mit Leib und Seele“ war, der in seiner Arbeit in der jeweiligen Dienststelle völlig aufging. Das mag wohl mit ein Grund dafür gewesen sein, dass er Zeit seines Lebens Junggeselle blieb.

Nardelli wird (bei Perić) *„als maßvoll, kulturell und zuvorkommend“* beschrieben, von sanftem Naturell, der bei den Menschen, die sich an ihn mit Fragen oder Problemen wandten, *„mehr einen freundlichen, als einen negativen Eindruck“* hinterließ. Und auch in jenen Fällen, in denen er den Antragstellern nicht helfen konnte, sahen die Leute ihn nicht als einen, *„dem es an gutem Willen mangelte, sondern als einen, dem existierende Vorschriften, die Stellung seiner Vorgesetzten oder andere objektive Hindernisse eine Erledigung nicht möglich machten“*<sup>20</sup>.

Mit Tüchtigkeit und Taktik konnte er wohl das Vertrauen seiner Vorgesetzten gewinnen, zugleich hielt ihn seine Auffassung vom Dienst eines österreichischen Beamten davon ab, sich parteipolitisch zu betätigen. Nardelli war jedoch keineswegs apolitisch, wie sich bereits seit 1889 bei seinen Auftritten im Sabor, dem dalmatinischen Landesparlament in Zadar - als Referent an der Seite des dalmatinischen Regierungsvertreters - mit der Verteidigung der Politik der österreichischen Regierung gegenüber den Abgeordneten zeigte.<sup>21</sup> Dabei war es ihm in den fünf Sessionen bis 1884 mit *„seinem schlagfertigen und überzeugenden Eingreifen in die Debatte nicht selten gelungen, ungerechtfertigte Angriffe gegen die Regierung erfolgreich zurückzuweisen“*.<sup>22</sup>

Als ein weiterer wesentlicher Aspekt bei der Bestellung Nardellis zum Statthaltereirat waren seine Sprachkenntnisse anzusehen. Schon bei seiner ersten Sabor - Session hatte sich Nardelli als besonders aktives Mitglied der Regierungskommission vor allem bei der Erteilung von Auskünften an die Abgeordneten gezeigt, weil er – verglichen mit dem damaligen stellvertretenden Statthalter Alphons Pavić von Pfauenthal und dem Statthaltereirat Karl Maria Truxa – *„sich besser in der kroatischen Sprache ausdrücken konnte“*.<sup>23</sup>

Ein Umstand, der auch von Statthalter David beim neuerlichen Bestimmungsvorschlag besonders hervorgehoben wurde: Nardelli wäre untern allen Anwärtern auf den Statthaltereiratsposten *„der einzige, der vollkommene Beherrschung der deutschen,*

---

<sup>20</sup> Perić, Politički portreti, S. 196.

<sup>21</sup> Vgl. dazu Kapitel : Nardellis Anfänge als „politischer Beamter“. S. 68.

<sup>22</sup> HHSStA, Kabinettskanzlei. Kart. 17 / 1894. Nr. 4053 (2.9.1894). Vortrag des Ministers des Inneren.

<sup>23</sup> Perić, Politički portreti, S. 196.

*italienischen und serbo-kroatischen Sprache mit umfassender Gesetzeskenntnis, scharfen juristischen Urtheile und einer allseitigen praktischen Erfahrung vereinigt und bisher in allen seinen Verwendungen stets Vorzügliches geleistet hat“.*<sup>24</sup>

Die Frage der Sprachbeherrschung – vor allem des Kroatischen - bei seinen Beamten sollte Nardelli bis zum Ende seiner Amtszeit als Statthalter immer wieder beschäftigen.

Bei seiner Bestellung zum Statthaltereirat halfen Nardelli mit dem Glück des Tüchtigen auch noch Umstände, die nicht in seinem Bereich lagen: Statthalter David hatte dem Innenminister berichtet, dass - neben dem Problem der mangelnden Sprachkenntnisse - einige der vor Nardelli gereihten Bezirkshauptmänner den Posten des Statthaltereirates gar nicht anstreben würden.

Damit wären nur zwei echte Konkurrenten übrig geblieben, „*doch auch diese werden von allgemeiner Begabung, juristischer Bildung und Geschäftskennntnis von Nardelli überragt*“.<sup>25</sup>

Der Statthalter konnte die Bedenken des Innenministers zerstreuen und so wurde Nardelli vier Monate nach der Ablehnung des ersten Antrags von Minister Bacquehem doch dem Kaiser zur Ernennung vorgeschlagen. „*Er ist in eminenter Weise vertrauenswürdig, hervorragend begabt und sein Auftreten muß als ein in jeder Beziehung correctes bezeichnet werden*“. Die Ernennung zum Statthaltereirat bei der Statthalterei in Dalmatien erfolgte am 10. September 1894.<sup>26</sup>

## **Hofrat Nardelli**

Der nächste große Karrieresprung für Nardelli war dann am 28. Mai 1898. Er erhielt vom Kaiser „den Titel und Charakter eines Hofrathes mit Nachsicht der Taxen.“<sup>27</sup>

Ministerpräsident Graf Franz Thun, der zugleich die Leitung des Ministeriums des Inneren ausübte, brachte seinen Antrag „über Anregung des Statthalters“ ein und fügte den bereits

---

<sup>24</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart. 17 / 1894. Nr. 4053 (2.9.1894). Diese von Statthalter David in seiner Stellungnahme an Minister Bacquehem als Begründung für sein Festhalten an einer Bestellung Nardellis gelieferte Formulierung wurde vom Minister in seinem Kabinettsvortrag mit der Feststellung übernommen, „diese Ausführungen zerstreuten die Bedenken des Ministers des Inneren“.

<sup>25</sup> Ebd.; David nannte die Bezirkshauptmänner Josef Ritter von Seifert in Zara (Zadar) und Ambros Freiherr von Maroičić in Ragusa (Dubrovnik), wobei „*die Amtswirksamkeit des Freiherrn von Maroičić in den letzten Jahren nicht ganz vorwurfsfrei war*“.

<sup>26</sup> Ebd.; Die Ernennung wurde von Kaiser Franz Josef übrigens während eines Aufenthaltes in Lemberg unterzeichnet.

<sup>27</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart. 13 / 1898. Nr. 2078 (21. 5. 1898).

bekanntem Attributen „sehr begabt, pflichteifrig und verlässlich“ Nardellis Tätigkeit als Referent im dalmatinischen Landtag hinzu, „*in welcher Stellung er sich durch sein taktvolles Auftreten bei allen Parteien ungeteiltes Ansehen zu erwerben mußte*“. Weiters hob Thun Nardellis persönlichen Einsatz zur Neuordnung des Statthaltereiarchivs in Zadar hervor und seine Bemühungen zur Anlage einer Statthalterei – Bibliothek. „*Bei seiner Objectivität gepaart mit loyaler österreichischer Gesinnung*“ wäre Nardelli berufen, die Agenden des Statthalterei - Vizepräsidenten für den Fall der Verhinderung sowohl in der Statthalterei als auch im Landesschulrat zu übernehmen, „*sowie eventuell den Statthalter zu vertreten*“. Außerdem könnte Nardelli - „*mit dem höheren Dienstcharakter ausgestattet*“ – zusätzliche wichtige Funktionen in der Statthalterei übernehmen.<sup>28</sup>

Schon ein Jahr später war Nardelli „Wirklicher Hofrat“. Der mit dem Titel und Charakter eines Hofrates bekleidete Statthalterrat Nikolaus Nardelli wurde - kurz und bündig - „*zum Hofrathe bei der Statthalterei in Zara*“ ernannt. Gezeichnet: Franz Josef. 7. Juni 1899.<sup>29</sup>

Im März 1902 kam der neue – und erste zivile – Statthalter Erasmus Freiherr von Handel nach Zadar. Noch im Jahr zuvor – 1901 – hatte Statthalter David Niko Nardelli zu seinem Stellvertreter ernannt.

Zur politischen Tätigkeit Nardellis in diesem Zeitabschnitt findet sich - erstmals - auch eine „negative“ Einschätzung: Leopold von Chlumecky beklagte bei Statthalter David eine überaus serbenfreundlichen Politik, die seiner Ansicht nach um die Jahrhundertwende zur Gefahr für einen Weiterverbleib Dalmatiens bei Österreich geworden wäre. Dabei habe auch die Frau des Statthalters, eine gebürtige Serbin, eine wichtige Rolle gespielt. Daraufhin wurde von Wiener Kreisen, unter ihnen auch Thronfolger Franz Ferdinand, die Ablösung Davids betrieben. Kaiser Franz Josef aber hätte gezögert: „*Endlich, im November 1901, drei Jahre nachdem der Kaiser von der Gefährlichkeit einer Fortdauer des Regimes informiert worden war, wurde der Statthalter seines Amtes enthoben*“. Allerdings – so bedauert Chlumecky – hätte sich dadurch nichts im Sinne einer schöpferischen Neugestaltung der südslawischen Politik geändert, „*wie sie der Thronfolger im Sinne hatte. Das Gegenteil erfolgte: der spiritus*

---

<sup>28</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart. 13 / 1898. Nr. 2078 (21. 5. 1898). Vortrag des Ministerpräsidenten.

<sup>29</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart. 10/1899. Nr. 1753 (7.6.1899).

*rector, der hinter der bisherigen Politik gestanden war (Hofrat Nardelli) wurde zum Statthalter ernannt. Es blieb alles beim alten“.* (sic!).<sup>30</sup>

Nardelli war hier ganz offensichtlich in eine mehrere Jahre dauernde Auseinandersetzung von zwei politischen Lagern in Dalmatien involviert, an der auch sein späterer Stellvertreter und damaliger Statthaltereirat Josip Tončić beteiligt war. Aus dem Briefwechsel zwischen dem damaligen stellvertretenden Statthalter in Dalmatien, Alphons Pavić von Pfauenthal und dem k. u. k. Gesandten in Cetinje, Karl Freiherr von Macchio, geht hervor, dass Nardelli nicht nur das Vertrauen von Statthalter David genoss, sondern auch ein enger Vertrauter von Pavić war.<sup>31</sup>

Im November 1900 schrieb Pavić an Macchio, dass es am 2. Oktober eine „*Konferenz der mit der Fortsetzung der Intrigen befaßten Clique*“ in Sebenico (Šibenik) gegeben hätte, und zwar „*mit unserem leider immer unter der Decke wühlenden Statthaltereirath Tončić*“, der versuchte, „*hinter unserem Rücken*“ ein Reichsratsmandat zu erhalten. Bald danach – so schrieb Pavić weiter – wäre wieder ein Zeitungsartikel im „*Neuen Wiener Tagblatt*“ erschienen „*von den serbischen Montenegrinern Dalmatiens, welche die Landesregierung unterstütze*“. Das Tagblatt wäre auch „*im Vorjahr das erste uns anzeigende Blatt*“ gewesen. „*Die Clique*“, so schrieb Pavić abschließend, hätte „*Kontakte in Wien zu Exzellenz Chlumecky*“. <sup>32</sup>

Nur wenige Tage später berichtete Pavić, dass die schon im Vorjahr angestrebte Versetzung von Statthaltereirat Tončić „*leider ohne Erfolg*“ gewesen wäre. Tončić wäre bei der Statthaltereirei „*sehr gefährlich, da er aus den Sitzungen so manche Amtsgeheimnisse ganz nach*

---

<sup>30</sup> Leopold von Chlumecky, Erzherzog Franz Ferdinands Wirken und Wollen (Berlin 1929). S. 175. Chlumecky verweist in seinem Buch auf eigene Erfahrungen als Beamter in Ragusa (Dubrovnik) und liefert auch Hinweise für die „*Serbenfreundlichkeit*“ der Statthaltereirei, die von ihm gesehene „*Gefahr*“ einer Abspaltung Dalmatiens ist jedoch nicht nachvollziehbar. Dass Chlumecky keine besonders hohe Meinung von Dalmatien und vor allem von seinen Bewohnern hatte, wird in der Auseinandersetzung mit Hermann Bahr (siehe S. 81-82 dieser Arbeit) deutlich.

Die Formulierung, dass der „*spiritus rector*“ (Nardelli) David nachfolgte, ist historisch eindeutig falsch, weil Chlumecky damit die Zeit und Person von Statthalter Handel in Zadar von März 1902 bis Jänner 1905 nicht berücksichtigt. Der Vorwurf Chlumeckys an die dalmatinische Führung („*man manövrierte so geschickt, dass die Elemente, auf welche sich eine großzügige österreichische südslawische Politik noch hätte stützen können allmählich verärgert, abgestoßen, in die Arme jener getrieben wurden, welche das südslawische Gravitationszentrum außerhalb der Monarchie suchten und schließlich fanden*“), entspricht m. E. nach seiner „*Wiener Sichtweise*“ und hätte angesichts der wirtschaftlichen Vernachlässigung des Kronlandes viel mehr an die - nicht „*großzügige*“ - Wiener Regierung gerichtet werden müssen.

<sup>31</sup> HHStA, SB NI Macchio 1-2 (Nachlass Karl Freiherr von Macchio) I/2: Correspondenz als Gesandter in Cetinje 1899 – 1903 i) Alphons Pavić von Pfauenthal. Hier: Pavić an Macchio 16.7.1899: Er ginge jetzt acht Wochen auf Urlaub und „*Nardelli wird mich vertreten*“.

<sup>32</sup> Ebd. Pavić an Macchio 5.11.1900. Mit „*Exzellenz Chlumecky*“ war der ehemalige Minister, Vorsitzende des Abgeordnetenhauses und Vater von Leopold von Chlumecky, Johann Freiherr von Chlumecky, geb. 1834 in Zadar, gemeint.

*Belieben ausnützen könnte .... Auch käme er, wenn ich und Nardelli zufällig verreist, krank wären, zur Stellvertretung des Statthalters“.*<sup>33</sup>

Trotz dieser offenbaren politischen Auseinandersetzungen und Intrigen verblieb Tončić in der Statthaltereirei und wurde schließlich im März 1906 Hofrat und zugleich Stellvertreter von Statthalter Nardelli.

Im August 1904 wurde der Umstand, dass Nardelli bereits seit drei Jahren als Stellvertreter des Statthalters fungierte, von Ministerpräsident Ernest von Koerber - in dieser Zeit zugleich mit der Leitung des Ministeriums des Inneren betraut - in seinem Antrag auf Verleihung des Ritterkreuzes des Leopold-Ordens an Hofrat Nardelli besonders hervorgehoben. Koerber betonte dabei die vielseitige Dienstverwendung Nardellis, sowie seine schätzenswerten Kenntnis der Landesverhältnisse, die ihn in die Lage versetzte, „die Intentionen der Regierung auf das Wirksamste zu vertreten“.<sup>34</sup>

Im Zentrum des Antrages auf Ordensverleihung standen allerdings die kalmierenden Bemühungen Nardellis im Jahr zuvor. Der Kaiser hatte 1903 für große Empörung in Dalmatien gesorgt, als er eine Delegation dalmatinischer Abgeordneter – aus formalen Gründen – nicht empfangen hatte.<sup>35</sup> Koerber schrieb in diesem Zusammenhang in seinem Antrag: „*Uneingeschränktes Lob erwarb sich Nardelli für seine Tätigkeit, die er während der vorjährigen, wegen der Unruhen in Kroatien und der deshalb seitens der dalmatinischen Volksvertreter in Wien unternommenen Schritte, sehr bewegten Landtagssession entfaltete; in hervorragender Weise benützte er jede geeignete Gelegenheit, um die in den Kreisen der Abgeordneten bestandene Verstimmung zu mildern und obwaltende Mißverständnisse in patriotisch überzeugender Weise aufklärend zu beseitigen*“.<sup>36</sup>

Am 10. August 1904 unterschrieb der Kaiser in Bad Ischl die Ordensverleihung.

Hofrat Nardelli hatte sich zu diesem Zeitpunkt mit seinem offensichtlichen politischen Fingerspitzengefühl und seinen zunehmenden Wiener Kontakten bereits einen Namen in der Hauptstadt gemacht. Dass Statthalter Handel seine Fähigkeiten zwar zweifellos schätzte und ihn auch in der Funktion seines Stellvertreters beließ, jedoch keineswegs so intensiv förderte

---

<sup>33</sup> HHStA, SB NI Macchio 1-2. Pavić an Macchio. (14.11.1900).

<sup>34</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart. 22/1904 Nr. 2162 (7.8.1904). Vortrag des Ministerpräsidenten.

<sup>35</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Nardelli-Vorgänger Baron Handel“ S. 73.

<sup>36</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart. 22/1904 Nr. 2162 (7.8.1904). Vortrag des Ministerpräsidenten.

wie sein Vorgänger David, fiel damit für Nardellis weitere Karriere nicht mehr so entscheidend ins Gewicht.

Bezeichnend scheint, dass Handel sich auch nur wenige Tage vor seiner Ablösung und Versetzung nach Linz nicht auf Nardelli als seinen Nachfolger festlegen wollte – oder konnte.

In einem Schreiben an den Minister des Inneren Artur Graf Bylandt – Rheidt vertrat er die Ansicht, dass an den von den dalmatinischen Abgeordneten geforderten „*Personenwechsel*“ an der Spitze der Statthalterei „*bis auf weiteres nicht zu denken sei*“ und ebenso der Wunsch obsolet wäre, dass „*mir ein längerer Urlaub erteilt und die Leitung der Statthalterei bis zur definitiven Benennung eines Nachfolgers interimistisch, sei es dem Hofrate Nardelli, sei es irgend einem anderen Funktionär werde übertragen werden*“.<sup>37</sup>

Es wurde nicht „irgend ein anderer Funktionär“.

### **Leitung der Statthalterei**

Nur 15 Tage nach diesem Schreiben beantragte Graf Bylandt-Rheidt, gestützt auf einen Beschluss des Ministerrates vom 18. Jänner 1905, Erasmus Freiherrn von Handel auf den Posten des Statthalters im Erzherzogtum Österreich ober der Enns zu versetzen und „*die Leitung der Statthalterei in Zara und Führung der Amtsgeschäfte des Statthalters dortselbst mit allen demselben vorbehaltenen Befugnissen bis auf weiteres dem Hofrate bei dieser Statthalterei Nikolaus Nardelli zu übertragen, demselben den Titel und Charakter eines Statthalterei Vicepräsidenten a.g. zu verleihen und gleichzeitig für die Dauer der ihm übertragenen selbständigen Amtsführung auf Rechnung der mit dem erledigten Statthalterposten systemmäßig verbundene Funktionszulage einen Funktionsbezug im Jahresbetrage von 8000 K. a.g. zu bewilligen*“.

Die Ernennung erfolgte am 20. Jänner 1905.<sup>38</sup>

---

<sup>37</sup> Državni arhiv u Zadru (Staatsarchiv Zadar), Arhivski Fond HR DAZD 496. Tajni Spisi c.k. Dalmatinskog Namjesništva 1814 – 1918. (Geheimakten der k.k. Statthalterei) 1/geheim/1905. (Zara 3.1.1905). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren.

Zur Ablöse von Statthalter Handel vgl. das Kapitel „Nardelli-Vorgänger Baron Handel“ S. 73.

<sup>38</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart. 3/1905 Nr. 209 (18.1.1905).

Am 6. Februar hatte Nardelli in Wien Gelegenheit, dem Kaiser im Rahmen einer allgemeinen Audienz für die Ernennung und die Übertragung der Leitung der Statthalterei seinen Dank abzustatten.<sup>39</sup>

Der erste Zivilist und zugleich gebürtige Dalmatiner an der Spitze des Landes wurde – zumindest in der veröffentlichten Meinung – nicht nur in Dalmatien selbst einhellig begrüßt, er schien sich auch aus der Sicht der Wiener Zentralstellen als „Glücksgriff“ zumal in politisch unruhiger Zeit im Kronland zu bestätigen.

Noch am letzten Tag des Jahres 1905 suchte der Minister des Inneren Graf Bylandt - Rheidt daher um die definitive Ernennung Nardellis zum Statthalter im Königreich Dalmatien an.<sup>40</sup>

### **Niko Nardelli – Statthalter von Dalmatien**

Der Minister strich dabei hervor, dass Nardelli im laufenden Jahr an der Spitze der Statthalterei in Zadar seine Befähigung für den Posten eines Landeschefs „*vollkommen dargetan*“ und sich durch taktvolle, umsichtige Haltung sowie durch strenge Unparteilichkeit gegenüber den nationalen und politischen Parteien des Landes allgemeine Achtung und Anerkennung erworben hätte. Bei den „*äußerst schwierigen Verhältnissen*“, unter welchen Nardelli die Leitung der Statthalterei in Zara nach dem Statthalter Baron Handel übernommen hatte, „*mußte derselbe vor allem auf die Schwächung des übermütig gewordenen Einflusses der radikalen Parteiführer im Lande bedacht sein*“. Mit außerordentlichem Takt, zugleich aber auch mit Entschiedenheit hätte Nardelli jeden sich bietenden Anlass wahrgenommen, um die verschiedenen politisch maßgebenden Persönlichkeiten des Landes „*auf die Unfruchtbarkeit einer extremen Demonstrationspolitik hinzuweisen*“.

Dass sich Nardelli, wie es auch sein Vorgänger Handel (dieser allerdings noch vergeblich) versucht hatte, ganz besonders für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung Dalmatiens einsetzte, wurde besonders hervorgehoben. Zugleich kam allerdings auch die ziemlich negative Sicht zum Vorschein, die man in der Wiener Zentrale ganz allgemein von diesem Kronland hatte: Nardelli hätte sich erfolgreich bemüht, das „*von regierungsfeindlichen*

---

<sup>39</sup> HHStA, Kabinettskanzlei, Varia 69,70. Audienzlisten 1904-1905, Montag, 6. 2. 1905.

<sup>40</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart. 1/1906. Nr. 22 (5.1.1906). Vortrag des Ministers.

*Elementen erschütterte Vertrauen der Bevölkerung“* in die Ernsthaftigkeit der Absichten der Staatsverwaltung mit allseitiger Förderung des Landes wieder zu beleben und zu stärken.

Diese Bemühungen begegneten allerdings *„größeren Hindernissen, als bei dem wankelmütigen Charakter der kroatischen Bevölkerung und der unverlässlichen Haltung ihrer politischen Führer das Festhalten an einer gleichmäßigen Taktik für die Regierung nur schwer möglich ist.“*<sup>41</sup>

Auch das Auftreten Nardellis im Landtag wurde gewürdigt (Nardelli hatte in der Sabor – Session 1905 als Leiter der Statthalterei übrigens eine wesentlich intensivere Präsenz als in den folgenden Jahren als Statthalter): er hätte sich seiner heiklen Aufgabe durchaus gewachsen gezeigt und jede Verschärfung der Gegensätze zu vermeiden verstanden, *„ohne dabei das staatliche Interesse preiszugeben.“*

Bei der Zustimmung des Ministerrates am 30. Dezember 1905 zum Antrag auf Ernennung Nardelli's zum Statthalter waren auch formale Gründe maßgeblich: Nardelli würde es gegenüber den Behörden und der Bevölkerung mit einer *„seiner tatsächlichen Stellung entsprechenden Autorität“* bei seiner Amtstätigkeit wesentlich leichter gemacht, was auch für die *„Stabilität seiner erfolgreich begonnen Amtsführung“* wichtig wäre.

Auch das finanzielle Argument wurde nicht vergessen: verglichen mit seiner bisherigen Funktionszulage von 8000 Kronen würde Nardelli nun durch seine Ernennung zum Statthalter in die Lage versetzt, *„die erforderlichen Repräsentationsauslagen seiner Stellung aus seinem Dienstehlohn zu bestreiten.“*<sup>42</sup>

Mit der Ernennung zum Statthalter am 5. Jänner 1906 war Nardelli nun an der Spitze seiner – politischen – Beamtenkarriere. Was dann bis 1917 an Ernennungen und Ehrungen noch nachfolgte, war zwar für einen k.k. Beamten mehr als nur „Beiwerk“, der machtmäßige Aufstieg im Zentrum der Statthalterei in Zadar hatte aber seinen Höhepunkt erreicht.

Zehn Tage nach seiner Ernennung war der neue Statthalter zu einem längeren Antrittsbesuch in Wien.

Am 15. Jänner 1906 wurde Nardelli *„vor Beginn der allgemeinen Audienzen“* von Kaiser Franz Josef I. *„beeidigt“*. Als Zeugen *„intervenierten“* Oberstkämmerer Leopold Freiherr

---

<sup>41</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart. 1/1906. Nr. 22 (5.1.1906). Minister des Inneren Graf Bylandt Rheidt wörtlich in seinem Vortrag an den Kaiser.

<sup>42</sup> Ebd.

von Gudenus und Minister des Inneren Artur Graf Bylandt – Rheidt, die Eidesformel wurde von Ministerialrat Sisinio Freiherrn von Pretis – Cagnodo aus dem Ministerium des Inneren verlesen.<sup>43</sup>

Es folgten vertrauliche und dienstliche Konsultationen mit hohen Beamten und einigen Ministern. Am 18. Jänner wurde Nardelli vom Ministerpräsidenten empfangen und am Abend desselben Tages nahm er mit Ivan Harrach, dem Vorsitzenden der Gesellschaft zur Förderung der nationalen Wirtschaftsinteressen Dalmatiens in Wien, das Dinner ein.<sup>44</sup>

Am Tag darauf war der neue Statthalter zur Audienz bei Thronfolger Franz Ferdinand.<sup>45</sup> Nach Zadar kehrte Nardelli am 26. Jänner zurück.

Noch im Jänner 1906 bewilligte der Kaiser „*Meinem Statthalter in Dalmatien*“ einen zusätzlichen, einmaligen „*Einrichtungsbeitrag*“ von 8.000 Kronen „*aus dem Staatsschatz*“.<sup>46</sup>

Und zwei Wochen später erteilte Franz Josef auf Antrag des Ministers des Äußeren Agenor Maria Adam d. J. Graf Goluchowski Nardelli die Bewilligung, einen „*fremdländischen*“ Orden annehmen und tragen zu dürfen. Erzherzog Ferdinand IV., Großherzog von Toscana, hatte dem Statthalter das „Großoffizierskreuz des zivilen Verdienstordens“ verliehen.<sup>47</sup>

### **„Geheimer Rat“**

Drei „Karrieresprünge“ standen Nardelli in seinem weiteren „offiziellen Leben“ noch bevor: der erste wurde durch einen Ministerratsbeschluss am 31. Dezember 1906 eingeleitet: Kaiser Franz Josef wurde ersucht, dem Statthalter die Würde eines „Geheimen Rates“ zu verleihen.

Im Bericht des Ministers des Inneren, Freiherrn Richard von Bienerth, findet sich für diesen Antrag eine politisch-wirtschaftliche und eine formale Begründung.

---

<sup>43</sup> HHStA, Kabinettskanzlei, Varia 70, 71. Audienzlisten 1904-1905, Montag, 15. 1. 1906. Vgl. dazu auch Wiener Zeitung - Beilage zur Nr. 11 der Wiener Abendpost (15.1.1906). S. 4.

Bei Perić, *Politički portreti*, S. 206 wird unter Berufung auf *Smotra Dalmatinska 7/1906* S.2 fälschlich der 19.1. als Datum der Audienz angegeben. Es beruht dies offenbar auf einem Lesefehler, weil in der Zeitung die (korrekte) Notiz zu finden ist, dass Nardelli am 19.1. an einer Allgemeinen Audienz bei Thronfolger Franz Ferdinand teilgenommen hat.

<sup>44</sup> *Smotra Dalmatinska 7/1906* (24.1.1906) S.2. An dem Essen nahmen folgende Vorstandsmitglieder der Gesellschaft teil: Graf Lanckorinski, General Torničić, die Hofräte Tommaseo und Mardegani, der Abgeordnete Vuković, Major Jovaković, Finanzrat Dr. Luxardo, Finanzsekretär Dr. Gospodnetić, der Ökonom Dešković; Großindustrieller Stiasny und der Maler Fischer.

<sup>45</sup> Neue Freie Presse Nr. 14874, (20. 1. 1906). S. 6.

<sup>46</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart. 3/1906. Nr. 293 (27.1.1906). Kabinettsvortrag des Ministers des Inneren am 22.1.1906, Bewilligung durch den Kaiser am 29.1. 1906.

<sup>47</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart. 5/1906. Nr.470 (12.2.1906). Nr. 46 d. Beilage. Vortrag des Ministers des k. u. k. Äußeren am 26. 1. 1906. Bewilligung am 14.2. 1906.

Nardellis persönlichem Einfluss wäre *“ein Nachlassen der nationalen Streitigkeiten zu danken“*, vor allem hätte er jedoch auf Grund seiner gründlichen Landeskenntnis fachlich fundierte Anträge zur Unterstützung der Regierungsaktion zur Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Dalmatien eingebracht und damit das Vertrauen der Bevölkerung in die Erfolgsaussichten dieser Aktion gestärkt. Es wäre nun zu hoffen, *„daß ihm die allmähliche Konsolidierung der politischen Verhältnisse in Dalmatien durch kluge, weitausblickende Vorsicht gelingen werde“*.

Die Argumentation des Ministers, die Würde eines Geheimen Rates für Nardelli *„würde von der Bevölkerung Dalmatiens mit lebhafter Freude begrüßt werden“*, ist angesichts der riesigen wirtschaftlichen Probleme im Land und der zumindest in Teilen der Bevölkerung weiterhin anhaltenden politischen Diskussionen jedenfalls zu hinterfragen.

Das rein formale Argument war allerdings richtig, wonach die Verleihung an Nardelli der Würde des Amtes entsprechend wäre, weil *„alle anderen Statthalter mit der Würde eines Geheimen Rates ausgestattet sind“*.<sup>48</sup>

Dass sich Nardelli erst zweieinhalb Jahre nach seiner Ernennung in einem Schreiben nach Wien kundig zu machen versuchte, welche Rechte und Pflichten denn eigentlich mit der Funktion eines Geheimen Rates verbunden wären, untermauert die These, dass er diesen weiteren Aufstieg in seiner Beamtenkarriere nicht selbst aktiv betrieben haben dürfte.<sup>49</sup>

Mit einer für einen „korrekten Beamten“ verblüffenden Offenheit schrieb Nardelli in seiner Anfrage, er hätte *„den vorgeschriebenen Eid geleistet und mich dabei auch verpflichtet, allen mit dieser Würde verbundenen Obliegenheiten nachzukommen, ohne dass ich jedoch deren Inhalt gekannt hätte“*.<sup>50</sup>

So wurde der Statthalter, wenn auch mit einiger Verspätung, davon informiert, dass ihm der Titel „Exzellenz“ gebührte, dass er sich bei allgemeinen Audienzen des Kaisers einmal im Jahr ohne Angabe der Gründe in der Kabinettskanzlei anmelden könnte und dass es üblich wäre, *„dass Geheime Räte sich bei ihrer Ernennung und sonst gelegentlich des Aufenthaltes in Wien, z. B. in der Saison, um eine Audienz bei den Herren Erzherzogen bewerben.“*

---

<sup>48</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart. 1/1907. Nr. 75 (8.1.1907). Vortrag des Ministers des Inneren.

<sup>49</sup> HHStA, Obersthofmeisteramt (OMeA) NZA Kt. 478-9-5 (Rubrik XVI). Akt aus 7/1909: Anfrage des Statthalters in Dalmatien Nardelli über die mit der Würde eines geheimen Rates verbundenen Obliegenheiten.

<sup>50</sup> Ebd. Anfrage Nardellis vom 19.7.1909.

*Vorschrift oder gar Zwang ist dies nicht*“.<sup>51</sup> Dass der sonst so gewissenhafte Nardelli nach seiner Ernennung zum Geheimen Rat mehrmals in Wien war, ohne über alle diese „Obliegenheiten“ informiert gewesen zu sein, scheint zumindest bemerkenswert.

Im Februar 1910 während eines mehrwöchigen Aufenthaltes in Wien, agierte Nardelli allerdings bereits im Sinne der erhaltenen Informationen: er bemühte sich um Audienzen bei Thronfolger Franz Ferdinand und bei den Erzherzoginnen Maria Josefa und Maria Annunziata. Und zwar sowohl mit dem Hinweis darauf, dass er *„für wenige Tage in dienstlichen Angelegenheiten nach Wien gekommen“* wäre und dem Ersuchen, *„in meiner Eigenschaft als wirkl. k. u. k. geheimer Rat in Audienz empfangen zu werden“*.<sup>52</sup>

Ein weiterer Orden war Statthalter Nardelli übrigens schon 1907 zu Teil geworden: Seine Majestät der König von Italien hatte ihm das „Großkreuz des Ordens der Krone von Italien“ verliehen. Die „allerhöchste Bewilligung“ zur Annahme des Ordens war im Februar 1907 erfolgt.<sup>53</sup>

### **Nardelli privat**

Zumindest mit einigen Mitgliedern aus dem Dubrovniker Zweig der Familie Nardelli scheint Kontakt bestanden zu haben, in erster Linie mit fünf Cousins – alle übrigens im Öffentlichen Dienst.

Einer von ihnen hieß ebenfalls Nikola Nardelli, war gleichfalls Jahrgang 1857 und Sohn von Ilija Nardelli, dem jüngeren Bruder von Nikos Vater Antun. Dieser Nikola Nardelli wurde 1886 Gerichtsadjunkt und war am Höhepunkt seiner Karriere ab März 1917 Kreisgerichtspräsident in Mostar.<sup>54</sup>

---

<sup>51</sup> HHStA, Obersthofmeisteramt (OMeA) NZA Kt. 478-9-5 (Rubrik XVI). Akt aus 7/1909. Antwort des Obersthofmeisteramtes (24.7.1909).

Als weitere Details wurden Nardelli mitgeteilt: das Recht, *„bei allen Hoffestlichkeiten, bei welchen Hofansagen ausgegeben werden, zu erscheinen“*. Bei feierlichen Prozessionen trügen die Geheimen Räte *„Wachslichter, welche der übrige Hofstaat nicht erhält“*.

<sup>52</sup> Staatsarchiv Zadar. Geheimakten. Nach dem Akt 5/geh.(Jänner 1910) ist ein handgeschriebener Notizzettel mit einem Briefentwurf eingelegt, dessen Abschriften Nardelli anordnete, um die Schreiben dann persönlich mit nach Wien zu nehmen und sie dort vom „Hotel Ungarische Krone“ Wien im Februar 1910 an die jeweiligen Obersthofmeister zu senden.

<sup>53</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart. 5/1907. Nr.409 (9.2.1909) Vortrag des Ministers des Ah. Hauses und des Äußeren Freiherr von Aehrenthal vom 26.1. 1907, Bewilligung am 12.2. 1907.

<sup>54</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart. 9/1917. Nr. 501 (19.3.1917). Vortrag des für Bosnien und Herzegowina zuständigen Gemeinsamen Finanzministers Burian mit dem Antrag auf Ernennung Nardellis zum Kreisgerichtspräsidenten.



diesbezüglichen Zeitungsbericht nicht hervor. Es spricht jedoch viel dafür, weil die Schulfreunde Vito und Niko ganz offensichtlich eine „Lebensfreundschaft“ verband. Nach kroatischen Quellen soll der Dubrovniker Adelige Vito Basegli – Gozze 1906/07 der Erbauer der „Villa Aurora“ in Trsteno gewesen sein und Niko Nardelli von ihm die Villa als seinen künftigen Alterssitz schon vor der Pensionierung 1911 erworben haben.<sup>61</sup> Vito Basegli – Gozze war auch im Jänner 1923 einer jener drei Zeugen, die Niko Nardellis Testament unterschrieben haben.<sup>62</sup>

Für seine zahlreichen Aufenthalte in Wien hatte der Statthalter ein „Stammhotel“. Es war dies das „Hotel Ungarische Krone“ in der Wiener Innenstadt. Jedenfalls sind sämtliche Poststücke, die ihm aus der Statthalterei nach Wien nachgesendet wurden - ebenso die Telegramme - an diese Postadresse adressiert. Weihnachten und Silvester 1906 hatte der Junggeselle Nardelli in Wien verbracht. Das zeigt ein von seinem Stellvertreter Hofrat Josip Tončić am 23. 12. 1906 nach Wien gesendetes Poststück.<sup>63</sup>

Der Sommer 1907 brachte einen nicht unbedeutenden persönlichen Einschnitt in Nardellis Leben. Nach den ersten allgemeinen Wahlen zum Wiener Reichsrat im Mai, in deren Vorfeld in Dalmatien sich der Statthalter - sowohl bei der Kandidatenaufstellung, als auch im Wahlkampf selbst - massiv eingemischt hatte, erkrankte Nardelli so schwer, dass er sich Ende August für längere Zeit zur Behandlung nach Wien begeben mußte.

Er war dort noch im Oktober und konnte daher an der ersten Sabor – Session in seiner Amtszeit als Statthalter (vom 9. September bis 7. Oktober 1907) nicht teilnehmen. Vertreten wurde er in diesem Zeitraum von Statthaltereistellvertreter Hofrat Josip Tončić und dem Statthaltereirat Ladoslav Golf.

Vicko Ivčević, der Präsident des Dalmatinischen Landtags (Sabor), informierte in seiner Rede bei der feierlichen Eröffnungssitzung des Sabor am 9. September 1907 die

---

<sup>61</sup> Nacional –NCL Media Group Zagreb – „dnevno online izdanje“ (tägliche online-Ausgabe - in englischer Sprache). Nr. 449 vom 22.6.2004. Autor: Plamenko Cvitić. (Tag des Zugriffs: 18.6.2008). Mehr dazu im Abschnitt „Der vergessene Statthalter“. S. 43.

<sup>62</sup> Staatsarchiv Dubrovnik, Testamentsverzeichnis Nr. 166 a 15/2 b Nardelli. Dok.2 Nr. 47/25: Oporuka S. 3. Im Testament ersucht Nardelli (unter Punkt 10) zwei Verwandte, sowie „die Freunde Vito Basegli-Gozze und Jozo Rešetar“, bei der Liquidation seiner Erbschaft behilflich zu sein.

<sup>63</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten . 1/geh.1907.

Das Hotel war ein Traditionshaus, bestand aus den beiden Häusern Sailerstätte Nr. 18 und Nr. 20 und war schon im 19. Jahrhundert vor allem von Budapester jüdischen Geschäftsleuten und Bürgern häufig frequentiert worden (Vgl. dazu Anna L. Staudacher, „Die Rückkehr zum Judentum in Wien von 1868 bis 1878“. [www.judentum.net/geschichte](http://www.judentum.net/geschichte) (Tag des Zugriffs: 23.2.2010). Das Hotel wurde vor dem Zweiten Weltkrieg geschlossen, in beiden Häusern befinden sich heute Büros.

Abgeordneten von der Erkrankung des Statthalters und wünschte ihm, dass er „*sich schnell erhole*“ und unter die Abgeordneten „*zurückkehre*“. <sup>64</sup>

Die spezielle Behandlung, die Nardelli in Wien erhielt, war offenbar in einem der vier damals in Dalmatien bestehenden Spitäler nicht möglich. Sie befanden sich in Zadar, Šibenik, Split und Dubrovnik und waren vor allem auf die Grundversorgung der Bevölkerung ausgerichtet. <sup>65</sup> Außerdem war es für die Genesung wichtig, den Statthalter - außerhalb seines Heimatlandes - von den Tagesgeschäften „fern zu halten“.

Die Landtagsabgeordneten Melko und Pero Čingrija schrieben dem erkrankten Nardelli aus Zadar einen Brief mit dem Wunsch, dass alles gut vorbeigehen und er völlig genesen möge. In der Antwort auf ihr Schreiben finden sich etwas genauere Informationen über seine Krankheit, die möglichen Ursachen und über die Behandlung.

Nardelli schrieb: „*Plötzlich hat mich eine sehr starke Nervenentzündung (Rheumitis) befallen. Verschiedene Ärzte, die ich konsultieren konnte, erklärten, dass ich ganz gesund würde, aber dass sie dafür Zeit, Geduld und Ruhe haben wollen. Sie haben meine Erkrankung übermäßigem Rauchen zugeschrieben. Klar ist aber, dass ich eine überaus heftige Neurasthenie* <sup>66</sup> *habe, die nur mühsam zu heilen ist, wenn man tagtäglich im öffentlichen Leben steht und für deren Heilung man bereit sein muss, ersthafte Maßnahmen zu ergreifen*“. <sup>67</sup>

Mit dem Hinweis auf das „übermäßige Rauchen“ befand sich Nardelli übrigens in „bester dalmatinischer Gesellschaft“. Männer über 15 Jahren hatten damals in Dalmatien einen Durchschnittsverbrauch von 8,7 Kilo Tabak pro Jahr, starke Raucher kamen auf bis zu 12 Kilo. <sup>68</sup> Das Rauchen wurde vom Staat aus fiskalischen Gründen unterstützt, auch wenn schon

---

<sup>64</sup> Staatsarchiv Zadar, Brzopisna izvješća Dalmatinskog sabora – in der Folge: BIDS (Stenografische Protokolle des Dalmatinischen Landtags). XXXXI . Sitzung (1907) S. 729.

<sup>65</sup> Vgl. Alexander Buczynski, Der Dalmatinische Landtag. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918. Bd. VII / 2. S. 1974. Der Ausbau des Spitals in Split und ein Neubau in Kotor wurde – trotz vorhandener Grundstücke - bis zum Ende der Monarchie nicht begonnen.

<sup>66</sup> Der neue Brockhaus I – V (Wiesbaden 1959). Bd. 3, S. 631: Neurasthenie = „nervöse Erschöpfung nach schweren Krankheiten, hochgradiger Überarbeitung oder Unterernährung“.

Vgl. dazu auch Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. In: Österreichische Geschichte 1890-1990. Hg. Herwig Wolfram. (Wien 2005). S. 19: im Wien von 1900 sprach man bereits „von der modernen Nervosität, entdeckte die Neurasthenie als Zeitkrankheit; damals bereits begann die kurzatmige Zigarette die gemütliche Zigarre zu verdrängen“.

<sup>67</sup> Ivo Perić, Nardellijeva pisma Peru Čingriji. Anali Historijskog odjela Centra za znanstveni rad JAZ u Dubrovniku 13-14 (1976). Briefwechsel Niko Nardelli – Pero Čingrija (Wien 2.10.1907) S. 185.

<sup>68</sup> Slobodna Dalmacija, (3.9.2009). S. 56. In einem von Tihomir Rajčić gezeichneten Artikel wird zu diesem Thema die Zeitung Narodni list aus Zadar vom August 1881 zitiert.

damals die Ärzte im Rauchen den Auslöser für Magen- und Lungenerkrankungen zu erkennen glaubten.

Interessant in diesem Zusammenhang ist der Versuch einer regionalen und gesellschaftlichen Differenzierung. Danach wären die Splitter Raucher im dalmatinischen Durchschnitt gelegen, die Männer in Zadar und Dubrovnik waren über dem Schnitt, in den ländlichen Gegenden im Norden und in Mitteldalmatien wurde weniger geraucht. Die meisten und stärksten Raucher fanden sich unter den Seeleuten und Handwerkern, die wenigsten unter den Fischern und Beamten. Der „Beamte Nardelli“ war jedoch als starker Raucher keine Ausnahmeerscheinung: die „*verbissensten Raucher*“ – so wird berichtet – hätte es unter den Studenten, den akademisch ausgebildeten Städtern, den Politikern und den Journalisten gegeben.<sup>69</sup>

Zur Erkrankung Nardellis gibt es in einem Zeitungsartikel im Jahr 1925 noch eine völlig andere Version (dieser ist allerdings m. E. mit gebührender Vorsicht zu begegnen, weil sie sich im Nachruf auf Nardelli findet und daher – neben dem großen zeitlichen Abstand – auch die Gefahr einer gewissen „Verklärung“ zumindest gegeben war): danach hätte Statthalter Nardelli im Jahr 1907 einen Schlaganfall erlitten und wäre auf Grund dieser Erkrankung 1911 in Pension gegangen.<sup>70</sup>

Zu einem anderen Thema gibt ein weiterer Briefwechsel Einblick in die für einen 50-jährigen hohen Beamten (damals wie heute) nicht ganz ungewöhnlichen Gedanken über die weitere Entwicklung und die Jugend. Dabei führte Nardelli heftige Klage darüber, dass „*das Niveau des öffentlichen Lebens*“ immer niedriger würde. „*Wir haben leider Gottes keine Leute. Aber für mich hat es den Anschein, dass die Zukunft noch bitterer werden wird. Betrachten wir nur unsere Jugend! Es kann sein, dass ich beginne alt zu werden und dass ich als „laudator temporis acti“ auftrete, aber mir erscheint es schon ein wenig so – auch wenn ich noch nicht unter die ganz Alten gefallen bin – dass es früher besser war.*“<sup>71</sup>

---

<sup>69</sup> Slobodna Dalmacija, (3.9.2009). S. 56. Rajčić schreibt, dass „Narodni list“ sogar eine Empfehlung an die Leser gegeben hätte, nicht weiterhin „*ihr mühsam beschafftes Geld zu verbrennen und die Gesundheit kaputt zu machen*“. Sie sollten zunächst das Rauchen vermindern und nach zwei Monaten völlig einstellen. Nützlich dabei wäre, viel Fisch zu konsumieren, weil dieser angeblich „*den Rauchtrieb hemme*“.

<sup>70</sup> Narodna svijest, Dubrovnik. Nr. 50/1925 (12.12.1925). S. 3. Die Originalformulierung („*udarila ga je kap*“) wäre wörtlich eigentlich mit „*es hat ihn der Schlag getroffen*“ zu übersetzen.

<sup>71</sup> Perić, Nardellijeva pisma Peru Čingriji. (Zadar 11. 10. 1908) S. 185.

## Kritik am Statthalter

An dieser Stelle soll näher auf eine ungewöhnlich heftige Kritik an Nardelli in der in Zagreb erschienenen Zeitung „Pokret“ im Juni 1907 unter dem Titel „Statthalter und Rat“ eingegangen werden.<sup>72</sup> „Pokret“ („Bewegung“) war 1904 als „fortschrittliche“ Wochenzeitung gegründet worden. Im Oktober 1905 wurde sie in eine Tageszeitung umgewandelt und ab 1. Dezember 1906 war „Pokret“ das Organ der „Kroatisch-Serbischen Koalition“.<sup>73</sup> Ungewöhnlich am Artikel war sowohl sein Inhalt selbst als auch die Schärfe der negativen Äußerungen angesichts des damals nicht gerade liberal gehandhabten Pressegesetzes. Allerdings: der Artikel erscheint - aus dalmatinischer Sicht gesehen - im „Ausland“.

In der Zeitung wurde zunächst darauf hingewiesen, dass sich in Kroatien nach dem Ende des „*tyrannischen Regimes*“ ein Atem der Freiheit bemerkbar mache, es zugleich jedoch auf der anderen Seite des Velebit - Gebirges vermehrt „*Anzeichen eines Polizeiregimes*“ gäbe, in der politischen Geschichte Kroatiens unter der Bezeichnung „*Khuenovština*“ bekannt und mit „*den Merkmalen Korruption und Terrorismus*“ versehen. In den Palästen in Zadar hätten – nach „*der Vertreibung des fremden Kommissars Handel*“ - zwar die einheimischen Leute die Macht ergriffen, wären aber weiterhin im Sinne der Führung ihrer Vorgänger tätig. In dem Artikel wird die These vertreten, dass es Handel - als Fremder sowie persönlich Vertrauter in Wien - leichter gehabt hätte, die Pläne der Regierung umzusetzen und die Maßnahmen als objektiv und gerecht erscheinen zu lassen als seine einheimischen Nachfolger.

Die Leute, die Handel im Statthaltereipräsidium nachfolgten, „*mit Empfehlung und Fürsprache der Landtagsabgeordneten, genossen in Wien nicht das gleiche Vertrauen, und ihre Aufgabe war es – wenn auch mit Schaden für die Rechtlichkeit und Objektivität – mit schärferen Maßnahmen ihre Loyalität gegenüber den Plänen der Wiener Zentrale zu zeigen,*“ um so bei den Vertretern der Regierung und ihrer Vertrauten nicht in Ungnade zu fallen. Dann folgte namentliche Kritik: „*Die Wahrheit ist, dass sich der Statthalter „pučanin“<sup>74</sup> Herr Niko Nardelli in der ersten Anfangszeit seiner kritischen Aufgabe gänzlich gekünstelt zeigte und sich schon nach nur wenigen Monaten als erster Bürger von Dalmatien aufführen*

<sup>72</sup> Pokret 4/1907 (16. 6. 1907). Der Artikel hat den Untertitel „Korrespondentenbericht aus Zadar“, ist jedoch namentlich nicht gezeichnet.

<sup>73</sup> Vgl. dazu Vlasta Svojer, Das Nationale Pressewesen / Das kroatische Pressewesen. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd. VIII/2 Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft – Die Presse als Faktor der politischen Mobilisierung. Hg. Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Wien 2006). S. 2170-2171.

<sup>74</sup> Im Folgenden: Pokret 4/1907 (16. 6. 1907). Anm.: pučanin: „der Mann aus dem Volk“.

wollte.“ Dass er danach etwas zurückgesteckt hätte, wäre nur einer Person zu verdanken, dem *„Hofrat in der Statthalterei – Tončić.“* Die Zeitung attestiert Nardelli *„eigenartigen Starrsinn“*, der zuletzt *„in gänzliche Mutlosigkeit und Apathie“* übergegangen wäre. *„Herr Niko ist Statthalter in diesem Land, aber es ist eine Tatsache, dass ein zweiter Jemand sich statt ihm bei Sonnenschein und Wolken um diese „Provinz“ sorgt, dass ein zweiter Jemand alle Fäden der Politik in der Hand hat und dass dieser nicht zuletzt deshalb eine scharfe und kantige Kontur erlangt hat. Dieser zweite Jemand ist wohl bekannt, es ist der bereits erwähnte Hofrat in der Statthalterei“.*

Nardellis statthalterliche Tätigkeit - so der Artikel weiter - hätte sich in letzter Zeit darauf beschränkt, fertige Dekrete zu unterschreiben und Aktionen zu bestätigen, die schon ohne seine Mitwirkung und vorherige Zustimmung vorbereitet worden waren. Und es wurde ihm vorgeworfen, *„wenn es etwas düster wird und ein Gewitter am Horizont auftaucht, sich so rasch wie möglich auf der Statthalter – Jacht „Dalmat“ einzuschiffen und aus Zadar auszulaufen – wohin auch immer.“*

Als Statthalter hätte sich Nardelli entscheidend gewandelt: *„Herr Niko, der im Dienst unter Handel ein derart feines Gespür hatte, eine so große diplomatische Geschicklichkeit, hat alle Fähigkeiten verspielt, seit er auf dem Platz ist, auf dem ihn so viele haben wollten, seit er nicht mehr Aug in Auge mit den Menschen ist, die immer mehr Polizeidruck verspüren, entsprechend dem System Khuen-Hedervary mit immer härterer Vorgangsweise.“*

*„Der gegenwärtige Hofrat in der Statthalterei“* hätte sich seit jener Zeit, als er regelmäßig zusammen mit den Politikern des Landes gegen die *„Folgen einer rücksichtslosen Regierungsmacht“* kämpfte, vom Saulus zum Paulus gewandelt – unter Einsatz seiner früher gemachten politischen und organisatorischen Erfahrungen, etwa schon bei vergangenen Wahlgängen auf Bezirks- und Landesebene. *„Als besonderer Meister bei der Leitung von Wahlangelegenheiten und mit seinen energischen polizeilichen Repressalien gelangte er weithin in den Ruf eines kleinen Satrapen“.*

Schon bei seiner Beamtentätigkeit in der Verwaltung in Zadar hätte er keine Gelegenheit ausgelassen, sich hervorzutun; *„dauerndes Aufhetzen ging ihm leicht von der Hand und so bemächtigte er sich des ersten Platzes im Statthaltereigremium“*, wo er nun die Gelegenheit ergriffen hätte, seine Kenntnis der ihn umgebenden Leute zu gebrauchen und sich seiner Erfahrungen zu bedienen, *„um seinem autoritären Wesen“* gerecht zu werden.

Zum Abschluss des Artikels folgte noch ein parteipolitisch motivierter Angriff: Nardellis größte Fertigkeit bestünde darin, zu wissen, wie er „den Wünschen der einflussreichen Kreise der ehemaligen „narodna stranka“<sup>75</sup>, mit deren Unterstützung er damals – wie bekannt - die Macht in Zadar erreichte,“ entsprechen konnte.

Soweit die zu den bisher bekannten dienstlichen Beschreibungen zur Beamtenkarriere von Niko Nardelli recht kontroverisierte Einschätzung von „Pokret“, die abgesehen von parteipolitischen Beweggründen (Nardelli war schließlich ein erbitterter Gegner der „Resolution von Fiume/Rijeka“, aus der in Kroatien die „Kroatisch-Serbische Koalition“ hervorgegangen war) durchaus auch einige Fragestellungen eröffnet.

Etwa, wieweit - auch aus einer objektiven Sichtweise - zur Zeit, als der Artikel Mitte Juni 1907 erschien, Nardellis Erkrankung sich bereits in einem erkennbaren Rückgang seiner Arbeitsleistung bemerkbar machte („Mutlosigkeit und Apathie“). Immerhin hatte der Statthalter dem Innenminister schon am 8. April in einem persönlichen Schreiben mitgeteilt, dass er nur dann zu einer Vorbesprechung für die Reichsratswahlen nach Wien würde reisen können, „wenn die neuralgischen Kopfschmerzen, an denen ich seit meiner Jännerreise nach Wien laboriere und welche auch mein Sehvermögen beeinflusst haben, es nur halbwegs gestatten werden“.<sup>76</sup>

Zu weiteren „Pokret“-Vorhaltungen wäre zu überlegen, dass eine derart erfolgreiche Beamtenkarriere neben Geschick und Diplomatie wohl auch Konkurrenzkampf und „Ellenbogentechnik“ erforderlich machte, die von außen sehr wohl auch als „Hervortun“ und „Aufhetzen“ angesehen werden konnte.

Auch die konsequente Durchsetzung von Nardellis obersten Beamtenprinzipien Loyalität und unbedingte Erhaltung der öffentlichen Ordnung könnte wohl in negativer Sichtweise den Eindruck von „Starrsinn“ und eines sich „abzeichnenden Polizeiregimes“ bewirkt haben.

---

<sup>75</sup> Die „Nationalpartei“ hatte sich 1905 mit Teilen der Rechtspartei, vor allem den früher aus der Nationalpartei ausgeschiedenen Gruppierungen „Trumbić – Supilo“ und Kroatischer Klub (Biankini) zur Kroatischen Partei zusammengeschlossen und stellte sowohl bei den Reichsratsabgeordneten, als auch bei den Landtagsabgeordneten im dalmatinischen Sabor die Mehrheit. Vgl. dazu Günter Schödl, Kroatische Nationalpolitik und „Jugoslawenstvo“. (München 1990). Grafik S. 350. Siehe auch das Kapitel „Die Parteienlandschaft in Dalmatien“ S. 77.

<sup>76</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten 1907 o. Z. (8.4.1907). Antwort auf ein Handschreiben des Ministers des Inneren v. 4.4.1907, in dem dieser den Statthalter zur Wahlvorbesprechung nach Wien einlud.

Dass sein Eingreifen in den Reichsratswahlkampf eindeutig den Intentionen der Wiener Regierung entsprochen hatte (wenn auch aus Nardellis Sicht durchaus im Sinne der Interessen Dalmatiens), war nicht zu bestreiten.

Wie weit Nardelli persönlich und charakterlich den Aufstieg an die Landesspitze „verkräftet“ hatte, lässt sich aus den vorhandenen Quellen nicht genau eruieren. Allerdings gibt es schon Hinweise darauf, dass sein Stolz über seine Karriere auch mit einem gewissen Maß an Eitelkeit gepaart war. Etwa als er nach Wien berichtete, dass Erzbischof Mate Dujam Dvornik von Zadar ihn schon seit zwei Jahren nicht mehr besucht hätte und er daher „*mit Rücksicht auf dessen ostentatives Fernbleiben*“ seinerseits auch keine Veranlassung gesehen hätte, „*im erzbischöflichen Palais zu erscheinen*“.<sup>77</sup>

Auch in der schon erwähnten Anfrage bezüglich der Obliegenheiten eines Geheimen Rates spielten Fragen nach der „richtigen Uniform“ eine auffallend wichtige Rolle. Etwa, ob die „Geheime Rats-Uniform“ auch in der aktiven Dienstzeit getragen werden und bei welchen Gelegenheiten die „kleine Geheimratsuniform“ angelegt werden dürfte. Ebenso ob der Hut mit den schwarzen Federn zu tragen wäre oder der „*Galahut mit den weissen Federn*“, um damit die „*Geheimratswürde zu kennzeichnen*“.<sup>78</sup>

Des Weiteren ist auch die Fragestellung überlegenswert, ob es eventuell zumindest in der Außenwirkung bei der Statthalterei eine „Arbeitsteilung“ gegeben haben könnte. Dass Nardelli (mit seinem „italienischen Namen“) eher für die Italiener in Dalmatien eingetreten wäre und (der „kroatische“) Tončić mehr für die Kroaten – was in der kroatischen Zeitung in Zagreb naturgemäß zu einer Bevorzugung von Tončić hätte führen können.<sup>79</sup> Allerdings lassen die vorhandenen Quellen den Schluss zu, dass Nardelli z. B. bei der Verfolgung von Auseinandersetzungen zwischen „italienischen“ und „kroatischen“ Dalmatinern und ebenso bei der Behandlung italienischer bzw. kroatischer Vereine und Organisationen im Land ziemlich ausgewogen vorgegangen ist.

Auch die Möglichkeit, dass der Zeitungsartikel von Tončić selbst initiiert worden sein könnte, ist nicht von der Hand zu weisen. Schließlich findet sich im Briefwechsel Pavić – Macchio im

---

<sup>77</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 146/geh. (31.12.1908). Schreiben des Statthalters an den Minister für Kultus und Unterricht. Das letzte Treffen war vor der Erkrankung des Erzbischofs im November 1906.

<sup>78</sup> HHStA, Obersthofmeisteramt (OMeA) NZA Kt. 478-9-5. Rubrik XVI (24.7.1909). Antwort des Obersthofmeisteramtes

<sup>79</sup> Die Fragestellung wurde von Prof. Pavao Mikić (Institut für Germanistik an der Universität Zadar) bei einer Diskussion am 21.11. 2009 in Zadar aufgeworfen.

Jahr 1900 der Hinweis darauf, dass nach dem Treffen von Tončić mit der „*Intrigenclique*“ in Šibenik und dem Artikel im „Neuen Wiener Tagblatt“ in der Folge „*auch in Agram*“ mehrere Zeitungen in die Kritik an der dalmatinischen Landesregierung einstiegen, mit dabei auch der „*Redakteur Supilo*“.<sup>80</sup> Dieser Redakteur und Politiker Frano Supilo entwickelte sich zu einem „politischen Lieblingsfeind“ Nardellis: im Sommer 1906 wurde er etwa in einem Bericht des Statthalters nach Wien mit den Attributen „*der berüchtigte Dalmatiner Supilo, Redakteur des Novi list, selbst vollkommen vermögenslos*“ sowie „*dieser selbe Supilo, ein Mann ohne Bildung und Ansehen*“ bedacht.<sup>81</sup>

Ob es allerdings 1907 Kontakte von Tončić mit Zagreber Zeitungen gegeben hat oder auch eine nähere Verbindung zu Supilo, lässt sich nicht verifizieren. Die Informationsquelle war aber zweifellos in Dalmatien zu suchen. Immerhin handelte es sich bei dem Artikel um einen Korrespondentenbericht aus Zadar.

Jedenfalls zeigt der „Pokret“ – Artikel, bei aller Vorsicht in der Beurteilung seines Wahrheitsgehaltes und seiner (partei-) politischen Intentionen einige Facetten der Persönlichkeit Nardellis auf, die in dieser Form in den offiziellen Berichten über seine Beamtenkarriere nicht thematisiert wurden.

### **Nardellis neuer Stellvertreter**

Im Frühjahr 1911 (noch kurz vor dem weiteren Höhepunkt in der Karriere von Nikolaus Nardelli - dem Freiherrenstand) begann sich bereits deutlich der Anfang vom Ende der Statthalterzeit Nardellis abzuzeichnen. In die Vorbereitung seiner eigenen Ablösung war Nardelli selbst - wenn auch auf dem „Umweg“ über seinen Stellvertreter Tončić - aktiv involviert.

Der Ausgangspunkt lag allerdings in Wien: einem vertraulichen Schreiben des neuen Ministers des Inneren, Dr. Max Graf Wickenburg an den Statthalter am 23. März ist folgendes zu entnehmen: „*Wichtige dienstliche Rücksichten lassen es wünschenswert erscheinen, daß in der Person des Stellvertreters Eurer Exzellenz ein Wechsel eintrete, wobei ich auf eine*

---

<sup>80</sup> HHStA, Nachlass Karl Freiherr von Macchio I/2. Pavić an Macchio (5.11.1900).

<sup>81</sup> HHStA, Nachlass Franz Ferdinand. Kart. 114 (Denkschriften). Bericht über die Lage in Dalmatien 1906 (23. 6. 1906).

*schleunige Durchführung der hierzu erforderlichen Verfügungen einen besonderen Wert legen muß“.*

Nardelli wurde vom Minister aufgefordert, Tončić den Übertritt in den Ruhestand (nach einer für den Übertritt in die Pension ausreichenden Dienstzeit von 36 Jahren) mit der Zusage einer Pensionszulage und eines Antrages an den Kaiser zur Erhebung in den Adelsstand schmackhaft zu machen.<sup>82</sup>

Der Statthalter war „erfolgreich“ und konnte schon zehn Tage später das Pensionsgesuch von Tončić retournieren.

Zugleich ersuchte er um rascheste Ernennung eines neuen Stellvertreters *„in Anbetracht der ganz ungeheuerlichen Arbeitslast, welche diese Statthalterei – neben den auch anderen Landesstellen obliegenden Volkszählungs- und Reichsratswahltagenden – in Form der allgemeinen Gemeindewahlen, zweier Landtagsersatzwahlen sowie der Weiterführung des Aktionsprogrammes zur wirtschaftlichen Hebung Dalmatiens im Laufe der nächsten Sommermonate zu bewältigen hat“.* Der Ersatz müsste *„binnen wenigen Tagen“* in Zadar einsatzbereit sein, betonte Nardelli, weil er sonst *„für die klaglose Weiterführung der Geschäfte dieser Landesstelle eine Verantwortung nicht mehr tragen könnte“.*<sup>83</sup>

Nardelli fügte diesen - gegenüber dem vorgesetzten Minister - ziemlich klaren Worten umfangreiche Dienstbeschreibungen jener beiden Beamten bei, die seiner Ansicht nach die beiden einzigen möglichen Kandidaten für die Tončić – Nachfolge wären, in ersten Linie wegen der genauen Landeskenntnis und der Beherrschung der drei im Land unbedingt erforderlichen Sprachen serbo-kroatisch, italienisch und deutsch. (*„Die Beherrschung verwandter Sprachen, wie des Czechischen, Slowenischen etc. muß ich als für diesen Posten absolut ungenügend bezeichnen“*).

---

<sup>82</sup> Staatsarchiv Zadar, Statthaltereipräsidium 705/1911 (15.4.1911). Das nur mit dem Datum (Wien, 23. 3. 1911) und ohne Zahl versehene Schreiben des Ministers befindet sich als Beilage in diesem Akt.

U. a. heißt es in dem Schreiben: sollte Nardelli einen auch in der Öffentlichkeit darstellbaren *„Allerhöchsten Huldbeis“* an seinen Stellvertreter für angemessen erachten, *„so dürfte es, wenn ich recht unterrichtet bin, Vizepräsident Tončić willkommen sein, wenn für ihn die allergnädigste Verleihung des Adelsstandes erwirkt werden könnte. Falls Eure Exzellenz in der Lage wären, einen darauf abzielenden Antrag zu stellen, wäre ich gerne bereit, diesbezüglich an die Allerhöchste Gnade Seiner Majestät heranzutreten“.*

An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass Statthaltereivizepräsident Tončić der Großvater von Dr. Lujo Tončić-Sorinj war (1966-1968 Außenminister der Republik Österreich und 1969 -1974 Generalsekretär des Europarates).

Vgl. [www.de.wikipedia](http://www.de.wikipedia) (Tag des Zugriffs 19.9.2010).

<sup>83</sup> Staatsarchiv Zadar, Statthaltereipräsidium 705/1911 (15.4.1911).

Nardelli schlug für eine rasche Nachfolge „*primo et unico loco*“ den dalmatinischen Statthaltereirat Eligius Smirić vor und nannte als mögliche Alternative den Hofrat bei der k.k. Seebehörde in Triest, Viktor Graf Attems-Heiligenkreuz.<sup>84</sup>

Noch ehe der Brief Nardellis aber in Wien eintraf, hatte der Minister schon entschieden. In einem kurzen Schreiben wurde Nardelli sein neuer Stellvertreter bekanntgegeben: es war zwar tatsächlich ein Hofrat Graf Attems, aber nicht der von Nardelli ins Auge gefasste, sondern der Leiter der Bezirkshaumanschaft in Pola (Pula), Marius Graf Attems. „*Indem ich Eurer Exzellenz hievon Mitteilung mache*“, schrieb der Minister trocken, „*ersuche ich Hochdieselbe, sich hinsichtlich dieser in Aussicht genommenen Personalverfügung ehestgefällig womöglich telegraphisch äussern zu wollen*“.<sup>85</sup>

In der umgehenden Antwort ging Nardelli in einer Art und Weise auf Konfrontationskurs mit Minister Wickenburg, die vermuten lässt, dass er bereits zu diesem Zeitpunkt mit einem baldigen Ende seiner Zeit als Statthalter von Dalmatien zu rechnen begonnen hatte. „*Ich erlaube mir ausdrücklich zu betonen, dass im vorliegenden Falle nicht allgemeine dienstliche Qualitäten, sondern insbesondere eine genaue, auf eigenen unmittelbaren Erfahrungen gegründete Kenntnis der hierländischen Verhältnisse*“ für die Postenbesetzung maßgeblich wären.

Er wüsste zwar nichts über die dienstlichen Eigenschaften von Graf Marius Attems, schrieb Nardelli dem Minister, doch wäre Attems über „*die Verhältnisse des Landes Dalmatien, von welchem er bloß einige größere Küstenorte auf kurzen Vergnügungsreisen flüchtig gesehen hat, in keiner Weise orientiert*“. Außerdem könnte Attems - „*wie mir von glaubwürdiger Seite versichert wird*“ - nicht Serbokroatisch und nur etwas Slowenisch. Damit ergäbe sich die Frage, wie dieser auf Grund der neuen Sprachenverordnung, die Anfang 1912 in Kraft treten würde, die Sitzungen in der Statthalterei und in den anderen Gremien mit kroatischer Amtssprache präsidieren und im Landtag auf Interpellationen der Abgeordneten antworten sollte. Der Minister würde wohl „*unter solchen Umständen einsehen, dass ich nicht in der Lage bin, Marius Graf Attems – Heiligenkreuz zur Ernennung zum hieramtlichen Hofrate und Stellvertreter des Statthalters in Antrag zu bringen*“.<sup>86</sup>

---

<sup>84</sup> Staatsarchiv Zadar, Statthaltereipräsidium 705/1911 (15.4.1911).

<sup>85</sup> Staatsarchiv Zadar. Geheimakten 17/1911 (16.4.1911). Das Schreiben des Ministers vom 12. 4. 1911 liegt diesem Akt bei.

<sup>86</sup> Ebd.

Nur vier Tage danach beantragte Graf Wickenburg „auf Antrag des Statthalters in Dalmatien“ die Pensionierung (inklusive Pensionszulage) und Erhebung in den Adelsstand für Hofrat Tončić. Im selben Vortrag schlug der Minister – ohne hier allerdings auf die detaillierten Vorschläge von Nardelli einzugehen - dem Kaiser Marius Graf Attems aus der Statthalterei Triest als Nachfolger vor, weil „unter den höheren Beamten in Dalmatiens politischer Verwaltung keiner im vollen Maße für diesen schwierigen Posten geeignet erscheint ... die bisherige hervorragende Dienstleistung bietet Gewähr dafür, dass er den Anforderungen, welche an ihn als den Stellvertreter des Statthalters in Dalmatien herantreten, vollkommen entsprechen wird“.<sup>87</sup>

Die Pensionierung von Tončić erfolgte am 30. April 1911. Zugleich wurde Attems zum Stellvertreter des Statthalters in Dalmatien ernannt. Für einen erfahrenen hohen Beamten wie Nardelli mußte der gesamte Ablauf wohl eine klare Botschaft enthalten: hier wurde ihm aus Wien sein Nachfolger nach Zadar geschickt – ein Nachfolger, der spätestens im März – noch vor dem Schreiben des Ministers an ihn wegen der Tončić – Ablöse („wichtige dienstliche Rücksichten“) - in der Hauptstadt bereits festgestanden sein mußte.

Ein weiteres - nicht nur für einen Beamten - kaum zu übersehendes Indiz war das Faktum, dass Minister Wickenburg zugleich mit der Ernennung für Attems auch sofort die Position eines Vizepräsidenten beantragt und auch bewilligt erhalten hatte. Dessen Vorgänger Tončić war drei Jahre lang Nardellis Stellvertreter gewesen, bis er 1908 zum Vizepräsidenten aufgestiegen war und Nardelli selbst hatte noch länger als Stellvertreter des Statthalters fungiert (1901 bis 1905) und war erst nach dem Abgang von Statthalter Handel zugleich mit der Ernennung zum Leiter der Statthalterei zum Vizepräsidenten befördert worden.

### **Verleihung des Freiherrenstandes**

Der „vorletzte Schritt“ für einen ehrenhaften Übergang von Hofrat Nardelli aus der Statthalterposition in den Ruhestand erfolgte nur zwei Wochen nach der Ernennung seines neuen Stellvertreters (auch wenn der Antrag diesmal naturgemäß nicht von Nardelli kam, zeigte doch der Vorgang frappierende Parallelen zur Vorgehensweise im Fall Tončić): der

---

<sup>87</sup> HHStA, Kabinettskanzlei, Kart.14 / 1911 Nr. 1351 (20. 4. 1911). Im Vortrag des Ministers wird darauf hingewiesen, dass Marius Attems, bevor er im August 1909 Hofrat „ad personam“ in Triest wurde, im Ministerium des Inneren tätig war, sowie anschließend im politischen Verwaltungsdienst der Kronländer Tirol, Vorarlberg und Steiermark.

Minister des Inneren, Dr. Max Graf Wickenburg erbat in seinem Vortrag vom 13. Mai 1911 vom Kaiser die taxfreie Verleihung des Freiherrenstandes an den Statthalter im Königreich Dalmatien. Die Begründung für diesen Antrag liest sich bereits wie ein Nachruf auf den Statthalter Nardelli.

Der Minister betonte die beispielhafte Beamtenkarriere, das ausgezeichnete Wirken und vor allem die Verdienste Nardellis bei der Einleitung und Durchführung der Aktion zur Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Dalmatien. Außerdem hätte Nardelli *„die besonders in früherer Zeit sehr verworrenen politischen Verhältnisse in diesem Kronlande konsolidiert und den Einfluß der radikalen Parteien eingedämmt“*. Die Aufrechterhaltung von guten Beziehungen zwischen der Militär- und der Zivilverwaltung wurde vom Minister – sicherlich im Sinne des Kaisers – besonders hervorgehoben und ebenso die für das kommende Jahr beschlossene Lösung der Sprachenfrage. Durch die kroatische Amtssprache bei Behörden und Ämtern würden *„in Dalmatien die nationalen Reibungsflächen erheblich vermindert“*.<sup>88</sup>

Nardelli hatte sofort damit begonnen, Attems in die Amtsgeschäfte einzubinden, auch wenn er in ihm natürlich einen „Wiener Kontrolleur“ erblickte. Für den Übertritt in den Ruhestand war jedoch noch ein wesentliches Problem zu lösen: Nardelli war noch nicht einmal 54 Jahre alt und konnte erst auf 33 ½ Dienstjahre zurückblicken.

Perić schreibt (fälschlich), dass Nardelli *„mit schon 64 Lebensjahren ... ein wenig kränklich war und ... sich außerdem den Ruhestand wünschte.“* Deshalb hätte er Anfang Juli 1911 beschlossen, *„zu seiner üblichen Kur nach Gastein zu fahren“*.<sup>89</sup> Er nahm einen längeren Genesungsurlaub, reiste am 18. Juli ab und übergab Attems die Leitung der Statthaltereigeschäfte in Dalmatien.<sup>90</sup>

---

<sup>88</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart.17 / 1911 Nr. 1665 (13. 5. 1911). Vortrag des Ministers mit der Bitte um Genehmigung. Die Erhebung Nardellis in den Freiherrenstand wurde vom Kaiser am 24. 5. 1911 in Gödöllö unterzeichnet.

<sup>89</sup> Perić, *Politički portreti*, S 216. Perić ist, was Nardellis Lebensalter betrifft, offensichtlich ein Rechenfehler unterlaufen (diesen Fehler im Ausmaß von 10 Jahren übernimmt Perić auch beim Sterbealter).

Bezüglich der Gasteinreise zitiert Perić zwar korrekt die Zeitung *Crvena Hrvatska* 55/1911 S. 3, doch die in der Zeitung veröffentlichte Information war falsch.

<sup>90</sup> *Crvena Hrvatska* 55/1911 (12.7.11). S. 3. Wie die Zeitung berichtete, erhielt der neue Vizepräsident Graf Marius Attems damit u.a. die Aufgabe, die Gemeinderatswahlen in der Zeit vom 21. bis 31. August abzuwickeln. Außerdem hatte er die Sabor-Nachwahlen in vier Wahlkreisen im September vorzubereiten und die Frage zu klären, ob – und wenn ja wann – vor dem Jahresende – der dalmatinische Sabor einberufen werden sollte.

Nardelli fuhr jedoch nicht nach Gastein, sondern nach Kaltenleutgeben im Süden Wiens. Der Ort hatte damals zwei Kuranstalten und war wegen der dort vorgenommenen Kaltwasserkuren (Hydrotherapie) auch über die Grenzen der Monarchie hinaus geschätzt.<sup>91</sup>

In einem Brief betonte Nardelli Anfang Juli, dass er „zwischen 17. und 20. Juli auf der Durchreise nach Kaltenleutgeben in Wien sein“ würde und sich angesichts der großen Hitze in Zadar schon auf kühles Wasser in Kaltenleutgeben freue, „das man nach einem Jahre Statthalterschaft in Dalmatien dringend wieder braucht“.<sup>92</sup>

In einem weiteren Brief beschrieb Nardelli Kaltenleutgeben als sehr schön und angenehm und „ich hoffe, daß die Cur meinem Herzen wohl thun wird“.<sup>93</sup>

Nardelli kam erst am 11. September nach Zadar zurück und übernahm sofort wieder seine Amtsgeschäfte als Statthalter. Während seines Kururlaubs war er allerdings - so schreibt Perić - „mehrere Tage in Wien, wo er durch direkte Kontakte mit den meisten Behörden der Staatsmacht definitiv begriff, dass die Zeit seiner Aufgabe ablief und es notwendig war, sich zurückzuziehen.“<sup>94</sup>

## Rücktritt als Statthalter

Schon bald nach seiner Rückkehr in die Statthalterei in Zadar beantragte Nardelli die Entbindung von seiner Position als Statthalter und die Übernahme in den Ruhestand, allerdings (im Gegensatz zu Tončić, der in den „bleibenden“ Ruhestand getreten war) aus

---

<sup>91</sup> Vgl. Internetportal der Marktgemeinde [www.kaltenleutgeben.gv.at](http://www.kaltenleutgeben.gv.at) „Von damals bis heute“, Folge 3. (Tag des Zugriffs: 18.3.2010).

Es war dies übrigens nicht Nardellis erster Besuch in Kaltenleutgeben. Die Neue Freie Presse Nr. 16063 (11. 5.1909) brachte auf Seite 8 die Kurznotiz, dass sich der dalmatinische „Statthalter Nardelli zu längerem Aufenthalt nach Kaltenleutgeben begeben“.

<sup>92</sup> AVA Wien, MdI Adelsverzeichnis Fasz. 43 Diplome (Nardelli 4995/1911 und 12771a/1911). Im umfangreichen Adelsakt von Nardelli finden sich drei handgeschriebene Briefe an einen namentlich nicht genannten Sektionschef und Freiherren im Ministerium des Inneren, der Nardelli offenbar bei den weiteren notwendigen Schritten zur Ausfolgung des Adelsaktes, vor allem auch zur Herstellung von Nardellis Freiherrenstandswappen behilflich war. Das Zitat entstammt dem ersten Brief, datiert mit Zara 9.7.11.

<sup>93</sup> Ebd. Im zweiten Brief, datiert mit Kaltenleutgeben 20.7.11 berichtet Nardelli, dass er den Wiener Wappenmaler Junginger gebeten hätte, nach Kaltenleutgeben zur Besprechung des Wappenentwurfes zu kommen. Ein dritter Brief ist mit Kaltenleutgeben 6.8.11 datiert. Nardelli berichtet, dass er ein „einfaches Wappen“ – kein „Traumbüchl“ – gewählt hätte und das dafür notwendige Gesuch in den nächsten Tagen einbringen würde.

<sup>94</sup> Perić, Politički portreti, S 216. Für diese Information über Gespräche in Wien gibt es bei Perić jedoch keine Quellenangaben.

Angesichts der Tatsache, dass die Kur nicht in Gastein, sondern in Kaltenleutgeben absolviert wurde und der Ort mit einer Lokalbahn zur Südbahn (Bahnhof Liesing) über eine ausgezeichnete Verkehrsanbindung an die Hauptstadt verfügte, war die Wahrscheinlichkeit von Gesprächen in Wien jedoch zweifellos gegeben.

gesundheitlichen Gründen die Übernahme in den „zeitlichen“ Ruhestand. Damit war das „Problem“ des Alters und der Dienstjahre gelöst.

Noch gegen Ende September 1911 wurde die Nachricht vom geplanten Nardelli - Rücktritt in der Öffentlichkeit bekannt.<sup>95</sup> Der Ministerrat in Wien befasste sich am 26. September mit der Angelegenheit und am 30. September erfolgte der Vortrag des Ministers des Inneren, Graf Wickenburg, beim Kaiser mit der Bitte, *„Freiherrn von Nardelli die, von ihm unter Hinweis auf seinen ungünstigen Gesundheitszustand erbetene Enthebung von dem Posten des Statthalters in Dalmatien und die Übernahme in den zeitlichen Ruhestand a.g. zu bewilligen“*.<sup>96</sup>

Am 8. Oktober genehmigte Kaiser Franz Josef *„in Gnaden die Enthebung von dem Amte Meines Statthalters im Königreiche Dalmatien unter voller Anerkennung seiner dem Staate mit treuer Hingebung geleisteten vorzüglichen Dienste“*, die Übernahme in den zeitlichen Ruhestand und eine jährliche Pensionszulage von 3.000 Kronen.<sup>97</sup>

Mit gleichem Datum wurde Graf Marius Attems mit der Leitung der Statthalterei in Zadar betraut. Er hätte sich, so Graf Wickenburg in seinem Vortrag, bei seiner bisherigen Arbeit als Stellvertreter des Statthalters *„in jeder Hinsicht vorzüglich bewährt“*. Gleichwohl wollte er ihn zu diesem Zeitpunkt noch nicht als Statthalter in Vorschlag bringen, um ihm Gelegenheit zu geben, die Statthalterei eine Zeit lang selbständig zu leiten und dadurch *„seine volle Eignung für den ihm zugedachten wichtigen Dienstposten voll zu erbringen“*.<sup>98</sup>

Attems wurde Anfang Jänner 1912 zum Statthalter ernannt (zum letzten Statthalter in Dalmatien im Rahmen der Habsburgermonarchie), zu seinem Stellvertreter wurde Statthaltereirat Dr. Franz Graf Thun – Hohenstein bestellt.

Am Vorabend seines Übertritts in die Pension besuchte Nardelli in Zadar die Mitglieder des Landesausschusses, des ausführenden Organs des dalmatinischen Sabor. Der Präsident des Sabor, Vicko Ivčević, dankte Nardelli *„für all das, was unter seiner Verwaltung zum Nutzen Dalmatiens auf materiellem und kulturellem Gebiet bewirkt wurde“*, und bedauerte

---

<sup>95</sup> Narodni list 78/1911 (30.9.1911). S. 3 (mit einem Verweis auf einen Artikel der Neuen Freien Presse Wien vom 29. 9. 1911. S. 7).

<sup>96</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart.30 / 1911 Nr. 2983 (8.10. 1911). Kabinettsvortrag des Ministers des Inneren.

<sup>97</sup> Ebd. Der Minister hatte *„nach gepflegtem Einvernehmen mit dem Finanzminister“* darauf verwiesen, dass Nardelli durch den Übertritt in den Ruhestand die jährliche Funktionszulage von 16.000 Kronen verlieren würde, auf Grund seiner Vordienstzeiten Anspruch auf ein jährliches Ruhegehalt von 17.568 Kronen hätte und daher die Pensionszulage den Einkommensverlust wenigstens zum Teil ausgleichen sollte.

<sup>98</sup> Ebd.

seinen Abgang, „weil angesichts solcher Umstände das Gefühl aufkomme zum Rücktritt gezwungen worden zu sein“. Nardelli verfolgte die Ivčević-Rede „tief gerührt“. Er versicherte den Abgeordneten in seiner Antwort, dass er sich „wo immer sich ihm die Gelegenheit bieten werde, zum Nutzen seines Vaterlandes einsetzen werde“.<sup>99</sup>

Zwei Tage später, am Nachmittag des 9. Oktober 1911, reiste Nardelli mit der Jacht „Zadar“ – es war dies das Dampfschiff der Leitung der Landesfinanzverwaltung – aus Zadar ab. Die Stadt war 30 Jahre lang seine Wirkungsstätte gewesen. „Auf der Mole war eine große Bürgermenge aus dem dienstlichen und außerdienstlichen Bereich. Sie waren gekommen, um sich vom „Herrn Niko“ zu verabschieden, an den in Zadar die beste Erinnerung zurückbleibe“.<sup>100</sup>

Nardelli ließ sich in Trsteno, etwa 20 Kilometer nordwestlich von Dubrovnik, in seinem später unter dem Namen „Villa Aurora“ bekannten Anwesen nieder, nur 200 Meter neben dem berühmtem „Arboretum“.

An der kleinen Anlegestelle im Hafen von Trsteno, nur wenige Schritte unterhalb der Villa, gab es für Nardelli am Morgen des 10. Oktober 1911 einen Festempfang durch die lokalen Repräsentanten und eine größere Gruppe von Einwohnern aus Trsteno, sowie aus den Nachbarorten Orašac, Zaton und Brsečine. Eine Schülerin überreichte dem früheren Statthalter Blumen, ein „roter Teppich“ führte zur Villa hinauf.<sup>101</sup>

Danach fiel Niko Nardelli in Dalmatien schon zu Lebzeiten „im Großen und Ganzen in Vergessenheit. Er lebte vorwiegend in Trsteno, begab sich bisweilen nach Dubrovnik und reiste zeitweilig nach Wien, wo er sich hin und wieder auch mehrere Wochen aufhielt.“<sup>102</sup>

### **Mitglied des Herrenhauses**

In Wien pflegte der Freiherr allerdings weiterhin seine Kontakte, fiel damit in der Hauptstadt jedenfalls nicht so in Vergessenheit wie in der engeren Heimat und erhielt 1917 seine letzte – diesmal durchaus politische – Ehrung.

---

<sup>99</sup> Narodni list 80/1911 (7.10.1911) S. 1.

<sup>100</sup> Narodni list 81/1911 (11.10.1911) S. 3.

<sup>101</sup> Smotra Dalmatinska 82/1911 (14.10.1911) S. 2. Am Anlegeplatz waren u. a. der Gutsherr Vito Gozze, die Pfarrer Danko Lepeš aus Trsteno und Bartul Fantela aus Zaton und der Lehrer Vicko Svilokos aus der Gemeinde Orašac. Der Eingang zur Villa am Ende des Anlegeplatzes war mit einem grünen Banner geschmückt.

<sup>102</sup> Perić, Politički portreti. S 219.

Heinrich Graf Clam-Martinic, seit Dezember 1916 Ministerpräsident, stand im Mai 1917 vor dem Problem, dass seit den letzten Berufungen ins Herrenhaus im Jahr 1912 bereits 63 Herrenhausmitglieder verstorben waren und das Herrenhaus somit nur noch über 115 Mitglieder verfügte. Es waren daher nun fünf erbliche Mitglieder und 55 Herrenhausmitglieder auf Lebenszeit neu zu berufen, wobei sowohl auf deren politische Einstellung als auch auf eine gewisse Ausgewogenheit nach Nationalitäten zu achten war.<sup>103</sup>

Während Statthalter Nardelli zehn Jahre zuvor, im April 1907 auf eine entsprechende Anfrage aus Wien dem Ministerpräsidenten Freiherrn Dr. Max Vladimir von Beck berichten mußte, dass eine Persönlichkeit zur Berufung ins Herrenhaus „*in Dalmatien nicht vorhanden*“ wäre,<sup>104</sup> wurde nun er selbst für diese Funktion vorgeschlagen.

Geheimer Rat Statthalter a. D. Nikolaus Freiherr von Nardelli wurde von Kaiser Karl I. am 19. Mai 1917 „*als Mitglied auf Lebensdauer in das Herrenhaus des Reichsrates*“ berufen.<sup>105</sup>

Am 30. Mai erfolgte die Bekanntgabe der Berufungen - in der ersten Sitzung des Herrenhauses nach mehr als dreijähriger Pause. Nardelli war für die ersten fünf Sitzungen in dieser XXII. Session entschuldigt, kam erst Ende Juni nach Wien und wurde in der Sitzung vom 28. Juni 1917 im Hohen Haus angelobt.<sup>106</sup>

In der Folge nahm er an 34 Sitzungen in der Hauptstadt teil, dabei waren auch längere Sitzungsperioden im Juli, Ende Oktober, November/Dezember 1917, sowie im Februar/März und im Juli 1918.

Auch noch bei den vier letzten Herrenhaussitzungen im Oktober 1918 war Nardelli anwesend.<sup>107</sup> Allerdings hatte der ehrende Aspekt dieser Herrenhausmitgliedschaft bei Nardelli ungleich mehr Gewicht als die politische Funktion: er stellte keine Anfragen im Hohen Haus, wurde in keinen der großen Ausschüsse gewählt und hielt auch keine einzige

---

<sup>103</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart.16/ 1917 Nr. 861 (19.5.1917). Vortrag des Ministerpräsidenten an den Kaiser mit einer Auflistung der insgesamt 60 nominierten Herrenhausmitglieder..

<sup>104</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten (29. 4. 1907) ad 1707 / MP vertraulich. Antwort des Statthalters auf eine vertrauliche Anfrage des Ministerpräsidenten vom 22. April 1907, ob ihm Nardelli eine südslawische Persönlichkeit zur Nominierung für eine Berufung ins Herrenhaus empfehlen könnte.

<sup>105</sup> HHStA, Kabinettskanzlei. Kart.16/ 1917 Nr. 861 (19.5.1917). Nardelli wird in dem in Laxenburg unterzeichneten Dokument auf Seite 6 unter Nr. 39 geführt.

<sup>106</sup> Stenographische Protokolle des Herrenhauses 1917-18, XXII. Session 1- 40. 6. Sitzung am 28. 6. 1917. S. 81.

<sup>107</sup> Ebd. In den Protokollen der Sitzungen 7 – 40 (1917/1918) scheint Nardelli jedenfalls weder als abwesend, noch als entschuldigt auf.

Rede - im Gegensatz zu seinem Landsmann Ritter von Vuković, dem er ja 1894 in Zadar als Statthaltereirat nachgefolgt war.<sup>108</sup>

### Der „vergessene“ Statthalter

In Dalmatien hatte Nardelli nach seinem Rücktritt als Statthalter nur noch eine „offizielle“ Funktion: als Aktionär der „Jadranska Banka“ in Trsteno, die Geschäftsstellen in Dubrovnik, Split, Šibenik, Zadar, Opatija (Abbazia) und Ljubljana hatte, wurde er zu Beginn des Jahres 1913 Vorsitzender des Verwaltungsrates.<sup>109</sup>

Für die Betreuung seiner Villa samt angeschlossenem Gästehaus und einem parkähnlichen, aber sehr steilen Gelände, hatte Nardelli vier Bedienstete. Schon seit 1910 war Frau Albina Bayer als seine Haushälterin tätig und Nardelli vermachte ihr in seinem Anfang 1923 knapp drei Jahre vor seinem Tod verfassten Testament 50 Prozent seines gesamten Besitzes. Sie hätte ihm *„ihre besten Jahre geopfert und wurde nur sehr bescheiden bezahlt“*, steht im Testament.<sup>110</sup>

Des Weiteren wurde Nardelli seit 1911 vom Ehepaar Baro und Mara Banić aus Trsteno betreut (sie wurden im Testament mit jeweils 10 Prozent bedacht) und von Marija Miklav, genannt „MITZI“ (auch für sie waren 10 Prozent der Erbschaft vorgesehen).<sup>111</sup>

Anfang 1924 musste der frühere Statthalter seine Villa in Trsteno aus finanziellen Gründen verkaufen.<sup>112</sup>

---

<sup>108</sup> Stenographische Protokolle des Herrenhauses 1917-18, XXII. Session, 39. Sitzung am 24. 10. 1918. S. 1263-1264. Vuković erklärte in seiner letzten Rede im Oktober, er hoffe *„auf die Anhänglichkeit“* eines Teils der Südslawen, er traue sich allerdings nicht mehr zu behaupten, *„dass der überwiegende Teil der Südslawen diese Lösung im Sinne der Monarchie wünscht“*.

<sup>109</sup> Prava Crvena Hrvatska Nr.639/1917 S. 2. Zit. nach Perić, Politički portreti. S 219.

<sup>110</sup> Staatsarchiv Dubrovnik, Testamentsverzeichnis Nr. 166 a 15/2 b Nardelli. Dok.2 Nr. 47/25. S. 1.

<sup>111</sup> Ebd. S. 2. Auch bei diesen weiteren Erben verweist Nardelli darauf, dass sie sehr gering bezahlt worden wären und er ihnen mit der Erbschaft auch die Kosten für eine Übersiedlung in neue Wohnheime ermöglichen wollte. Die restlichen 20 % der Erbschaft waren auf die fünf Cousins Nikola, Antun, Ilija, Petar und Ilija (den Sohn von Petar) zu gleichen Teilen aufzuteilen. An seine Cousins richtete Nardelli die Bitte, zu verstehen, dass ihr Anteil deshalb so gering wäre, weil es bei ihnen nicht – wie bei den anderen Erben - um die Sicherung der Existenz ginge.

Zum materiellen Teil des Testaments ist noch anzumerken, dass Nardelli zum Zeitpunkt der Testamentsverfassung noch das Anwesen in Trsteno besaß und er Albine Bayer 50% des Hausbesitzes plus Inhalt vermachte. Er ging davon aus, dass die Immobilien nach seinem Tod *„zum geeigneten Zeitpunkt bestmöglich verkauft“* würden. Da das Haus bei seinem Tod schon verkauft war, mußte eine relativ komplizierte Aktiva – Passiva – Bilanz erstellt werden, wobei rund 86.000 Dinar Aktiva etwa 37.000 Dinar Passiva gegenüberstanden und noch 1927 ein Prozess über offene Verbindlichkeiten geführt wurde.

<sup>112</sup> Nacional –NCL Nr. 449 (22.6.2004). Nach Nardelli gehörte die Villa von 1924 bis 1955 Milorad Dimitijević, wurde dann enteignet und der Stadt Dubrovnik unterstellt. Ab 1971 war sie in der Verwaltung der Hotelgesellschaft „Vis“ und wurde auch als Hotel genutzt, ging 10 Jahre später in den Besitz der sozialistischen Republik Bosnien – Herzegowina über und wurde zur Sommerresidenz für kommunistische Funktionäre. Nach dem Zerfall Jugoslawiens begann ein jahrelanger

Nardelli übersiedelte nach Dubrovnik, wo er häufig das Archiv besuchte und „*sich mit der Malerei beschäftigte*“. <sup>113</sup> Diese Formulierung von Ivo Perić könnte jedoch missverstanden werden, denn Niko Nardelli „beschäftigte“ sich nicht nur mit der Malerei, er malte selbst. Er stellte großformatige Kopien historischer Gemälde bedeutender Persönlichkeiten aus der Geschichte von Dubrovnik her. Etwa zehn dieser Gemälde hängen im alten Teil der Bibliothek des Dominikanerklosters in Dubrovnik. Wo sich die Originale befinden, die Nardelli als Vorlagen für seine Arbeiten dienten, ist im Kloster allerdings nicht bekannt. <sup>114</sup>

Niko Nardelli war auch auf dem Gebiet der Architektur tätig, erforschte im Dubrovniker Historischen Archiv die Geschichte und die Daten der Gozze - Sommerhäuser in Trsteno und verfasste dazu auch zwei Schriften. Darüber hinaus ging er seiner historisch - literarischen Leidenschaft nach und veröffentlichte 1924 das Werk „Cavalleria Rusticana“. Eine Erzählung über „*eine ritterliche Affäre im Dorf Orašće*“ (Orašac) bei Dubrovnik im 18. Jahrhundert. <sup>115</sup> Das kleinformatige Büchlein hat 27 Textseiten, davon sind mehr als die Hälfte ausschließlich der lokalen Geschichte des Ortes gewidmet. Die eigentliche Erzählung beruht auf Gerichtsakten aus den Jahren 1726 und 1727, die Nardelli erforscht hatte.

Niko Nardelli starb am Freitag, dem 4. Dezember 1925 im 69. Lebensjahr in Dubrovnik und wurde auf dem Dubrovniker Friedhof „Boninovo“ beerdigt. Bei den Begräbnisfeierlichkeiten am Sonntag - Nachmittag gab es - nach Mitteilung der lokalen Presse - „*die Anteilnahme nahezu von ganz Dubrovnik*“. Diözesanbischof Dr. Josip Marčelić nahm die Einsegnung vor, die Flaggen an den öffentlichen Gebäuden waren auf Halbmast, die Straßenlaternen waren schwarz umhüllt. In der Grabrede, die von Danko Lepeš gehalten wurde, betonte dieser, dass Niko Nardelli „*Gott, das Volk, die armen Leute, die Wissenschaft und die Kunst*“

---

Streit zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina um den Besitz der Villa. Der US – amerikanische Schauspieler (mit kroatischen Wurzeln) John Malkovich, versuchte 2004 – auf Grund der ungeklärten Eigentumsverhältnisse vergeblich - die Villa zu kaufen.

<sup>113</sup> Perić, *Politički portreti*. S 219.

<sup>114</sup> Mündliche Auskunft des zuständigen Bibliothekars im Dominikanerkloster Dubrovnik, Pater Stjepan Krsić, im Rahmen einer Privatführung durch diese Gemäldesammlung im alten Teil der - mit dem öffentlich zugänglichen Museum des Klosters nicht zusammenhängenden - Bibliothek (8.3.2010). Die Nardelli-Gemälde zeigen u. a. M. Ghetaldi (1566-1627), N.V. Gozze (1549-1610), Jahota Palmotić (+ 1680), die Dame G. Zuzzeri (1555-1600) und E.L. Cerva (1460-1520).

<sup>115</sup> Nardellis Werk wurde im *Dubrovački list* in den Ausgaben Nr. 28, 29, 31 und 32 / 1924 abgedruckt und danach (im gleichen Jahr) separat in Dubrovnik veröffentlicht. Ein Exemplar des Büchleins befindet sich in der „*Naučna biblioteka Dubrovnik*“ (Wissenschaftliche Bibliothek Dubrovnik) Nr. 6.221 – 1012 R.

geliebt hatte und „*ein aufrechter Dubrovniker Bürger und ihm wahren Sinn des Wortes Demokrat*“ gewesen wäre.<sup>116</sup>

Der Kontrast zwischen diesen Berichten und dem, was in der Erinnerungskultur von Dubrovnik an den Sohn der Stadt und dalmatinischen Statthalter Niko Nardelli 85 Jahre nach dessen Tod noch übrig ist (oder besser gesagt kaum mehr vorhanden ist), kann größer nicht sein: wo sein Geburtshaus gestanden ist und ob es noch existiert, ist nicht zu eruieren (von den sonst in den kroatischen Städten überall angebrachten Erinnerungstafeln an frühere Politiker und Künstler ganz zu schweigen). Seine ehemalige Villa in Trsteno, „*eines der geschmackvollsten Bauwerke in unserer Region*“,<sup>117</sup> ist seit Jahren dem Verfall preisgegeben. Herausgerissene Türen und Fenster öffneten jeder Art von Vandalismus im wahrsten Sinn des Wortes alle Tore, das Dach des Gästehauses ist eingestürzt.

Und das Familiengrab, in dem Niko Nardelli bei seinen Eltern Luce und Antun 1925 beigesetzt worden war, ist auf dem Dubrovniker Friedhof nicht mehr aufzufinden.

Auch wenn im Dubrovniker Dominikanerkloster versichert wird, dass es dort über Nardelli keine Dokumente gäbe (und damit offenbar weitere Recherchen „abgeblockt“ werden sollten), konnten aus anderer Quelle Dokumente aufgefunden werden,<sup>118</sup> aus denen ersichtlich ist, dass das Dominikanerkloster im Jahr 1963 die Eintragung eines neuen „Grabnutznießers“ für das Grab „Antonio (barun) Niko Nardelli c.k. namjesnik“ auf dem Friedhof „Boninovo“ beantragt hatte und diese Übertragung auf das „Samostan Dominikanaca Dubrovnik“ von der Friedhofsverwaltung auch bewilligt worden war.<sup>119</sup>

Im Juni 1971 wurde das Nardelli-Familiengrab von den Dominikanern an das Kapuzinerkloster Dubrovnik abgetreten. Dem war ein Vertrag zwischen den beiden Klöstern vorausgegangen, in dem das Dominikanerkloster in Dubrovnik „*in seiner Eigenschaft als*

---

<sup>116</sup> Narodna svijest, Dubrovnik. Nr. 50/1925 (12.12.1925). S. 3. Kritisch sei hier vermerkt, dass diese Stelle auch von Ivo Perić zitiert wird (Politički portreti S. 219), er jedoch das erste Wort - nämlich „Gott“ - in diesem 1990 erschienen Werk weggelassen hat.

<sup>117</sup> Narodna svijest, Nr. 50/1925 (12.12.1925). S. 3.

<sup>118</sup> Die Kopien dieser insgesamt fünf Dokumente befinden sich im Archiv des Verfassers.

<sup>119</sup> Ebd. Pogrebna ustanova Dubrovnik (Bestattungsanstalt Dubrovnik) Bescheid Nr. 243/63 (3.10.1963) betreffend das Grab mit der Nummer G. III-R2 146 (Grabsteinaufschrift: „Barun Niko Nardelli c.k. namjesnik Dalmacije“). Wie das Dominikanerkloster in den Besitz des Grabes gekommen ist, konnte nicht geklärt werden.

*Erbe nach dem Verstorbenen Niko Nardelli, verstorben 1925, als gesetzlicher Nutzer des Grabes“ auftrat.*<sup>120</sup>

Im Jahr 1979 sandte das Kapuzinerkloster den Entwurf eines neuen Grabsteins an die Friedhofsverwaltung. Auf diesem Stein befinden sich die Namen von vier verstorbenen Kapuzinermönchen. Der Name Nardelli scheint nicht mehr auf. Ob der frühere dalmatinische Statthalter Niko Nardelli überhaupt noch in dieser „Kapuzinergruft“ liegt, war nicht zu eruieren.<sup>121</sup>

Die einzige Erinnerungstafel an den Statthalter ist in Trsteno zu finden: im Zuge der 1905 errichteten Uferstraße, durch welche die Zufahrt zum kleinen Hafen und der daneben errichteten Villa Aurora möglich ist, befindet sich eine Brücke mit der Tafel: „Nardelli-Most 1905“. Diese Tafel ist jedoch außen am Brückenbogen angebracht und beim Befahren der Straße nicht zu sehen. Man kann sie allerdings entdecken, wenn man sich der Brücke vom Meer her nähert.

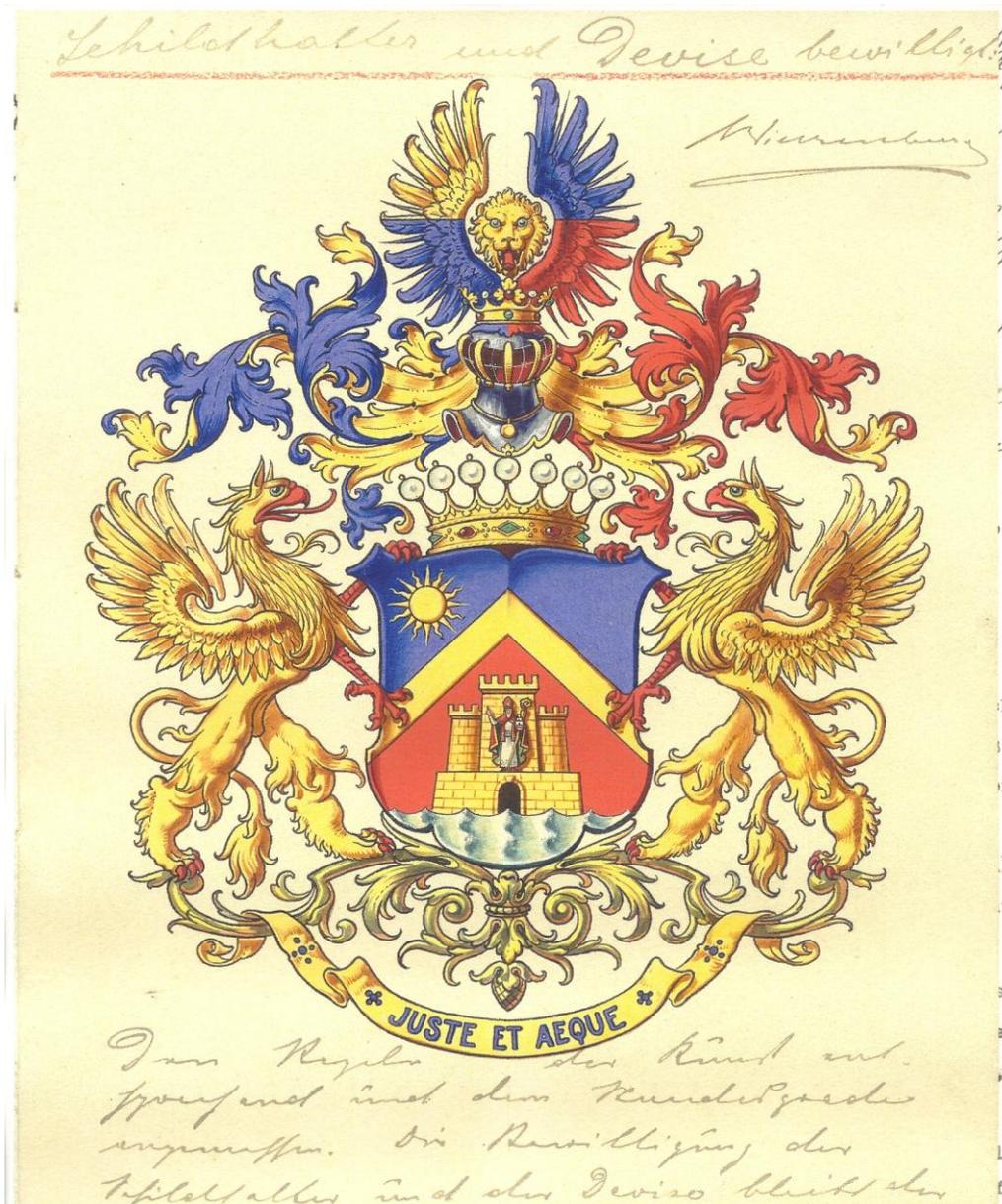
Soviel zum „vergessenen“ Statthalter Niko Nardelli.

---

<sup>120</sup> Kopie im Archiv des Verfassers: der Vertrag ist mit 31.5.1971 datiert und trägt die Unterschriften des Dominikaner-Priors Josip Mrkonjić und des Kapuziner-Vorstehers Franjo Ignacije Cafuk. Aus Pkt. 2 des Vertrages ist abzuleiten, dass die Dominikaner die Grabpflege nicht mehr leisten wollten. Die Übertragung wurde mit Bescheid Nr. 45/71 am 2.6.1971 von der Friedhofsverwaltung bewilligt.

<sup>121</sup> Ebd. Der Antrag (inkl. Skizze) ist mit 29.3.1979 datiert und wurde am 3.4.1979 bewilligt.

### Das Wappen des Freiherrn Nikolaus von Nardelli



Copyright Österreichisches Staatsarchiv<sup>122</sup>

Der Schildhalter wird von zwei „bezungten“ Greifen getragen. Die Devise auf einem goldenen Spruchband lautet „juste es aequé“ (gerecht und gleich). Vor dem mittleren Turm erscheint der heilige Blasius im bischöflichen Ornat. Über der Freiherrnkrone mit den sieben Perlenzinken befindet sich ein goldener „bezungter“ Löwenkopf.

<sup>122</sup> AVA Wien, MdI Adelsverzeichnis Fasz. 43 Diplome (Nardelli 4995/1911 und 12771a/1911). Unter dem Entwurf steht: *Den Regeln der Kunst entsprechend und dem Standesgrade angemessen. Die Bewilligung der Schildhalter und der Devise bleibt der hohen Schlussfassung seiner Exzellenz des Herren k.k. Ministers vorbehalten. Oberhalb des Entwurfes ist handschriftlich vermerkt: Schildhalter und Devise bewilligt. Wickenburg.*

## 2. DIE BÜROKRATIE IN DER MONARCHIE

### Das Beamtentum

#### Gesetzliche Grundlagen

Die österreichische Bürokratie in den letzten Jahrzehnten der Monarchie, in der sich der Beamte Nardelli seit seinem Eintritt in die politische Verwaltung 1881 bewegte, war geprägt von Reformen unter Kaiser Josef II. Niko Nardelli war zwar schon seit 1877 vier Jahre lang im Staatsdienst gewesen, aber im Bereich der Gerichtsbarkeit, die ja ausdrücklich von der politischen Verwaltung in allen Instanzen getrennt war.<sup>123</sup>

Josef II. hatte mittels Verordnungen eine neue Gruppe von Staatsdienern „zur Vollziehung staatlichen Willens“ geschaffen, die Beamtenschaft. Durch das Handeln der Verwaltung wurde „eine politische Ordnung realisiert“, an die Beamten wurden objektive Anforderungen gestellt, sie hatten genau definierte Rechte und Pflichten.<sup>124</sup>

Im Staatsgrundgesetz über die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt von 1867 (und in der Folge im Gesetz über die Errichtung der politischen Verwaltungsbehörden 1868) war festgelegt, dass der Kaiser alle Dienstposten von der VI. Rangklasse aufwärts auf Vorschlag der zuständigen Minister zu ernennen habe und dass alle Organe der Staatsverwaltung durch einen Diensteid die Beachtung der Gesetze zu beschwören hatten.<sup>125</sup>

Der Beamte hatte ein Recht auf feste Entsoldung, auf Beförderung, Ruhegenuss und Hinterbliebenenversorgung. Im Jahr 1873 wurde allerdings die graduelle Vorrückung bei Beamten abgeschafft. Zur Berufung auf einen höheren Dienstposten bedurfte es seither eines „formellen Aktes“ durch ein Dekret.<sup>126</sup>

Das Dienstverhältnis beinhaltete für den Beamten ein staatsrechtliches Abhängigkeitsverhältnis („öffentliche Gewalt über den Dienstpflichtigen, welche wir Dienstgewalt nennen ...“).<sup>127</sup> Der Beamte hatte im Rahmen seiner Tätigkeit dienstlichen

---

<sup>123</sup> Reichsgesetzblatt Nr. 145 /1867 vom 21.12.1867 (ALEX – elektronische Gesetzestexte der Österreichischen Nationalbibliothek).

<sup>124</sup> Wilhelm Brauneder, Österreichische Verfassungsgeschichte (Wien 1987). S. 86.

<sup>125</sup> Reichsgesetzblatt Nr. 44 /1868 vom 19.5.1868 (ALEX – ÖNB).

<sup>126</sup> Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes. Hg. Ernst Mischler / Josef Ulbrich. Bd. IV R-Z (Wien 1909). S. 318.

<sup>127</sup> Staatswörterbuch Mischler/Ulbrich Bd. IV. S. 319.

Befehlen zu gehorchen, selbst dienstliche Befehle zu erteilen und auch die Beachtung von gesetzlichen Anordnungen zu erzwingen. Er war also innerhalb seines amtlichen Wirkungsbereiches für eine „*entsprechende Geschäftsführung verantwortlich*“ und war auch für Rechtsverletzungen haftbar.<sup>128</sup>

Die in der Dienstpflicht enthaltene „Gehorsams- und die Treuepflicht“ war in ihrer Wirksamkeit in so ferne eingeschränkt, als Gehorsam nur bei rechtmäßigem dienstlichen Befehl geleistet werden musste. Die Amtspflicht erforderte auch eine „strenge Unparteilichkeit“.<sup>129</sup>

Der Beamte hatte kein Recht auf das ihm einmal verliehene Amt. Es konnte also jederzeit eine Versetzung in ein, dem Rang und der Ausbildung entsprechendes, anderes Amt erfolgen. Auch die Pensionierung (bei voller Dienstfähigkeit) gegen den Willen eines Beamten war möglich.

Die Grenzen, innerhalb derer ein Beamter in der Öffentlichkeit aktiv werden durfte, waren nicht genau definiert, auch wenn sich der Kaiser in einem Erlass 1895 deutlich gegen eine politische Betätigung der Beamten ausgesprochen hatte.<sup>130</sup> Das aktive und passive Wahlrecht „... *involviert wohl auch das Recht der Beteiligung an der Wahlagitation* ...“, jedoch waren dem Beamten engere Grenzen als anderen Staatsbürgern durch Dienstpflicht und Treuepflicht gesetzt.<sup>131</sup>

Auch „Vereinsleben“ und „Versammlungsrechte“ waren prinzipiell nicht verwehrt, doch gab es auch hier gewisse Einschränkungen der Freiheit des Beamten.

Was die Entscheidungen der Beamten betraf, so waren diese ohne religiöse oder nationale Vorurteile zu treffen. Objektivität und Verschwiegenheit waren weitere Kriterien – wobei das „Amtsgeheimnis“ nicht nur dem Schutz des Staates zu dienen hatte, sondern auch dem Schutz der Einzelperson.<sup>132</sup>

Die Amtsführung hatte in allen Teilen Cisleithaniens nach denselben Prinzipien zu erfolgen, nicht zuletzt, um damit auch die Kontinuität des Vielvölkerstaates zu fördern. Die

---

<sup>128</sup> Ernst C. Helbling, Die Landesverwaltung in Cisleithanien. In: Die Habsburgermonarchie II. Verwaltung und Rechtswesen. (Wien 1975). S. 215.

<sup>129</sup> Staatswörterbuch Mischler/Ulbrich Bd. IV. S. 320.

<sup>130</sup> AVA Wien, Ministerratsprotokolle. Min.Rat. Präs. 762/1895 (11.7.1895).

<sup>131</sup> Staatswörterbuch Mischler/Ulbrich Bd. IV. S. 323.

<sup>132</sup> Brauneder, Verfassungsgeschichte. S. 86.

gemeinsame Amtssprache war Deutsch, diese „*dünne Decke der einheitssprachlichen Verwaltung*“ brachte allerdings für manchen Beamten Loyalitätsprobleme. Das Auftreten des „*ehrfurchtsgebietenden Gewaltapparates der Monarchie, vom Hofe abwärts, Bürokratie und Armee umfassend*“<sup>133</sup> wurde vor allem in den slawischen Ländern als Ausdruck von Fremdherrschaft empfunden.

Das Übergewicht der deutschsprachigen Beamten in den Zentralstellen war beträchtlich: im Jahr 1914 hatten 76 Prozent der Ministerialbeamten in Wien Deutsch als Muttersprache.<sup>134</sup>

### Die Praxis

Für die Beurteilung des „Beamten“ Nardelli scheint es notwendig, nicht nur auf die gesetzlichen Grundlagen der österreichischen Bürokratie, sondern vor allem auf die um die Jahrhundertwende geübte Praxis näher einzugehen.

Der im Biedermeier - Österreich perfektionierte Zentralismus mit einem Verwaltungsapparat, der sich zu einem Unterdrückungsfaktor der Bürger durch die Bürokratie entwickelt hatte, bestand auch unter Kaiser Franz Josef weiter, mit geheimer Polizei, Zensur und Spitzelakten. Begleiterscheinung der allgegenwärtigen Bürokratie war die ständige Bereitschaft, Vorschriften zu umgehen, über die Verletzung der Vorschriften hinwegzusehen und deren mangelhafte Durchführung mit dem Begriff „Schlamperei“ abzutun. Dies durchaus im Gegensatz zu den „klassischen Beamtentugenden“ Gerechtigkeit, Unparteilichkeit, Amtsverschwiegenheit, Pünktlichkeit und Arbeitseifer. Und auch „*das Gebot der Unbestechlichkeit konnte durch die bescheidene Bezahlung*“ in einigen Kronländern wohl „*durchaus ins Wanken geraten*“.<sup>135</sup>

Das „Beharrungsvermögen“ der Bürokratie gegenüber jeder Art von Modernisierung wurde indirekt vom Kaiser unterstützt. Franz Josef leistete vor allem den technologischen Neuerungen beharrlich Widerstand (es gab z. B. lange keine moderne Toiletten in der Hofburg) und sein Misstrauen gegen Telefon und Automobil hatte zweifellos eine gewisse Vorbildwirkung auf seine „Untertanen“ (so waren etwa Telefon und Aufzüge in Wien um

---

<sup>133</sup> Ernst Bruckmüller, Sozialgeschichte Österreichs (Wien 1985). S.421.

<sup>134</sup> Ebd. S. 419.

<sup>135</sup> Adam Wandruszka, Ein vorbildlicher Rechtsstaat. In: Die Habsburgermonarchie Bd. II. Vorwort S. XIV. Wandruszka nennt hier explizit die ehemals türkischen Gebiete im Osten, Bosnien-Herzegowina, die Bukowina und Galizien.

1900 eine Seltenheit, Kühlschränke, fest installierte Badewannen, Zentralheizungen oder Scheckzahlungen waren nahezu unbekannt).<sup>136</sup>

In den meisten öffentlichen Ämtern wurde noch bis 1918 die Schreibmaschine abgelehnt. An dieser Stelle ist darauf zu verweisen, dass Niko Nardelli bereits 1905 den größten Teil seiner amtlichen Korrespondenz mittels Schreibmaschine erledigt hat. Und einem Zeitungsbericht ist zu entnehmen, dass der Statthalter im November 1910 eine Inspektionsreise in das dalmatinische Hinterland „mit dem Automobil“ unternommen hätte.<sup>137</sup>

Kaiser Franz Josef, der sich selbst ja als „höchsten Beamten“ im Staat sah und der deshalb scherzhaft auch als „kaiserlicher Hofrat“ bezeichnet wurde, war für den höheren Beamten derart vorbildhaft, dass dieser sich selbst tendenziell als Repräsentanten seines kaiserlichen Herrn „als eine Art kleiner Kaiser in seinem Amtsbereich anzusehen“ begann, als „absoluter, wenngleich aufgeklärter und wohlwollend väterlicher Monarch“ gegenüber den Sorgen der ihm „anvertrauten Untertanen“.<sup>138</sup>

Die von Franz Josef geförderten „Aristokraten, Bürokraten, Offiziere, Priester und Professoren ... waren die Rädchen eines Systems, das die Stärke wie die Schwäche seines Herrschers fest in sich barg“. Öffentliche Angelegenheiten wurden geheim gehalten, damit wurden Gerüchte und Intrigen begünstigt. Das Reich wurde „in einer Atmosphäre von Halbwahrheiten ... durch Improvisation zusammengehalten“. Reformen wurden abgesetzt (etwa die Ministerpräsidenten Badeni 1897 und Beck 1908). Der „oberste Bürokrat“ versuchte, „die ererbten Länder durch hergebrachte Routine zu erhalten.“<sup>139</sup>

In diesem Umfeld gab es einen Zustrom tüchtiger und meist gut ausgebildeter junger Männer zu „Kaisers Rock auch in der zivilen Variante der Beamtenuniform“, nicht zuletzt aus sozial niedrigeren Schichten, wobei vor allem das hohe soziale Ansehen des Beamten und natürlich die Existenzsicherung wesentliche Motivation bildeten.<sup>140</sup>

Der idealtypische Werdegang eines höheren Beamten begann mit humanistischer Bildung, einem anschließenden Rechtsstudium, dem Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger (weil

---

<sup>136</sup> Vgl. William M. Johnston, Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donauraum 1848 bis 1938 (Wien 2006). S.49.

<sup>137</sup> Crvena Hrvatska 93/1910 (19.11.1910) S. 4.

<sup>138</sup> Wandruszka, Habsburgermonarchie Bd. II. Vorwort S. XV.

<sup>139</sup> Johnston, Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. S. 53.

<sup>140</sup> Wandruszka, Habsburgermonarchie Bd. II. Vorwort S. XV.

Studenten zwei der drei Militärjahre erspart blieben), endete mit dem „Hofrat“<sup>141</sup> oder dem „Sektionschef“, sowie in manchen Fällen auch mit der Nobilitierung. Ein Karriereverlauf, der auf Nardelli – mit Ausnahme des Militärdienstes – exakt zutraf.

Das gesellschaftliche Ansehen des Beamtenstandes war nicht zuletzt deshalb sehr hoch, weil die „*Spitze der bürokratischen Pyramide*“ auch für den Hochadel erstrebenswert blieb (vor allem für die jüngeren Brüder der Majoratsherren) und weil es immer mehr faktisch in die „Bürokratie hineingeborene Beamte“ aus eingesessenen Offiziers- und Beamtenfamilien gab.<sup>142</sup> Ebenso hatten viele Wirtschaftswissenschaftler und Juristen „Doppelkarrieren“ als Professoren und höchste Beamte.

Konflikte waren programmiert: Die führende Schicht der Bürokratie war den Mitgliedern der Hofgesellschaft verpflichtet. Jedes Unternehmen benötigte die „Zustimmung des Hofes“. Die Folge war, dass Erzherzöge und Fürsten „*durch Protektion nahezu jeden Aspekt des öffentlichen Lebens*“ beeinflussten (vor allem im Verhindern von Neuerungen und im Ausschließen aller neuen Kräfte). Zugleich herrschte im Adel Misstrauen gegen die wohlhabende Mittelschicht, der die Bürokratie entstammte „*und Furcht vor der Leistungsorientiertheit des städtischen und jüdischen Liberalismus*“.<sup>143</sup>

Der Beamte war eher gefürchtet als bewundert. Der Titel Hofrat garantierte schließlich die Macht, Protektion auszuspielen. Für viele hohe Beamte waren zwar Fleiß und Unparteilichkeit oberste Maximen – woraus sich allerdings ein gewisser Widerspruch zur Protektionspraxis ergab. Beim höheren Beamten herrschte aus dem Weiterbestehen feudaler Wertbegriffe eine eigene Art von Schlamperei: „*Die Etikette schrieb vor, dass ein Beamter den Wünschen eines Erzherzogs oder Grafen nachzukommen habe*“. Zur Schlamperei als Symbol für die Spannung zwischen dem Alten und dem Neuen kam noch, dass sich „*so gut wie jeder Beamte zerrissen fühlte zwischen der Pflicht gegenüber dem Staat und der Pflicht gegenüber seinen Mitbürgern*“.<sup>144</sup>

---

<sup>141</sup> Brauneder, Verfassungsgeschichte. S. 74. Der Begriff „Hofrat“ geht auf den Aufbau des Behördenapparates unter Ferdinand I. zurück und war als Kollegialorgan ab 1559 vor allem oberste Justizbehörde. Der Titel „Hofrat“ wurde 1765 für verdiente, höhere, ältere Beamte eingeführt. Nach 1850 kamen neue Titel hinzu, z. B. Ministerialrat oder Sektionsrat, um dem zunehmenden Beamtentum „*Würde zu verleihen*“. (Johnston, Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. S. 53.

<sup>142</sup> Wandruszka, Habsburgermonarchie Bd. II. Vorwort S. XV.

<sup>143</sup> Johnston, Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. S. 59.

<sup>144</sup> Ebd. S.38.

So gesehen befand sich Hofrat Nardelli nicht nur in einem Spannungsfeld zwischen Zadar und Wien, sondern er hatte wohl in einem wesentlich vielschichtigeren Kräfteumfeld zu agieren. Vom antichambrieren bei Erzherzögen bis zum „selbstverständlichen“ Eingreifen in Wahlen, von Polizeieinsatz über Presse- und Telegrammzensur bis zur Bespitzelung der Bürger. Dass der Regierung „wohlgesonnene“ Personen und Organisationen (zum Beispiel Zeitungen) auch mit Geldzuschüssen rechnen konnten, entsprach durchaus der Norm. Die Wiener Presse „suhlte sich geradezu in Bestechlichkeit“. Beamte hielten sich Mittelsmänner, um Nachrichten durchsickern zu lassen oder Gerüchte zu lancieren. Umgekehrt konnte man gegen Geld Zeitungen veranlassen, gewisse Enthüllungen zurückzuhalten. Es gab auch „vorbeugende Zensur“: Polizeibeamte informierten Verleger, dass eine bestimmte Angelegenheit vertuscht werden sollte.<sup>145</sup>

Wenn dies alles in Wien Usus war, warum sollte dann in Zadar anders agiert werden?

Für Hermann Bahr war „der Hofrat“ - ohne damit Nardelli persönlich zu meinen - der eigentliche Totengräber der Monarchie. Als Vertreter des starren Bürokratismus „eine unsympathische Figur“, die den Staat noch notdürftig zusammenhielt, die aber mit der Modernisierung „verschwinden“ müsse. Der Hofrat hätte zunächst der Herrschaft gedient und dann damit begonnen, durch seine Fachkenntnis die Herrschaft „selbst sich Untertan zu machen“. Der Hofrat bediene „einen unfähigen Herrn, den zu beherrschen, ohne sich das merken zu lassen, er für sein Amt ansieht“.<sup>146</sup>

Diese Formulierung unterstreicht die Ansicht, dass vielen hohen Beamten der Parlamentarismus suspekt war. Den Anspruch der Politiker auf Kontrolle des öffentlichen Lebens empfanden sie „als einen Einbruch in die von Rechts wegen der Bürokratie vorbehaltene Domäne“, noch dazu von „Dilettanten“, denen es an entsprechender Ausbildung mangelte und denen vor allem „das bürokratische Berufsethos fehlte“.<sup>147</sup>

Das „Gremium der Hofräte“ hätte jedenfalls die Verwaltung im Staat „kollegial“ übernommen, meinte Hermann Bahr, der „adelige Herr, der Präsident“ hätten die Entscheidungen der hohen Beamten nur noch zu unterschreiben und der Hofrat könnte

---

<sup>145</sup> Johnston, Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. S. 63.

<sup>146</sup> Hermann Bahr, Schwarzgelb. Schriften zur Zeitgeschichte (Berlin 1917). S.61.

<sup>147</sup> Wandruszka, Habsburgermonarchie Bd. II. Vorwort S. XV.

„seinen verhaltenen Bedienteningrimm endlich löschen“ mit einer Art „Racheakt“, mit dem der österreichische Zentralismus festgeschrieben würde.<sup>148</sup>

Ein ziemlich negativer Befund, der jedoch - sicherlich mit persönlichen Erfahrungen versehen - das zuvor über die österreichische Bürokratie Gesagte, wenn auch etwas überzeichnet, zu bestätigen scheint.

Konkreter berichtet Karl Kraus von „Schändlichkeiten“, die im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts von der Bürokratie, vor allem von Gerichten und der Polizei „begangen“ wurden. Kraus bezeichnete dies als „*Bürokretinismus*“.

In Triest erhielt ein Mann im Jahr 1906 eine Kerkerstrafe für Majestätsbeleidigung, weil er wiederholt den Kaiser als „König“ bezeichnet hatte.<sup>149</sup>

In Leoben gab es 1904 (!) eine „Hexerei-Untersuchung“ gegen eine Witwe. Sie wurde erst nach fünf Monaten Untersuchungshaft wieder freigelassen.<sup>150</sup>

Dass in einem anderen Fall die Verfolgung einer Bordellbesitzerin von der Behörde verzögert wurde, weil es für einige Beamte „Gratisbesuche“ gegeben hatte, rundet das negative Bild ab.<sup>151</sup>

Um die kritische Auseinandersetzung mit der Österreichischen Bürokratie abzuschließen noch ein Wort zum sogenannten „Amtsschimmel“: vor allem die Mittelschicht der Bevölkerung hatte unter der schleppenden Arbeitsweise der Verwaltung zu leiden, unter dem „beamteten“ Motto: „Wir können warten“. Nur ein Beispiel zur Illustration: jede Steuerzahlung ging durch die Hände von 27 (!) Beamten. Nach 1880 – so schreibt Johnston in seiner Kulturgeschichte – „brachte das Verwaltungspersonal die Formalitäten zu einer derartigen Blüte, dass sie nicht nur jede Reform, sondern selbst die Routine erstickten“. Nach außen hin eine „*Bastion der Einigkeit und des geordneten Lebens*“ hätten die österreichischen Bürokraten „mit schweren Missgriffen einiges zur europäischen Katastrophe beigetragen.“<sup>152</sup>

Das Zitieren von Schriftstellern als Zeitzeugen mit den oben angeführten Negativ-Beispielen hat nicht den Zweck, die k.k. Bürokratie „per se“ abzuwerten oder einige der nach heutigen Standards zweifellos nicht korrekten Handlungen des Beamten Nardelli „a priori“ zu

---

<sup>148</sup> Bahr, Schwarzgelb. S. 62.

<sup>149</sup> Karl Kraus, Sittlichkeit und Kriminalität. (Taschenbuch Frankfurt 1987). „Aus dem dunkelsten Österreich“ S.256.

<sup>150</sup> Ebd. „Der Hexenprozess von Leoben“ S. 105.

<sup>151</sup> Ebd. „Der Fall Riehl“ S. 228.

<sup>152</sup> Johnston, Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. S. 65.

entschuldigen. Doch Aktionen wie das Einschleusen von Spitzeln, das Abfangen von Telegrammen, das Öffnen von Briefen, Eingriffe in die Zeitungsberichterstattung oder das (in Form „amtlicher“ Schreiben) Abfassen von negativen Qualifizierungen präsidentiver Abgeordneter oder Bischöfe erscheinen doch in einem anderen Licht, wenn sie im Kontext mit anderen, damals offenbar nicht unüblichen Vorgangs- und Handlungsweisen der höheren Bürokratie gesehen werden.

Dass es mit der massiven Ausweitung des Beamtenapparates Auswirkungen auf die Qualität der Bürokratie gab (vor allem in den unteren Beamtenrängen), damit hatte sich auch Nardelli herumschlagen. Für die nicht-deutschsprachigen Kronländer war damit allerdings auch der Vorteil verbunden, zunehmend auf Beamte der eigenen Sprachnation zurückgreifen zu können. Mit der steigenden Zahl von Beamten nichtdeutscher Nationalität, die sich auf lokaler Ebene eine fixe Position in der Verwaltung sichern konnten, erwartete man sich in der hohen Bürokratie einerseits einen Beitrag zur Förderung der „*wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Reife*“ vor allem der slawischen Völker, andererseits hatte man Sorge, dass sich die Homogenität des Verwaltungsmechanismus (seit den Zeiten Maria Theresias) „*von unten her zu zersetzen*“ beginnen und diese verminderte Homogenität auch zur Schwächung des staatlichen Machtapparates führen könnte.<sup>153</sup>

Dass es natürlich auch eine Vermehrung der bürokratischen Aufgaben gegeben hatte, ist unbestritten. Ob dies allerdings in Relation zur Vermehrung des Beamtenapparates stand, sei dahingestellt. Jedenfalls gab es im Jahr 1870 in Cisleithanien insgesamt 80.000 Beamte, bis zum Jahr 1910 hatte sich ihre Zahl auf 400.000 Beamte verfünffacht.<sup>154</sup>

## **Die Landesverwaltung in Cisleithanien**

### **Landtag, Landesausschuss und Gemeinden**

Die Landesverwaltung in den einzelnen Kronländern Cisleithaniens war im Wesentlichen durch das Staatsgrundgesetz von 1867, sowie durch das Gesetz über die Einrichtung der

---

<sup>153</sup> Jiří Klabouch, Die Lokalverwaltung in Cisleithanien. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd. II. Verwaltung und Rechtswesen, S. 293..

<sup>154</sup> Walter Goldinger, Die Zentralverwaltung in Cisleithanien. In: Die Habsburgermonarchie 1848 - 1918 Bd. II. Verwaltung und Rechtswesen. S. 114.

politischen Verwaltungsbehörden 1868 geregelt, wobei wichtige Bestimmungen des Silvesterpatents 1851 und der Landtagswahlordnung 1861 übernommen oder adaptiert wurden.<sup>155</sup>

Dem vom Kaiser eingesetzten Landeschef mit seinen weitreichenden Machtbefugnissen ist das nachfolgende Kapitel gewidmet. Hier sollen nur kurz jene Landesinstitutionen beleuchtet werden, die zwar in der Praxis auch immer wieder in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Statthalter standen, „de jure“ jedoch eine gewisse Autonomie hatten: der Landtag, der Landesausschuss und die Gemeinden.

Der dalmatinische Landtag (Sabor) hatte 43 Mitglieder<sup>156</sup>, die aus den Kurien der Höchstbesteuerten, Städte, Kammern, Landgemeinden und der Allgemeinen Wählerklasse<sup>157</sup> jeweils für sechs Jahre gewählt wurden. Die Kurienwahlordnung wurde, auch nach der Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts bei den Reichsratswahlen 1907, bei den letzten Landtagswahlen in Dalmatien (1908) im Rahmen der Monarchie beibehalten. Der Landtag war demnach nicht als Volksvertretung konzipiert, sondern als „Interessensvertretung“: er vertrat die jeweiligen Landesinteressen gegenüber dem Monarchen.<sup>158</sup>

Der Landtag hatte keine Regierungsgewalt. Er hatte zwar ein Recht zur Teilnahme an der Gesetzgebung, er konnte also etwa das Land betreffende Gesetzesvorlagen beschließen. Diese bedurften jedoch, um wirksam zu werden, der kaiserlichen Sanktion – wobei der Kaiser ein absolutes Vetorecht hatte.<sup>159</sup>

Der Landtag war auch sonst in seiner Existenz und Handlungsmöglichkeit weitestgehend vom Monarchen abhängig: das betraf die Einberufung des Landtages, seine Eröffnung, Vertagung,

---

<sup>155</sup> Reichsgesetzblatt Nr. 145 /1867 (21.12.1867); Reichsgesetzblatt Nr. 44 /1868 (19.5.1868); Reichsgesetzblatt 4/1852 (31.12.1851); Landesordnung und Landtags-Wahlordnung für das Königreich Dalmatien Reichsgesetzblatt. Nr. 20/1862 (26.2.1861).

<sup>156</sup> Zwei von ihnen waren „Virilisten“: der Erzbischof von Zadar und der griechisch nicht unierte Bischof von Zadar (RGL. 20/1861)

<sup>157</sup> Vgl. Helmut Rumpler, Parlament und Regierung Cisleithaniens 1867 bis 1914. In: Die Habsburgermonarchie Bd.VII/I Verfassung und Parlamentarismus. S. 881. Die „Allgemeine Wählerklasse“ als 5. Kurie wurde 1897 eingeführt – allerdings ohne „großen Erfolg“: in diesem Jahr wählten in Dalmatien in diesem Wahlkörper nur vier Prozent der Wahlberechtigten. Die Reichsratswahlen 1907 konnten dagegen schon wesentlich mehr Wähler mobilisieren: die Wahlbeteiligung in Dalmatien war zwar unter allen Kronländern die schwächste – es gab keine Wahlpflicht – erreichte aber dennoch rund 54 Prozent (vgl. W. Pav, Die dalmatinischen Abgeordneten. S. 33).

<sup>158</sup> Wilhelm Brauner, Die Verfassungsentwicklung in Österreich 1848 – 1918. In: Die Habsburgermonarchie Bd. VII / I. S. 214.

<sup>159</sup> Vgl. Georg Schmitz, Organe und Arbeitsweise, Strukturen und Leistungen der Landesvertretungen. In: Die Habsburgermonarchie Bd. VII / II. Verfassung und Parlamentarismus. S. 1368.

Schließung oder Auflösung.<sup>160</sup> Da den Landtagen auch keine durch eine Wahl von einer demokratischen Mehrheit getragene Landesregierung gegenüberstand (sondern der vom Kaiser eingesetzte Statthalter), war ihre Kontrollmöglichkeit praktisch nicht gegeben. Der Landtag hatte kein Budgetrecht und es war ihm auch nicht gestattet, mit anderen Landtagen zu kommunizieren.<sup>161</sup>

Welche Kompetenzen also hatte der Landtag? Er vertrat Dalmatien „*in Angelegenheiten des Landes und konnte verschiedene Beschlüsse fassen, die sich auf den Wohlstand und die Bedürfnisse des Landes bezogen*“. Außerdem hatte er auch den Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben des Landes im nachfolgenden Jahr zu bestätigen.<sup>162</sup> Und er konnte an den Statthalter oder seinen Vertreter bei den Sabor-Sitzungen Anfragen richten und Petitionen einbringen.

Explizit zu Landesangelegenheiten wurden erklärt: die „*Landescultur*“ (Landwirtschaft), öffentliche Bauten aus Landesmitteln, Wohltätigkeitsanstalten und der Haushaltsvoranschlag (inklusive Einnahmen aus Landesvermögen und Landessteuern). Des weiteren Gemeinde-, Kirchen- und Schulangelegenheiten, Kosten für die Einquartierung des Heeres, sowie spezielle Ausgaben für die Wohlfahrt.<sup>163</sup>

An der Spitze des Sabor stand der Landtagspräsident (in einigen anderen Kronländern hieß der Präsident des Landtags Landeshauptmann). Er wurde ebenso wie sein Stellvertreter vom Kaiser ernannt und stand zu diesem in einem besonderen Vertrauensverhältnis. Er war zugleich Vorsitzender des wichtigen Landesausschusses, der die Landtagsbeschlüsse ausführte und das eigentliche verwaltende und ausführende Organ des Landtages war.<sup>164</sup>

Der Landesausschuss hatte das Landesvermögen zu verwalten, entwarf Voranschläge für Fonds oder auch Stipendienplätze, bereitete die Landtagssitzungen vor, überwachte die Dienstleistung der Beamten und Diener und repräsentierte die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten.<sup>165</sup>

---

<sup>160</sup> Brauneder, Verfassungsentwicklung in Österreich. S.209.

<sup>161</sup> Ebd. S. 215 Dies lag darin begründet, dass die Kronländer nur als „*Kommunalverbände höchster Ordnung*“ angesehen wurden und „*keinen staatlichen Charakter*“ aufwiesen.

<sup>162</sup> Buczynski, Der Dalmatinische Landtag. In: Die Habsburgermonarchie Bd.VII/II S. 1965.

<sup>163</sup> Reichsgesetzblatt Nr. 20/1862 (26.2.1861). § 16-18;

<sup>164</sup> Perić, dalmatinski sabor. S.35. In der Zeit von Statthalter Nardelli war das Vicko Ivčević, mit dem der Statthalter ein ausgezeichnetes Verhältnis hatte. Ivčević war insgesamt 19 Jahre lang Landtagspräsident

<sup>165</sup> Reichsgesetzblatt Nr. 20/1861 (26.2.1861). § 26-28.

Auf der untersten Ebene der Gemeinden war die Selbstverwaltung im Wesentlichen in den grundsätzlichen Bestimmungen 1861 zur Regelung des Gemeindegewesens vorgezeichnet.<sup>166</sup>

In den selbständigen Wirkungskreis der Gemeinden fiel im Prinzip alles, „*was das Interesse der Gemeinde zunächst berührt und innerhalb ihrer Grenzen durch ihre eigenen Kräfte besorgt und durchgeführt werden kann*“. Dazu gehörten die Bereiche Gemeindevermögen, Sicherheit, Straßenerhaltung und Verkehr, Marktwesen, Gesundheit, Sittlichkeit, Armenwesen, Baupolizei und die von der Gemeinde zu erhaltenden Schulen – in erster Linie die Volksschulen.<sup>167</sup>

Die Gemeinde konnte zusätzlich zu den Einnahmen aus dem Gemeindegut auch Zuschläge auf Steuern einheben, es waren regelmäßige Gemeindevertretungswahlen vorgesehen, der Gemeindevorstand (Bürgermeister) konnte auch Gemeindeangestellte aufnehmen. Dazu kam noch der sogenannten „übertragene Wirkungskreis“, der die Gemeinden zur Mitwirkung an der öffentlichen Verwaltung verpflichtete – jedoch unter Leitung der politischen Behörden.<sup>168</sup>

Der Verlust der Gemeindeautonomie war in doppelter Hinsicht „programmiert“: Einsprüche gegen Entscheidungen der „autonomen Verwaltung“ mussten von der politischen Verwaltung (Bezirkshauptmannschaft, Statthaltereie) entschieden werden.

Der „Zentralismus“ hatte damit eine Durchgriffsmöglichkeit bis in die Gemeindestube. Was in der Praxis aber noch bedeutender wurde, war das Anwachsen der Verwaltungsaufgaben, denen viele Gemeinden nicht nur dem Umfang nach, sondern vor allem fachlich nicht gewachsen waren. Damit wurde „*die Übertragung eines bestimmten Wirkungskreises auf die autonomen Körperschaften paralytisiert*“, <sup>169</sup> die Entscheidungsfindungen wurden von der unteren Ebene wieder nach oben verlagert.

Die „*Doppelgleisigkeit der Verwaltung*“ – dass neben den Behörden der autonomen Gemeinde- und Landesverwaltung zugleich – und mit Entscheidungsbefugnis – auch Behörden der „staatlichen“ Verwaltung tätig waren, trat nach der Jahrhundertwende „*immer schärfer hervor*“ und endete schließlich damit, dass Dalmatien 1916 vom Gesamtstaat in

---

<sup>166</sup> Reichsgesetzblatt Nr. 18/1862 (5.3.1862).

<sup>167</sup> Ebd. Art. V. Unter den insgesamt 12 Punkten finden sich noch Gesindepolizei und Dienstbotenordnung, Streitschlichtungsversuche durch Gemeindevertrauensmänner und die Vornahme freiwilliger Feilbietungen.

<sup>168</sup> Ebd. Art. VI.

<sup>169</sup> Klabouch, Die Lokalverwaltung in Cisleithanien. In: die Habsburgermonarchie Bd. II. S. 287.

kommissarische Verwaltung übernommen wurde. Es erhielt damit „*statt der Doppelgleisigkeit der Verwaltung eine einheitlich-staatliche Verwaltung*“.<sup>170</sup>

### **Der Statthalter – ein politischer Beamter**

Die wesentlichen Bestimmungen über die Funktion des Statthalters (in anderen Kronländern führten die Landeschefs den Titel Landespräsident) sowie seine Kompetenzen wurden im Staatsgrundgesetz über die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt von 1867 (und in der Folge im Gesetz über die Errichtung der politischen Verwaltungsbehörden 1868 - in Kraft am 10. Juli 1868) geregelt<sup>171</sup>. Die Basis für die Errichtung der Statthaltereien war jedoch bereits im Jahr 1853 gelegt worden.<sup>172</sup>

Der Kaiser war „*der oberste und unumschränkte Herr der Verwaltung*“.<sup>173</sup> Es war dem Kaiser vorbehalten, auf Antrag der zuständigen Minister Statthalter, Landespräsidenten, Statthaltereie- und Regierungsräte zu ernennen.

Die Statthaltereie für das Königreich Dalmatien war in Zara (Zadar) zu errichten.<sup>174</sup> Der Statthalter stand als Landeschef an der Spitze der politischen Verwaltung, er repräsentierte den Landesfürsten bei feierlichen Anlässen und vertrat die kaiserliche Regierung gegenüber dem Landtag und dem Landesausschuss.

Der Statthalter hatte die Aufgaben der Reichsverwaltung in der Landesstufe zu „besorgen“. Dies waren die „Geschäfte“ im Wirkungsbereich der Ministerien Inneres, Kultus und Unterricht, Landesverteidigung, öffentliche Sicherheit und Ackerbau (für Finanzen und Handel gab es besondere Regelungen).<sup>175</sup>

In Bezug auf die politische Verwaltung und die Personalangelegenheiten war die Statthaltereie dem Ministerium des Inneren untergeordnet, in den anderen Bereichen den jeweiligen

<sup>170</sup> Brauner, Verfassungsgeschichte. S. 177.

<sup>171</sup> Reichsgesetzblatt Nr. 145 /1867 vom 21.12.1867 sowie Reichsgesetzblatt Nr. 44 /1868 vom 19.5.1868. Laut RGBL. Nr. 44 (§ 5) führten die Landeschefs der Länder Salzburg, Kärnten, Krain, Schlesien und der Bukowina den Titel „Landespräsident“.

<sup>172</sup> Reichsgesetzblatt 10/1853 vom 19.1.1853. In der am 14.9.1852 beschlossenen Beilage „C“ sind 49 Paragraphen über die Einrichtung und Amtswirksamkeit der Statthaltereien enthalten. In § 1 Art. 1. wurde die Statthaltereie als „*oberste Verwaltungsbehörde des ihr zugewiesenen Kronlandes für die Geschäfte der politischen und Polizeiverwaltung überhaupt*“ festgelegt.

<sup>173</sup> Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa. S. 418.

<sup>174</sup> Ebd. § 6 Z. 2.

<sup>175</sup> Ebd. § 3.

Fachministerien.<sup>176</sup> Die Ernennung der Bezirkshauptmänner lag in der Kompetenz des Innenministers. Der Statthalter als Chef der Behörden im Kronland war für die Besetzung aller übrigen Dienstposten zuständig.

Der Statthalter hatte den Diensteid auf die Staatsgrundgesetze „*in die Allerhöchsten Hände Seiner k.k. Apostolischen Majestät*“ abzulegen. Alle anderen Beamten der Statthalterei wurden vom Statthalter vereidigt.<sup>177</sup>

Mit der erfolgten Trennung von Verwaltung und Justiz<sup>178</sup> konnte gegen Entschiede der Statthalterei das Reichsgericht mit einer Beschwerde angerufen werden, es gab aber bis zum Ende der Monarchie keine zivilrechtliche Haftung der Staatsorgane für Rechtsverletzungen, die etwa durch pflichtwidrige Verfügungen verursacht worden waren (die sogenannte „Syndikatshaftung“ war zwar im Staatsgrundgesetz 1867 vorgesehen, das dafür notwendige Gesetz wurde jedoch nicht erlassen).<sup>179</sup>

Spätestens mit der Ernennung zum Statthalter wurde der Hofrat im politischen Verwaltungsdienst Niko Nardelli „de facto“ zum „politischen Beamten“, auch wenn es diesen, wie bereits angeführt, „de jure“ in Österreich nicht gegeben hat: einerseits war er ein weisungsgebundenes, ausführendes Organ der Wiener Regierung - andererseits (im heutigen Sinn) ein „Landeschef“ mit weitreichenden Befugnissen innerhalb des Kronlandes. Aber er war ohne „demokratisch – politische Legitimation“ durch eine Wahl, ohne Rückhalt durch eine Mehrheit im Sabor und – wie das Beispiel seines Vorgängers zeigt – auch jederzeit ohne Angabe von Gründen aus seiner Position absetzbar.

Entscheidend für den Statthalter war, dass er sich in einer ähnlichen Position befand, wie es etwa im Preußischen Disziplinalgesetz von 1852 festgelegt wurde: bestimmte hohe Beamte konnten demnach „*durch Königliche Verfügung jederzeit ... einstweilig in den Ruhestand versetzt werden*“.<sup>180</sup>

---

<sup>176</sup> RGBl. 10/1853, Beilage „C“ § 7.

<sup>177</sup> Ebd. § 8.

<sup>178</sup> RGBl. 144 vom 21.12. 1867 (Staatsgrundgesetz über die richterliche Gewalt) Art. 14.

<sup>179</sup> Hellbling, Die Landesverwaltung in Cisleithanien. In: Die Habsburgermonarchie II. S. 219.

<sup>180</sup> Preußisches Disziplinalgesetz vom 21. Juli 1852 (GS. 465) § 87 Abs. 2: explizit aufgeführt wurden: „*Unterstaatssekretaire, Ministerialdirektoren, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, und Vicepräsidenten, Militairintendanten, Beamte der Staatsanwaltschaft bei Gerichten, Vorsteher Königlicher Polizeibehörden, Landräthe, sowie Gesandte und andere diplomatische Agenten.*“ Zit.nach Wiener Zeitung (9.9.2003) in der Spezialbeilage „Verwaltung Innovativ“ S. 10. Beitrag des (damaligen) Ministerialdirektors Hans Bernhard Beus (Leiter der Abteilung öffentlicher Dienst im Bundesministerium des Inneren der Bundesrepublik Deutschland).

Die heute noch gängige Praxis in der Bundesrepublik Deutschland sieht vor, dass „politische Beamte“ jederzeit in den „*einstweiligen Ruhestand*“ versetzt werden können, wenn sie Ämter bekleiden, bei deren Ausübung sie „*in fortdauernder Übereinstimmung mit den grundsätzlichen politischen Ansichten und Zielen der Regierung stehen*“ müssen.<sup>181</sup> Dabei gibt es auch heute noch einen breiten Ermessensspielraum für die Versetzung in den Ruhestand, etwa Zweifel an der fachlichen Eignung oder auch „nur“ ein gestörtes Vertrauensverhältnis zum vorgesetzten Minister.

Daraus ist abzuleiten, dass - wie die Beispiele in Deutschland, vor allem aber in den USA nach der Wahl eines neuen Präsidenten zeigen - das Ausscheiden hoher Beamter bei einem politischen Wechsel in der Führung der Administration zwar durchaus üblich, aber nicht zwingend notwendig ist. Ebenso kann sich jedoch der „politische Beamte“ auch bei gleichbleibender Staatsführung seines Postens nicht sicher sein.

Nardelli befand sich in mehrfacher Hinsicht in einer besonderen „politischen Beamten - Situation“: er hatte nicht nur Staatsräson mit Landesinteressen in Einklang zu bringen und sich den zahlreichen Problemen im Kronland selbst zu stellen, sondern auch das persönliche Umfeld mit seinem jeweiligen Innenminister bzw. Ministerpräsidenten abzuklären – dies allerdings bei „gleichbleibender Staatsspitze“ mit Kaiser und Thronfolger (wobei letzterer offenbar im Lauf der Zeit das Vertrauen zum Statthalter verloren hatte – was jedoch mehr auf Grund der politischen Situation auf dem Balkan geschah, aber möglicherweise auch, soweit sich dies erkennen lässt, aus persönlichen Gründen).

Der Hofrat Nardelli war auch in der Statthalterfunktion ein seltener Ausnahmefall: denn die meisten Statthalter kamen nicht aus dem „zivilen“ Beamtenstand, sondern waren Adelige.<sup>182</sup> Diese waren in ihrer Statthalterfunktion „Beamte auf Zeit“, die nach ihrer Abberufung in eine andere, oft ähnliche Funktion wechselten (wie etwa Nardelli - Vorgänger Baron Handel auf die Statthaltereistelle nach Oberösterreich) oder in einen anderen Beruf. Oder sie waren - wie im Dalmatien des 19. Jahrhunderts - hohe Militärs, für die neben der Pensionierung auch noch andere Positionen im militärischen Bereich in Frage kamen.

---

<sup>181</sup> Wiener Zeitung (9.9.2003) Spezialbeilage „Verwaltung Innovativ“ S. 10. Dies betraf 2003, nach Einschätzung von Beus, in der gesamten Bundesrepublik etwa 400 „politische Beamte“. Dazu zählten z. B. Staatssekretäre, die Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Ministerialdirektoren, höhere Beamte im auswärtigen Dienst, des Bundesnachrichtendienstes, des Verfassungsschutzes und des Militärischen Abschirmdienstes.

<sup>182</sup> Hellbling, Die Landesverwaltung in Cisleithanien. In: Die Habsburgermonarchie II. S. 260.

Nardelli hingegen kam als Hofrat direkt aus der Statthalterei in Zadar. Ein Wiedereinstieg als Hofrat in Zadar nach seiner Abberufung als Statthalter war somit praktisch nicht denkmöglich. Es wäre für ihn also als Alternative zum vorzeitigen Ruhestand nur ein Wechsel in ein anderes Kronland oder in eine Zentralstelle in Frage gekommen. Er mußte damit zwar keine (großen) materiellen Sorgen haben, aber, was seine berufliche Karriere betraf, stand er wohl gehörig unter Druck (was sich möglicherweise auch auf seinen Gesundheitszustand auswirkte).

Nach Ansicht von Ivo Perić *„wohnten zwei Seelen in seiner Brust: eine dienstliche, die Befehle und Stellungnahmen der Vorgesetzten umsetzte, weil sie musste. Und eine zweite private, die eigene Gedanken und Empfindungen hatte, was ja durchaus natürlich war. Allerdings erzeugte das in ihm ein inneres Drama und sicher ist, dass es ihm deshalb weder im Dienst noch im Leben leicht gegangen ist.“*<sup>183</sup>

Die Kompetenzen des Statthalters waren angesichts der Übermacht der Wiener Zentralstellen im Rahmen der „doppelgleisigen Verwaltung“ beträchtlich. Auf Landesebene war *„die Gewaltentrennung organisatorisch nicht durchgeführt“*.<sup>184</sup> Die Landtage waren nicht nur Gesetzgebungs-, sondern auch Verwaltungsorgane und die Autonomie der Gemeinden war in so ferne eingeschränkt, als ihre Entscheidungen in nächst höherer Instanz durch die Bezirkshauptmannschaften abgeändert werden konnten. Diese waren wieder *„Organe der landesherrlichen Verwaltung“* und damit ihrerseits wieder von den Weisungen ihrer vorgesetzten Behörden abhängig – und das war die Statthalterei.<sup>185</sup> Auf diese Weise hatte die Wiener Zentralmacht die Möglichkeit, auf dem Weg über Statthalter und Bezirkshauptmann, *„die Verwaltung der letzten Gemeinde im Reich zu überwachen und in die selbe einzugreifen“*.<sup>186</sup>

In die Zuständigkeit der Statthalterei fielen u. a. der gesamte Bereich des Dienstrechts, das Personenstandswesen, die öffentliche Wohlfahrt, das Kultuswesen, Gewerbe- und Handelssachen, die Stiftungen und die staatliche Vermögensverwaltung.<sup>187</sup> Nach der Neuordnung 1867 kam es zu zahlreichen Ergänzungen und Änderungen. So ging das

---

<sup>183</sup> Perić, *Politički portreti* S 211.

<sup>184</sup> Brauneder, *Die Verfassungsentwicklung in Österreich 1848 – 1918*. In: *Die Habsburgermonarchie* Bd. VII / I. S. 224.

<sup>185</sup> Reichsgesetzblatt Nr. 44 / 1868 vom 19.5.1868. § 4.

<sup>186</sup> Klabouch, *Die Lokalverwaltung in Cisleithanien*. In: *die Habsburgermonarchie* Bd. II. S. 287. Klabouch bezeichnet dies auch (S. 281) als das *„Dreiinstanzensystem aus der Ära Bach“*: Bezirkshauptmannschaft – Statthalterei - Innenministerium.

<sup>187</sup> Ausführlich dazu Hellbling, *Die Landesverwaltung in Cisleithanien*. In: *Die Habsburgermonarchie* II. S. 205 - 207.

Erziehungswesen von der allgemeinen Verwaltung auf eigene kollegiale Schulbehörden mit dem Landesschulrat als oberste Landesschulbehörde über.<sup>188</sup>

Die meisten Änderungen brachten jedoch den Verwaltungsbehörden auf Landes- und Bezirksebene eine Vermehrung ihrer Aufgaben. Etwa im Eherecht, im Passwesen, bei der Sicherheitspolizei, im Verkehrsbereich (Dampfschiffahrt, Straßenbau, Post, Eisenbahn), bei Handel und Gewerbe, im Agrarbereich, bei der Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Religionsgemeinschaften, im Bereich der Sozialgesetzgebung und des Gesundheitswesens.<sup>189</sup>

Bis zum Ende der Monarchie wurde die sowohl fachlich als auch organisatorisch umstrittene Regelung beibehalten, dass der Statthalter auch oberster Chef der Finanzlandesbehörde war, wenn auch die eigentliche Leitung durch den Finanzlandesdirektor mit dem Titel eines „Vizepräsidenten“ erfolgte. Auch auf Bezirksebene unterstand das sogenannte „Steuerreferat“ dem Bezirkshauptmann, also der politischen Behörde. Das Finanzministerium bemühte sich vergeblich um eine – fachlich zweifellos gerechtfertigte – Änderung. Doch *„das Ministerium des Inneren leistete hartnäckig Widerstand“*.<sup>190</sup> Auf dem Umweg über die Finanzverwaltung konnte der politische Landeschef nämlich *„Einfluss auf die Wähler nehmen“*. Bei einer Steuerexekution war der Finanzreferent von der Zustimmung der politischen Verwaltung abhängig. Die Behörde konnte also z. B. von einer Exekution „Abstand nehmen“, wenn der „Steuersünder“ bei der Wahl der „Empfehlung“ etwa des Bezirkshauptmannes Folge leistete, für einen bestimmten Kandidaten zu stimmen. *„Diese Methode der Wahlbeeinflussung war besonders in den östlichen Kronländern beliebt“*.<sup>191</sup>

Dieses Beispiel zeigt anschaulich, dass Niko Nardelli bereits als Bezirkshauptmann und später als Statthaltereirat wohl jene Erfahrungen bei der praktischen Arbeit als Beamter in der politischen Behörde gesammelt haben dürfte, die er dann später als politischer Beamter, Statthalter und Landeschef zweifellos zu gebrauchen wußte.

Der von der Regierung Koerber im Dezember 1904 - wenige Tage vor ihrem Sturz und einige Wochen vor der Bestellung Nardellis zum Leiter der Statthalterei - im Abgeordnetenhaus eingebrachte Entwurf zu einer Verwaltungsreform hätte wohl in der inneren Verwaltung und

---

<sup>188</sup> RGBl. 48/1868 vom 25.5.1868. In § 12 wurde festgelegt, dass in den Landesschulrat unter dem Vorsitz des Statthalters Mitglieder der politischen Landesstelle, Abgeordnete des Landesausschusses, Geistliche und Fachmänner im Lehrwesen zu berufen wären.

<sup>189</sup> Vgl. dazu im Überblick Hellbling, Die Landesverwaltung in Cisleithanien. In: Die Habsburgermonarchie II. S. 223 - 228.

<sup>190</sup> Friedrich Kleinwaechter, Der fröhliche Präsidialist (Zürich-Wien 1955). S. 51.

<sup>191</sup> Ebd. S. 52. Der spätere hohe Beamte im Finanzministerium hatte seine ersten Erfahrungen in Galizien gesammelt.

damit sowohl im Beamtenapparat der Monarchie als auch im täglichen Leben der Bürger wesentliche Veränderungen bringen sollen.

Das Beharrungsvermögen der Bürokratie war jedoch stärker: „1911 wurde eine dem Kaiser direkt unterstellte Verwaltungsreformkommission eingesetzt, die jahrelang wertvolle Vorschläge sammelte.....“<sup>192</sup>

### 3. DIE DALMATINISCHEN STATTHALTER

#### Die Militärbefehlshaber

Dalmatien war von 1420 bis 1797 (mit Ausnahme der Republik Ragusa / Dubrovnik) unter der Herrschaft der Republik Venedig und kam 1797 im Frieden von Campoformio an Österreich. An der Spitze der Verwaltung stand zunächst Marschall Baron Matija Rukavina – mit zivilen Befugnissen. Er wurde in kroatischer Sprache auf den König von Ungarn vereidigt<sup>193</sup> (auf die damit begonnene, 120 Jahre andauernde Auseinandersetzung um die staatsrechtliche Stellung Dalmatiens ist später noch näher einzugehen. Es sei jedoch an dieser Stelle auf den Beschluss der Hofkanzlei vom 18. Mai 1802 verwiesen, wonach Dalmatien als Kompensation für die „österreichischen“ Gebietsverluste in Italien und den Niederlanden anzusehen und der Kaiser daher nicht verpflichtet wäre, Dalmatien an Ungarn anzuschließen).<sup>194</sup> Ihm folgte ab Jänner 1798 Raimund Graf Thurn als „Zivilgouverneur“. Nach dessen Demission im Juli 1799 wurde Dalmatien unmittelbar Erzherzog Karl unterstellt. Weitere Statthalter bis zur französischen Besetzung 1806 (nach dem Preßburger Frieden vom 26.12. 1895) waren Peter Graf Goess (ab Mitte 1802)<sup>195</sup> und General Tommaso de Brady ab 1804.<sup>196</sup>

---

<sup>192</sup> Stefan Malfer, Der Konstitutionalismus in der Habsburgermonarchie – siebzig Jahre Verfassungsdiskussion in „Cisleithanien“. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd.VII/I Verfassung und Parlamentarismus. S. 59.

<sup>193</sup> Ernest E. Bauer, Drei Leopardenköpfe in Gold (Wien 1973). S. 105.

<sup>194</sup> Ebd. S. 114.

<sup>195</sup> Stanko Piplović, Dalmatinski namjesnici (Dalmatinische Statthalter). In: Godišnjak njemačke narodnosne zajednice (Jahrbuch der Landsmannschaft der Donauschwaben in Kroatien). (Osijek 2004). S. 12. Goess bemühte sich um eine Verbesserung des Gesundheitswesens und in seiner Statthalterschaft wurde 1804/05 auch das Gymnasium in Zadar eröffnet.

<sup>196</sup> Ebd. S 13. Unter Brady wurde Dalmatien in die drei Bezirke Split, Zadar und Makarska geteilt. Die Bucht von Kotor war in der ersten österreichischen Periode verwaltungsmäßig abgetrennt.

Nach dem „französischen Interregnum“<sup>197</sup> fiel Dalmatien am Wiener Kongress endgültig an Österreich. 1816 entstand aus den ehemaligen Gebieten Venezianisch Dalmatien, Dubrovnik (welches in der „ersten österreichischen Periode“ noch nicht dazu gehörte) und Venezianisch Albanien (das Gebiet um Kotor)<sup>198</sup> das Königreich Dalmatien mit der Hauptstadt Zara (Zadar). Es wurde österreichischer Zentralverwaltung unterstellt, mit einem Statthalter als oberster ziviler und militärischer Instanz und Italienisch als Amtssprache.<sup>199</sup> Nicht zuletzt aus strategischen Gründen verblieb Dalmatien bis 1918 in der österreichischen Reichshälfte.

Bis 1902 standen an der Spitze der Statthalterei in Zadar ausschließlich die militärischen Befehlshaber Dalmatiens. Das Land war aus der Sicht der Wiener Zentrale in dieser Zeit im Hinblick auf die Balkanpolitik zuallererst von strategischer Bedeutung. Das dalmatinische Hinterland grenzte schließlich an Bosnien und Herzegowina (unter türkischer Herrschaft) und teilweise an Montenegro. Die bedeutendsten österreichischen Garnisonen der Landtruppen befanden sich in Knin, Sinj und Dubrovnik, die größte Konzentration der Kriegsflotte war in der Bucht von Kotor.<sup>200</sup>

Erster Statthalter der „zweiten österreichischen Periode“ war Marschall Frane Tomašić, der bereits im Dezember 1813 in Zadar einmarschiert war. Er hatte neben seiner militärischen Tätigkeit auch Funktionen in den landwirtschaftlichen Gesellschaften von Wien und Ljubljana und war bis zu seinem Tod, im Alter von 70 Jahren, in Zadar 1831 im Amt.<sup>201</sup>

Nachfolger war General Vjenceslav Graf Lilienberg. Auch er war neben seiner militärischen Funktion Ehrenmitglied der landwirtschaftlichen Gesellschaft in Ljubljana. In seiner Zeit erfolgten die Gründung des Volkskundemuseums und des archäologischen Museums in Zadar. Er blieb bis März 1840 an der Spitze der Statthalterei und starb im Februar 1841.<sup>202</sup>

Bis 1848 stand dann Generalmajor Ivan August Turszky an der Spitze des Landes. Im Revolutionsjahr versuchte er zunächst in Zadar, die Bevölkerung zu beruhigen und sie über

<sup>197</sup> Carlo Federico Bianchi, *Fasti di Zara religioso – politico – civili* (Zara 1888). S. 123. General Brady übergab Zara am 17. Februar 1806 dem französischen General Molitor.

<sup>198</sup> Ivo Pilar, *Eine Geschichte Kroatiens, Serbiens und Bosniens*. Bearb. von Michael Ackermann (3. Bad Kissingen 1995). S. 58.

<sup>199</sup> Vgl. Manuela Jambrich, *Dalmatien unter österreichischer Herrschaft 1797 – 1918*. Ungedr. Dipl. Arbeit (Univ. Wien 2005). S. 51.

<sup>200</sup> Perić, *Politički portreti* S. 194.

<sup>201</sup> Piplović, *Dalmatinski namjesnici* S.13.

<sup>202</sup> Ebd. S. 13. Im Hinblick auf das nicht mehr bestehende Grab von Statthalter Nardelli sei erwähnt, dass der Grabstein auf dem städtischen Grab Lilienbergs in Zadar 70 Jahre nach seinem Tod gänzlich verwittert war. 1913 beschloss die Kanzlei des Maria Theresienordens eine Restaurierung des Grabmals, deren Abschluss mit einem Festakt in Anwesenheit von Statthalter Mario Attems und Militärbefehlshaber Vlaho Schemua mit militärischen Ehren begangen wurde.

die Pläne der Regierung aufzuklären. Als loyaler hoher Beamter übergab er dann am 8. April 1848 die Entscheidungsgewalt dem Wiener Innenministerium.<sup>203</sup>

An dieser Stelle sei der Hinweis von Ivo Perić zitiert, wonach Niko Nardelli nicht der erste Dubrovniker an der Spitze der Statthalterei war. Der Dubrovniker Adelige Vlaho Ghetaldi wirkte als Präsidialadministrator (amministratore presidenziale) in Zadar zwischen dem Ende der Statthalterei von Tursko und dem Beginn von Statthalter General Baron Lazarus Mamula im Jahr 1852.<sup>204</sup> Perić vermutet, dass die Ernennungen von Ghetaldi und auch von Nardelli (57 Jahre später) beide Male „taktischer Natur“ waren und mit den „einheimischen Herrn in dieser hohen Leitungsposition in der Provinz“ in erster Linie „der unzufriedenen und antiösterreichischen Stimmung“ entgegen gewirkt werden sollte.<sup>205</sup>

In der Zeit von Statthalter Mamula (ab Juni 1852) gab es heftige politische Kämpfe um eine Vereinigung von Dalmatien mit Kroatien. Mamula war ein Gegner dieser Idee. Im März 1853 kam der vom Kaiser ursprünglich als Statthalter vorgesehene Graf Marziani nach Zadar, um den gesundheitlich angeschlagenen Mamula zeitweilig zu vertreten. Es war eine Zeit großer nationaler Erregung, weil die „Nationalpartei“ („Narodna stranka“) die kroatische Sprache in den Schulen und in den Ämtern durchsetzen wollte, was jedoch am Widerstand der Regierungskreise scheiterte.<sup>206</sup> Im Kronland blieb Mamula „in schlechter Erinnerung“, weil er „es nicht zuließ, dass Dalmatien seine Abgeordneten im Jahr 1861 zur Banalkonferenz nach Agram entsandte“.<sup>207</sup> Mamula starb im Oktober 1865.

Im November 1865 kam der gebürtige Kroat General Baron Frane Filipović als Statthalter nach Zadar. Er hatte im Unterschied zu seinen Vorgängern Sympathien für die Nationalisten<sup>208</sup> und unterstützte ihre Bestrebungen zur „nationalen Wiedergeburt“, besonders nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich. Nachdem seine Forderung nach

<sup>203</sup> Piplović, Dalmatinski namjesnici S. 14.

<sup>204</sup> Vjekoslav Maštrović, Zadarska oznanjenja iz 18, 19. i početka 20. stoljeća (Jadertina croatica). (Berichte aus Zadar aus dem 18., 19. und 20. Jahrhundert). (Zagreb 1979) S. 242 – 262. Zit. nach Perić, politički portreti S. 200.

<sup>205</sup> Ebd. Danach habe sich 1848 im Dubrovniker Adel die Angst vor der politischen Entwicklung besonders „in einem Gären in der 40-köpfigen Versammlung ausgedrückt, als diese sich der Freiheitsbewegung anschloß.“ Diese Freiheitsbewegung wäre in Dubrovnik in einem Ausmaß zum Vorschein gekommen „wie nirgends sonst in Dalmatien, mit einem – unter anderen – umfassenden Streben nach einer Eingliederung Dalmatiens in die Banschaft Kroatien.“

<sup>206</sup> Piplović, Dalmatinski namjesnici S. 14.

<sup>207</sup> Buczynski, Der Dalmatinische Landtag. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd. VII/II S. 1983.

<sup>208</sup> Ebd. Bei seinem Amtsantritt entließ Filipović den Vizepräsidenten der Statthalterei, Luigi Lapenna, wegen dessen „schikanöser Behandlung der Narodniaken“.

Einführung der kroatischen Sprache an den Schulen von der Wiener Zentralregierung abgelehnt worden war, trat er 1868 zurück.<sup>209</sup>

Sein Nachfolger als Statthalter, General Johann von Wagner, scheiterte 1869 bei dem Versuch, „mit dilettantischen Mitteln“ in der Bucht von Kotor (Bocche di Cattaro) den Aufstand gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht niederzuschlagen.<sup>210</sup> Wagner wurde daraufhin im Dezember 1869 in Pension geschickt.

Nach einem kurzen „Zwischenspiel“ durch Hofrat Baron Josip Fluck als Leiter der Statthalterei<sup>211</sup> gelang dem neuen Statthalter General Gabrijel Rodić eine friedliche Beilegung des Konflikts. Rodić hatte sich durch seine militärischen Fähigkeiten großes Ansehen erworben (u. a. in der Schlacht von Custozza), war „bald im Volk beliebt“ und bemühte sich vor allem um eine Verbesserung der Infrastruktur in Dalmatien.<sup>212</sup>

In seiner Amtszeit intensivierte die Regierung in Wien Germanisierungsbestrebungen in Dalmatien. Zunehmend kamen deutschsprachige Beamte auf höhere Posten und es wurden Bezirkshauptmänner bestellt, die nur Deutsch und vielleicht einige Worte Italienisch konnten.<sup>213</sup>

Des Weiteren war Rodić mit Anträgen von Sabor - Abgeordneten konfrontiert, im Rahmen der Statthalterei die Militärgewalt von der bürgerlichen Gewalt zu trennen. Zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme des Landes sollte der Statthalter Zivilist sein und seine Zeit nicht für militärische Aufgaben aufwenden müssen. Vor allem ab 1878 nach der Okkupation von Bosnien und Herzegowina wurde darauf hingewiesen, dass die Grenze zwischen Dalmatien und Bosnien und Herzegowina nun eine „Binnen – Grenze“ und daher Dalmatien nicht weiterhin als „Land mit Ausnahmestatus“ anzusehen wäre.<sup>214</sup> Rodić ersuchte auf Grund gesundheitlicher Probleme 1881 um seine Pensionierung. Er wurde zum Mitglied des Herrenhauses ernannt und starb 1890 in Wien.

Sein Nachfolger war Baron Stjepan Jovanović. Auch er kämpfte gegen die Germanisierungstendenzen vor allem in der Verwaltung. Nach dem Schulbereich (Kroatisch

<sup>209</sup> Bauer, Drei Leopardenköpfe S. 206. Filipović in deutscher Schreibweise: Franz Freiherr von Philippovich.

<sup>210</sup> Vgl. Anton Mayr-Harting, Der Untergang. Österreich-Ungarn 1848-1922 (Wien 1988). S. 289.

<sup>211</sup> Piplović, Dalmatinski namjesnici S. 15. Fluck wußte im Mai 1870 noch nichts von der im Jänner vertraulich erfolgten Bestellung von Rodić (in der deutschsprachigen Literatur Feldzeugmeister Gabriel Freiherr von Rodich). Nach dessen Ankunft im Juni in Zadar verließ Fluck im August Dalmatien.

<sup>212</sup> Ebd. S. 22. z. B. den Bau der Straße von Makarska über das Gebirge nach Biokovo.

<sup>213</sup> Buczynski, Der Dalmatinische Landtag. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd.VII/II S. 1984.

<sup>214</sup> Perić, Politički portreti S. 194.

als Unterrichtssprache im Gymnasium in Split) wurde nun auch (1883) Kroatisch im Zivilprozessverfahren eingeführt.<sup>215</sup> Jovanović starb 1885 in Zadar.

General Ljudevit Coronaro erlebte als Statthalter nur eine Amtszeit von knapp drei Monaten. Er hatte das Ziel, die italienische Sprache in der Verwaltung zurück zu drängen. Doch schon im April 1886 starb er an einer Lungenentzündung, die er sich bei einer Reise mit Erzherzog Ludwig auf die Insel Lokrum geholt hatte. Er wurde in Graz begraben.<sup>216</sup>

Statthalter Dragutin Blažeković (im offiziellen Amtsdeutsch: Karl von Blažeković) war viereinhalb Jahre im Amt und trat 1890 wegen der Sprachenfrage zurück. Er hatte erkennen müssen, dass es Wien bei der Sprachenfrage *„nicht um eine Regelung im Sinn der Bevölkerung ging sondern offenbar nur um die Einführung der deutschen Sprache in Dalmatien.“*<sup>217</sup>

Es folgte der letzte militärische Statthalter im Königreich Dalmatien, General Emil von David - Rhonfeld, ein gebürtiger Prager und Absolvent der Wiener Neustädter Militärakademie. Er hatte zuvor in Bosnien gedient, wurde im Oktober 1890 zum Statthalter ernannt und kam Anfang 1891 zum ersten Mal nach Dalmatien. Er bemühte sich (wenn auch vergeblich), das Land durch einen Eisenbahnbau mit der übrigen Monarchie zu verbinden. In seiner Zeit wurden zahlreiche Straßen und Brücken gebaut, Moore entwässert, Flüsse reguliert und in einigen Bereichen der Landwirtschaft moderne Produktionstechniken eingeführt. Im Volk war man *„auch im einsamsten Dorf“* davon überzeugt, dass er sich um die Nöte der Bevölkerung kümmerte. Auf eigenen Wunsch trat er im Alter von 65 Jahren 1902 in den Ruhestand und wurde vom Kaiser in den Freiherrenstand erhoben.<sup>218</sup>

### **Nardellis Anfänge als „politischer Beamter“**

Unter Statthalter David wurde Niko Nardelli – wie bereits erwähnt – erst zum Statthaltereirat und schließlich zum wirklichen Hofrat befördert. Seine Karriere als „politischer Beamter“ hatte allerdings bereits 1889 unter Statthalter Blažeković begonnen.

---

<sup>215</sup> Bauer, Drei Leopardenköpfe S. 238.

<sup>216</sup> Piplović, Dalmatinski namjesnici S. 17. In der deutschen Literatur: Feldmarschall – Leutnant Stefan Freiherr von Jovanović.

<sup>217</sup> Buczynski, Der Dalmatinische Landtag. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd.VII/II S. 1985.

<sup>218</sup> Piplović, Dalmatinski namjesnici S. 18.

Als Bezirksvorsteher von Zadar (seit Dezember 1888) wurde er erstmals bei der Tagung des dalmatinischen Sabor im Sommer 1889 Mitglied der dreiköpfigen Regierungskommission neben dem stellvertretenden Statthalter Alfons Pavić und dem Statthaltereirat Karl Maria Truxa. Nardelli griff mehrmals aktiv in die Debatten ein. Dabei beschränkte er sich nicht nur auf die Beantwortung von Abgeordneten-Anfragen, sondern argumentierte auch politisch – durchaus bis zur Grenze der Polemik.

So gab es zum Beispiel auf eine heftige Kritik des Abgeordneten Biankini an der österreichischen Politik gegenüber Dalmatien eine ebenso deutliche wie regierungskonforme Replik von „Regierungsberichterstatter“ Nardelli.<sup>219</sup>

Dalmatien hätte sich in den wenigen Jahrzehnten der österreichischen Herrschaft sehr wohl weiterentwickelt, *„mehr als irgendwann einmal zuvor“*. Er wisse auch nicht, was es beim System der Steuereinhebung zu kritisieren gäbe, meinte Nardelli, weil die Steuereintreiber *„nur jene Abgaben eintreiben, die verfassungsmäßig festgelegt sind“*. Es gäbe auch nicht zu viele Gendarmen und sie dürften beim Briefwechsel mit der Statthalterei auch die kroatische Sprache verwenden. *„Würde sich der Herr Biankini in die Statthalterei begeben, könnte ich ihm einen ganzen Stapel von Gendarmenberichten in serbokroatischer Sprache zeigen“*. In ganz Dalmatien mit 105 Posten und insgesamt 631 Gendarmen gäbe es ein adäquates Verhältnis von einem Gendarmen auf 764 Einwohner. Und wörtlich fügte Nardelli hinzu: *„über konkrete Vorfälle von Übergriffen durch Gendarmen ist mir absolut nichts bekannt“*. Die Regierung wollte keineswegs die deutsche Sprache einführen, erklärte Nardelli. Und *„was über die Germanisierung Dalmatiens gesprochen wird, glaube ich nicht“*. Allerdings müsste ein Beamter die deutsche Sprache beherrschen, *„weil er sie beim Briefwechsel mit den Zentralstellen benötigt“*. Auch die Grundschule mit deutscher Unterrichtssprache in Zadar diene nicht der Germanisierung. Es gäbe in dieser Stadt auch eine italienische und eine kroatische Grundschule und es könnte daher *„jeder einfach seine Kinder in jenes Schulzimmer schicken, das ihm gefällt“*.

Diese Erklärungen waren für die Abgeordneten sicherlich nicht wirklich überzeugend, wohl aber für die politische Führung. Nardelli blieb bei den Sabor – Tagungen in den folgenden

---

<sup>219</sup> Im folgenden: Brzopisna izvješća Dalmatinskog sabora - BIDS (Stenografische Protokolle des Dalmatinischen Landtags). XXV. Session. 4. Sitzung (30. 7. 1889). S. 493-494. Biankini hatte kritisiert, dass es in Dalmatien keinen Fortschritt gäbe; dass man von Steuerauspressen und brutalem Verhalten der Steuerbeamten sprechen müsse; dass es unverhältnismäßig viele neue Gendarmen gäbe (von denen man im Dienst die deutsche Sprache verlangte) und dass allgemein und speziell durch die deutsche Grundschule in Zadar Germanisierungstendenzen verfolgt würden.

Jahren weiterhin im Regierungsausschuss. Ab 1894 wurde die Mitwirkung im Ausschuss als Statthaltereirat zu seiner amtlichen Aufgabe.

Bei den Sabor - Wahlen 1895 war die Statthalterei bemüht, so weit wie möglich Kandidaten der oppositionellen „Rechtspartei“ („Pravaši“) zu verhindern und die „Narodnjaken“, welche die Landesregierung unterstützten, zu fördern. Dass dabei die leitenden Beamten der Statthalterei maßgeblich beteiligt waren, zeigte der durchaus empörte, wenn auch ironisch formulierte Vorwurf von Frano Supilo (zu dieser Zeit, erst 25-jährig, einer der Führer der Rechtspartei „Hrvatska stranka prava“ und zugleich Leiter der Zeitschrift „Crvena Hrvatska“ in Dubrovnik),<sup>220</sup> dass man „in den größeren dalmatinischen Städten die Leute der Regierung wohl als Kandidaten der Narodnjaken“ herausstreichen könnte: „in Dubrovnik N. Nardelli, in Split A. Pavić, in Šibenik E. David und in Zadar K. M. Truxa.“<sup>221</sup>

Im Jänner 1898 konnte sich Nardelli, wenige Monate bevor er zum Hofrat ernannt wurde, im Sabor nachdrücklich für die kulturellen Interessen seiner Heimatstadt einsetzen. Mit einer Wortmeldung unterstützte er in den Antrag von Vinko Milić, den Abgeordneten der Dubrovniker Höchstbesteuerten, zur Vereinigung und Modernisierung der bestehenden Stadtarchive in Dubrovnik. Die Pläne dafür hatte Konstantin Jirecek, „ein Fachmann der zentralen Kommission zur Denkmalerhaltung in Wien“, ausgearbeitet.<sup>222</sup>

Nardelli erklärte, dass Konstantin Jirecek schon 1896 vorgeschlagen hatte, die auf verschiedene Gebäude aufgeteilten Archive im Erdgeschoß des Fürstenhofes zu konzentrieren und mit dieser Zusammenlegungsaktion ein Archiv zu schaffen, „das außer der Kenntnis der Paläographie auch in der lateinischen, italienischen und serbokroatischen Sprache sachkundig sein müßte“. Das Ministerium des Inneren, dem „die oberste Aufsicht zustehe“, wäre im Sinne der Jirecek - Initiative mit der Konzentration einverstanden. Die Archive sollten dort zusammengeführt werden, wo sie sich bereits bis 1820 befunden hatten, bevor sie danach „auf verschiedene staatliche Amtsgebäude“ aufgeteilt worden waren. Nardelli gab den Abgeordneten die Zusicherung, dass die Statthalterei nach den entsprechenden Vorarbeiten den Befehl erlassen würde, dass im Fürstenhof in Dubrovnik „das alte Archiv

---

<sup>220</sup> Vgl. dazu Svoger, Das Nationale Pressewesen / Das kroatische Pressewesen. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd. VIII/S 2162.

<sup>221</sup> Frano Supilo – Anti Trumbiću, Dubrovnik, (31. 8. 1895), Arhivski vjesnik (VI/1963) S. 62. Zit. nach Perić, politički portreti S. 197.

<sup>222</sup> Der Historiker Jirecek wurde später (1907) der erste Vorstand des „Seminars für osteuropäische Geschichte“, dem heutigen Institut für Osteuropäische Geschichte an der Universität Wien.

*der Republik eingerichtet werde“ und dass auch ein Archivar eingesetzt würde, sobald das Archiv vereinigt sei.*<sup>223</sup>

Wesentlich „politischer“ war dann Nardellis Auftritt in der Sabor – Session im Oktober / November 1903 – bereits als Stellvertreter von Statthalter Handel. In aufgeheizter Stimmung angesichts der Krise des Dualismus, der Unsicherheit über die weitere politische Entwicklung in Ungarn und dem sich abzeichnenden „Neuen Kurs“, der Annäherung von Kroaten und Serben, nahm Nardelli in mehreren Wortmeldungen zur allgemeinen Kritik der dalmatinischen Abgeordneten an der österreichischen Regierung und zu einigen für das Land wichtigen Problemen Stellung.

Zur Frage der nach wie vor fehlenden Eisenbahnverbindung von Dalmatien zu den anderen Ländern der Monarchie und den schleppenden Fortgang der Verhandlungen über den weiteren Eisenbahnbau, legte Nardelli – durchaus unverblümt – den Standpunkt der Wiener Regierung dar (immer wieder von Zwischenrufen des Abgeordneten Dr. Trumbić unterbrochen): *„Dass es notwendig und gerecht wäre, dass Dalmatien eine direkte Verbindung mit der Monarchie hätte, daran gibt es keinen Zweifel (Dr. Trumbić: „Das sagen sie immer, aber wo ist sie? Immer haben wir Pech!“) .... Sollte dieses Ziel nicht erreichbar sein, so kommt es dabei weder auf die Macht Zadars an, noch auf die Macht Wiens und ... auch nicht auf einen anderen Faktor, sondern auf den Umstand, dass diese Strecke in Folge unserer geographischen Lage durch das Territorium der zweiten Hälfte der Monarchie durchgehen muss. Es ist bekannt, dass der zweite Teil der Monarchie diese Eisenbahnlinie als nicht in ihrem Interesse betrachtet, und dass der Wiener Macht keinerlei Mittel zur Verfügung stehen, mit denen sie auf den zweiten Teil der Monarchie Druck ausüben könnte“.*

Zu der vor allem aus dem dalmatinischen Süden vorgebrachten Klage, *„das Österreich Montenegro aus seiner Handelssphäre ausschließe“*, entgegnete er, dass dies nicht richtig sei und er sich *„dieser Ansicht von Herrn Trumbić nicht anschließen könne“*. Im Sinn der österreichischen Balkanpolitik betonte Nardelli, dass *„Montenegro als in die österreichische Handelssphäre emanzipiert anzusehen sei“*, dass der südliche Nachbar aber *„einen Fehler begehe, wenn er sich an Italien annähern wolle“*.<sup>224</sup>

---

<sup>223</sup> BIDS XXXIII (25. 1. 1898). S. 335. Zit. nach Perić, Politički portreti S. 198.

<sup>224</sup> BIDS XXXVIII (1903). S. 677.

Zur Rechtfertigung der Zentralregierung und der Landesregierung gegen den Vorwurf, dass diese in Dalmatien eine Politik des „divide et impera“ betreiben, sagte er, „*dass Regierungen keine politischen Parteien hervorbringen*“ und es andererseits in Dalmatien auch für die Parteien nicht notwendig wäre „*menschlichen Leidenschaften zu erzeugen*“.<sup>225</sup>

Schon ein halbes Jahr zuvor hatten in Kroatien zu Beginn des sogenannten „Sturmjahres 1903“ blutige Unruhen gegen das diktaturähnliche „System Khuen“ begonnen.<sup>226</sup> In einem Bericht nach Wien über die Reaktionen in Dalmatien auf diese Unruhen konnte Statthalter Handel („lobend“) darauf hingewiesen, dass „*mein Stellvertreter, Herr Nardelli, veranlaßt hat, dass alle von und nach Dalmatien gehenden Telegramme über das Haupttelegraphenamt in Zara geleitet werden. Hierdurch gelangte unter Anderem auch zur Kenntnis der Statthalterei, dass aus Graz ein Telegramm nach Zara gelangt war, welches bereits von 1000 in Kroatien Gefallenen sprach*“ Auch Telegramme ins Ausland „*mit falschen Angaben wurden inhibiert.*“<sup>227</sup>

Danach hätten vor allem „*studentische Kreise*“ versucht, mit hohen Opferzahlen aus Zagreb die Bevölkerung in Dalmatien zu Trauerkundgebungen aufzurufen. Auch Frano Supilo hätte angesichts „nur“ eines Toten in seiner Zeitung „Novi list“ von stark übertriebenen Nachrichten gesprochen.<sup>228</sup>

Bei einer dennoch in Split abgehaltenen Trauerkundgebung erzeugte zwar der Polizeieinsatz nach Angaben des Abgeordneten Josip Smodlaka „*eine äußerst unangenehme Atmosphäre*“, es wäre aber, so schreibt Tereza Ganza-Aras „*beachtenswert darauf hinzuweisen, dass die Statthalterei, vornehmlich Nardelli*“ auf Beruhigung bedacht gewesen wäre und weder Gendarmerie - Einheiten nach Split schickte, noch den Splitter Polizeichef gegen mögliche irredentistische Demonstrationen einschreiten ließ.<sup>229</sup>

Nardelli hatte die Situation offenbar richtig eingeschätzt. Das „Abfangen“ von Telegrammen war zu dieser Zeit wohl üblich, ein „zurückhaltender“ Einsatz der Staatsmacht, um ein weiteres Eskalieren der Spannungen zu vermeiden, war damals aber eher die Ausnahme.

---

<sup>225</sup> BIDS XXXVIII (1903). S. 679.

<sup>226</sup> Vgl. dazu Günter Schödl, Kroatische Nationalpolitik und „Jugoslawenstvo“. Studien zu nationaler Integration und regionaler Politik in Kroatien – Dalmatien am Beginn des 20. Jahrhunderts (München 1990) S. 337.

<sup>227</sup> Hrvatski Državni Arhiv (Staatsarchiv Zagreb). Im folgenden HDA Zagreb, MUP. C. Kr. – Dalmatini spisi Prezidiale II (K. k. Ministerium des Inneren – Dalmatinische Schriften Präs. II), Karton 18. Zl. 3689 (22.5.1903). Bericht des Statthalters an den Ministerpräsidenten (als Leiter des Ministeriums des Inneren).

<sup>228</sup> Ebd.

<sup>229</sup> Tereza Ganza-Aras, Politika „Novog Kursa“. (Die Politik des „Neuen Kurses“). (Split 1992). S. 187.

### **Der erste Zivilist als Statthalter: Nardelli - Vorgänger Baron Handel**

Als der Oberösterreicher Baron Erasmus von Handel 1902 von Wien als erster Zivilist an die Spitze der Statthalterei in Zadar geschickt wurde, war dies wohl in den Augen jener konservativen Wiener Kreise, die schon seit einigen Jahren die Ablösung von Statthalter David betrieben hatten, ein guter Schachzug. Für Dalmatien war Handel jedoch keine gute Wahl. Dass er das Land nach nur zweieinhalb Jahren – von fast allen angefeindet – wieder verlassen mußte, hatte er nicht nur eigener Ungeschicklichkeit zuzuschreiben, sondern auch einigen für ihn äußerst ungünstigen politischen Maßnahmen Wiens. Er war wohl der falsche Mann zur falschen Zeit am falschen Ort.

Dass die zunehmend regierungsfeindliche Stimmung im Land einfach nur durch die erstmalige Einsetzung eines Zivilisten als Statthalter zu beseitigen wäre, ohne dem Land zugleich auch spürbare wirtschaftliche Verbesserungen zu bringen, war wohl ein entscheidender Denkfehler in Wien. Handel mußte schon in seiner Antrittsrede im Sabor im Juni 1902 einräumen, dass der Regierung zwar die großen wirtschaftlichen Probleme des Landes bekannt wären, dass sie aber „*weder Initiativen noch Mittel für ein Wirtschaftsprogramm in Dalmatien*“ hätte.<sup>230</sup> Damit wurde zumindest indirekt der permanente dalmatinische Vorwurf der jahrzehntelangen Vernachlässigung des Landes durch die Wiener Zentralstellen bestätigt.

Dass sich Handel im Sabor als „*Informations- und Exekutivorgan der Regierung*“ ohne eigenes „*politisches Programm*“ vorstellte, weil nur die Regierung - wie er es ausdrückte - in der Lage war, die „*politische Richtung zu bestimmen*“, war sicherlich politisch unklug und provozierte nicht nur die Abgeordneten, sondern auch weite Kreise der dalmatinischen Bevölkerung.<sup>231</sup>

Zwar zeichnete Handel dann in seinen folgenden Berichten nach Wien ein düsteres Bild von sozialer Not, Korruption und Versäumnissen der österreichischen Verwaltung und verlangte ein 12-Jahresprogramm mit einem Volumen von 24 Millionen Kronen für die „*Hebung der*

---

<sup>230</sup> Ganza-Aras, Politika „Novog Kursa“. S. 127.

<sup>231</sup> BIDS XXXVII (1902) S. 267. Zit. nach Perić Dalmatinski sabor S.30.

*Kultur und der Wirtschaft*“. Wien reagierte jedoch abwartend, Ministerpräsident Ernest von Koerber lehnte 1903 ein solches Investitionsprogramm für Dalmatien ab.<sup>232</sup>

Ein weiteres Ereignis, für das Handel nichts konnte, verstärkte ab Mai 1903 die Anti-österreichische Stimmung im Land beträchtlich. Eine Deputation aus sämtlichen kroatischen und slowenischen Abgeordneten des Reichsrates hatte zur *„Sanierung der Verhältnisse in Kroatien“* beim Kaiser um eine Audienz angesucht. *„Sie fand aber geschlossene Türen, was den schlechtesten Eindruck ebenso in Dalmatien als auch in Kroatien-Slawonien machte“*.<sup>233</sup>

Die Empörung in Dalmatien war allerdings „programmiert“: es war von Anfang an klar, dass der Kaiser nicht mit Abgeordneten aus Cisleithanien über Probleme des „anderen Staates“ (der ungarischen Reichshälfte) sprechen würde bzw. aus seiner staatsrechtlichen Überzeugung heraus auch gar nicht sprechen durfte. In einem Bericht an den Ministerpräsidenten betonte Handel, die Abgeordneten wüssten ganz genau, dass sie keine Audienz erhalten würden, hätten aber dennoch beschlossen, nach Wien zu fahren. Die zu erwartende Ablehnung der Audienz könnte dazu führen, *„dass die hierländische Bewegung, welche sich bisher ausschließlich gegen die ungarische Regierung bzw. gegen den Banus richtete, einen anderen Character annehmen könnte“*.<sup>234</sup>

Die Frage, ob die dalmatinischen Abgeordneten mit ihrer Wien-Reise ganz bewusst „die Stimmung im Land anheizen“ wollten oder – etwas „blauäugig“ – doch noch auf die Möglichkeit einer Audienz gehofft hatten, ist nicht zu beantworten. Die daraus allerdings oftmals abgeleitete „empörende politische Missachtung Dalmatiens durch den Kaiser“ ist jedenfalls zu relativieren.

Als Handel dann im Bericht über *„die feierliche Begrüßung“* der zurückgekehrten Abgeordneten die Ansicht vertrat, *„dass die Bewegung entschieden im Abnehmen begriffen ist“*,<sup>235</sup> irrte er gewaltig. „Die Bewegung“ war zweifellos einer der Auslöser für die künftige KSK („Kroatisch-Serbische-Koalition“).

Auch bei der Zuspitzung der Sprachenfrage war Handel eher ein ausführendes Organ der Wiener Regierungsinteressen. Ministerpräsident Koerber vertrat im November 1903 im

---

<sup>232</sup> Vgl. Schödl, Jugoslawenstvo. S. 309.

<sup>233</sup> Leo von Südland, (Pseudonym für Ivo Pilar), Die südslavische Frage und der Weltkrieg. (Wien 1918). S.643.

<sup>234</sup> HDA Zagreb, MUP. C. Kr. – Dalmatini spisi Prezidiale II Karton 18. Zl. 3689 (22.5.1903). Bericht des Statthalters an den Ministerpräsidenten.,

<sup>235</sup> Ebd. Zl. 3974 (6.6.1903). Bericht an den Ministerpräsidenten.

Reichsrat die Ansicht, dass angesichts von acht unterschiedlichen Nationalitäten in allen Ländern Cisleithaniens, damit auch in Dalmatien, die deutsche Sprache auch im inneren Dienstverkehr in der Verwaltung eingeführt werden sollte. Statthalter Handel verteidigte dies im Sabor, weil damit der Zentrale der Umgang mit den Unterbehörden wesentlich erleichtert würde.<sup>236</sup>

Dass Handel damit zugleich die italienische Sprache in der dalmatinischen Verwaltung zurückdrängen wollte, ging im Land unter. Was blieb, war ein Statthalter aus der Fremde, der nur schlecht Kroatisch konnte, offiziell Deutsch in der Verwaltung einführen wollte und damit „das Germanisierungsbestreben“ der Wiener Zentrale zu einem „neuen Höhepunkt“ brachte.<sup>237</sup>

Den ausschlaggebenden Grund für seine Ablösung lieferte Statthalter Handel allerdings selbst – und zwar mit einer „Erklärung, mit der er die Einwohner Dalmatiens beleidigte“.<sup>238</sup> Demnach hätte Handel gesagt, den Dalmatinern sei nicht zu trauen, denn „ihr Wort ist kein ehrliches Wort“.<sup>239</sup> Die Abgeordneten des Dalmatinischen Sabor verständigten sich daraufhin am Beginn der Herbstsession 1904 über alle Parteigrenzen hinweg auf eine gemeinsame Resolution, wonach Handel als angemessene Genugtuung für diese Ehrenbeleidigung zurücktreten müsste. Die Erklärung wurde in der Sitzung am 6. Oktober 1904 in kroatischer und italienischer Sprache verlesen – gegen den heftigen Widerstand von Landtagspräsident Ivčević – und von 37 Abgeordneten unterzeichnet.<sup>240</sup>

Die Abgeordneten betonten, sie würden so lange nicht im Sabor erscheinen, so lange Handel im Amt wäre.<sup>241</sup>

In Wien wurde als „Hauptgegner“ von Baron Handel der Landtags- und Reichsratsabgeordnete Juraj Biankini „ausgemacht“, der bereits seit 1902 heftig gegen Handel persönlich und in der Zeitung „Novi list“ agitiert hätte, wobei in den Artikeln immer wieder Informationen aus der Statthalterei enthalten waren, die „augenscheinlich aus

---

<sup>236</sup> Vgl. Buczynski, Der Dalmatinische Landtag. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd.VII/II S. 1987.

<sup>237</sup> Ganza-Aras, Politika „Novog Kursa“, S.120.

<sup>238</sup> BIDS XXXIX (6.10.1904) S. 926-927. Die inkriminierte Äußerung Handels erfolgte – entsprechend der Sabor-Resolution vom 6. 10. 1905 – am 14. 7. 1904.

<sup>239</sup> Buczynski, Der Dalmatinische Landtag. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd.VII/II S. 1987. Mehr zur Handel-Ablöse in Perić, Dalmatinski sabor S. 165.

<sup>240</sup> BIDS XXXIX (6.10.1904) S. 926-927.

<sup>241</sup> Ebd.

*Beamtenkreisen stammten*“.<sup>242</sup> Darüber hätte Handel eine Untersuchung eingeleitet und in diesem Zusammenhang wäre dann „die Beleidigung Dalmatiens“ erfolgt.

Nach der Sabor-Resolution verlegte Biankini dann „*die Aktion gegen Baron Handel in den Reichsrat, wo die Dalmatiner an der Seite der Jungcechen die schärfste Obstruktion trieben*“. Nach der Drohung Biankinis, die Obstruktion im Reichsrat weiterzuführen, solange Handel in Dalmatien wäre, hätte sich die neue Regierung in Wien dann doch relativ rasch zu einer Versetzung Handels entschlossen. „*Nun ist das Opfer gebracht worden und die Regierung des Baron Gautsch hat den Kroaten ihren Willen getan*“.<sup>243</sup>

#### **4. DAS UMFELD: DALMATIEN AM BEGINN DES 20. JAHRHUNDERTS**

##### **Die staatsrechtliche Stellung Dalmatiens**

Mit dem „Februar-Patent“ vom 26. Februar 1861 und dem Österreichisch-Ungarischen Ausgleich von 1867 begann ein mehr als 50 Jahre dauernder und im Rahmen der Monarchie erfolgloser politischer Kampf der Kroaten um die politische und wirtschaftliche Selbstbestimmung. Dabei ging es in erster Linie um ein Zurückdrängen der Außenbestimmung durch Wien und Budapest, um die territoriale Integrität des „Dreieinigem Königreiches“ Kroatien – Slawonien - Dalmatien, die Erhaltung und den Ausbau der kroatischen Kultur und damit in engem Zusammenhang um den Gebrauch der kroatischen Sprache. Ausformuliert wurden diese Forderungen 1905 in der sogenannten „Resolution von Rijeka / Fiume“.

Der Kampf wurde mit historischen Argumenten begründet, mit einer „eigenen, ungebrochenen, staatlichen Tradition seit dem Mittelalter“ auf Grund der „Pacta Conventa“ 1102 (Personalunion mit Ungarn), der Wahl des Habsburgers Ferdinand I. 1527 zum kroatischen König und der („kroatischen“) Pragmatischen Sanktion von 1712. Allerdings gehörte Dalmatien diesem „Dreieinigem Königreich“ schon seit 1420 nicht mehr an. Mit der sogenannten „Illyrischen Bewegung“ entstanden im 19. Jahrhundert südslawische

---

<sup>242</sup> Neue Freie Presse Nr. 14517 (22.1.1905) S. 5.

<sup>243</sup> Ebd.

Einigungskonzepte mit der Idee einer kulturellen Einheit (sowohl der Kroaten als auch aller Südslawen) und einer territorial definierten politischen Nation.<sup>244</sup>

Die weitere Trennung zwischen Kroatien und Dalmatien wurde praktisch aber bereits im Februar-Patent 1861 mit der Errichtung des Kronlandes Dalmatien und der Schaffung eines selbständigen Dalmatinischen Landtags festgeschrieben – wenn auch zunächst nur „provisorisch“.<sup>245</sup>

Doch das „Provisorium“ hielt bis zum Ende der Monarchie. Dalmatien blieb nicht zuletzt deshalb ein eigenständiges Königreich, weil man in Wien fürchtete, dass Ungarn bei einem Zusammenschluss von Dalmatien mit Kroatien eine zu starke Stellung innerhalb der Monarchie erreichen könnte. Deshalb unterstützten auch die österreichischen Behörden in Dalmatien die Gruppe der „Autonomisten“, überzeugte Gegner der Wiedervereinigung. Diese hatten ihre „Hochburgen“ in Nord- und Mitteldalmatien (vor allem im Bürgertum von Zadar und Split), waren sprachlich und kulturell nach Italien ausgerichtet und traten für eine Autonomie Dalmatiens sowie für die Schaffung eines eigenen dalmatinischen Landtages ein. Sie stellten – obwohl im Land eine Minderheit – auf Grund des Wahlrechts bis 1870 die Mehrheit im Landtag.<sup>246</sup> Mit dieser Mehrheit hatten sie schon am 18. April 1861 die Anhänger der Wiedervereinigung („Annexionisten“ und „Narodnjaken“) überstimmt und beschlossen, dass der Dalmatinische Landtag keine Abgeordneten zum Kroatischen Landtag nach Zagreb entsenden werde. Mit dem Autonomiebeschluss vom 19. April 1861 beschickte der dalmatinische Landtag dann den Reichsrat in Wien. Dalmatien war zunächst mit fünf Abgeordneten, ab 1873 mit neun und schließlich ab 1896 mit elf Abgeordneten im Reichsrat vertreten.<sup>247</sup>

Die inneren Gegensätze und Interessensunterschiede im Kronland selbst waren auch noch zur Zeit der Statthalterschaft von Niko Nardelli Auslöser zahlreicher Auseinandersetzungen zwischen „den Italienern“ und „den Kroaten“ in Dalmatien.

---

<sup>244</sup> Vgl. dazu Alojz Ivanišević, Wem gehört das Land? Das nationale Besitzdenken in kroatisch-serbischen Auseinandersetzungen in Kroatien um 1900. In: Südostforschungen Hg. Edgar Hösch / Karl Nehring Bd. 61/62 Sonderdruck (München 2002/2003) S. 273 – 288, hier S. 275.

<sup>245</sup> Die österreichischen Verfassungsgesetze. Ed. Edmund Bernatzik, ( 2 Wien 1911). Verfassungsgesetz Nr. 71, S. 257: Im Patent heißt es, ....dass „nachdem Wir über die staatsrechtliche Stellung unseres Königreiches Dalmatien zu Unseren Königreichen Kroatien und Slawonien noch nicht endgültig entschieden haben, die für Unser Königreich Dalmatien erlassene Landesordnung dermal noch nicht vollständig in Wirksamkeit treten“ könne.

<sup>246</sup> Buczynski, Der Dalmatinische Landtag. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd.VII/II S. 1959.

<sup>247</sup> Vgl. dazu Pav, Die dalmatinischen Abgeordneten S. 10.

Im Zentrum der kroatischen Kritik stand der Österreichisch-Ungarische Ausgleich von 1867: Kroatien wäre „*bei den Ausgleichsverhandlungen zu Unrecht ausgeschlossen*“<sup>248</sup> gewesen, Österreicher und Magyaren hätten über die Kroaten ohne deren Mitwirkung entschieden und Kroatien zu einem „*innerungarischen Juniorpartner*“ degradiert.<sup>249</sup> Aus dalmatinischer Sicht war dabei eine „Wiedervereinigung“ praktisch ausgeschlossen, weil im Ausgleich die territoriale Integrität der Länder der Stephanskrone festgeschrieben worden war.

Der 1868 abgeschlossene „Ausgleich“ zwischen Ungarn und Kroatien in Form der sogenannten „Nagodba“ brachte dann aber eine „*staatsrechtlich - politische Absurdität*“,<sup>250</sup> wonach Dalmatien zwar staatsrechtlich Bestandteil der Cisleithanischen Reichshälfte war, Ungarn gleichzeitig aber seinen „Expansionsanspruch“ auf Einverleibung dieses Gebietes in die Transleithanische Reichshälfte dokumentierte und mit dem Ausgleich von 1868 Dalmatien zum Bestandteil des „Dreieinigem Königreiches“ machte. Dieses magyarische Bemühen um „Re-Inkorporation“ hatte aus Sicht Dalmatiens auch im 20. Jahrhundert noch zwei bedeutende Konsequenzen:

Erstens nahmen alle dalmatinischen Abgeordneten im Wiener Reichsrat in Form einer „Staatsrechtlichen Erklärung“ unmittelbar nach ihrer Angelobung eine Rechtsverwahrung vor, wonach ihr weiteres Eintreten für eine Wiedervereinigung von Dalmatien mit Kroatien-Slawonien keinen Widerspruch zur loyalen Haltung gegenüber der österreichischen Reichshälfte und ihrem Parlament darstelle.<sup>251</sup>

Und zweitens sah man in der „Nagodba“ den „*Schlüssel zur Regelung der Frage der Monarchie*“.<sup>252</sup> Erst dadurch, dass auch die Österreichische Reichshälfte – so die Argumentation – diesen Vertrag zwischen Ungarn und Kroatien zur Kenntnis genommen hatte, wäre der Ausgleich 1868 rechtlich überhaupt erst wirksam geworden. Daher müssten auch neue Ausgleichsverhandlungen (wie sie 1907 anstanden) vom Kroatischen Landtag bewilligt werden, um in Kraft treten zu können.

---

<sup>248</sup> Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des Österreichischen Reichsrates (Sten. Prot.) XVIII. Session (19.7.07) S. 1473. Rede des Reichsratsabgeordneten (und zugleich auch dalmatinischen Landtagspräsidenten) Vicko Ivčević.

<sup>249</sup> Schödl, Jugoslavenstvo S. 30.

<sup>250</sup> Ebd. S. 38.

<sup>251</sup> Sten. Prot. XVIII (20.6.07) S. 14. Staatsrechtliche Erklärung von zehn dalmatinischen Abgeordneten und Sten. Prot. XIX (8.6.09) S. 1295. Staatsrechtliche Erklärung des Abgeordneten Bulić.

<sup>252</sup> Sten. Prot. XVIII. (19.7.07) S. 1391. Rede des Abg. Dr. Matko Laginja vom 19.7.1907. Laginja war Advokat und kroatischer Abgeordneter aus dem Wahlbezirk 5 (Istrien).

Auf dieser Argumentationsbasis wurde die Regierung der Österreichischen Reichshälfte im Wiener Reichsrat aufgefordert, sich auch für die Kroaten in der Ungarischen Reichshälfte zu „interessieren“.<sup>253</sup> Ähnlichen Argumentationen mussten sich die Statthalter - als Vertreter der Wiener Zentralmacht - auch bei den Debatten im Dalmatinischen Sabor und in den tagespolitischen Auseinandersetzungen mit den Landespolitikern und Zeitungen stellen.

Was den Sabor betraf, hatten die Statthalter allerdings mehrmals von Wien das Recht eingeräumt bekommen, die Landtagssitzung für den Fall einer Debatte über eine „Wiedervereinigung“ sofort zu schließen.

### **Die Parteienlandschaft in Dalmatien**

Die Entwicklung der Parteien in Dalmatien folgte in großen Zügen den beiden großen politischen Bewegungen in Kroatien. Dort trat die „Nationalpartei“ (gegründet von Josip Juraj Strossmayer und Franjo Rački) für die nationale Einheit aller Südslawen ein, wobei für sie „im Dreieinigen Königreich nur eine politische Nation“ existierte, „nämlich die kroatische, zu der auch die Serben (in Kroatien, Slawonien und Dalmatien) – als ethnische Gemeinschaft - gehörten“<sup>254</sup>. Dagegen gab es für die „Staatsrechtsbewegung“ von Ante Starčević nur Kroaten im Dreieinigen Königreich, wobei neben Dalmatien auch Bosnien-Herzegowina, Istrien und auch die „slowenischen Länder“ Kärnten, Krain und Steiermark als historisch-kroatische Länder galten. Dementsprechend waren Serben und Slowenen „historisch und genetisch Kroaten“.<sup>255</sup> Starčević war gegen den „Jugoslawismus“ und für einen souveränen kroatischen Staat, weil Kroatien in der Union mit Ungarn seine Eigenstaatlichkeit niemals aufgegeben habe.<sup>256</sup>

Strossmayer und Starčević gemeinsam war der Kampf gegen „jenen politisch-verfassungsmäßigen status quo, den die Krone 1861/67 per Verständigung mit Ungarn im Zeichen von Februarverfassung und Ausgleich auf Dauer festzuschreiben gedachte“.<sup>257</sup>

---

<sup>253</sup> Pav, Die dalmatinischen Abgeordneten. S. 12. Diese von der Wiener Zentrale nicht geteilte Ansicht lag übrigens auch der Absicht der dalmatinischen Abgeordneten zu Grunde, im Mai 1903 den Kaiser um eine Audienz über Kroatien zu ersuchen.

<sup>254</sup> Ivanišević, Wem gehört das Land? S. 276.

<sup>255</sup> Ebd. S. 277.

<sup>256</sup> Arnold Suppan, Historische Hintergründe des Zerfalls Jugoslawiens. S. 20.

<sup>257</sup> Schödl, Jugoslawenstvo S. 31.

Im Dalmatinischen Sabor hatte die „Narodna stranka“ ab 1870 die absolute Mehrheit. Im Jahr nach der Okkupation von Bosnien-Herzegowina kam es dann 1879 zur Abspaltung der „Serbischen Partei“, nach der Landtagswahl 1883 waren im Sabor 23 Abgeordnete der „Nationalpartei“, neun Serben und acht Autonomisten. Kroatisch wurde zur Amtssprache des Landtages und des Landesausschusses.<sup>258</sup>

1894 wurde die „Rechtspartei“ mit den aus der „Nationalpartei“ ausgeschiedenen Gruppierungen der Abgeordneten Prodan, Trumbić / Supilo und Biankini gegründet<sup>259</sup>, mit einem „ausgeprägten anti-österreichischen Radikalismus“ und ihrem besten Wahlergebnis 1901 mit neun Landtagsabgeordneten.<sup>260</sup>

Ivo Prodan (Priester, Mitglied des Landtages und des Reichsrates) spaltete sich ab und gründete die „Reine Rechtspartei“, die 1905 gegen die „Resolution von Rijeka“ auftrat und 1910 zur „Klerikalen Rechtspartei“ mutierte.

Die anderen Mitglieder der „Rechtspartei“ schlossen sich 1905 mit der „Nationalpartei“ zur „Kroatischen Partei“ zusammen. Ihre wesentlichen Vertreter waren Dr. Pero Čingrija (er kam aus der „Nationalpartei“), er war Rechtsanwalt, Unternehmer und Bürgermeister von Dubrovnik, sowie Vorsitzender der „Kroatischen Partei“ bis 1907 (als sein Nachfolger kam dann bis 1910 Vicko Milić). Juraj Biankini (aus dem „Kroatischen Klub, Rechtspartei“) war Priester, Journalist<sup>261</sup> und langjähriges Mitglied des Landtages und des Reichsrates. Schließlich noch Dr. Ante Trumbić („Rechtspartei“), Rechtsanwalt, Bürgermeister von Split und „Regisseur“ des „Neuen Kurses“ in Dalmatien, sowie Frano Supilo (ebenfalls von der „Rechtspartei“), Journalist, Politiker, Herausgeber von „Novi list“ in Rijeka und Führer der „Kroatisch-Serbischen Koalition“.

Im selben Jahr 1905 entstand unter dem Wien-kritischen und antiklerikalen Dr. Josip Smodlaka (Rechtsanwalt in Split, später Abgeordneter im Wiener Reichsrat) die „Demokratische Partei“, die im Jahr darauf zur „Kroatischen Volkstümlichen

---

<sup>258</sup> Bauer, Drei Leopardenköpfe. S. 242.

<sup>259</sup> Petar Strčić, Die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Vereinigungen in Dalmatien. In: Die Habsburgermonarchie VIII / 1 Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. S. 587-608. Hier: S. 606: weil diesen Abgeordneten die Narodna stranka „in reichs- und wirtschaftspolitischen Fragen zu lax agierte“.

<sup>260</sup> Buczynski, Der Dalmatinische Landtag. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd.VII/II S. 1962.

<sup>261</sup> Strčić, Vereinigungen in Dalmatien. S. 604. Biankini war von 1871 bis 1919 Redakteur des Narodni list. Geldgeber der Zeitung war u. a. die Narodna stranka, in den Anfangsjahren auch mit Spenden des Bischofs von Dakovo, Josip Juraj Strossmayer.

Fortschrittspartei“ umbenannt wurde.<sup>262</sup> Die ebenfalls formierte (kleine) „Sozialistische Partei“<sup>263</sup> schaffte den Einzug in den Landtag nicht.

In den Reichsrat wurden 1907 zwei serbische und neun kroatische Abgeordnete gewählt. Unter Letzteren war nach der Nachwahl von 1910 (bei der Smodlaka in den Reichsrat kam) das Verhältnis vier von der „Kroatischen Partei“, vier von der „Rechtspartei“ und einer von der „Fortschrittspartei“. Von den Autonomisten („Italienern“) war keiner im Reichsrat vertreten.<sup>264</sup>

Im Kronland selbst stand Statthalter Nardelli damit nicht nur den „serbischen“ und „italienischen“ Sabor - Abgeordneten gegenüber, sondern - wie der kurze obige Überblick zeigt - vor allem einer „bunten Vielfalt“ kroatischer Abgeordneter. Wobei in den Auseinandersetzungen der dalmatinischen Politiker, die überwiegend aus dem städtischen Bürgermilieu kamen (Rechtsanwälte, Journalisten, Unternehmer und Priester), nicht nur persönliche und ideologische Gründe, sondern auch handfeste wirtschaftliche Interessen eine wesentliche Rolle spielten.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass es 1909 im Sabor unter den 43 Abgeordneten nicht weniger als 16 Advokaten und Notare gab. Dazu kamen elf weitere „Bildungsbürger“, sieben Realitätenbesitzer, fünf Staatsbeamte, drei Kleriker und ein Gewerbetreibender. Es wurde *„nie ein Fischer, ein Arbeiter oder irgendein Angehöriger der ärmeren sozialen Schichten der dalmatinischen Bevölkerung zum Abgeordneten im Dalmatinischen Landtag oder im Reichsrat gewählt“*.<sup>265</sup>

Angesichts dieser Vertretungsverhältnisse war es nicht weiter verwunderlich, dass ein Teil der politischen Führungsschicht an der Umsetzung wirklicher sozialer und wirtschaftlicher Reformen, die dem sogenannten „kleinen Mann“ tatsächlich etwas gebracht hätten, nicht interessiert war. Wohl auch deshalb, weil damit die eigenen Wirtschaftsinteressen getroffen worden wären.

Dazu kam, dass die Politisierung der Bevölkerung, vor allem auf dem Land, nur langsam voran ging und damit auch kein durch eine breite Volksbewegung getragener Druck auf diese

---

<sup>262</sup> Schödl, Jugoslawenstvo. Grafik S. 350.

<sup>263</sup> Strčić, Vereinigungen in Dalmatien. S. 607. Die Sozialdemokratische Partei Dalmatiens war 1898 - mit den Statuten der Triester „Lega sociale – democratica“ - gegründet worden. Diese Statuten wurden von der Statthaltereie in Zadar ausdrücklich auf ihre Kompatibilität für Dalmatien überprüft.

<sup>264</sup> Pav, Die Dalmatinischen Abgeordneten S.34 – 36.

<sup>265</sup> Buczynski, Der Dalmatinische Landtag. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd.VII/II S. 1964-1965.

kleine Führungsschicht ausgeübt wurde. Die Politiker hatten keinen Rückhalt im Volk und waren mit den tatsächlichen Problemen der „kleinen Leute“ kaum vertraut.

Es war somit ein Teil der dalmatinischen Probleme sicherlich „hausgemacht“. Dennoch trug die jahrzehntelange Vernachlässigung durch die Wiener Regierungen die Hauptschuld an den tristen wirtschaftlichen Zuständen in diesem Kronland.

### **Die wirtschaftliche Rückständigkeit**

Für die katastrophale Situation in nahezu sämtlichen Wirtschaftsbereichen Dalmatiens gab es eine Reihe von Gründen. Zunächst bestand ein eklatanter Mangel an Modernisierung. Es gab kaum Fabriken, nur kleines lokales Gewerbe und keine größeren Investitionen.

Dalmatien war das einzige Land in der Monarchie, in dem in den Jahren bis 1910 der Anteil der Bevölkerung, die in der Landwirtschaft tätig war, nicht gesunken, sondern sogar noch gestiegen ist. Mehr als 82 % „lebten“ – mehr schlecht als recht – von der Landwirtschaft. Damit war Dalmatien Spitzenreiter in der Monarchie (in gesamt Österreich-Ungarn waren vergleichsweise 55 % in der Landwirtschaft tätig, in Kroatien 78%, in Krain 62 %).<sup>266</sup>

Dabei zeigte sich die erstarrte bäuerliche Sozialstruktur auch in den Besitzverhältnissen: auf die 320 größten Grundbesitzer entfielen zusammen rund 92.000 Hektar landwirtschaftliche Fläche und damit etwa gleich viel, wie rund 49.000 Bauern mit jeweils weniger als 2 Hektar Fläche zur Verfügung hatten.<sup>267</sup> Auf den für die politische Entwicklung in Dalmatien bedeutsamer Umstand, dass diese große Masse der Kleinbauern bis ins 20. Jahrhundert hinein nur schwer politisierbar war und daher auch über keine wirksame politische Vertretung verfügte, wurde bereits hingewiesen.

Weitere wichtige Wirtschaftsbereiche waren in Dalmatien neben dem landwirtschaftlichen Sektor noch der Bergbau (vor allem Braunkohle), sowie der Fischfang und die Schifffahrt. Auch in diesen letzten beiden Bereichen zeigte sich, dass die Zentralregierung in Wien auf spezielle Probleme in Dalmatien keine Rücksicht nehmen wollte (oder konnte).

Im Schiffsbau war die Modernisierung vom Segel- zum Dampfschiff nicht rechtzeitig erfolgt. 1873 hatte Dalmatien noch 136 Hochseeschiffe, 1896 nur noch 15 (und nur fünf davon waren

---

<sup>266</sup> Kolossa, Statistische Untersuchung 138 - 142 Zit. nach Schödl, „Jugoslawenstvo S. 95 – 96.

<sup>267</sup> Dinko Foretić, O ekonomskim prilikama S. 15. Zit. nach Schödl S. 85.

Dampfschiffe) und 1910 gab es 21 Hochseedampfer (alle übrigens in Dubrovnik stationiert).<sup>268</sup>

Dazu kam, dass Österreich-Ungarn im Friedensvertrag von 1866 Italien an der dalmatinischen Küste Fischfangrechte zugestanden hatte, die auch zur Zeit Nardellis die Behörden immer wieder zum Einschreiten bei blutigen Auseinandersetzungen zwischen dalmatinischen und italienischen Fischern zwangen.<sup>269</sup> Auch hier war der Mangel an Modernisierung eklatant: Nach Berechnungen von 1909 fing ein Fischer aus dem italienischen Chioggia wertmäßig viermal so viele Fische wie ein dalmatinischer Fischer – obwohl es an der italienischen Küste deutlich weniger Fische gab.<sup>270</sup>

Für jahrelange – vergebliche – Proteste sorgte schließlich das für Dalmatien sehr ungünstige Handels- und Schifffahrtsabkommen mit Italien vom Dezember 1891: die darin enthaltene sogenannte „Weinklausel“, die italienische Weinausfuhren nach Österreich-Ungarn besonders begünstigte, erwies sich als nahezu ruinös für die dalmatinische Weinwirtschaft.<sup>271</sup> In manchen Jahren konnte Italien damit seine Weinexporte nach Österreich um den Faktor Tausend gegenüber dem Ausgangsjahr erhöhen. Entsprechende Anträge dalmatinischer Abgeordneter im Reichsrat<sup>272</sup> und auch die jährlichen Petitionen des dalmatinischen Landtags an die Wiener Regierung blieben ohne Wirkung. Die „Weinklausel“ blieb noch bis Ende September 1904 in Kraft.<sup>273</sup>

Bei der Auswanderung junger Arbeitskräfte in die USA und nach Australien verzeichneten die Dalmatiner die zweithöchste Rate in der Monarchie nach den Polen.<sup>274</sup> Allerdings macht ein parlamentarischer Antrag zur Gewährung einer Amnestie für rückkehrwillige

---

<sup>268</sup> Bauer, *Drei Leoparden*. S. 218 – 220. Dass die neue (1907) vereinigte dalmatinische Dampfschiffahrtsgesellschaft „Dalmatia“ mit Sitz in Triest gegen die übermächtige Konkurrenz von Triestiner Lloyd und ungarisch-kroatischer Dampfschiffahrtsgesellschaft anzukämpfen hatte, sei ergänzend angemerkt. Vgl. dazu auch Strčić, *Vereinigungen in Dalmatien*. S. 599.

<sup>269</sup> Ebd. S.226. Bauer schreibt, dass es bis zum Ende des 19. Jahrhunderts in Dalmatien „mittelalterlichen Fischfang“ und Salzkonservierung gegeben hätte. Erst 1907 wurden 24 neue Fischkonservenfabriken errichtet.

<sup>270</sup> Strčić, *Vereinigungen in Dalmatien*. S. 598.

<sup>271</sup> Buczynski, *Der Dalmatinische Landtag* In: *Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918* Bd.VII/II S. 1978. Vgl. dazu auch Alfred Francis Pribram, *Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarn / Italien 1879 – 1914*. S. 242.

<sup>272</sup> Sten. Prot. XVII. (1901) 669 der Beilagen, 4/1-24; Bericht des Weinculturausschusses über die Anträge der Abgeordneten Biankini und Genossen (388 der Beilagen) in Angelegenheit des italienischen Weinzolles.

<sup>273</sup> Buczynski, *Der Dalmatinische Landtag* In: *Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918* Bd.VII/II S. 1979.

<sup>274</sup> Ivo Nejašmić, *Hauptmerkmale der kroatischen Auswanderung 1880 – 1991*. In: *Österreichische Osthefte* Bd. 37 (1995) S. 343 – 353, hier S.345, schätzt (für Dalmatien und Istrien gibt es keine Statistik, für Kroatien und Slawonien eine seit 1899), dass zwischen 1880 und 1914 von 420.000 ausgewanderten Kroaten ca. 90.000 Dalmatiner waren. Arnold Suppan, *Die Kroaten*. In: *Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918* Bd. III/ I. S. 633, gibt für den Zeitraum 1880 – 1910 die Zahl von 58.159 an.

Auswanderer deutlich, dass hier neben wirtschaftlichen Problemen auch das Umgehen der Militärpflicht eine wesentliche Rolle bei der Auswanderung gespielt haben dürfte.<sup>275</sup>

Zum wirtschaftlichen Hauptproblem Dalmatiens entwickelte sich aber zunehmend das Fehlen einer durchgängigen und leistungsfähigen Bahnverbindung mit der übrigen Monarchie. Damit war Dalmatien nicht nur verkehrsmäßig in einer ausgesprochenen Randlage, es blieb auch bei der Modernisierung der Wirtschaft, bei den Handelsbeziehungen und beim Fremdenverkehr im Hintertreffen.

Der Bahnbau stieß nicht zuletzt deshalb auf ungarischen Widerstand, weil es je eine direkte Bahnstrecke von Rijeka über Zagreb nach Budapest gab und eine neue Bahnverbindung von Split über Kroatien zur österreichischen Reichshälfte zur ernststen Konkurrenz nicht nur für die ungarische Bahn, sondern auch für den Hafen Rijeka geworden wäre. Auch in dieser Frage gab es zahlreiche Vorstöße dalmatinischer Reichsratsabgeordneter. Der dalmatinische Sabor hatte schon 1870 die Errichtung eines Eisenbahnnetzes gefordert, welches das Königreich Dalmatien mit dem Bahnnetz Europas verbinden sollte. Nach einem Beschluss des Reichsrates wurden schließlich 1877 die Strecken Split – Šibenik – Siverić gebaut (1888 bis Knin verlängert) und ab 1895 die bosnische Schmalspurbahn Sarajevo – Mostar bis Metković verlängert. Der Bau der „Lika“ Bahn wurde zwar noch in Nardellis Statthalterzeit grundsätzlich beschlossen und 1913 begonnen, bis zum Ende der Monarchie aber nicht mehr fertiggestellt. Die durchgehende Verbindung zwischen Split und Karlovac konnte erst im Königreich SHS im Jahr 1925 aufgenommen werden.<sup>276</sup>

Zur schlechten wirtschaftlichen Entwicklung trug neben den mangelhaften Verkehrsverbindungen auch die damit unmittelbar zusammenhängende, fehlende Infrastruktur bei. Der wirtschaftliche „Teufelskreis“ wurde schließlich noch ergänzt durch die geringe Kaufkraft der Bevölkerung und die mangelnde Fachausbildung.<sup>277</sup>

Diametral entgegengesetzte Ansichten gab es zur Frage, auf welche Art die Lösung der Wirtschaftsprobleme Dalmatiens angegangen werden sollte. Ein eindrucksvolles Beispiel für

---

<sup>275</sup> Sten. Prot. XVIII (1907) 256 der Beilagen: Antrag Biankini betreffend die Begnadigung der Auswanderer wegen Übertretung der Militärgesetze (die Amnestie hätte anlässlich des 60-jährigen Regierungsjubiläums von Kaiser Franz Josef 1908 in Kraft treten sollen).

<sup>276</sup> Verkehrswege und Eisenbahnen. Beiträge zur Verkehrsgeschichte Österreichs aus Anlaß des Jubiläums „150 Jahre Dampfeisenbahn in Österreich“, Hg. Karl Gutkas, Ernst Bruckmüller (=Schriften des Institutes für Österreichkunde 53, Wien 1989). S. 73. Paul Mechtler, Dalmatien und die österreichische Eisenbahnpolitik. In: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 23 (1971) S. 198. Die Eröffnung war nach 12-jähriger Bauzeit am 22.7.1925.

<sup>277</sup> Buczynski, Der Dalmatinische Landtag. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd.VII/II S. 1979.

das Dalmatien – Dilemma des Jahres 1909 lieferte eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen Hermann Bahr und Baron Leopold von Chlumecky.

In einem zweifellos überhöhten „Dalmatien – Bild“ von Hermann Bahr in der „Neuen Freien Presse“<sup>278</sup> fand sich zunächst der Hinweis, dass Dalmatien auf Einkünfte aus dem Fremdenverkehr angewiesen, dieser aber durch den „Kriegslärm“ eingebrochen wäre. Daher laute die Botschaft der Dalmatiner, *„dass wir hier in aller Stille leben, wie sonst; dass weit und breit der schönste Friede herrscht; das verdammte Kriegsgeschrei ruiniert uns noch alles!“*

Bahr bestätigte das in seinem Artikel: es sei alles *„friedlich wie sonst“*, um dann - pointiert – fortzufahren: *„aber die Polizei macht das Land unsicher ... die Verwaltung macht Dalmatien unsicher“*. Österreich halte das Land *„besetzt“*, dem Dalmatiner sei alles, was von der Regierung kommt, *„verdächtig“* und der Regierung sei alles *„verdächtig, was der Dalmatiner will“*. Die Regierung meine, alle Verbesserungen müssten *„von ihr aus geschehen, nach ihrer Wohlmeinung und als eine Belohnung sozusagen, die sich die Dalmatiner erst durch artige Sitten zu verdienen hätten“*. Aber die Dalmatiner wollten nicht wie *„unartige Buben ... von Wien erzogen werden“*. Sie beklagten sich über das Misstrauen, das ihnen entgegengebracht würde: *„... die mandelförmigen, samtene Augen glänzen ihnen, und, kindisch-treuherzig, beteuern sie, es sei wirklich nicht wahr, dass sie Hochverräter sind, nur ihr schönes Land möchten sie für sich haben ...“*

Baron Chlumecky, Mitherausgeber der „Österreichischen Rundschau“, antwortete in seinem Organ mit Ironie und Kritik und offenbarte zugleich jenes „andere Dalmatien – Bild“, das es zu dieser Zeit in Wien – auch – gegeben hat.<sup>279</sup> *„Die böse, vom Polizeigeist Metternichs durchdrungene Verwaltung“*, so meinte Chlumecky ironisch, um dann aber das Wiener Misstrauen zu artikulieren, *„unterfängt sich, am Vorabend eines Krieges in einem, von Spionen und Feinden umlauerten Lande den Fremdenverkehr ein bisschen zu überwachen“*. Gewiss mache die Polizei das Land unsicher, aber nur für jene, *„welche still und friedlich ihre hochverräterischen Pläne mit Cetinje und Belgrad weiterspinnen wollen“*.

Was Dalmatiens wirtschaftliche Lage betreffe, so habe Österreich tatsächlich seit Jahren schwer gesündigt. Aber deshalb, weil man immer auf Initiativen aus der Bevölkerung

---

<sup>278</sup> Neue Freie Presse ( 2.3. 1909). S 1-2.

<sup>279</sup> Österreichische Rundschau (15. 3. 1909). Zit. nach Bahr, Dalmatinische Reise. S.146 -151.

gewartet habe. Aber „*dem Dalmatiner falle sachliche, ruhige Arbeit besonders schwer*“. Durch seine politischen und nationalen Kämpfe, „*welche ihn mehr fesseln als jedwede andere Betätigung*“, wären die Kräfte der Dalmatiner „*so sehr gebunden, dass sie auf keinem anderen Gebiete mehr zu voller Entfaltung gelangen können*“. Daher erwarte man in Dalmatien, dass alle Impulse zur wirtschaftlichen Hebung des Landes „*von der Regierung*“ kämen. Jahrelang habe man vergeblich auf die Dalmatiner gewartet, jetzt, „*wo die Regierung die wirtschaftliche Wiedergeburt des Landes selbst herbeiführen will, wehren sich die Dalmatiner gegen die fremde Einmischung*“.

So lange es kein besseres Konzept gäbe, so Chlumeckys Schlussfolgerung, hielten es viele für das beste, „*Dalmatien wie eine Kolonie zu verwalten, in die man erst alles von außen hineinbringen muss. Alles: Kapital, Menschen, Impulse und Ideen*“.

Hermann Bahrs Antwort wurde in der „*Österreichischen Rundschau*“ nicht abgedruckt. Er hatte darin Chlumecky aufgefordert, zu den von ihm am Ende seines Artikels empfohlenen Importen nach Dalmatien auch noch „*ein bisschen Gerechtigkeit*“ hinzuzufügen. Und er fasste seine Sicht der Dinge nochmals zusammen: „*ein armes, stilles, treues, aufrichtiges und gehorsames Volk, das sich in seiner Not gar nichts Besseres wünschen möchte, als gut österreichisch sein zu können, wird durch Unverstand, Willkür und Rechtlosigkeit gepeinigt, als sollte ihm gewaltsam sein österreichisches Gefühl ausgetrieben und es vorsätzlich zum Hochverrat gezwungen werden*“.<sup>280</sup>

Irgendwo zwischen diesen beiden Extrem - Positionen war wohl die Realität angesiedelt, aber für eine „*gemäßigte Mitte*“ war zu dieser Zeit die politische Kultur wohl noch nicht weit genug entwickelt. In Dalmatien konnten die politisch und wirtschaftlich einflussreichen Protagonisten wohl mit der Bahr-Kurzfassung („*Wien soll ausreichend Geld geben, aber sich nicht einmischen*“) sehr viel anfangen. Und in Wien stand Chlumecky mit seinem Dalmatien-Bild bis in die höchsten Regierungsspitzen nicht allein.<sup>281</sup> Die Gegenüberstellung dieser beiden unkritischen und realitätsfernen Ansichten macht wohl deutlich, warum das Programm zur wirtschaftlichen Hebung Dalmatiens nur schleppend realisiert werden konnte und in welchem politischen Spannungsfeld zwischen Wien und Zadar sich der Landeschef zu

---

<sup>280</sup> Bahr, Dalmatinische Reise. S.151.

<sup>281</sup> Strčić, Vereinigungen in Dalmatien. S. 600. Bei einem Vortrag im Jahr 1900 vor der „*Gesellschaft zur Förderung der volkswirtschaftlichen Interessen des Königreiches Dalmatien*“ (Schirmherr Thronfolger Franz Ferdinand), meinte der Gründer dieser Gesellschaft, dass „*Dalmatien, wie Afrika und China, ein idealer Koloniebezirk für die Expansion des Österreichischen Kapitals*“ wäre.

bewegen hatte. Dass keine politische Partei in Dalmatien „*die ökonomische Modernisierung des Landes in ihr Programm aufgenommen*“ hatte, die Anprangerung des wirtschaftlichen Notstandes jedoch „*primär zur Polemik gegen Österreich instrumentalisiert*“ wurde, passt in dieses Bild.<sup>282</sup>

## 5. SPANNUNGSFELD ZENTRALMACHT - KRONLAND

### Die Wiener Regierungen

Als Statthalter diente Nardelli im Lauf von knapp sieben Jahren unter vier verschiedenen Ministerpräsidenten und insgesamt fünf verschiedenen österreichischen Regierungen.

Die „Ministerien“ von 1905 – 1911 waren:<sup>283</sup> Die Regierung „Gautsch II“ (Baron Paul Gautsch) vom 1. Jänner 1905 bis 2. Mai 1906. Anschließend nur einige Wochen die Regierung Prinz Konrad zu Hohenlohe und schließlich für mehr als zwei Jahre das Kabinett von Max Vladimir Freiherrn von Beck. Von diesem wurden die speziellen Schwierigkeiten in der österreichischen Regierungskunst treffend definiert: *Wie in keinem anderen Staat Europas „acht Nationalitäten, 17 Länder, 20 parlamentarische Körperschaften, 27 parlamentarische Parteien, zwei verschiedene Weltanschauungen, ein kompliziertes Verhältnis zu Ungarn, die durch beiläufig achteinhalb Breiten- und etwa ebenso viele Längengrade gegebenen Kulturdistanzen – alles das auf einen Punkt zu vereinen, aus alledem eine Resultierende zu ziehen ...“.*<sup>284</sup>

Nach Beck kam die Regierung Dr. Richard Graf Bienenrth (ab 15. November 1908). Bienenrth überlegte Anfang 1910 eine Regierungsumbildung, nachdem die Tschechen und Südslawen im Parlament - zumindest indirekt - Ministerposten für eine Zustimmung zum Heeresbudget gefordert hatten (die Umbildung erfolgte dann allerdings nicht).<sup>285</sup>

In dieser Situation kam auch Statthalter Nardelli ins Spiel: nicht als möglicher Ministerkandidat, sondern als Ratgeber des Ministerpräsidenten.

---

<sup>282</sup> Strčić, Vereinigungen in Dalmatien. S. 607.

<sup>283</sup> Vgl. dazu Alois Czedik, Zur Geschichte der kk. Ministerien 1861 – 1916 (Teschen-Wien 1917-1920). Band 3.

<sup>284</sup> Christoph Allmayer-Beck, Ministerpräsident Baron Beck. Ein Staatsmann im alten Österreich (Wien 1956) S. 127.

<sup>285</sup> Vgl. Helmut Rumpler, Parlament und Regierung Cisleithaniens 1867 bis 1914 In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918. S. 889.

In einem streng vertraulichen Schreiben teilte Bienerth dem Statthalter mit, dass er möglicherweise „*in der nächsten Zeit*“ tatsächlich einen Südslawen in das Kabinett berufen wollte und richtete an Nardelli die Bitte, „*ob Eure Exzellenz eine Persönlichkeit namhaft machen könnten, die geeignet wäre, ein Portefeuille – es würde sich um das Ministerium für öffentliche Arbeiten oder das Ackerbauministerium handeln – zu übernehmen oder eventuell als Minister ohne Portefeuille berufen zu werden.*“ Diese Persönlichkeit sollte nicht dem Abgeordnetenhaus angehören, betonte Bienerth und „*einen entsprechenden Einfluss auf die südslawischen Parteien besitzen*“.<sup>286</sup>

Nardelli antwortete, dass er unter jenen Südslawen aus Dalmatien, die keine Abgeordneten wären, „*streng genommen*“ keinen namhaft machen könnte, „*dessen Berufung in das Kabinett erwogen werden könnte und bei dem nebst der vollen Gewähr für eine den Staatsinteressen und der Wahrung der Regierungsautorität entsprechenden Amtsführung auch ein entsprechender Einfluss auf die südslawischen Abgeordneten mit Sicherheit zu gewärtigen wäre.*“ Abgeordnete wüsste er allerdings zwei, die in Frage kämen: einer wäre der Landtagsabgeordnete und Advokat Dr. Josef Zaffron aus Korčula (Curzola), der ihm persönlich gut bekannt wäre („*durchaus verlässlich und regierungsfreundlich*“). Wenn es ein Reichsratsabgeordneter sein dürfte, so würde er den Präsidenten des dalmatinischen Landtages Dr. Vincenz Ivčević „*als den verlässlichsten und geeignetsten in den Vordergrund stellen*“. Allerdings – eine „*erfolgreiche Einwirkung auf die südslawischen Abgeordneten*“ könnte man sich bei beiden Persönlichkeiten nicht versprechen.<sup>287</sup>

Die Regierung Bienerth wurde am 28. Juni 1911 durch das Kabinett „Gautsch III“ abgelöst. Die Nachfolge von Gautsch durch den Ministerpräsidenten Karl Graf Stürgkh am 2. November 1911 erlebte Nardelli bereits im Ruhestand.

Als unmittelbare Vorgesetzte waren für Nardelli besonders die - vier - Minister des Inneren von Bedeutung. Bis zum Ministerium Gautsch II war es üblich, dass der jeweilige

---

<sup>286</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten. Das Schreiben ist von Bienerth unterzeichnet, trägt keinen Aktenvermerk und ist mit dem Datum Wien, 3. 2. 1910 versehen. Es wurde auch in Zadar nicht mit einer Aktenzahl versehen und ist zwischen den Akten 29/geh 1910 und 30/geh. 1910 abgelegt.

<sup>287</sup> Ebd. Der Antwortentwurf ist mit Bleistift auf Konzeptpapier notiert, mit dem Zeichen Nr.1/Pr. Po. exped. 8./2. 910 versehen und zusammen mit dem Schreiben von Ministerpräsident Bienerth abgelegt. In der Antwort verweist Nardelli darauf, dass er am 11. des Monats in Wien eintreffen werde und selbstverständlich für weitere „*Aufklärungen*“ zur Verfügung stünde.

Einer Notiz der Wiener Zeitung vom 17.2. 1910, S. 3 ist zu entnehmen, dass die Südslawische Union für 17. Februar von Ministerpräsident Bienerth zu einem Gespräch eingeladen war und dazu fünf Abgeordnete unter der Leitung ihres Vorsitzenden Ivan Šusteršić delegiert hatte.

Ministerpräsident (zuletzt Ernest von Körber) zugleich auch die Agenden des Ministeriums des Inneren wahrnahm. Gautsch berief am 1. Jänner 1905 Artur Graf Bylandt-Rheidt, den Statthalter von Oberösterreich, zum Minister des Inneren.<sup>288</sup> Er wurde in den „Ministerien“ Hohenlohe und Beck“ am 2. Mai 1906 durch Biennerth (zu dieser Zeit noch Freiherr) abgelöst, wobei Hohenlohe 1906 kurzfristig selbst die Leitung des Ministeriums des Inneren übernahm.<sup>289</sup> In der von Biennerth als Ministerpräsident gebildeten „Fachregierung“ ab 15. November 1908 wurde Sektionschef Baron Guido Härdtl mit der Leitung des Ministeriums beauftragt und am 9. Jänner 1911 erfolgte schließlich die Berufung von Sektionschef Dr. Max Graf Wickenburg zum Minister des Inneren.<sup>290</sup>

Auch sechs Eisenbahnminister mussten sich in Nardellis Statthalterzeit mit dem für Dalmatien so essentiellen Problem der Bahnanbindung an die Monarchie befassen: Dr. Heinrich von Wittek, Ludwig Wrba, Dr. Julius von Derschatta, Zdenko Johann Freiherr von Forster (1908 - 1909 mit der Leitung beauftragt), nochmals Wrba, Dr. Stanislaus Glabinski und schließlich – drei Tage vor Nardellis Pensionierung – Dr. Victor Baron Röll.

Im Handelsministerium gab es zwischen 1905 und 1911 ebenfalls sechs verschiedene Ressortchefs, im Ackerbauministerium sieben. Dagegen war die Volatilität der k.k. Landesverteidigung mit „nur“ vier verschiedenen Ministern in den 37 Jahren zwischen 1880 und 1917 (Zeno Graf Welsersheimb bis 1905, Franz Freiherr von Schönau bis 1906, Julius Latscher von Lauendorf bis 1907 und anschließend Friedrich Freiherr von Georgi) nachgerade gering.

Das Ministerium für Kultus und Unterricht – ebenfalls ein wichtiger Ansprechpartner für den Statthalter - hatte in Nardellis Zeit fünf Chefs: Dr. Wilhelm Freiherr von Hartel (bis 1905), Biennerth (mit der Leitung beauftragt 1905 – 1906), Dr. Gustav Marchet (Minister 1906 – 1908), Josef Ritter von Kanera (mit der Leitung beauftragt 1908 – 1909) und schließlich Minister Stürgh bis 1911.<sup>291</sup>

---

<sup>288</sup> Als „praktischer Nebeneffekt“ wurde dadurch die Position des Statthalters in Oberösterreich für Baron Handel frei.

<sup>289</sup> Vgl. dazu Oswald Knauer, Österreichs Männer des öffentlichen Lebens von 1848 bis heute (Wien 1960) S. 108 .

<sup>290</sup> Graf Wickenburgs Lebens- und Karrieredaten weisen mit denen von Niko Nardelli derart viele Ähnlichkeiten auf, dass sie hier kurz angeführt werden sollen: geboren im selben Jahr wie Nardelli (1857) in Graz, Jusstudium ebenfalls an der Universität Graz, ab 1878 im Staatsdienst in der Statthaltereirei Graz, 1891 – 1903 Bezirkshauptmann, Statthaltereirat, 1903 Hofrat und Statthaltereivizepräsident in Linz. Als Nardelli die Leitung der Statthaltereirei in Zadar übernahm, wurde Wickenburg Sektionschef (1905) und 1907 schließlich Minister im neu geschaffenen Ministerium für öffentliche Arbeiten. Vgl. dazu Czedik, Ministerien, Bd. IV (1908-1916) S. 148.

<sup>291</sup> Knauer, Österreichs Männer des öffentlichen Lebens. S.110 .

In den drei „Gemeinsamen Ministerien“ herrschte in der Funktionszeit Nardellis ziemliche Kontinuität: Zwei Minister des Äußeren (Agenor Graf Goluchowski 1895 – 1906, dann bis 1912 Alois Lexa von Aehrenthal), drei Reichskriegsminister (Heinrich Ritter von Pitreich 1902 – 1906, Schönaich 1906 – 1911 und anschließend Moritz Freiherr von Auffenberg bis 1912). Der gemeinsame Finanzminister Istvan (Stephan) Baron Burian amtierte von 1903 bis 1912.

Nardelli erstellte regelmäßig Berichte über die Situation in Dalmatien nicht nur an den jeweiligen Minister des Inneren, sondern auch an die Ministerpräsidenten. Und er wurde in seiner Amtszeit mehrfach aus Wien um seine Einschätzung zu verschiedenen Fragen (z. T. auch über Dalmatien hinausgehende) gebeten, hier besonders durch den Ministerpräsidenten, sowie die Minister des Inneren und des Kultus und Unterrichts.

Nur selten wurden seine Ansichten von Wien korrigiert, wobei offen bleiben muss, wie weit diese nicht bereits in der genauen Kenntnis der „Wiener Vorstellungen“ formuliert waren. Seine Begründungen für Vorschläge bzw. Entscheidungen unter Berücksichtigung der besonderen dalmatinischen Verhältnisse waren allerdings immer mit überzeugenden Argumenten versehen.

Einige seiner politischen oder juristischen Entscheidungen mußte Nardelli allerdings auf Weisung aus Wien zurücknehmen. Auffallend ist, dass er mehrmals aus Wien um eine „raschere Erledigung“ einer Angelegenheit „gebeten“ werden mußte.

### **Reaktionen auf Nardellis Bestellung**

#### **Leiter der Statthalterei 1905**

Die Ernennung von Niko Nardelli zum Leiter der Statthalterei in Zadar am 20. Jänner 1905 wurde in der Wiener Presse nur mit kurzen Meldungen erwähnt.<sup>292</sup>

In Dalmatien waren die Reaktionen „angenehm überrascht“, aber skeptisch. So schrieb die „Crvena Hrvatska“, dass diese Bestellung nur vorläufig erfolgt sei. „*Wie lange das*

---

<sup>292</sup> Wiener Zeitung 18/1905 (22.1.1905) S. 1 „Amtlicher Teil“. (Zugleich mit der Versetzung von Baron Handel nach Oberösterreich). Die Neue Freie Presse Nr. 14517 (22.1.1905) brachte auf den Seiten 4 und 5 einen längeren Bericht über die Versetzung von Baron Handel. Im letzten Absatz wurde die Ernennung Nardellis erwähnt.

gegenwärtige Provisorium andauern wird, weiß man nicht. Einige wünschen sich, dass Nardelli zum Statthalter ernannt wird, aber einige behaupten dennoch, dass auch der neue Statthalter wieder ein Militär wird, weil das die Regierung so will.“<sup>293</sup> Die dalmatinischen Abgeordneten würden diese Frage mit Ministerpräsident Gautsch beraten, wenn der Sabor-Vorsitzende Dr. Ivčević wieder in Wien wäre.

„Smotra dalmatinska“ brachte einen Telegrammbericht aus Wien über den Wechsel in der Statthalterei, dem ein Lebenslauf Nardellis angeschlossen war, sowie der Hinweis, dass er die Leitung der Statthalterei „heute“ übernommen habe.<sup>294</sup> Zwei Wochen später folgte ein Bericht über das Zusammentreffen von Gautsch mit den dalmatinischen Abgeordneten, bei dem Ivčević dem Ministerpräsidenten ein Memorandum über die wichtigsten Fragen Dalmatiens überreicht und dieser sich „als Freund Dalmatiens“ bezeichnet hatte. Außerdem wurde die „Neue Freie Presse“ zitiert, wonach Nardelli am Tag nach seiner Audienz beim Kaiser von den dalmatinischen Abgeordneten „ohne Unterschied der Partei“ unter Führung von Dr. Ivčević besucht und „um seine warme Fürsorge“ für Dalmatien gebeten wurde. Nardelli war sehr erfreut und versicherte, „dass er stets den Interessen des Landes dienen werde“.<sup>295</sup>

In seinem Dankschreiben an Pero Čingrija schrieb Nardelli, er hoffe auf Glückwünsche „wenn ich von dieser Bürde mit Anstand (im Original: *con onore*) befreit sein werde, einer Last, die ich nie angestrebt habe, und - Ihnen geradeheraus gesagt - die ich auch bis zum letzten Augenblick niemals erhofft habe.“ Er hätte sich zwar über das Vertrauen von oben und die Sympathieerklärungen im Lande gefreut, wäre jedoch in Sorge, ob er der Bedeutung des Amtes entsprechen werde. „Ich erachte das - unter uns – (im Original: *inter nos*) als einen augenblicklichen Ausweg (im Original: *un ripiego momentano*), um sich aus einer Notlage zu befreien. Gegen mich spricht nichts, weil ich ohne Ambitionen bin, aber ich werde so weit es mir möglich ist zufrieden sein und weiterhin ein einfacher aber Freier Bürger (im Original: *cives*) Dubrovniks bleiben.“<sup>296</sup>

---

<sup>293</sup> Crvena Hrvatska 5/1905 (1.2.1905) S. 2.

<sup>294</sup> Smotra dalmatinska 7/1905 (25.1.1905) S. 2. Der Telegramm-Bericht war am Samstag (21.1.) eingetroffen, als die vorherige Ausgabe bereits im Druck war.

<sup>295</sup> Smotra dalmatinska 12/1905 (11.2.1905) S. 2. Die Audienz war am 6. 2., das Zusammentreffen Nardelli – Abgeordnete am 7. 2. Und das Treffen mit Gautsch am 9.2.

<sup>296</sup> Staatsarchiv Dubrovnik, HR-DADU-257. Arhiv Čingrija - Dopisivanje. X 7 E 1 1. Brief von Niko Nardelli an Pero Čingrija (Zara 30.1. 05).

Bei Ivo Perić war für die Bestellung Nardellis noch eine wichtige politische Komponente von Bedeutung: die sich abzeichnende Politik des „Neuen Kurses“ mit der Annäherung der verschiedenen dalmatinischen Gruppierungen ging in die Richtung eines nationalen Widerstandes und wurde damit *„zur Bedrohung für die deutsch-österreichischen Hegemoniebestrebungen und allgemein für den deutschen Imperialismus“*. Wien hätte erkannt, *„dass ein künftiges Fehlen von gegenseitigem Streit in Dalmatien, der bis dahin die Kräfte der einander gegenüberstehenden Parteiaktivisten verbraucht hatte, zu verstärkter oppositioneller Stimmung und Aktivität in diesem Raum führen werde“*. Daher hätte die Wiener Führung *„ein neues taktisches Nachgeben“* eingeleitet und versucht, mit der Ernennung eines gebürtigen Dalmatiners und Zivilisten die Lage zu beruhigen.<sup>297</sup>

Dem dalmatinischen Landtag, der seit dem Handel – Eklat am 6. Oktober 1904 nicht mehr zusammen getreten war, stellte sich Nardelli erstmals in der festlichen Sabor - Eröffnungssitzung am 16. 10. 1905. In seiner Begrüßungsansprache an die Abgeordneten betonte er, dass ihre Arbeit im Sabor *„zum Nutzen und Glück der Heimat bestimmt“* wäre. Die provisorische Funktion des Leiters der Statthalterei hätte er *„auf allerhöchsten kaiserlichen Wunsch“* erhalten und er würde sich *„bis an die Grenze seiner Kraft“* - zusammen mit seinen nachgeordneten Organen - um eine Zusammenarbeit mit den Abgeordneten zur *„Erreichung des gemeinsamen Zieles“* bemühen. Ihm als Sohn dieses Landes, der *„dessen Geist ergeben“* sei, wäre es nicht nur das größte Vergnügen, sondern auch angenehmste Belohnung, wenn es ihm *„unter den verschiedenen Gesichtspunkten leicht von der Hand ginge“*, eine *„Besserung der gegenwärtigen Umstände und eine Befriedigung der verschiedenen Bedürfnisse dieser unserer schönen Heimat“* zu erreichen. Es wäre klar, dass dazu die *„Mitwirkung aller autonomer Faktoren“* notwendig wäre und dass sowohl die Intelligenz als auch die vorhandenen Energien im Land gefordert wären.

Was die Zukunft betreffe, so könnten die Abgeordneten damit rechnen, dass er ihnen *„bei allen Zielen zum Nutzen dieser Provinz loyal und offen entgegenkommen werde“*. Gegen Ende der Rede kündigte er die *„baldige Lösung der Sprachenfrage“* in Dalmatien an. Damit werde es eine *„endgültige Lösung in Richtung der geäußerten Wünsche“* geben.<sup>298</sup>

---

<sup>297</sup> Perić, Politički portreti. S. 195.

<sup>298</sup> BIDS XXXIX (1905). S. 935 – 936.

Drei Fakten waren bei Nardellis Sabor-Auftritt 1905 bemerkenswert. Erstens: Er hielt die soeben zitierte Rede zweimal: zunächst in kroatischer und anschließend in italienischer Sprache. Und dies ausgerechnet mit seiner Ankündigung zur Lösung der Sprachenfrage.

Zweitens: er hatte für diese Ankündigung eine Ermächtigung aus Wien. Damit gab die Zentrale Nardelli ganz offensichtlich die Chance zu zeigen, dass er zumindest auf einige Wünsche und Forderungen der dalmatinischen Kroaten und Serben eingehen wollte.

Drittens: Bei dieser Sabortagung wurde vor allem im November (bis 21.11. 1905) viel über die Resolutionen von Rijeka und Zadar debattiert. Nardelli hatte jedoch bereits am 29. September vom Minister des Inneren die Genehmigung zur Auflösung des dalmatinischen Sabor erhalten (durchaus nach dem Vorbild seiner Vorgänger), falls es im Verlauf der Sitzung zu einer Antragstellung auf Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien kommen sollte.<sup>299</sup> Dass eine solche Adresse vorbereitet wurde, wusste Nardelli rechtzeitig im Voraus, weil es bei den Abgeordneten im Sabor unter der Mehrheit der Kroatischen Partei einige Unterstützer der Resolution gab, „*unter ihnen überaus vertrauenswürdige Mitarbeiter von Vicko Ivčević, dem Saborvorsitzenden.....*“<sup>300</sup>

Nardellis langjährige Erfahrung mit Sabor – Sitzungen und sein taktisches Geschick führten dazu, dass die Session ohne vorzeitige Schließung (und entsprechende politische Aufregung) über die Bühne ging. In der Session war die Erhöhung der Lehrergehälter in Dalmatien vorgesehen und Nardelli ging davon aus, dass kein Abgeordneter durch eine eventuelle Nicht-Erhöhung der Gehälter die Lehrerschaft verstimmen wollte - „*hierzulande auch ein politischer Faktor von nicht zu unterschätzender Stärke*“.<sup>301</sup> Weshalb er „*auf den Landtagspräsidenten Einfluss nahm*“, die Lehrermaterie erst zum Ende der Session auf die Tagesordnung zu setzen.

Damit wären die Verbesserungen für die Lehrer bei einer vorzeitigen Schließung des Sabor nicht mehr zur Behandlung gekommen und das wollte - wie erwartet - dann doch keiner der Abgeordneten riskieren.<sup>302</sup>

---

<sup>299</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 17/geh.05 (6.11.1905) mit der Beilage M.I. 6393 vertraulich (29.9.05). Schreiben des Ministers des Inneren an Nardelli.

<sup>300</sup> Perić, *Politički portreti*. S. 204.

<sup>301</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 24/geh.05 – streng vertraulich (27.11.1905). Bericht Nardellis an den Minister des Inneren über den Verlauf der Landtagssession.

<sup>302</sup> Ebd.

## Ernennung zum Statthalter 1906

Im Jänner 1906 finden sich nach der definitiven Bestellung Nardellis zum Statthalter in der dalmatinischen und auch kroatischen Presse einige analytische Beiträge. In Wien beschränkte man sich wieder auf bloße Tatsachenmitteilungen.

Im Tenor waren sich die dalmatinischen Blätter durchwegs einig: es wäre endlich ein „Erfolg“ für das Land, einen einheimischen Statthalter zu haben, noch dazu eine von allen geschätzte Persönlichkeit. Allerdings müsste sich Nardelli jetzt in zwei wesentlichen Fragen „beweisen“: bei der Durchsetzung der kroatischen Amtssprache und bei einer spürbaren Verbesserung der wirtschaftlichen Situation im Lande.

„Narodni list“, das Organ der „Kroatischen Partei“, der stärksten Partei in Dalmatien, zeigte sich im Leitartikel von der Art der Ernennung *„keineswegs begeistert, weil sie ja nur eine der Folgen unserer derzeitigen – vorübergehenden - Situation ist, die aus dem Konflikt über unsere nationalen und staatsrechtlichen Wünsche resultiert.“* Zur Lösung dieses Konflikts müsste zunächst die Herrschaft Kroatiens faktisch auf ganz Dalmatien ausgedehnt werden. Dazu käme, dass diese Ernennung *„wie immer ohne Einflussnahme des interessierten Volkes“* erfolgt wäre. Neu wäre allerdings, dass mit Niko Nardelli *„zum ersten Mal in die Leitung des Landes einer seiner eigenen Söhne gekommen ist, dazu noch ein Herr nach Abstammung, Erziehung und umfassenden Wissen“*.<sup>303</sup>

Mit Nardelli könnte nun *„eine neue Periode in der Chronik unserer Landesverwaltung“* beginnen. Im Land herrschte der Wunsch, *„dass für immer die Tore Dalmatiens für importierte, außenstehende Beamte geschlossen sind“*. Geboren und erzogen *„im gebildetsten Bezirk Dalmatiens, im vertrauten und albertümlichen Dubrovnik“*, wäre Nardelli ein Herr, *„dessen lebenswürdiger und kluger Tüchtigkeit es allein zu verdanken ist, auf diese Weise - auch als ein Mann aus dem Volk ohne Adelstitel und Adelsurkunde - hohe Positionen zu erklimmen“*, schrieb „Narodni list“.

Nach über einem Vierteljahrhundert in der Verwaltung wüsste er um alle politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Belange des Landes; und für die nationalen Erfordernisse hätte er *„als Einheimischer ein liebevolles Verständnis. Mit einem Wort: auf Grund dieser*

---

<sup>303</sup> Narodni list 3/1906 (8.1.1906) S. 1.

*Eigenschaften gilt er für alle als idealer Statthalter – allerdings innerhalb der Grenzen, die ihm seine Bedachtnahme gegenüber der zentralen Macht in Wien auferlegt“.*

Nardellis große Aufgabe wäre nun die wirtschaftliche Zukunft der Provinz, um sie „aus ihrer unnatürlichen Situation in der Rolle des Aschenputtels unter den Ländern in diesem Teil der Monarchie freizuspielen“. Was die früheren „Statthalter von außerhalb“ nicht erreichen wollten oder konnten, müsse nun er, das „Kind der Heimat“, zu erreichen versuchen.

Dazu zählte „Narodni list“ konkret die Eisenbahn- und Dampfschiffverbindungen, den ordentlichen Ausbau der Häfen und die Sanierung der Sumpfgebiete. „Wir wissen, dass sich unter den Wiener Politikern, deren stetigen Geiz gegenüber Dalmatien wir nicht verstehen, große Hindernisse finden werden.“ Trotzdem würde Nardelli mit Energie und väterlicher Liebe, „die überall als wahres Weltwunder gilt“, viel mehr erreichen können als seine Vorgänger.

Für die innenpolitischen Beziehungen im Land selbst könnte sich der neue Statthalter positiv auswirken, meinte das Parteiorgan – um Nardelli dann jedoch sofort daran zu erinnern, dass er vor sich eine starke „Kroatische Partei“ hätte, „als Darstellerin und Hüterin des natürlichen kroatischen Charakters des Landes, dem neben ihr auch eine riesige Volksmehrheit zustimmt.“ Es gäbe die abgeschlossene Übereinkunft der Kroaten und Serben, ein Grundstein für eine gemeinsame nationale Politik und „für die einträchtige Arbeit zur Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien.“ Nardelli müsste nun noch einen „modus vivendi“ mit den Italienern finden und die Frage der Amtssprache in Dalmatien lösen.

Zum Schluss folgte noch ein kleiner Seitenhieb auf die Bürokratie: sollte Nardelli seine Arbeit „in seinem Amt liberal und verfassungsmäßig“ ausüben können, würde er wohl jene „Verlegenheiten der kroatischen Politik, die ja einzigartig und in diesem Land quasi legitim sind“, nicht hervorrufen. In der Vergangenheit hätte die „fremde Macht“ eine „Politik der Intrigen hinter den Kulissen“ geführt. Jetzt müsse ein neues Zeitalter beginnen mit dem Anspruch, „dass mit offenen Karten gespielt werde gegenüber dem Volk und gegenüber seiner Vertretung“.<sup>304</sup>

„Smotra dalmatinska“, das offiziöse Organ der Statthalterei, enthielt sich jeglicher Kommentare, druckte allerdings in einigen Ausgaben Pressestimmen aus anderen Zeitungen

---

<sup>304</sup> Narodni list 3/1906 (8.1.1906) S. 1.

ab. Doch die bloße Information über alle Veranstaltungen und Grußbotschaften im Zusammenhang mit der Ernennung des Statthalters lässt deutlich werden, welche Bedeutung diesem Ereignis in Dalmatien zugemessen wurde.

Glückwünsche aus dem ganzen Land wurden vermeldet, darunter eine Grußbotschaft der dalmatinischen Abgeordneten. Darin bezeichnete Landtagspräsident Dr. Ivčević die Ernennung eines Dalmatiners zum Statthalter als „*ein historisches Ereignis.*“ Nardelli empfing Abordnungen der Stadt Zadar und der in Zadar lebenden Dubrovniker unter Führung des Theologen Antun Gjiwoje. In Zadar und Dubrovnik gab es öffentliche Konzerte der städtischen Musikkapellen, die Straßen waren festlich beleuchtet.<sup>305</sup>

Pero Čingrija wünschte in einem Telegramm Nardelli „*einem Sohn unserer Stadt und unseres Landes, der als Erster an dessen Spitze tritt, Glück für das Land, die Stadt und Ihre Herrschaft.*“ Nardelli antwortete ebenfalls telegraphisch: „*Ihre Glückwünsche als ruhmreicher Bürgermeister unserer lieben Stadt haben mich ganz besonders gefreut und ich danke Ihnen dafür herzlichst. Ich werde überglücklich sein, wenn ich zum Glück Ihrer Heimat beitragen kann.*“<sup>306</sup> Beim ersten Besuch Nardellis in Dubrovnik später im Jahr wurde Čingrija in einer kurzen Begrüßungsrede deutlich „politischer“. Er erinnerte daran, dass ganz Dalmatien die Ernennung von Nardelli zum Statthalter begrüßt habe, wobei er ihn vor allem als Sohn des Landes hervorhob, als einen einheimischen Herren, der mit „*dalmatinischen Angelegenheiten vertraut sei wie kein zweiter.*“ Die Zeiten wären „*außergewöhnlich hart*“ auch „*für jene, die zum Regieren aufgerufen sind*“, aber er (Čingrija) hege die Hoffnung, dass der Statthalter (Nardelli) „*seine Aufgaben im modernen Geist erfüllen werde*“ und dieser Geist erforderte, „*dass sich der leitende Mann über die Parteien erhebe und sich gegenüber jeder gleichermaßen verhalte.*“<sup>307</sup>

Die Produktion der in den Vertrieb gebrachten Bilder des neuen Statthalters wurde beträchtlich gesteigert. Die Arbeit übernahm die kroatische Bücherei in Zadar. Es wurden Nardelli – Heliogramm - Fotos im Format 40 x 57 cm vervielfältigt.<sup>308</sup>

---

<sup>305</sup> Smotra dalmatinska 3/1906 (10.1.1906) S. 2.

<sup>306</sup> Crvena Hrvatska 2 /1906 (13.1.1906) S. 2.

<sup>307</sup> Crvena Hrvatska 23/1906 (9.6.1906) S. 3.

<sup>308</sup> Crvena Hrvatska 3/1906 (20.1.1906) S. 3. - Für die Bestellung der Bilder in Dalmatien (außerhalb Zadars) wurden Gesamtkosten von 10,5 Kronen verrechnet (Bild 2 Kr., Rahmen 7 Kr., Versand und Verpackung 1,5 Kr.)

„Smotra dalmatinska“ brachte nicht nur Auszüge aus der bereits zitierten Zeitung „Novi list“, sondern auch aus „Il Dalmata“ (in italienischer Sprache). Auch in dieser Zeitung wurde die Ernennung eines gebürtigen Dalmatiners positiv vermerkt. Niko Nardelli hätte vor längerer Zeit den „überaus feindseligen Aktionen der Regierung gegen die Italiener Dalmatiens“ Folge leisten müssen und sich dabei als „sanfter und unter bestimmten Voraussetzungen gemäßiger Mann“ erwiesen. Er wüsste, dass „der Krieg gegen das italienische Element“ nicht klug wäre und wollte „nach so viel gegenseitiger Zerfleischung den unfruchtbaren Kampf beenden.“ Für die Zeitung waren in der Aufgabenstellung Nardellis neben den ökonomischen Fragen zwei wichtige und schwierige Problemkreise zu bewältigen: „*conciliare ed elevare*“. Einerseits versöhnen mit Gerechtigkeit „auch für uns Italiener ...“ und andererseits „jene zahlreichen Patrioten“ aufrichten, die Gutes leisten, aber durch die „Grausamkeit der Zeit von jedem Einfluß und jeder Mitarbeit im öffentlichen Leben ferngehalten“ würden.

Was den Statthalter Nardelli direkt betraf, wechselte „Il Dalmata“ in die englische Sprache: „*the right man in the right place*“.<sup>309</sup>

In einer späteren Ausgabe zitierte „Smotra dalmatinska“ die Zeitung „Naše jedinstvo“. Auch diese erhoffte von Nardelli Verbesserungen für Dalmatien, verwies jedoch darauf, dass er schon sehr lange Teil des politischen Systems gewesen wäre. „*Wir sind nicht naiv. Er war der willige Liebling von David. Er war seine rechte Hand. Aber er vermochte nur wenig*“.

Dennoch wäre ihm zu wünschen, wenn es ihm gelänge, dass nun endlich „von den Machtfaktoren in Wien“ Taten erfolgten.<sup>310</sup>

In den beiden folgenden Ausgaben von „Smotra dalmatinska“ finden sich dann noch Berichte über den feierlichen Empfang von Nardelli nach seiner Wien-Reise in Zadar (mit General Varešanin an der Spitze und einer Abteilung der Militärmusik),<sup>311</sup> sowie über den Empfang, den Erzbischof Dvornik zu Ehren des neuen Statthalters gegeben hatte.<sup>312</sup>

---

<sup>309</sup> Smotra dalmatinska 3/1906 (10.1.1906) S. 2. Die Nummer von Il Dalmata und das Erscheinungsdatum sind nicht angeführt.

<sup>310</sup> Smotra dalmatinska 7/1906 (24.1.1906) S. 2. Das Zitat bezieht sich - ohne Datumsangabe - vermutlich auf Naše jedinstvo XIII / 1906. Nr. 121.

<sup>311</sup> Smotra dalmatinska 8/1906 (27.1.1906) S. 2.

<sup>312</sup> Smotra dalmatinska 9/1906 (31.1.1906) S. 2.

In Zagreb befasste sich „Obzor“, eine der führenden Zeitungen Kroatiens und Organ der „Nardodna stranka“,<sup>313</sup> zwei Tage in Folge auf der Titelseite mit dem neuen dalmatinischen Statthalter. Der Tenor war, dass Wien nichts dazugelernt hätte. Jahrelang wären aus dem Reich „*Kompanien von Grafen und Baronen*“, Söhne aus dem bürokratischen und militärischen Adel, die oft nicht die kroatische Sprache verstanden, nach Dalmatien gekommen. Nach vielen Jahren eines hitzigen Kampfes mit Wien um „*einen Einheimischen als Statthalter*“ gab es nun einen ungeheuren Erfolg. „*Wien klammert sich aber neuerlich an seine heuchlerische Politik*“. Es wurde wieder ein Mann aus der Bürokratie nominiert. Im Unterschied zu früher wäre Nardelli jedoch ein Mann mit klarem Verstand und mit großer Bildung. In erster Linie hätte der Spross aus einer alten Dubrovniker Bürgerfamilie aber besonderes taktisches Geschick. „*In der Jugendzeit war er Mitglied der serbischen Jugendbewegung, aber im Dienst zeigte er sich als tüchtiger leitender Beamter*“. Auf Grund seines noch relativ jungen Alters könnte er wohl „*noch zehn Jahre de facto alle Amtsgeschäfte eines Statthalters ausüben*“, meinte der „Obzor“ – Autor.<sup>314</sup>

Es gelte nun „zwei Wunden“ zu beseitigen: zum einen müsste der Statthalter in kürzester Frist „*jene dunkle deutsche Parasitenkompanie*“ aus dem Land treiben, die „*das Brot der dalmatinischen Söhne an sich reißt*“. Die zweite schwierige Aufgabe wäre, Ordnung in den dalmatinischen Gemeinden zu schaffen und dabei „*sorgfältig darauf zu achten*“, die Bevölkerung zu einem nationalen verfassungsmäßigen Leben „*zu erziehen*“.<sup>315</sup>

Am nächsten Tag berichtete „Obzor“, dass jene Wiener Kreise, die schon einige Jahre zuvor die Ablösung von Statthalter David betrieben hätten, nun auch heftig gegen eine Bestellung von Nardelli intrigiert hätten. Mit „*ununterbrochener Hetzerei*“ hätte man versucht, in Hofkreisen Misstrauen gegen Nardelli zu säen. Der bei Hof sehr angesehene Chlumecky hätte sich noch zuletzt gegenüber einer dalmatinischen Persönlichkeit wie folgt geäußert: „*Ich schließe die Möglichkeit aus, dass Nardelli ernannt wird*“.<sup>316</sup> Doch der „*einstimmige Antrag aller unserer Abgeordneten, unterstützt vom Ministerium Gautsch, war stärker als die Kamarilla der Intriganten*“. Natürlich wäre Nardelli bei seiner Aufgabe von der Zentralmacht in Wien abhängig und es müsse sich nun zeigen, ob er ein charakterfester Mann

---

<sup>313</sup> Svoger, Das Nationale Pressewesen / Das kroatische Pressewesen. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd. VIII/2 S. 2156-2157.

<sup>314</sup> Obzor 7/1906 (9.1.1906). S. 1.

<sup>315</sup> Ebd.

<sup>316</sup> Obzor 8/1906 (10.1.1906). S. 1. Gemeint ist – ohne Angabe eines Vornamens – wohl der Vater Chlumecky.

wäre – „das wäre dann ein Sieg für uns alle“. Oder er würde sich „als Schwächling und Marionette jener Hände zeigen, die (Baron) Handel rehabilitieren möchten“.<sup>317</sup>

In die Richtung dieses „Obzor“-Artikels weisen auch zwei Briefe, in denen Pero Čingrija einige Monate später Ante Trumbić, dem Bürgermeister von Split und Vizepräsidenten der „Kroatischen Partei“ über eine Unterredung mit Nardelli berichtete. Čingrija schrieb, dass ihn „peinlichen Gerüchte“ beunruhigten, die in Umlauf waren und die Gründung einer neuen Regierungspartei betrafen, „in der selbstverständlich auch Nardelli eine Rolle spielen sollte.“<sup>318</sup> Er hätte jedoch beim Gespräch mit Nardelli den Eindruck gewonnen, dass dieser um Äquidistanz zu allen Parteien<sup>319</sup> – auch dieser geplanten pro-österreichischen klerikalen Partei – bemüht wäre, aber offenbar von Wien aus unter Druck stünde. Er Čingrija hätte den Verdacht, dass Nardelli „vor den Paten um sich herum Angst hat, von denen ich jetzt schon annehme, dass sie ihm das Grab schaufeln.“<sup>320</sup>

In Richtung „Österreichische Partei“ rechnete Čingrija nicht mit irgendeiner Nardelli – Initiative, auch nicht mit Aktionen „seiner Bischöfe, Militärs und Kameraden“. Aber er erwartete Aktivitäten, die von der „Partei – Kamarilla“ ausgehen könnten. Die „Österreichische Partei“ „keimt ohne Zweifel in Wien und ich schätze, dass die Angelegenheit der alte Chlumecky leitet“. Dieser hätte Kontakte mit dem dalmatinischen Abgeordneten Perić und weiterhin auch mit Erzbischof Dvornik „et comp“. Und Čingrija schrieb weiter, dass ihm berichtet worden wäre, dass sich dieser Herr (Chlumecky) „den Wunsch in den Kopf gesetzt hat, seinen Sohn als Statthalter einzusetzen, aber dass er in Nardelli, einem angesehenen Herrn, dem es möglich wäre, sehr lange in dieser Position zu bleiben, einen Gegner seiner Absichten sieht“. Deshalb hätte sich Chlumecky schon jetzt darauf festgelegt, Nardelli alle möglichen Ungelegenheiten zu bereiten. „Wie viel Wahrheit an dem ganzen daran ist, wird die Zukunft zeigen“.<sup>321</sup>

An dieser Stelle scheint eine kurze Zwischenanalyse zum Thema „Spannungsfeld Wien – Zadar“ angebracht. Die letzten Zitate zeigen doch deutlich, dass Nardelli in Wien durchaus

<sup>317</sup> Obzor 8/1906 (10.1.1906). S. 1.

<sup>318</sup> Brief von Pero Čingrija an Ante Trumbić. Dubrovnik 2.6.1906. In: Hrvoje Morović, Pisma dra Pera Čingrije dru Anti Trumbiću, Izdanje Historijskog arhiva u Splitu, sv. 7/1969 (Veröffentlichung des Historischen Archivs Split 7/1969) S.258. Zit.nach Perić, Politički portreti S. 207.

<sup>319</sup> Ebd. (Zit. nach Perić, Politički portreti) S. 208. Brief von Pero Čingrija an Ante Trumbić. Dubrovnik 8.6.1906. In: Morović, S.259. Čingrija schrieb: So hätte Nardelli „hier bei uns“ eine Gemeinderatswahl im Sinne der Kroatischen Partei bestätigt, eine andere allerdings für ungültig erklärt, „also eine Tendenz, die uns entgegenläuft“.

<sup>320</sup> Ebd.

<sup>321</sup> Ebd. (Zit. nach Perić, Politički portreti) S. 209.

einflussreiche Gegner hatte. Wie weit diese innerhalb der so genannten „Kamarilla“, also dem klerikalen Umfeld von Thronfolger Franz Ferdinand, auch noch im Jahr der Ablöse von Nardelli 1911 wirksam waren, ist nicht zweifelsfrei einzuschätzen. Dass von ihnen jedoch im Lauf der Jahre der Boden für ein Abrücken des Thronfolgers vom dalmatinischen Statthalter (mit)-aufbereitet wurde, liegt auf der Hand.

In diesem Sinne ist wohl auch die öffentliche Auseinandersetzung des jungen Baron Chlumecky mit Hermann Bahr im März 1909 in einem anderen Licht zu sehen: wenn Chlumecky meinte, Dalmatien müsste als „*Kolonie*“ verwaltet werden und „*dem Dalmatiner falle sachliche, ruhige Arbeit besonders schwer*“, <sup>322</sup> so ist darin sicherlich auch die Tendenz enthalten, den „Dalmatiner Nardelli“, wenn auch ohne namentliche Nennung, zumindest in den konservativ – klerikalen Hofkreisen zu diskreditieren.

Dass es eine „klerikale Achse“ von Wien nach Dalmatien gab (etwa zu General Varešanin, Erzbischof Dvornik, dem Kanonikus Crnica und dem Abgeordneten Perić), eröffnete für Nardelli eine weitere „Heimatfront“ – zusätzlich zu den unterschiedlichen politischen Vertretern dalmatinischer – und eigener – Interessen. Dazu kam, dass Ministerpräsident Gautsch in Reichsrat Versäumnisse in Bezug auf Dalmatien zwar einräumte, zugleich aber betonte, dass Jahrzehnte nicht in kurzer Zeit aufgeholt werden könnten. Dies der Bevölkerung in Dalmatien – wenn auch „einfühlsam“ – zu übermitteln, bei der überaus großen Erwartungshaltung der Menschen in den neuen „einheimischen“ Statthalter, nun in sämtlichen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft „*hic et nunc*“ sichtbare – und vor allem spürbare – Verbesserungen zu bewirken, war zweifellos eine im wahrsten Sinn des Wortes spannende Aufgabenstellung für Nardelli.

Ob die Erkrankung an Neurasthenie („nervöser Erschöpfung“) nur ein Jahr nach der Ernennung zum Statthalter angesichts dieses Spannungsfeldes „nur“ auf das Rauchen zurückzuführen war (wie Nardelli meinte), oder nicht auch diese aufregende Konstellation, wäre zumindest als Möglichkeit in Betracht zu ziehen.

Zum Abschluss dieses Kapitels noch ein kurzer und prägnanter Kommentar von „Crvena Hrvatska“ nach einem halben Jahr der Statthalterschaft Nardelli. Die Gründe für seine Erhebung auf den Statthalterstuhl „*wären allgemein bekannt*“ ... Dass nicht all das

---

<sup>322</sup> Vgl. S. 86 dieser Arbeit.

geschehe, was vielleicht geschehen könnte, läge darin begründet, dass man sich in Wien „noch nicht im Klaren über die Dalmatiner und ihre Wünsche wäre“ ... und noch nicht wüsste, wie es weitergehen sollte.

Für die Person Nardelli als Statthalter gelte jedenfalls: „besser er, als irgendein anderer“.<sup>323</sup>

### **Nardellis „Programm“ für Dalmatien**

Das Wort „Programm“ im Titel dieses Kapitels steht deshalb unter Anführungszeichen, weil es im Prinzip nur aus vier Punkten bestand, von denen drei - Eisenbahnverbindung, Wirtschaftsprogramm und kroatische Amtssprache - allgemein bekannt und bereits vielfach gefordert waren und der vierte Punkt - Notstandssubvention für das laufende Jahr - auch schon an Nardellis Vorgänger gewährt wurde. Das Interessante dabei war, wie Nardelli diese Wünsche gegenüber Wien vorbrachte, welche Argumente er verwendete und welche Folgerungen er zog.

Im Kern seines Schreibens im Juni 1906 an den Minister des Inneren hob Nardelli hervor, dass seine Amtsvorgänger wohl recht gehabt hätten, „als sie prophezeiten, dass eine Zeit kommen wird, in welcher es nahezu unmöglich sein wird, hier zu regieren. Ich muss es E. E. leider melden, Dalmatien ist unzufrieden und verbittert über die trostlose wirtschaftliche Lage, in welcher es sich befindet.“<sup>324</sup>

Ein prosperierendes Dalmatien könnte als Pforte zum Balkan dort für die Monarchie politisch viel bewirken. Doch dürfte „der Staatsmann, der sich mit dalmatinischen Verhältnissen befaßt, nicht aus dem Auge lassen“, dass hier diese Verhältnisse viel komplizierter wären als in größeren und reicheren Provinzen. Nardelli wies dabei auf schwierigen Beziehungen zu Ungarn und Kroatien hin, auf „die irredentistischen Bestrebungen der Italiener und im Süden Montenegros“, die Unruhe in Albanien und in Bosnien-Herzegowina. Es wäre „unbedingt im Staatsinteresse“, mit finanzieller Hilfe Dalmatien zu beruhigen, „ehe es zu spät ist“.

Außerdem wäre er überzeugt, dass es zu gar keinen Agitationen im Land gekommen wäre, hätte man Anträge seiner Vorgänger „nicht unberücksichtigt gelassen“.

---

<sup>323</sup> Crvena Hrvatska 23/1906 (9.6.1906) S. 2.

<sup>324</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 16/geh. 23.6.1906. Schreiben des Statthalters an den Minister des Inneren Arthur Graf Bylandt – Rheidt. Schödl (Jugoslavenstvo S. 83) zitiert dieses Schreiben als MdI 22, Dalmatien-5690, dieser Akt war allerdings im „ausgelieferten“ Karton 22 in Zagreb nicht aufzufinden.

Nardelli setzte mit einer ziemlich vernichtenden Kritik an der Bürokratie fort: Hilfe müsste nun *„rasch und in modernen Sinne geschehen und nicht nach jenem veralteten Systeme, nach welchem Jahrzehnte verstreichen müssen, bis es gelingt, einem allseits constatierten Übelstande abzuhelpen“*. Damit könnte man dem Radikalismus im Land den Boden entziehen.

Danach ging Nardelli wieder kurz auf Regierungslinie: die Behauptung, dass Österreich nichts für Dalmatien getan hätte, wäre ungerecht. Schließlich wäre das Land durch Jahrhunderte von den Türken und Venezianern *„ausgesaugt“* worden. Um dann sofort wieder kritisch anzumerken, dass im vergangenen Jahrhundert *„selbst unter österreichischer Herrschaft zur Hebung der wirtschaftlichen Lage des Landes sehr wenig“* geschehen wäre – etwa verglichen mit den Okkupationsländern, die *„unter Österreich aufblühten“* und nun nach 30 Jahren *„Einrichtungen aufweisen können, die den Neid der Dalmatiner erwecken“*.

Die Regierungsvertreter im Landtag müssten sich laufend *„dem Martyrium unterziehen, flammende Worte der Entrüstung über die Nichterfüllung der Hauptbedürfnisse des Landes zu hören, ohne zu wissen, wie sie die Regierung in Schutz nehmen könnten“*. Zuletzt wäre dies nun wieder im Zuge des durch die italienische Weinklausel und die Phylloxera zugrunde gerichteten Weinbaus der Fall gewesen. Ohne finanzielle Hilfe durch die Regierung wären *„der armen Bevölkerung“* nicht anderes übrig geblieben als die Auswanderung, die dem Land die *„stärksten und gesundesten Männer“* entzogen hätte.

An dieser Stelle wäre anzumerken, dass sich die Argumentationslinie des obersten österreichischen Regierungsvertreters in Dalmatien nur in Nuancen von den Reden der regierungskritischen dalmatinischen Abgeordneten im Reichsrat in Wien unterschied. Hier agierte der „Dalmatiner Nardelli“, der versuchte, für sein Land „mehr herauszuholen“. Wohl durfte er sich in vielen Bereichen seiner Argumentation im Recht fühlen, doch kamen auch die Emotionen nicht zu kurz: *„die sehr intelligente Bevölkerung des Landes ist sich der traurigen Lage desselben bewußt ....“*

In einem „sachlichen“ Teil erneuerte Nardelli dann im Punkt 1) die seit 30 Jahren erhobene Forderung nach einer direkten Bahnverbindung zur Monarchie als aus politischen, wirtschaftlichen und strategischen Gründen *„unumgänglich notwendig“*.

Im Wirtschaftsbereich (Punkt 2) war sein Vorschlag, zusätzlich zu den von den einzelnen Ressorts für Dalmatien vorgesehenen Mitteln *„eine verhältnismäßig nicht unerschwingliche*

*Summe*“ hinzuzufügen – etwa „*eine bis zwei Millionen Gulden*“<sup>325</sup> jährlich auf 15 – 20 Jahre. Das Geld sollte auf die verschiedenen Verwaltungszweige aufgeteilt werden und vor allem für die „*vitalen Bedürfnisse*“ wie Hafenausbauten, Modernisierung der Landwirtschaft, Meliorationen, Wildbachverbauung oder Subventionen für die Schifffahrt verwendet werden. Mit diesen Mitteln könnte man „*das Land vollkommen zufriedenstellen*“.

Beim dritten Punkt hob Nardelli ganz besonders hervor, dass dieser „*dem Staate kein Geld kostet*“. Es war dies die Einführung der seit Jahren geforderten „*inneren kroatischen oder serbischen Amtssprache*“, die von 97 Prozent der Bevölkerung gesprochen würde an Stelle der „*von zwei Prozent der Bevölkerung gebrauchten*“ italienischen Sprache. Einen entsprechenden Antrag hätte er bereits nach Wien gesandt.

Im Punkt vier schließlich ging es um wirtschaftliche „*Soforthilfe*“ für das laufende Jahr (wobei hier von Nardelli auch die emotionale Komponente wieder eingesetzt wurde). Seit etwa zehn Jahren hätten alle seine Amtsvorgänger jährliche Notstandskredite erhalten, mit denen sowohl die notleidende Bevölkerung unterstützt als auch Arbeiten ermöglicht werden konnten, die sonst weder aus Budgetmitteln noch aus privaten Quellen finanziert hätten werden können.

Auch Nardelli hatte bereits im Februar 1906 um die Gewährung einer „*Notstandssubvention für das laufende Jahr*“ in Höhe von einer Million Kronen angesucht, allerdings bei seinem Aufenthalt in Wien im Mai aus dem Finanzministerium eine eher abschlägige Antwort erhalten. Nun mußte er wohl Seiner Exzellenz, dem Minister des Inneren darlegen, „*in welcher Verlegenheit ich mich im ersten Jahr meiner Statthalterschaft befinde, wenn jene Hilfe, welche allen meinen Amtsvorgängern gewährt wurde, mir gerade in diesem Moment versagt wird*“.

Für die Reputation des Statthalters im Land war diese Subvention von ziemlicher Wichtigkeit, weil mit diesem Geld offenbar eine gewisse „*freihändige*“ Vergabe möglich war. Nardelli betonte, dass es ihn während seiner letzten Dienstreise durch Dalmatien in große Verlegenheit gebracht hätte, dass er „*von Bürgermeistern und Privaten um Hilfe angegangen*“, nicht einmal mit Versprechungen die Leute vertrösten konnte, weil er nicht sicher war, ob er die Zusagen würde einhalten können. Nardelli mußte daher seine Subventionsbitte an den

---

<sup>325</sup> Nardelli verwendete hier - vermutlich irrtümlich - den Ausdruck „Gulden“, obwohl dieser nur bis 1900 gesetzliches Zahlungsmittel war (1 Gulden = 2 Kronen). Unter Punkt 4) findet sich dann wieder die Bezeichnung „Kronen“.

Minister wiederholen, „*deren eheste wohlwollende Erledigung ich im Interesse des Staates und des Landes wärmstens empfehlen muß*“<sup>326</sup>.

Ob die „Gratwanderung“ in diesem Schreiben zwischen heftiger Kritik an der Wiener Bürokratie und devoter Bitte um Unterstützung im konkreten Fall der Notstandssubvention von Erfolg gekrönt war, geht aus den in Zadar eingesehenen Akten allerdings nicht hervor.

## **Die großen politischen Probleme**

### **Der „Neue Kurs“ und die Resolution von Rijeka**

Der ab 1903 in Dalmatien entstandene sogenannte „Neue Kurs“, der in die Resolutionen von Rijeka und Zadar im Oktober 1905 mündete, war für den neuen Leiter der Statthalterei in Zadar die erste große politische Herausforderung. Die „Fronten“ waren aus seiner Sicht klar: die Bewegung war gegen Wien gerichtet, ihre Anhänger, die späteren „Resolutionisten“, wurden von Nardelli somit als „Gegner“ eingestuft – wobei er sich darüber im Klaren war, dass die durchaus nicht geringe Zahl von „Anti-Resolutionisten“ in Dalmatien deshalb keineswegs automatisch „Freunde“ der Wiener Regierung waren.

Dr. Josip Smodlaka, Rechtsanwalt in Split, war einer der Wegbereiter des sogenannten „Neuen Kurses“ und wurde von Nardelli bis 1910 politisch heftig bekämpft. Smodlaka trat als erster einflussreicher dalmatinischer Politiker 1903 im Landtag wieder für eine engere Zusammenarbeit von Kroaten und Serben ein.<sup>327</sup> Eine solche Zusammenarbeit hatte vor 1880 bereits 20 Jahre lang in der politischen Praxis Dalmatiens funktioniert.<sup>328</sup> Auch das nationale Ziel der Kroaten, die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien und Slawonien war damals von den dalmatinischen Serben mitgetragen worden. Mit dem Entstehen der kroatischen Nationalidee auf der einen und der serbischen National- und Staatsidee auf der anderen Seite war dann allerdings eine weitere Zusammenarbeit bis zur Jahrhundertwende nicht möglich.

---

<sup>326</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 16/geh. 23.6.1906. Schreiben des Statthalters an den Minister des Inneren.

<sup>327</sup> Zu den Funktionsträgern des „Neuen Kurses“ siehe Ganza-Aras, *Politika „Novog Kursa“*. S. 259 - 261.

<sup>328</sup> Vgl. Alojz Ivanišević, *Der tausendjährige Traum. Die klassische Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts sieht die Geschichte des kroatischen Volkes in erster Linie als kollektiven Leidensweg. Mit Recht?* In: IDM – Informationsblatt des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa, Sonderheft Österreich – Kroatien (4/2006) 27 – 29, hier S. 28.

Die Zielrichtung der kroatischen Exponenten des „Neuen Kurses“ in Dalmatien war zunächst die Aussöhnung mit den Italienern (sie verhielten sich neutral) und besonders mit den Serben. Mit diesen „Friedensschlüssen“ im Inneren sollten die Voraussetzungen für eine neue Allianz mit den Magyaren geschaffen werden. Die Überlegung dabei war, dass im Dualismus im Zusammenwirken von Budapest und Wien die kroatischen Interessen immer zu kurz gekommen wären. Daher sollten die Kroaten nun einmal versuchen, zusammen mit der ungarischen Opposition unter Ferenc Kossuth dem Jüngeren gegen Wien anzukämpfen. Sollte die Opposition in Budapest tatsächlich an die Macht kommen, könnte Ungarn dann den Kroaten als Dank für die Zusammenarbeit mehr Autonomie gewähren.<sup>329</sup>

Die Re-Inkorporierung Dalmatiens wurde dabei nicht nur als politische, sondern auch als ökonomische Notwendigkeit gesehen. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Unterentwicklung des Landes auf Grund der finanziellen Unterdotierung durch die Wiener Regierung war sicherlich ein entscheidender, aber nicht der einzige Faktor für den „Neuen Kurs“: neben der permanenten Missachtung der dalmatinischen Wünsche (etwa der Bahnverbindung und der kroatischen Amtssprache) spielten auch Ereignisse außerhalb des Kronlandes eine Rolle: die Einigung Italiens (die bei den „Italienern“ Dalmatiens großen Eindruck hinterlassen hatte), der Königsmord und Umsturz in Serbien mit der neuen, eher Österreich-feindlichen Dynastie Karađorđević, die Staats-Krise in Budapest, die offene Revolte gegen das Regime Khuen-Hedervary in Zagreb und die Frage, was künftig mit Bosnien und der Herzegowina geschehen sollte. Dennoch: den eigentlichen Anstoß zu dieser nationalen Bewegung „Neuer Kurs“ gab wohl Österreich selbst mit seiner Wirtschaftspolitik. *„Ein glückliches Dalmatien hätte sich von Österreich kaum fortgewünscht.“*<sup>330</sup> Dass trotz der Erfahrungen mit der bisherigen Magyarisierungspolitik in Kroatien eine Koalition mit den Ungarn angestrebt wurde, ließ *„die allmählich zu solcher Intensität entwickelte antiösterreichische Gesinnung der Serben und Kroaten ermessen ...“*<sup>331</sup>

Die ersten Gespräche zwischen Kroaten und Serben fanden in Dubrovnik statt (Bürgermeister Pero Čingrija), wo es auf lokaler Ebene seit 1890 eine serbisch-italienische Koalition gegeben hatte. Der entscheidende Brückenschlag innerhalb der Kroaten Dalmatiens selbst (zwischen

---

<sup>329</sup> Vgl. dazu Pav, Die dalmatinischen Abgeordneten, S. 17.

<sup>330</sup> Theodor von Sosnosky, Die Politik im Habsburgerreiche. Randglossen zur Zeitgeschichte. Bd. 1 (Berlin 1912) und 2 (Berlin 1913). Bd. 1, S. 263.

<sup>331</sup> Anton Mayr-Harting, Der Untergang. Österreich-Ungarn 1848-1922 (Wien 1988). S. 653.

„Nationalpartei“ und „Rechtspartei“) war im April 1905 die Bildung der „Kroatischen Partei.“

Unmittelbar vor der Vereinigungssitzung in Split hatte Nardelli im Voraus den Programmentwurf der neuen „Kroatischen Partei“. Einige Formulierungen in diesem Programm waren offensichtlich nicht im Sinne Wiens – und auch nicht nach seinen Vorstellungen. *„Er fürchtete, dass ihm die Vorgesetzten in Wien übel anmerken könnten, dass er dagegen nicht interveniert habe – und er reagierte“*.<sup>332</sup> Am meisten störte ihn, dass im Artikel 1) des Programms, wonach sich die „Kroatische Partei“ für die *„Inkorporierung von Dalmatien zu Kroatien-Slawonien auf der Grundlage des nationalen und staatlichen Rechts“* einsetzen werde,<sup>333</sup> nicht explizit der Hinweis enthalten war, dass eine Vereinigung im Rahmen der Habsburgermonarchie erfolgen müsste. Diese Ansicht *„drängte er Vicko Ivčević auf“* und der Landtagspräsident setzte sich vor der endgültigen Festlegung und Abstimmung des Programms nachdrücklich für eine andere Formulierung ein. Der erste Artikel des Programms wurde tatsächlich geändert, allerdings im Wortlaut nicht ganz so, wie von Nardelli und Ivčević gewünscht. Verabschiedet wurde die Erklärung, *„dass die Kroatische Partei für ein vereintes kroatisches Land kämpfen werde mit verfassungsmäßigen Mitteln“*. Nardelli war offensichtlich mit dieser Formulierung zufrieden, weil er damit seinen Vorgesetzten in Wien zeigen konnte, dass er Maßnahmen ergriffen und sich auch durchgesetzt hatte.<sup>334</sup>

Im Übrigen war diese Vorgangsweise durchaus pragmatisch, weil auch radikale Abgeordnete der neuen Partei zur Einsicht kamen, dass es besser war nachzugeben als sofort beim Start einen Konflikt mit der Regierung auszutragen. Zwei weitere Artikel im Parteiprogramm zielten in Richtung Serben: unterschiedliche Glaubensbekenntnisse wären kein Hindernis für die Zusammenarbeit und *„Kroaten und Serben sind ein Volk nach Blut und Sprache, unzertrennlich durch das Territorium, das sie bewohnen, vereinigt ....“*<sup>335</sup>

Kurz nach der „Kroatischen Partei“ gründete Josip Smodlaka die „Demokratische Partei“. Sie hatte trotz ihrer Gegnerschaft zur „Kroatischen Partei“ mit dieser viel gemeinsam: das Streben nach Vereinigung der kroatischen Nation, das Eintreten für die kroatisch-serbische

---

<sup>332</sup> Perić, *Politički portreti*, S. 203.

<sup>333</sup> Vgl. Schödl, *Jugoslawenstvo*, S.261.

<sup>334</sup> Rene Lovrenčić, *Geneza politike „Novoga kursa“* (Zagreb 1973) S.272. Zit. nach Perić, *Politički portreti* S. 203.

<sup>335</sup> Südland (Pseudonym für Ivo Pilar), *Die südslawische Frage und der Weltkrieg*. (Wien 1918) S. 646.

Eintracht, die Gegnerschaft zum Klerikalismus, den Kampf gegen den Dualismus. Nardelli berichtete („aus vertraulichen Quellen“) nach Wien, dass jüngere „radikale Elemente“ in der „Kroatischen Partei“, unter Führung des Abgeordneten Tresić-Pavišić für eine Annäherung an Ungarn, ältere „Besonnene“ dagegen wären. Auch Smodlaka wäre für eine Zusammenarbeit mit Ungarn. Zusammenfassend sprach Nardelli von einer „Erscheinung, der eine gewisse Bedeutung nicht abzusprechen ist“.<sup>336</sup>

Nach zahlreichen lokalen Vorbesprechungen, sowie Kontaktnahmen mit Kroatien und Ungarn, über die von der Statthalterei regelmäßig nach Wien berichtet wurden, kam es dann am 4. Oktober 1905 zur Resolution von Fiume (Rijeka). Mit scharfen Formulierungen gegen die Wiener Regierung und dem Wunsch nach Zusammenarbeit zwischen Kroaten und Ungarn. Dass sie in Wien „wie ein Donner aus heiterem Himmel“ wirkte, scheint angesichts der regelmäßigen Nardelli - Berichte in den Monaten davor nicht sehr wahrscheinlich. In Budapest wurde sie mit „Enthusiasmus“ begrüßt und in der „slawischen Welt entstand der Eindruck eines kühnen, tapferen und politisch unabhängigen Schrittes“.<sup>337</sup>

40 kroatische Abgeordnete sowohl aus Dalmatien, als auch aus Kroatien und Istrien (die letzteren nur als Gäste) hatten sich im Wesentlichen für den Entwurf von Ante Trumbić ausgesprochen. Mit dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes jeder Nation und dem Interesse der Kroaten, „Seite an Seite mit der ungarischen Nation um die Erfüllung ihrer konstitutionellen Rechte und Freiheiten zu kämpfen.“ Neben der Re-Inkorporierung Dalmatiens wurde eine Wahlrechtsreform gefordert, freies Versammlungsrecht, unabhängige Richter und Maßnahmen gegen Beamtenwillkür.<sup>338</sup>

Teile der politischen Forderungen wurden nicht zuletzt aus realpolitischen Gründen, die vor allem von den Dalmatinern vorgebracht wurden, vage formuliert, andere gänzlich ausgeklammert (etwa die Zukunft von Bosnien-Herzegowina, sowie jugoslawistische Vorstellungen oder trialistische Utopien. Einigen der dalmatinischen Abgeordneten war die Resolution zu österreichfeindlich, sie unterzeichneten nicht. Dabei war die ursprüngliche Resolutionsfassung „noch viel schärfer“, wie Nardelli nach Wien berichtete. So verließen Landtagspräsident Dr. Ivčević und Abgeordneter Zaffon „demonstrativ den Saal, Biankini,

---

<sup>336</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 19 – Z. 5451 (Zara 19.8.05). Schreiben Nardellis an das Ministerium des Inneren.

<sup>337</sup> Frano Supilo, Politika u Hrvatskoj (Zagreb 1953) S. 160. Zit. nach Perić, Politički portreti S. 203.

<sup>338</sup> Zit. nach Robert W. Seton-Watson, Die Südslawische Frage im Habsburger Reiche (Berlin 1913).S. 170.

*Perić und Ferri blieben, stimmten jedoch dagegen. Hofrat Vuković nahm nicht teil – er schützte dringende Familienangelegenheiten vor“.*<sup>339</sup>

In Wien wurde die Resolution als Kampfansage gewertet. Die „Reine Rechtspartei“ in Dalmatien war entschieden gegen die Resolution. Die kroatische Presse (mit Ausnahme der klerikalen Blätter) „*war begeistert*“. Die Bevölkerung verhielt sich „*abwartend*“. Die katholische Kirche mobilisierte wegen der antiklerikalen Tendenzen. Ausgesprochen „*entrüstet*“ war Erzbischof Dvornik von Zadar, schrieb Nardelli, „*welchen ich in seiner Ansicht durch die Aufzählung der in den letzten Jahren von Seiten liberal-jüdischer und freimaurerischer Kreise in Ungarn gegen die katholische Religion unternommener Schritte zu bestärken suchte*“.<sup>340</sup>

Noch im Oktober 1905 wurde die Resolution von Zara (Zadar) beschlossen, in der sich die serbischen Politiker aus Dalmatien und Kroatien der Aktion von Rijeka anschlossen. In der Folge kam es Ende 1905 zur Schaffung der „Kroatisch-Serbischen Koalition“ in Kroatien. Die KSK gewann dort die nächsten Landtagswahlen, wurde in ihren Hoffnungen aber nach dem Amtsantritt der neuen ungarischen Regierung (und vormaligen Opposition, mit der man verhandelt hatte) schwer enttäuscht, z. B. durch die Einführung der ungarischen Sprache bei den kroatischen Eisenbahnen. Die KSK konnte in Kroatien trotz ihrer Landtagsmehrheit kaum resolutionistische Forderungen durchsetzen.

In Dalmatien, dessen Politiker ja bei der Vorbereitung der KSK federführend waren, gab es „de jure“ keine Koalition, sondern nur eine enge Zusammenarbeit zwischen Kroaten und Serben. Dass der „Neue Kurs“ schon Mitte 1907 in Dalmatien faktisch gescheitert war, lag an den unterschiedlichen Eigeninteressen der Akteure, dem fehlenden Rückhalt in der breiten Bevölkerung und vor allem am Mangel einer durchschlagskräftigen Struktur. Das Spektrum der Partner - pro und contra Wien - war zu breit, die Loyalität der serbischen Koalitionspartner ließ nach<sup>341</sup>. Einige Landespolitiker arrangierten sich wohl überdies ohne Wissen der „Kroatischen Partei“ sowohl mit dem Militärbefehlshaber, als auch mit dem Statthalter.<sup>342</sup>

---

<sup>339</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 19 – Z. 6815 (17.10.05). Schreiben Nardellis an das Ministerium des Inneren.

<sup>340</sup> Ebd.

<sup>341</sup> Schödl, Jugoslawenstvo, S. 289.

<sup>342</sup> Edgar Hösch, Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart (München 2002). S. 69.

Für Nardelli gab es im November 1905 – nachdem er eine Annexionsdebatte im Sabor verhindert hatte – nochmals „kritische Wochen“. Er hatte in Erfahrung gebracht, dass nach dem Ende der Sabor-Session im ganzen Land „Meetings“ geplant waren, um „*breite Schichten der Bevölkerung*“ mit den Resolutionsinhalten vertraut zu machen. Den Anlass dazu hatte wieder einmal sein „Freund“ Smodlaka geliefert. Im Parteiorgan „Sloboda“ hatte er die Frage aufgeworfen, ob und wann sich denn „*die Abgeordneten unter das Volk begeben und ihre Pflicht erfüllen*“ wollten. Denn vor Fiume hätten es die Abgeordneten nicht für notwendig erachtet, sich „*mit dem Volk ins Einvernehmen zu setzen*“, aber ohne dessen Zustimmung würde nur „*ein kalt-todter Buchstabe bleiben*“. Die Wirkung der Resolution wäre „*gewaltig und das Volk weiß davon nichts*“.<sup>343</sup>

Nardelli meldete nach Wien, dass er versuchen würde, den geplanten „Meetings“ mit „*aller Energie entgegenzutreten*“. Sie sollten entweder aus formalen Gründen untersagt oder aus Gründen der öffentlichen Ruhe verboten werden. Dazu verwies er ausdrücklich auf einen Erlass seines Vorgängers Handel an die Bezirkshauptmänner aus dem Jahr 1903, in dem sich in Absatz II auch die Formulierung fand, „*dass eine zwangsweise Durchsetzung der Untersagung nur dann ins Auge zu fassen sein wird, wenn eine so imponierende Entfaltung bewaffneter Macht möglich ist, dass eine tätliche Widersetzung von vornherein unwahrscheinlich wird.*“ Und im Absatz IV wurde darauf verwiesen, dass bei einer „*planmäßigen Aufhetzung der Bevölkerung*“ auch gegen Abgeordnete vorgegangen werden könnte, weil ihnen, „*da der Landtag geschlossen ist, eine Immunität nicht zukommt*“.<sup>344</sup>

Es ist davon auszugehen, dass es durchaus im Interesse Nardellis war, dass dieser letzte Satz auch zu den Abgeordneten „durchsickern“ sollte. Jedenfalls zeigt sich, dass Nardelli den Inhalt der Resolutionen – sollte er breiten Bevölkerungskreisen nahegebracht werden – sehr wohl als potentielle Gefahr für die Wiener Regierungsinteressen eingestuft hat. Und er war sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht sicher, ob sich die Bewegung noch verstärken würde, oder ob man sie „*nur als heftiges südländisches Feuer ansehen muss, wie es das bereits öfter in Dalmatien gegeben hat, das dann wieder spurlos verschwindet*“.<sup>345</sup>

---

<sup>343</sup> Sloboda Nr. 13/1905 (8.11.05). Deutsche Übersetzung als Beilage zu HDA Zagreb, MUP. Prez. II Kart. 30 – Z. 7869 (18.11.05). Schreiben des Leiters der Statthalterei an den Minister des Inneren.

<sup>344</sup> Ebd. HDA Zagreb, MUP. Prez. II Kart. 30 – Z. 7869 (18.11.05). In der Beilage Erlass 11/geh. 7585 (Zara 3.12.1903).

<sup>345</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 17/geh. 1905 (Zadar 6.11.1905). Brief Nardellis an den Minister des Inneren.

### Nardellis Eingriffe in die Reichsratswahlen

Im Vorfeld der Reichsratswahlen 1907 fungierte Nardelli zunächst als „rechte Hand“ des Ministerpräsidenten: „*Im Hinblick auf die zahlreichen Gegner*“ des neuen Wahlrechts hatte Ministerpräsident Beck Anfang Dezember 1906 bei Nardelli angefragt, ob er auf die Herrenhausmitglieder Conte Borelli und Bischof Dvornik „*natürlich streng vertraulich Einfluß*“ nehmen könnte, dass diese bei der Abstimmung im Herrenhaus anwesend wären und im Sinne der Regierung votierten.<sup>346</sup>

In seiner Antwort teilte der Statthalter mit, dass Borelli im Sinne der Regierung votieren wollte, „*auf Grund seines physischen Zustandes*“ aber erst knapp vor der Abstimmung nach Wien reisen könnte und ihm daher der Termin kurzfristig – telegraphisch – bekannt gegeben werden müsste. Dvornik wäre hingegen nach einem Schlaganfall ernsthaft erkrankt und an einer Teilnahme an der Abstimmung verhindert.<sup>347</sup>

Dann griff Nardelli aktiv in die Wahlreform ein: Dalmatien musste neue Wahlkreise erhalten und die vom Statthalter vorgeschlagene und von Wien angenommene Neueinteilung entsprach nicht den Vorstellungen der Abgeordneten der „Kroatischen Partei“ (der Abgeordnete Dulibić warf deshalb im „Neuen Wiener Tagblatt“ Nardelli sogar „*Illoyalität*“ vor). Der Statthalter räumte in einem Schreiben an den Minister des Inneren ein, dass er „*geographisch und numerisch*“ die Einteilung so vorgenommen hätte, dass den Kroaten zwar neun der elf Mandate sicher wären, jedoch „*auch der Regierung ein gewisser Einfluß gewahrt bleibe*“. Die Wahlreform könnte schließlich nicht den Zweck haben, „*die bequeme Wiederwahl einiger radikaler Abgeordneter zu sichern*“ und die beiden serbischen Abgeordneten „*von der Gnade der kroatischen Partei abhängig zu machen*“.<sup>348</sup>

Nardelli konnte – nicht unzufrieden – nach Wien berichten, dass die Wahlrechtsreform „*eine Entfremdung*“ zwischen der „Kroatischen Partei“ und den „italienischen Autonomisten“ bewirkt hätte, weil die Kroaten „*mit Erfolg*“ die Forderung der Italiener nach einem Reichsratsmandat bekämpft hätten. Da die bisherige Zusammenarbeit der beiden „*heterogenen Elemente*“ nur den Zweck gehabt hätte, gemeinsam gegen die Regierung zu

---

<sup>346</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 24/geh.11.12. 1906. Schreiben des Ministerpräsidenten an Nardelli (ohne Zahl) vom 6.12. 1906.

<sup>347</sup> Ebd. Antwort Nardellis am 11.12.1906.

<sup>348</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 10/geh. (3.3. 1906). Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.

opponieren, könnte „*vom Standpunkte der letzteren die Tatsache des Bruches nur als vorteilhaft bezeichnet werden*“. <sup>349</sup>

Schwer enttäuscht zeigte sich Nardelli im Vorfeld der Wahlbewegung vom Dubrovniker Bürgermeister Pero Čingrija. Nachdem man ihn „*fast bis zur Grenze der Gesetzesverletzung ... zur Eroberung der Gemeinde gegen die Serben*“ unterstützt hatte, hätte er nun bei seiner Zusammenarbeit mit den Serben den österreichischen Patriotismus abgeworfen. Was „*korrektes politische Verhalten anbelangt*“, wäre die Gemeinde Ragusa (Dubrovnik) gegenwärtig „*die schlechteste im Lande*“. Allerdings wollte er in den dortigen Kampf der „*Kroatischen Partei*“ mit der „*Reinen Rechtspartei*“ nicht eingreifen, weil letztere an ihn schon - indirekt - mit dem Ansinnen nach Billigung von „*Gewalttätigkeiten, Versetzung von Beamten, Ankauf von Stimmen und dergleichen Kleinigkeiten*“ herantreten wäre. <sup>350</sup>

Abgesehen von der „*Abneigung gegen solche Mittel*“ wäre ihm - nach der „*Erfahrung vieler ähnlicher Situationen*“ - der Erfolg durch ein späteres korrektes Verhalten des Unterstützten „*durchaus nicht verbürgt*“. <sup>351</sup>

Dass die Wiener Regierung „*rechtzeitig*“ vor der Wahlbewegung eine Kommission zur wirtschaftlichen Hebung Dalmatiens eingesetzt hatte, wurde im Land selbst von den Medien und den meisten Politikern bekrittelt oder bespöttelt und als leere Versprechung abgetan. Die „*Wiener Strömung*“ hätte auf ihrer Seite neben Klerikalen und „*reinen Kroaten*“ viele „*Elemente ohne politischen und nationalen Charakter*“, meist von Wien abhängige Leute. Die „*berühmte Aufrichtigkeit und Dankbarkeit Österreichs*“ wäre hier wohl bekannt. „*Alles Gute lohnt es mit Bösem*“. <sup>352</sup>

Diese wenigen Zitate zeigen doch recht deutlich, dass die Vorgangsweisen vor den Wahlen im damaligen Dalmatien nicht eben jene waren, die man allgemein als „*Kampf mit der feinen Klinge*“ bezeichnen würde.

Für Nardelli stand im Vordergrund, schon bei der Nominierung der Kandidaten darauf zu achten, dass möglichst keine „*resolutionistischen*“ Männer aufgestellt würden, bzw. gemäßigte Resolutionisten und „*Patrioten*“ zu unterstützen. Wobei hier auch innerhalb der

---

<sup>349</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 30 – Z. 10933 (18.12.1906). Ebenso Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 29/geh.1906. Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>350</sup> Ebd.

<sup>351</sup> Ebd.

<sup>352</sup> Novi list Nr. 46/1907 (23.2.1907) S. 2.

stärksten Partei - der „Kroatischen Partei“ - kein einheitliches Bild bestand. Dagegen war die - zu dieser Zeit noch kleine – „Reine Rechtspartei“ deklariert anti-resolutionistisch, wenn auch „*nicht etwa aus Liebe zu Österreich*“, sondern weil sie ein „*unabhängiges Großkroatien*“, allerdings innerhalb der Habsburgermonarchie im Sinne des „Trialismus“ – anstrebte.<sup>353</sup> Da keine klerikale Partei kandidierte, wurde die „Reine Rechtspartei“ auch von einem Teil der Geistlichkeit unterstützt. Der Versuch einer gemeinsamen Kandidatenaufstellung von „Kroatischer Partei“ und „Reiner Rechtspartei“ scheiterte, weil letztere den Anspruch auf drei Mandate stellte, die „Kroatische Partei“ jedoch nur zwei zugestehen wollte.

Für die „Serbische Partei“ hatte sich die „*bloß taktische*“ Zusammenarbeit mit den Kroaten deshalb bezahlt gemacht, weil den Serben damit durch die Wahlordnung zwei Mandate „sicher“ waren.<sup>354</sup> Auf die Wien-feindliche Haltung der „Fortschrittlichen Partei“ Smodlakas wurde bereits hingewiesen bzw. wird noch gesondert eingegangen. Die „Italienische Partei“ und die „Sozialdemokraten“ konnten von vorne herein mit keinen Mandaten rechnen.<sup>355</sup>

Schon bei der Kandidatenaufstellung waren die Bezirkshauptmänner von Nardelli angehalten, „*auf maßgebliche Personen im politischen wie privaten Umfeld eines (potentiellen) Kandidaten einzuwirken*“.<sup>356</sup> So sollte im Wahlbezirk Makarska eine Mehrheit für den gemäßigten Resolutionisten Anton Ritter von Vuković von der „Kroatischen Partei“ gesichert werden. Vuković wurde auch tatsächlich schon im ersten Wahlgang wieder gewählt.<sup>357</sup>

Mit dem langjährigen Abgeordneten Biankini nahm Nardelli selbst Kontakt auf. Der Statthalter wollte, dass Biankini nicht – wie von diesem selbst geplant – im Wahlkreis Dubrovnik kandidierte, sondern in Lesina (Hvar). Auf diese Weise wollte Nardelli dort im Inselbezirk die Nominierung des entschiedenen Resolutionisten Ante Tresić-Pavišić verhindern. Biankini kandidierte trotz aller Bemühungen Nardellis dennoch erfolgreich in

---

<sup>353</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 16/geh.23.6. 1906. Bericht Nardellis an den Minister des Inneren Bienerth.

<sup>354</sup> Vgl. Johannes Kalwoda, Reichsratswahlen und Parteiengefüge in Dalmatien (1907 bis 1910). In: Österreichische Osthefte 46 (Wien 2004) S. 21-50. Hier Fn. S. 24.

<sup>355</sup> Ebd. S. 31 und S. 34.

<sup>356</sup> Ebd. S. 27.

<sup>357</sup> Vgl. Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA) MdI 34/2 Präs. Kart. 2240 – 509 (15.1.07), 1326 (12.2.07) und Kart. 2242 – 4946 (9.5.07). Berichte des Statthalters an das Ministerium des Inneren. Vuković erhielt schon im 1. Wahlgang 61,6 % der Stimmen. Er war unbestrittener Kandidat der Kroatischen Partei, trotz der „*Franziskaner-Gegnerschaft*“ (Nardelli). Unter Hinweis auf seine „*scheinbare resolutionsfreundliche Gesinnung*“ agitierte allerdings ein Teil der Geistlichkeit gegen ihn und unterstützte die Rechtspartei. Auf die RRP entfielen 27%, auf einen eigenen Kandidaten der Kroatischen Volks- und Fortschrittspartei 11,2%.

Dubrovnik<sup>358</sup> und Tresić-Pavišić wurde von der „Kroatischen Partei“ in Hvar aufgestellt. Gegen ihn und gegen Josip Smodlaka kämpfte Nardelli – man kann durchaus sagen mit allen Mitteln. Bei Smodlaka „erfolgreich.“ Bei Tresić-Pavišić „scheiterte“ Nardelli.

Schon im November 1904 hatte der damalige Stellvertreter von Statthalter David der Wiener Zentrale berichtet, dass Tresić-Pavišić eine Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten plane. Die k.u.k. Vertretungen sollten auf ihn hingewiesen werden, weil er bei den dortigen Landsleuten, „*welche ohnedies große Neigung für die kroatisch-irredentistische Richtung zeigen, eine lebhafte Agitation erzeugen*“ würde.<sup>359</sup>

Anfang 1907 berichtete Nardelli - ziemlich schonungslos - von gewissen Bedenken gegen eine Kandidatur von Tresić-Pavišić, die - auch - in der Parteiführung der Kroatischen Partei kolportiert wurden. Die Bedenken entsprangen dem „*abenteuerlichen Vorleben*“ von Tresić-Pavišić. Er war „*angeblich aller Mittel entblößt*“ und daher – so Nardellis Vermutung – materiell auf das Mandat angewiesen. Nardelli berichtete Details des „Vorlebens“: die Geliebte von Tresić-Pavišić wäre tot in einem Agramer Hotel aufgefunden worden und er selbst wäre deshalb kurz in U-Haft gewesen. Die Kirche agitierte heftig gegen Tresić-Pavišić, der jedoch bei den Bauern und vor allem den Seeleuten sehr beliebt war.<sup>360</sup>

Auch die verschiedenen Versuche Nardellis, im Wahlkreis selbst die Nominierung von Tresić-Pavišić zu verhindern, scheiterten. Es gab „Gespräche“ mit gemäßigten Politikern der „Kroatischen Partei“, der Bezirkshauptmann wurde im Sinne der Instruktionen zur Mitwirkung aufgefordert<sup>361</sup> und der Bezirksarzt von Hvar (Lesina) wurde durch einen von Nardelli persönlich geschätzten Arzt ersetzt. Dieser sollte einen Gegenpol zum Gemeindefeind bilden, der ein glühender Verfechter von Tresić-Pavišić war und für diesen agierte. Auch Wirtschaftssanktionen wurden angedroht: ein Straßenbauprojekt im Zuge des Programms zur wirtschaftlichen Hebung auf der Insel Brač (Brazza) wäre in Frage gestellt, wenn Tresić-Pavišić gewählt würde, ließ Nardelli wissen.<sup>362</sup>

---

<sup>358</sup> Vgl. Pav, Die dalmatinischen Abgeordneten, S. 41. Biankini hatte sich in der Kroatischen Partei gegen den Sohn von Bürgermeister Pero Čingria, Melko, durchgesetzt und erreichte im ersten Wahlgang 70,4 Prozent. Er war im Zuge des Wahlkampfes gegen den Kandidaten der Reinen Rechtspartei, Don Ante Liepopili (24,5 %) von seiner ursprünglich resolutionskritischen Haltung teilweise abgewichen. Dazu auch Kalwoda, Reichsratswahlen, S.37

<sup>359</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 19 – Z. 7654 (1.11.1904). Schreiben der Statthalterei an das Ministerium für Inneres. Tresić-Pavišić war übrigens knapp 20 Jahre danach wieder in den USA: als Botschafter des SHS-Staates in Washington.

<sup>360</sup> AVA MdI 34/2 Präs. und Kart. 2242 – 4046 (9.5.07) und Kart. 2243 – 4556 (21.5.07). Berichte des Statthalters an das Ministerium des Inneren.

<sup>361</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 6/geh.1907 (27.2. 1907).

<sup>362</sup> AVA MdI 34/2 Präs. Kart. 1928-07 (27.2.1907).

Auch Ministerpräsident Beck „mischte mit“: er schlug Nardelli in einem vertraulichen Schreiben vor, sich für den Direktor der Nautischen Schule in Dubrovnik N. Didolić als Gegenkandidaten gegen Tresić-Pavišić einzusetzen. Tresić-Pavišić wäre schon durch seine früheren „*Beziehungen zum russischen General Spiridović nicht sehr vertrauenerweckend*“, schrieb Beck.<sup>363</sup> Nardelli antwortete, dass Didolić nach seiner Einschätzung gegen Tresić-Pavišić absolut chancenlos wäre.<sup>364</sup>

Über den Minister des Inneren versuchte der Statthalter, Tresić-Pavišić überhaupt aus Dalmatien weg zu bekommen und schlug vor, Tresić-Pavišić bei einer Amtszeitung in Triest unterzubringen und damit die Kandidatur des Resolutionisten zu verhindern.<sup>365</sup>

Auch hier wurde der Ministerpräsident eingeschaltet – ohne jedoch offenbar über den eigentlichen Zweck der geplanten Anstellung – nämlich die Entfernung aus Dalmatien – unterrichtet zu sein. Er teilte nämlich in einem vertraulichen Schreiben Nardelli mit, dass eine Anstellung von Tresić-Pavišić nach Mitteilung des Statthalters in Triest „*undurchführbar*“ wäre. Sollte Nardelli „*den Genannten*“ jedoch beim „*Avvisatore Dalmato*“ oder bei der „*Smotra Dalmatinska*“ (also in Dalmatien selbst) unterbringen können, wäre Beck bereit, den „*hieraus erwachsenden Aufwand ... aus h. o. Mitteln zu decken*“.<sup>366</sup>

Trotz all dieser Aktionen wurde Tresić-Pavišić schon im ersten Wahlgang mit 64,2 Prozent der Stimmen gewählt und blieb bis 1918 aktiver und - wie von Nardelli erwartet - überaus regierungskritischer Reichsratsabgeordneter.<sup>367</sup>

Die „Aktionen“ gegen Smodlaka begannen erst relativ spät vor dem ersten Wahlgang in Split (der am 14. Mai stattfand) – nämlich Mitte März. Bis dahin hatte es dort nach einem gemeinsamen – resolutionistischen - Kandidaten von „Kroatischer Partei“ und „Fortschrittspartei“ ausgesehen. Erst nachdem Ante Trumbić aber mit seinem Wunschkandidaten, dem Resolutionisten Vinko Milić, innerhalb der „Kroatischen Partei“ nicht durchgekommen war und die Partei den „gemäßigten“ Lovro Borčić nominiert hatte,

---

<sup>363</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 15/geh.1907 (24.3. 1907). Dem Akt ist das Schreiben von Ministerpräsident Beck (ohne Zahl) vom 14.3.1907 beigelegt.

<sup>364</sup> Ebd. Schreiben Nardellis an Beck.

<sup>365</sup> AVA MdI 34/2 Präs. Kart. 1928-07 (27.2.07) Schreiben des Statthalters an den Minister des Inneren. Nardelli bezog sich auf eine beim „Osservatore Triestino“ ausgeschriebene Stelle, mit der die Finanzprobleme von Tresić-Pavišić saniert werden könnten.

<sup>366</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 15/geh.1907 (24.3. 1907). Dem Akt liegt auch das Schreiben des Ministerpräsidenten (ohne Zahl) vom 22.3.1907 bei.

<sup>367</sup> Vgl. Pav, Die dalmatinischen Abgeordneten, S. 49.

entschloss sich Smodlaka selbst zur Kandidatur.<sup>368</sup> Die „Kroatische Partei“ war in sich zerstritten. Pero Čingrija war völlig unzufrieden. Im Kontakt mit Trumbić hatte er schon im Jänner konstatiert, dass der „*Verfall*“ in der „Kroatischen Partei“ „*nicht zu verheimlichen*“ wäre, weil er viel zu deutlich „*sichtbar*“ würde.<sup>369</sup> Als dann Borčić Anfang April von der Kandidatur zurücktrat, sah Smodlaka bereits wie der sichere Sieger in Split aus.

Aus Wiener Sicht war Smodlaka allerdings – und so sah dies auch Nardelli – ein gefährlicher Volkstribun. „*Der Heilige von Dalmatien*“, nannte ihn Hermann Bahr und schilderte sein politisches Programm als eine Art „*permanenten Hochverrat*“ in den Augen der Wiener Zentralstellen. Die von Smodlaka formulierten und an breitere Bevölkerungsschichten herangetragenen Wünsche der Dalmatiner waren durchaus legitim („*Schulen für die Analphabeten errichten ... Wanderlehrer zu den Bauern schicken ... Sparkassen gründen ... gegen die unmoderne Kolonenwirtschaft eintreten ... junge Dalmatiner aus Amerika mit ihren Erfahrungen wieder nach Hause holen*“), ihre Propagierung und vor allem die von Smodlaka angestrebte Art der Umsetzung stießen auf heftigsten Widerstand der Regierung und des Statthalters. Smodlaka gab sich kompromisslos und kampfbereit: „*Diesen Hochverrat werden wir so lange fortsetzen, bis wir ihn durchgesetzt haben werden. Wir haben keinen besonderen Wunsch, dabei Gewalt anzuwenden. Sollte man dies aber durchaus wünschen, so ist es Bauernart, auch damit dienen zu können*“.<sup>370</sup>

Dass Smodlaka auch öffentlich auf die Ende 1905 erfolgte Abtrennung Norwegens von Schweden verwies („*dahin will unsere Zukunft*“)<sup>371</sup> und vor allem in der Jugend eine große Anhängerschaft hatte, macht es zumindest verständlich, warum Nardelli „*diesen Österreich feindlich gesinnten Mann*“<sup>372</sup> unbedingt vom Reichsrat fernhalten wollte. Und er kannte auch Smodlakas Kampfansage: „*Auf unsere Art wollen wir unser Land bestellen. Das hält man in Wien für gefährlich. Uns aber verhungern zu lassen, wird vielleicht noch gefährlicher sein. Jedenfalls zeigen wir dazu keine Lust. Und das findet man unpatriotisch*“.<sup>373</sup>

Bei der Reichsratswahl kam jedenfalls im Bezirk Split zwischen der „Kroatischen Partei“ und der „Fortschrittspartei“ ein „*rücksichtsloser und schrecklicher Kampf zwischen den beiden*

---

<sup>368</sup> Vgl. Kalwoda, Reichsratswahlen, S. 30-31.

<sup>369</sup> Čingrija – Trumbić, Briefwechsel (Dubrovnik 7.1. 1907). In: H. Morović, S. 267.

<sup>370</sup> Bahr, Dalmatinische Reise. S. 116.

<sup>371</sup> Ebd. S. 117.

<sup>372</sup> AVA MdI 34/2 Kart. 2244 – 5164 v. 31.5.07. Bericht Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>373</sup> Bahr, Dalmatinische Reise. S. 117. Auch wenn Bahr das hier zitierte Gespräch mit Smodlaka erst Anfang 1909 geführt hat, waren doch die politischen Inhalte seines Programms schon vor den Wahlen 1907 weitestgehend bekannt.

*Parteien in Gang, wie es ihn weder bis dahin noch seither je in Dalmatien gegeben hat.*<sup>374</sup>

Die Gegnerschaft zu Smodlaka ließ die „Kroatische Partei“ wieder näher an die „Rechtspartei“ heranrücken – durchaus ein weiterer Rückschlag aus Sicht der Resolutionisten. Und Nardelli war aus pragmatischen Gründen eine Art „Koalitionspartner“ dieser beiden Parteien bei der Verhinderung Smodlakas.

Dass Nardelli den Kampf gegen Smodlaka „auf Weisung aus Wien“ (wie Perić schreibt) geführt hätte, ist aus den eingesehenen Dokumenten nicht erkennbar. Allerdings hat der Vorsitzende des Wahlausschusses der „Kroatischen Partei“ in Split, Vicko Mihaljević, für Wahlerfordernisse „über die Statthalterei“ 6.000 Kronen „von der Wiener Regierung“ erhalten. Und Nardelli wies nach einem Gespräch mit Mihaljević den Splitter Bezirksvorsteher an „energisch und rücksichtslos alle Mittel aufzubieten, damit die Wahl Smodlakas jedenfalls verhindert werde. Es handelt sich hiebei nicht um Partei- sondern Staatsinteresse.“<sup>375</sup>

Erst Ende April fand sich nach zahlreichen Gesprächen, an denen auch Nardelli beteiligt war, ein populärer Gegenkandidat zu Smodlaka: Monsignore Frane Bulić war entschiedener Antiresolutionist und „als Schliemann von Salona“ über die Grenzen Dalmatiens hinaus als Archäologe anerkannt. Er hatte schon früher einmal für kurze Zeit ein Reichsratsmandat innegehabt und kandidierte als „außerhalb der Parteien stehend“. Bulić mußte von Nardelli und anderen intensiv überredet werden, zu kandidieren, um Smodlaka zu verhindern.<sup>376</sup> Seine geringe politische Erfahrung und die Probleme, die seine „Förderer“ mit ihm hatten, zeigten sich, als er Anfang Mai (eine Woche vor der Wahl) von der Kandidatur zurücktrat. Er wurde aber dennoch gewählt, erhielt im 1. Wahlgang 94 Stimmen mehr als Smodlaka<sup>377</sup> und verfehlte die absolute Mehrheit nur ganz knapp.<sup>378</sup>

Noch am 19. Mai (vier Tage vor dem zweiten Wahlgang) verbat sich Bulić „entschieden“, dass in der Stichwahl für ihn gestimmt werde. Nardelli sprach von einer „totalen politischen Unfähigkeit des Monsignore“ und hoffte trotzdem auf seinen Sieg, um nach einem eventuellen Mandatsverzicht genügend Zeit zu haben „sich gegen Smodlaka zu

<sup>374</sup> Perić, Politički portreti S. 210.

<sup>375</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 1907 (17.5. 1907). Handschriftliche Anweisung an den „Bezirksleiter Spalato“, ohne Zahl. Gezeichnet: Statthalter. Auf diese Anweisung (wenn auch nicht wortgenau) verweist auch Mirjana Gross, Vladavina Hrvatsko-srpske koalicije 1906-1907 (Belgrad 1960) S. 176. Zit. nach Perić, Politički portreti S. 210.

<sup>376</sup> AVA MdI 34/2 Prä. Kart. 2242 – 3978 (6.5.07) und Kart. 2243 – 4174 (13.5.07). Vgl. auch Kalwoda, Reichsratswahlen, S. 31-32.

<sup>377</sup> AVA MdI 34/2 Prä. Kart. 2243 - 4556 (19.5.07). Bericht Nardellis an MdI: Der Vorsprung war seiner Selbsteinschätzung nach auch „meiner nachdrücklichsten Einflußnahme auf Beamtenkreise ... zuzuschreiben“.

<sup>378</sup> Vgl. Österreichische Statistik LXXXIV S. 106 f. Auf die absolute Mehrheit fehlten 25 Stimmen.

*organisieren*“. Bulić gewann die Stichwahl mit 293 Stimmen Vorsprung<sup>379</sup>, nahm nur an einer Parlamentssitzung im Jahr 1909 teil und legte dann sein Mandat zurück.<sup>380</sup>

Der somit zweifelhafte Erfolg der Smodlaka - Gegner war auch massiven Pressionen gegenüber der Beamenschaft zuzuschreiben. Vor allem Beamte aus dem Justizbereich und der Finanz, aber auch Lehrer, Hafenpersonal, Post- und Bahnbedienstete waren öffentlich für Smodlaka eingetreten. Auf entsprechende Hinweise des Bezirksleiters Spalato gab Nardelli diesem die Anweisung, in seinem Namen Oberfinanzrat Tacconi und Direktor Schlaus von der Landwirtschaftlichen Schule zu *„ersuchen“*, im Sinne der Statthalterei auf das ihnen *„unterstehende Personal einzuwirken.“* Der Bezirksleiter forderte auch eine *„telegraphische Suspendierung“* des Lehrers Deroni in Šolta wegen dessen *„eifriger Smodlaka-Agitation“* und eine Intervention beim orthodoxen Bischof in Zadar zur Beendigung der Smodlaka - Unterstützung durch seine Pfarrer.<sup>381</sup>

Unmittelbar nach dem 1. Wahlgang schrieb Nardelli dann dem Ministerpräsidenten, dass die beiden Staatsanwaltssubstituten Grisogno und Štambuk bei der *„demagogischen Agitation Dr. Smodlakas ... wesentlich geholfen“* hätten und seine – Nardellis – vertrauliche Intervention beim Kreisgerichtspräsidenten Petrić *„erfolglos“* geblieben wäre. Es wäre *„sehr angezeigt“*, schrieb Nardelli dem Ministerpräsidenten, wenn der in Wien weilende Oberlandesgerichtspräsident Benedetti vom Justizministerium *„angewiesen werden würde, sofort zurückzukommen, um vor der Stichwahl Ordnung zu machen“*. Das *„skandalöse Verhalten“* der Gerichtsbeamten in Split könnte sonst Smodlaka zur Mehrheit verhelfen.<sup>382</sup>

Für Nardelli war der Wahlausgang *„zufriedenstellend“*. Smodlaka hatte er verhindert, mit Tresić-Pavišić war nur ein einziger *„überzeugter Resolutionist“* in den Reichsrat gekommen, alle anderen Abgeordneten waren in seine Augen entweder *„Schein-Resolutionisten“* oder Resolutionsgegner<sup>383</sup>.

---

<sup>379</sup> AVA MdI 34/2 Präs. Kart. 2243 - 4557 (21.5.07).

<sup>380</sup> Vgl. AVA MdI Präs. Kart. 2249 – 1343 (30.1.09) und 4163 (2.4.09): Bulić hatte – weil gegen seine knappe Wahl protestiert worden war – die *„Verficiierung“* verlangt. Diese hätte zwar laut Wahlgesetz innerhalb eines Jahres erfolgen müssen, war aber bei insgesamt 85 Abgeordneten nicht erfolgt. Da er dieses *„Vorgehen des Abgeordnetenhauses“* für ungesetzlich hielt, legte er im Februar 1910 sein Mandat zurück (Kart. 2250 – 2188/24.2.10). Statthalter Nardelli klagte in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten (K 2250 – 3796/16.4.10): *„Bulić ... ging erst nach 2 ½ Jahren einmal ins Parlament, um in einem wichtigen Momente gegen die Regierung zu stimmen und seine Diäten zu beziehen“*.

<sup>381</sup> Staatsarchiv Zadar Geheimakten, 1907 (6.5. 1907). Handschriftliche Anweisung an den „Bezirksleiter Spalato“, ohne Zahl. Gezeichnet: Statthalter.

<sup>382</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 1907 (17.5. 1907). Handschriftlicher Entwurf des Schreibens an den Ministerpräsidenten (ohne Zahl). Vgl. dazu auch Kalwoda, Reichsratswahlen, S. 29-30. Fn. 37.

<sup>383</sup> AVA MdI 34/2 Präs. Kart. 2244 - 5164 - 07 (26.5.07). Bericht Nardellis über die Wahl an den Minister des Inneren.

Etwas ungewöhnlich war, dass Nardelli in seinem Wahlbericht auch noch persönliche Anmerkungen zu den einzelnen (immerhin „vom Volk“ gewählten) Abgeordneten mitschickte – mit teilweise deftigen Abqualifizierungen.

Zum Serben Baljak meinte er: *„Sehr begabt, aber ziemlich träger Natur.“* Biankini hätte die Fiumaner Resolution *„gegen seine Überzeugung aus Besorgnis um sein Mandat unterschrieben, das ihm über alles geht.“*<sup>384</sup> Der neu gewählte serbische Gerichtssekretär Bjeladinović *„dürfte wegen seiner minderen Begabung im Parlamente keine große Rolle spielen“*. Der Smodlaka – Besieger Bulić *„war im Amt des Gymnasialdirektors überfordert, ebenso als früherer Reichsratsabgeordneter.“*<sup>385</sup> Der gemäßigte Resolutionist Dulibić hätte *„sich verhältnismäßig wenig hervorgetan. Die Fiumaner Resolution hat er seinerzeit aus taktischen Gründen“*. Frane Ivanišević *„kann sehr wenig deutsch. Dies sowie seine angegriffene Gesundheit dürften zur Folge haben, dass er nur wenig im Parlament erscheint“*.<sup>386</sup> Dr. Vicko Ivčević *„...ist ein durchaus gediegener und ehrenwerter Charakter.“*<sup>387</sup> Josip Perić *„Im Grunde sehr gutmütiger friedliebender Natur, spielt bei ihm der Gedanke eine große Rolle, sich ein sorgenfreies bequemes Leben zu erhalten“*<sup>388</sup> Ivo Prodan *„Ohne viel Welterfahrung ist er, obwohl nicht unintelligent, zu praktischer parlamentarischer Arbeit unfähig.“*<sup>389</sup> Tresić-Pavišić *„galt nach der Affaire in Agram einige Zeit als toter Mann. Enttäuschte im Landtag durch sein alles eher als geistsprühendes*

---

<sup>384</sup> AVA Mdl 34/2 PräS. Kart. 2244 - 5164 - 07 (26.5.07). Bericht Nardellis über die Wahl an den Minister des Inneren. Biankini wäre ein *„Scheinresolutionist. Vor etwa 15 Jahren war er Begründer der schärferen Tonart ... die Regierung jederzeit in Kraftausdrücken zu beschimpfen. Seine Popularität ist etwas ins Wanken geraten: für seine Schüler ist er schon zu konservativ. In dynastischer Beziehung ist er durchaus korrekt...“*

<sup>385</sup> Ebd. Bulić. Ausgedehnte Bildung, auch im Ausland als archäologischer Schriftsteller anerkannt, streng kroatisch *„und seine dynastischen Gefühle stehen außer jedem Zweifel“*.

<sup>386</sup> Ebd. Ivanišević *„gilt als Fachmann auf dem Gebiete der Raiffeisenkassen. Als politischer Neuling ist von ihm nur zu bemerken, dass er überzeugter Kroat ist.“*

<sup>387</sup> Ebd. *„Bei einer tüchtigen juristischen Befähigung hat Landtagspräsident Dr. Ivčević gesunden praktischen Sinn, der ihn allen chauvinistischen Ideen unzugänglich macht. Leider hat er zu wenig Einfluss und wird als zu gemäßigt vielfach radikalerseits verhöhnt und stark angefeindet. Es widerstrebt ihm, sich solcher Mittel zu bedienen, die ihm eine führende Rolle verschaffen könnten. Dr. Ivčević hat die Fiumaner Resolution nie unterschrieben.“*

<sup>388</sup> Ebd. Perić wäre schon vor Jahren in den Reichsrat geschickt worden, weil er von der Ausbildung her der *„einzige Mann aus Imotski“* war, der für diese Funktion in Frage kam. *„Seither wusste er sich die Gunst seiner dort maßgebenden ehemaligen Ordensbrüder und der Geistlichkeit überhaupt zu erhalten“*. Perić sei *„überzeugter Kroat, loyal und überzeugter Antiresolutionist. Seine parlamentarische Tätigkeit beschränkt sich wesentlich auf die Erlangung von kleinen Vorteilen für seine geistlichen Standesgenossen und es dürfte der Regierung nicht schwer fallen, ihn durch kleine Konzessionen auf diesem Gebiete sich als treuen Anhänger zu erhalten.“*

<sup>389</sup> Ebd. Prodan hätte eine *„durchaus korrekte Vergangenheit. Seine chauvinistischen nationalen Aspirationen vertritt er mit einer gewissen mönchischen Strenge... Im übrigen konservativ gesinnt, stehen auch seine loyalen Gefühle außer allem Zweifel. Seine Gesundheit lässt manches zu wünschen übrig. Das Deutsche beherrscht er ziemlich schlecht. Er ist entschiedener Antiresolutionist“*.

*vielmehr pedantisch – eitles Auftreten“.*<sup>390</sup> Schließlich noch der „*Scheinresolutionist*“ Vuković: „*Gut situiert, minder begabt, möchte er gerne eine Rolle spielen und ist stets bestrebt, sich bemerkbar zu machen*“.

In der Wahlbewegung hatte der – sonst von allen im Land so geschätzte – Statthalter ganz offensichtlich den Machtmenschen hervorgekehrt. Natürlich der Rückendeckung durch Wien gewiss hatte er seine Handlungsweise und ganz augenscheinlich auch seine Sprache verschärft. Das mehrfach verwendete Wort „rücksichtslos“ spricht für sich. Der politische Beamte hatte die Position des politischen Landeschefs erklommen – auch im deutlich selbstbewussteren Auftreten gegenüber der Wiener Zentrale. Und in der Überzeugung, für eine gute und vor allem richtige Sache zu kämpfen, scheint er sich Fragen nach der Korrektheit seines Vorgehens oder nach Fairness nicht gestellt zu haben (schließlich agierte ja auch der „Gegner“ untergriffig). Dass er von den meisten der Abgeordneten keine besonders hohe Meinung hatte, ist in dem vertraulichen Schreiben nach Wien gut dokumentiert. So wie Nardelli im ersten Halbjahr 1907 trotz beginnender Erkrankung agierte, werden das aber einige der Abgeordneten wohl auch durch ihn selbst zu spüren bekommen haben.

Den streng vertraulich mitgeteilten Wunsch des Ministerpräsidenten, zusammen mit Landtagspräsident Ivčević auf die dalmatinischen Abgeordneten einzuwirken, in Wien einen gemeinsamen Klub mit den Slowenen zu bilden, konnte Nardelli nicht erfüllen.<sup>391</sup> Nach Rücksprache mit Ivčević berichtete er in einem „Privatbrief“, dass ein Zusammengehen mit den Kroaten aus Istrien gewünscht würde. Auch würden Kroaten und Slowenen sich „*in den Klubverhandlungen nicht derselben Sprache bedienen*“. Und die beiden Serben Baljak und Bjeladinović würden keinem Klub beitreten, bei dem auch Abgeordnete der „Rechtspartei“ („*die bekanntlich die Existenz der Serben leugnen*“) oder katholische Geistliche wären.<sup>392</sup>

Welche Meinung Nardelli von den dalmatinischen Abgeordneten im Reichsrat hatte, zeigte er zum Jahresende 1907 mit einem noch ganz im Stil des „politischen Landeschefs“ nach Wien übermittelten Vorschlag, der – wenig überraschend – in Wiener Regierungskreisen auf ziemliches Unverständnis stieß. Im Kern schlug der dalmatinische Statthalter dem

---

<sup>390</sup> AVA MdI 34/2 Präs. Kart. 2244 - 5164 - 07 (26.5.07). Bericht Nardellis über die Wahl an den Minister des Inneren. Tresić-Pavišić „*gewann durch sein Coquettieren mit garibaldinischen Freischärlerplänen, italo-slawischen Verbrüderungen und panslavistischen Connexionen die Gunst der radikalen Jugend. Erwarb sich als kroatischer Schriftsteller einigen Ruf*“.

<sup>391</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 36/geh. 1907 (31.5. 1907). Dem Akt liegt der mit 30. 5. 1907 datierte Brief des Ministerpräsidenten (ohne Aktenzahl) an Nardelli bei.

<sup>392</sup> Ebd. Antwort Nardellis am 31. 5. 1907.

Ministerpräsidenten vor, die dalmatinischen Abgeordneten in nächster Zeit mit ihren lokalen Ansuchen an die Regierung in Wien einfach abblitzen zu lassen (und sie damit quasi für die zuletzt mangelnde Unterstützung der Regierungsanliegen zu bestrafen). Damit könnte man im Zusammenhang mit der Wirtschaftsaktion für Dalmatien „den Wählern das leichtsinnige Spiel ihrer Abgeordneten zu Bewusstsein“ bringen.<sup>393</sup>

„Eine möglichst konsequente Praxis im Abschlagen“ von Abgeordneten – Bitten würde sich „selbst dann empfehlen“, wenn diese von den Landesstellen befürwortet worden wären. Damit könnte man den Eindruck hervorrufen, der abschlägige Bescheid wäre „eine von den hohen Zentralstellen ausgehende Stellungnahme gegen die eines Entgegenkommens unwürdigen Abgeordneten“.<sup>394</sup>

Selbst wenn sich Nardelli – wie auch einige Regierungsmitglieder – über das wenig kooperative Auftreten einiger dalmatinischer Abgeordneter im Reichsrat im Zuge der Neuverhandlungen des Ausgleichs mit Ungarn geärgert haben sollte:<sup>395</sup> Nachteile für die eigene Bevölkerung in Kauf zu nehmen, um damit – vielleicht - unliebsame Abgeordnete diskreditieren zu können, hinterlässt zumindest in dieser Aktion schon den Eindruck eines ziemlich „abgehobenen“ Landeschefs. Im Vorhabensbericht des zuständigen Referenten an den Minister des Inneren wurde dieser Vorschlag Nardellis jedenfalls als „eigentlich“ qualifiziert.<sup>396</sup>

Nach der Mandatsniederlegung durch den Abgeordneten Bulić wurde im Juli 1910 eine Ergänzungswahl in Split notwendig. Nach längeren Verhandlungen einigten sich die „Kroatische Partei“ und die „Fortschrittspartei“ auf Josip Smodlaka als gemeinsamen Kandidaten (der dafür auf eine mögliche Kandidatur für das Bürgermeisteramt in Split verzichtete).<sup>397</sup>

Nardelli hatte zwar zunächst sondiert, ob seitens der „Kroatischen Partei“ chancenreiche Gegenkandidaten möglich wären (Bürgermeister Mihaljević bzw. Landtagsabgeordneter

<sup>393</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 71/geh. 1907 (17.12. 1907). Schreiben des Statthalters an den Minister des Inneren – mit Abschrift an den Ministerpräsidenten. Nardelli nannte als Beispiele für „lokale Wünsche“: Baljak wolle einen Eisenbahnverlauf durch seinen Wahlkreis Benkovac-Knin, Dulibić eine Unterrealschule in Šibenik (Sebenico), Biankini ein zweites Bezirksgericht auf der Insel Korčula (Curzola), Tresić-Pavišić einen Schutzdamm vor dem Hafen von Hvar (Lesina). Würde nun das bisherige Entgegenkommen der Regierung bei solchen Projekten ausbleiben, wäre dies für die Wähler im Wahlkreis sofort zu spüren und diese würden sich von ihren Abgeordneten „getäuscht“ fühlen, meinte Nardelli.

<sup>394</sup> Ebd.

<sup>395</sup> Vgl. dazu Pav, Die dalmatinischen Abgeordneten. Debatte zum Ausgleich. S. 70 – 80.

<sup>396</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 30 – Z. 12232 (23.12.1907).

<sup>397</sup> AVA MdI 34/2 Prä. Kart. 2250 – 5394/10 (30.5.1910). Dazu auch Kalwoda, Reichsratswahlen. S. 45 – 46.

Tommaseo), begründete dann aber in einem mehrseitigen Bericht an den Ministerpräsidenten, warum er nun gegen die Wahl Smodlakas keine Vorbehalte hatte. *„Wie ich an Ort und Stelle erhoben habe, ist der gegenwärtige Smodlaka nicht mehr des Smodlaka des Jahres 1907“*, er hätte – ob aufrichtig oder nicht – das Bedürfnis *„sich zu evolutionieren“*. Dass nach dem Kompromiss zwischen den beiden Parteien in Split Smodlaka *„unbestritten“* gewinnen würde, wäre nicht negativ zu sehen. Der Vorsitzende der „Fortschrittspartei“ hätte erkannt, *„dass es nicht unbedingt notwendig sei, eine gegen die Regierung gerichtete Politik zu vertreten.“* Zum Wohl des Volkes hätte man *„mit der Regierung auch in gutem Einvernehmen zu stehen“*. Im Übrigen hatte Nardelli den Eindruck gewonnen, dass Smodlaka nur halbherzig nach Wien ginge und viel lieber auf lokaler Ebene in Split politisch aktiv geblieben wäre.<sup>398</sup>

Im März und April 1911 - vor den im Land anstehenden Gemeinderatswahlen und den Gerüchten über eine vorzeitige Auflösung des Reichsrates - sandte der Statthalter zwei politische Berichte nach Wien, aus denen sich ein diametraler Gegensatz zum Nardelli – Bild des Jahres 1907 ergibt.

Im ersten Bericht zeichnete Nardelli ein völlig objektives und ohne persönliche Abqualifizierungen behaftetes Bild aller dalmatinischer Parteien, ihrer wichtigsten in der Öffentlichkeit stehenden Personen und ihren „grauen Eminenzen“ im Hintergrund, sowie ihrer Haltung zur Regierung und ihrer Parteiorgane und sonstigen Presseerzeugnisse.<sup>399</sup>

Aus dem zweiten Bericht lässt sich eine Art „demokratiepolitisches Vermächtnis“ des ein halbes Jahr danach in den Ruhestand tretenden politischen Beamten und quasi auch der Versuch einer Rechtfertigung seines Verhaltens im Wahlkampf 1907 ablesen.

Es wären schon *„viele Jahre vergangen“*, seit die politischen Behörden *„hie und da“* in die Wählerverzeichnisse *„ungesetzlich“* eingegriffen hätten und damit eine *„außerordentliche Hilfe geleistet haben und zwar speziell der Kroatischen Partei“*, schreibt Nardelli. Bei den derzeit bestehenden Verhältnissen könnte es jedoch nicht Aufgabe der Regierung sein, im

---

<sup>398</sup> AVA MdI 34/2 Präs. Kart. 2250 – 3796/10 (16.4.1910). Bericht Nardellis an den Ministerpräsidenten mit Abschrift an den Minister des Inneren.

<sup>399</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 13/geh. 1907 ( Teilbericht datiert mit 21.3. 1911, abgesendet am 30.3.1911). Schreiben des Statthalters an den Minister des Inneren – mit Abschrift an den Ministerpräsidenten. Die einzige persönliche Abqualifizierung betrifft den Führer der - im Land bedeutungslosen - Sozialdemokratischen Partei, Dorbić: *„ein vielfach abgestraftes Individuum“*. Vgl. dazu Kapitel „Politische Überwachungen“, Parteien. S. 162.

Kampf einer Partei gegen die andere „*die undankbare Rolle zu übernehmen, die Kastanien aus dem Feuer zu holen*“.

Die meisten Parteien stünden zwar in deutlicher Opposition zu Wien, ihre politischen Auseinandersetzungen hätten meist jedoch nur lokalen Charakter und würden „*das Regierungsinteresse wenig berühren*“. Er hätte sich an der Spitze der politischen Verwaltung des Landes „*stets an den Grundsatz gehalten, in allen politischen Fragen - es wäre denn, dass hochwichtige staatliche Interessen auf dem Spiele stünden (sic!) - die größte Objektivität zu beobachten und hauptsächlich für die Wahrung des Gesetzes und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen*“, betonte Nardelli.<sup>400</sup> (Im Hinblick auf sein Verhalten 1907 und in Abwandlung eines Lueger-Spruches könnte man sagen: was „hochwichtige staatliche Interessen“ sind, bestimme ich).

Er hätte damit in die „*einst so berüchtigten dalmatinischen Wahlen etwas Moral*“ gebracht. Die politischen Amtsleiter hätten von ihm bereits die Weisung erhalten, im Wahlkampf Gesetzestreue und „*bedingungslose Unparteilichkeit*“ zu wahren.<sup>401</sup>

Zum Schluss des Schreibens konnte Nardelli dann aber offenbar nicht umhin, seine persönlichen Präferenzen darzulegen. Männer wie Ivčević, Vuković und Biankini müssten zwar „*bisweilen eine oppositionelle Färbung*“ zur Schau tragen, um nicht gegen die „*hiesigen Traditionen zu verstoßen*“, stünden aber charakterlich und gesinnungsmäßig weit über „*jenen Verkündern des kroatischen Ideals, die es wohl nicht wert sind, dass man ihretwegen die erstgenannten gemäßigten Politiker, die bei der Majorität der Intelligenz des Landes Achtung und Einfluß genießen, zurückdränge*.“<sup>402</sup>

Es ist davon auszugehen, dass Ende März 1911 nicht nur in den klerikalen Kreisen um Thronfolger Franz Ferdinand, sondern auch schon bei Ministerpräsident Bienerth und dem neuen Innenminister Wickenburg ein „Masterplan“ zur Ablösung Nardellis existierte. Wenn nicht, lieferte der Statthalter mit dieser Parteinahme gegen die Kandidaten der „Reinen Rechtspartei“ einen wichtigen Grund. Die „Reine Rechtspartei“ hatte sich nicht nur der slowenisch-klerikalen Gruppierung von Ivan Šušteršič angenähert, sie wurde von diesem auch im Wahlkampf unterstützt.<sup>403</sup> Šušteršič war für eine Zusammenarbeit mit Bienerth und die

---

<sup>400</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 13/geh. 1907 (Teilbericht datiert mit 30.3.1911, abgesendet am 31.3.1911).

<sup>401</sup> Ebd.

<sup>402</sup> Ebd.

<sup>403</sup> Vgl. Kalwoda, Reichsratswahlen, S. 48.

offensichtliche Neutralität Nardellis gegenüber diesem „regierungstreuen Bündnis“ wurde Nardelli nicht nur von der „Reinen Rechtspartei“ in Dalmatien, sondern auch in Wien zweifellos übel genommen. An der Mandatsverteilung im Reichsrat (jeweils vier Abgeordnete der „Kroatischen Partei“ und der „Reinen Rechtspartei“) änderten die Wahlen 1911 nichts.<sup>404</sup>

### **Dalmatien während der Annexionskrise**

Die durch die Annexion von Bosnien – Herzegowina Anfang Oktober 1908 ausgelöste Krise am Balkan sollte Nardelli ein halbes Jahr lang intensiv beschäftigen, zumal Dalmatien ja nicht nur eine lange gemeinsame Grenze zum neuen Teil der Monarchie hatte, sondern auch die nicht nur in diesen Tagen besonders „unruhige“ Grenze zu Montenegro. Bei der Bewältigung der Annexionskrise zeigte sich der Statthalter als erfahrener, rechtskundiger und auch entscheidungsfreudiger hoher Beamter, der vor allem die gesamtstaatlichen Interessen zu wahren gewillt war.

Doch auch ein - man könnte sagen - pragmatisch-dalmatinischer Aspekt kam nicht zu kurz: in diesem Sinn hatte Nardelli bereits am 6. Oktober zwei unterschiedliche Geheimerlässe (einen „schärferen“ und einen „sanfteren“) an alle seine Bezirkshauptmänner herausgegeben. Grundsätzlich wurden darin die Meldegesetze und die Überwachung verschärft, der Konfidentenapparat verstärkt. „*Streng in Evidenz zu halten*“ waren „*Journalisten, als unzuverlässig bekannte Politiker, Personen, die häufig Reisen unternehmen*“, ebenso Angehörige von Balkanländern, Italiener, aber auch Ungarn und Einwohner Bosnien-Herzegowinas. Die orthodoxe Geistlichkeit war zu überwachen, Korrespondenzen und der Bezug serbenfreundlicher Presseorgane wurden überprüft. Der Unterschied in den Erlässen lag darin, dass in grenznahen Bezirken bzw. Bezirken mit hohem Serbenanteil beim „*geringsten Verdacht faktischer Staatsgefährlichkeit rücksichtslos vorzugehen*“ war, die Küsten- und Inselbezirke wollte Nardelli aber von zu intensiven Staatseingriffen verschonen. Dort mussten schon „*konkrete Verdachtsmomente*“ vorliegen, um die Behörden zum Einschreiten zu veranlassen.<sup>405</sup>

---

<sup>404</sup> Pav, Die dalmatinischen Abgeordneten, S. 144.

<sup>405</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 9982 (17.10.1908). Bericht des Statthalters (Zara 14.10.1908) an MdI über die Situation in Dalmatien. Die „scharfen“ Erlässe gingen nach Benkovac, Knin, Sinj, Imotski, Metkovic, Ragusa und Cattaro.

Noch eine interessante Unterscheidung traf Nardelli: Während er etwa in Benkovac eine wirksame Überwachung nur für „*sehr schwer möglich*“ hielt,<sup>406</sup> ordnete er „*betrunkene König Peter – Rufe*“ in Dubrovnik unter „*gewöhnliche Wirtshausexzesse*“ ein.<sup>407</sup>

Durch eine vertrauliche Mitteilung des Ministers des Inneren wurde Nardelli darüber informiert, dass nach Konfidentenberichten aus Belgrad der serbische König Peter einen offenen Krieg mit Österreich vermeiden wollte, weil sonst sofort Truppen „*von Semlin nach Belgrad übersetzen und der serbischen Königsherrlichkeit ein Ende setzen*“ würden. Deshalb wäre das Anwerben von Freiwilligen nicht nur in Bosnien, sondern auch in Dalmatien geplant, die dann als „*serbische Banden*“ in Bosnien agieren sollten.<sup>408</sup> Im Bereich Dubrovnik sollte - so eine spätere Information - ein eigenes Vermittlungsbüro errichtet werden.<sup>409</sup> Die Überwachungen im Süden Dalmatiens wurden daraufhin nochmals verschärft. In einer Reihe von Berichten gab Nardelli die Informationen seiner Beamten (meist ohne zusätzlichen eigenen Kommentar) über die Ein- und Ausreise von Ausländern im Raum Dubrovnik (und auch deren eventuelle dortige Kontakte) nach Wien weiter, ebenso Abschriften „*durchlaufender Telegramme*“. Wirklich „*staatsgefährdende Aktionen*“ waren nicht dabei.<sup>410</sup>

Im Februar 1909 wies Nardelli seine Bezirksleiter in Dubrovnik und Kotor an, sie mögen „*ohne leisesten Verdacht zu erregen*“ die Abonnentenverzeichnisse der Zeitungen „*Dubrovnik*“ und „*Boka*“ besorgen. Auf diese Weise erhielt die Statthalterei etwa 80 Namen und Adressen möglicher serbenfreundlicher Einwohner.“<sup>411</sup>

Auch von einigen kleinen Zwischenfällen an der Grenze zu Montenegro berichtete der Statthalter. Nicht ohne hinzu zu fügen, dass in Montenegro zwar „*Kriegsstimmung*“

<sup>406</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 9982 (17.10.1908). Der Bezirksrichter Dr. Alexander Miović wäre ein „serbischer Fanatiker und Anhänger der Smodlaka-Partei“, begründete Nardelli seine Einschätzung.

<sup>407</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 10.186 (21.10.1908). Bericht des Statthalters (Zara 19.10) an MdI. Diese „*deprimierten, aber nicht illoyalen Serben*“ erhielten zwischen drei und 14 Tagen Arrest.

<sup>408</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 127/geh.27.10. 1908. Das Schreiben des Ministers (9936 M.I. - streng vertraulich) ist mit 17. Oktober 1908 datiert und liegt dem Akt bei.

<sup>409</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 217 (5.1.09). Abschrift einer Note des Außenministers an den Ministerpräsidenten 105 M.P. ext 1909.

<sup>410</sup> Vgl. dazu beispielhaft HDA Zagreb, MUP. II. Kart. 20 – Z. 1497 (4.2.1909). Bericht des Statthalters (Zara 29.1.09) an MdI. In dem Bericht finden sich sechs Namen überwachter Personen, darunter der türkische Generalgouverneur von Skutari, Saffedin Bey, der montenegrinische Vojvode Simo Popović, der Franzose Gaston Pierre Bondaille, der englische Journalist Bennet Bourleigt, der fürstlich montenegrinische Postdirektor Jovan Popović und ein „*Individuum*“ namens Josip Horvatić mit Empfehlungsschreiben „*politisch verdächtigen Inhalts*“. Er wurde verhaftet. Ferner wurden noch die Abschriften eines russischen Transittelegramms von General Čerep Špiridović aus Moskau nach Cetinje und einer englischen, in „*offenbar entstellter Ausdrucksweise*“ gehaltenen Depesche aus Cetinje nach Wien übermittelt.

<sup>411</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 20/geh. 21.2. 1909. Erlass an die Bezirksleiter.

herrschte, dass aber zunehmend „*montenegrinische Grenzwatchen zu der auf österreichischen Territorium ansässigen Bevölkerung kommen und von derselben Nahrung bitten*“.<sup>412</sup>

Im Zusammenhang mit den in diesen Jahren üblichen „Entwaffnungen“ von Ortschaften<sup>413</sup>, scheint eine gegenteilige Aktion im sogenannten Canalital (im Hinterland von Cavtat) bemerkenswert: Mit Empfehlung des Statthalters wurde vom Reichskriegsministerium das Angebot der „*Canalesen*“ angenommen<sup>414</sup>, im Kriegsfall ihr Gebiet selbst zu verteidigen. Unter dem Titel „*improvisierter, territorialer Landsturmkompanien*“ wurden in dem Gebiet 430 Werndl – Infanteriegewehre (samt Bajonetten, Munition und schwarzgelben Armbinden) deponiert. Der Reichskriegsminister bestätigte dem Innenminister die Ansicht, dass „*die Loyalität und Reichstreue dieses römisch-katholischen Volkes über jeden Zweifel erhaben*“ wäre und die Bewaffnung eine Rückendeckung für das Kriegshafengebiet brächte.<sup>415</sup>

Eine weitere lokale Aktion wurde von Nardelli persönlich gesetzt. In der Ortschaft Sutomore (Spizza) in der Nähe von Budva war schon bald nach der Annexion das Gerücht aufgekommen (und nicht mehr verstummt), dass der Ort an Montenegro abgetreten werden sollte. Die Gemeinde richtete daher ein Gesuch an den Kaiser, in der Monarchie verbleiben zu dürfen. Der Kaiser ermächtigte nun Anfang Februar den Statthalter, *dieser „loyalen Bevölkerung“* bekanntzugeben, dass die Abtretungsgerüchte „*vollkommen grundlos*“ wären.<sup>416</sup> Nardelli fuhr selbst nach Sutomore. Allerdings mußte er „*wegen heftiger Borastürme*“ mit seinem „*wenig seetüchtigen*“ Schiff „Dalmat“ einige Tage warten.<sup>417</sup> Der Statthalter überbrachte am 19. Februar die Botschaft des Kaisers, überreichte dem Bürgermeister Lukšić das Goldene Verdienstkreuz und beruhigte die Bevölkerung.<sup>418</sup> Frano Lukšić konnte übrigens zwei Monate später in Wien dem Kaiser in einer Audienz selbst den „*Dank der Bevölkerung von Spizza*“ überbringen.<sup>419</sup>

---

<sup>412</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 12.948 (22.12.1908). Bericht des Statthalters (Zara 18.12.08) an MdI.

<sup>413</sup> Siehe Kapitel S. 173.

<sup>414</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 1340 (30.1.1909). Abschrift eines Berichts des Militärkommandos in Zara Nr. 2935 (vom 1.12.1908): dieser Beschluss war schon Anfang November 1908 in einer vom Bürgermeister von Gruda, Mato Magut Mašan einberufenen „Glavaren-Versammlung“ (Versammlung der Ortsältesten) gefasst worden. Danach hätten bis zu 2.000 Mann bewaffnet werden können.

<sup>415</sup> Ebd. Abschrift eines Schreibens des Reichskriegsministers (Präs. Nr. 11698 von 1908) an den Minister für Inneres.

<sup>416</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 1845 (12.2.1909). Dem Akt liegt die Abschrift der entsprechenden Mitteilung des Kabinettsdirektors K.Z. 94 vom 3. 2. 1909 (sub M.P. 643 6.2.09) bei.

<sup>417</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 2182 (20.2.1909). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren.

<sup>418</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 21/geh. 25.2. 1909. Dass „*die Veranstaltung in Spizza*“ auch in Montenegro bekannt geworden sein dürfte, wäre dem vor der Küste kreuzenden S.M.S. Kaiser Karl VI. zu verdanken: er feuerte ein Ehrensalue ab, das wohl „*auch an der nahen montenegrinischen Grenze vernommen*“ wurde, berichtete Nardelli nach Wien.

<sup>419</sup> Neue Freie Presse Nr. 16049 (26.4.1909) S.6.

Über eine Meldung in der „Grazer Tagespost“ war Nardelli ziemlich verärgert und rief nach der Zensur. Die Zeitung hatte über angebliche „*anarchistisch panslavistische Propaganda*“ im Raum Gruž (Gravosa) - Dubrovnik berichtet. Rigorose Untersuchungen der Behörden in dieser Angelegenheit waren allerdings absolut negativ. Zur „*erfolgreichen Durchführung der staatlichen Schutzvorkehrungen*“ wäre es daher wünschenswert, dass sich auch die Presse außerhalb Dalmatiens bei Berichten über die Situation auf dem Balkan zurückhielte, meinte Nardelli. Konkret ersuchte der Statthalter den Minister des Inneren, „*auf die Pressezensur geneigtest im obigen Sinne Einfluß nehmen zu wollen*“.<sup>420</sup>

Alarmiert reagierte Nardelli auf das Auftauchen einer Broschüre von Jovan Cvijić (über die Annexion Bosnien-Herzegowinas) in Dalmatien. Der Belgrader Universitätsprofessor vertrat darin die Ansicht, dass das annektierte Gebiet „*das Herz des Serbenlandes*“ und der „*Bestand einer serbischen Macht*“ ohne Bosnien und Herzegowina nicht dankbar wäre. Diese beiden Länder müssten daher Serbien zugeschlagen oder zumindest weitestgehend autonom werden. Ein territorialer Zuwachs sollte Serbien den Weg zur Adria eröffnen, Serbien und Montenegro müssten Nachbarn werden und Sutomore zu Montenegro kommen. . Sollten die europäischen Mächte diese Forderung nicht anerkennen, müsste „*die serbische Frage mit Gewalt erledigt werden*“, schrieb Cvijić. Die Broschüre würde nach Meinung Nardellis „*mit Sicherheit*“ in Dalmatien große Verbreitung finden. Daher sollte die Regierung eine entsprechende Gegenäußerung überlegen. Er seinerseits hätte bereits die Oberstaatsanwaltschaft bezüglich eines Verbots der Broschüre eingeschaltet.<sup>421</sup>

Bei der Zusammenarbeit mit den Militärbehörden gab es in der Zeit der Annexionskrise einige kleinere Pannen. Schon am 21. Oktober hatte sich das Reichskriegsministerium für eine „*standrechtliche Behandlung staatsgefährlicher Delikte*“ in den südlichen Grenzgebieten ausgesprochen.<sup>422</sup> Nardelli wies darauf hin, dass es in ganz Dalmatien keinen Scharfrichter gäbe. Außerdem könnte „*angesichts der konkreten Verkehrsverhältnisse in Dalmatien*“ bei Einführung des Standrechts in mehreren politischen Bezirken mit nur einem

---

<sup>420</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 3720 (24.3.1909). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren. Nardelli bezog sich auf eine Meldung der „Grazer Tagespost“ 68/1909 (9. 3. 09).

<sup>421</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 6/geh. 26.1. 1909. Bericht Nardellis an den Minister des Inneren (mit Abschrift an den Ministerpräsidenten). Die Broschüre „Aneksija Bosne i Hercegovine i srpski problem“ war die Übersetzung des französischen Originals, wurde von der Staatsdruckerei in Belgrad gedruckt und war in Dalmatien im Buchhandel allgemein erhältlich, berichtete der Statthalter.

<sup>422</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 10538 (30.10.1908). Sub. 4583 M.P. Schreiben von Ministerpräsident Beck (vom 29.10.08) an Nardelli.

Scharfrichter „den Anforderungen des Gesetzes (§445 Z.2) schwerlich Genüge geleistet werden“, erklärte der Jurist Nardelli.<sup>423</sup> Eine Woche später wurde der Statthalter informiert, dass das Justizministerium einen Wiener Scharfrichter (mit seinen beiden Gehilfen) angewiesen hätte, sich bei Bedarf „zu einer auswärtigen Amtshandlung bereit zu halten“.<sup>424</sup>

Mit der Kommunikation zwischen Militär und politischer Behörde war Nardelli nicht zufrieden. Natürlich müsste im Krisenfall rasch agiert werden, doch vor allem bei Grenzsicherungsaktionen (durch Militär, politisch-polizeiliche Organe, Gendarmerie-, Finanz- und Hafenbehörden) wäre die gegenseitige Information auf den verschiedenen Befehlsebenen verbesserungsbedürftig. Nardelli sandte an den Minister des Inneren ein Zehn - Punkte – Programm, das für Dalmatien entsprechend der „komplexen lokalen Verhältnisse“ einige Sonderregelungen erforderte, ansonsten aber auch auf „die Behörden anderer Kronländer auszudehnen“ wäre.<sup>425</sup> Außerdem sollten - zumindest in Bezug auf Dalmatien – für den Grenzschutz die Kriterien der Staatsgefährlichkeit präziser definiert und die Möglichkeit zur Verhaftung spionageverdächtiger Personen „an Bord ausländischer Fahrzeuge“ geregelt werden, betonte Nardelli.<sup>426</sup>

Am Höhepunkt der Krise verfügte der Statthalter auf Weisung des Ministers des Inneren die Sperre der Grenze zu Montenegro.<sup>427</sup> Nardelli führte die Weisung aus, meldete jedoch juristische Bedenken an. Er sah diese Art der Grenzsperrung formal als nicht durch das Gesetz gedeckt an und beschuldigte außerdem die Militärverwaltung – in einem Gebiet ohne Ausnahmezustand - eines „Kompetenzübergreifens“ bei den Grenzkontrollen („auch des zivilpolizeilichen Grenzsicherungsdienstes im Kriegshafenbereiche“) auf die Agenden der politischen Verwaltung. Außerdem hätte das Militär die Grenzsperrung „schon gehandhabt“, noch bevor „die politischen Behörden irgend etwas verfügt“ hätten. Ein direktes Gespräch

---

<sup>423</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z.11310 (16.11.1908). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren.

<sup>424</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z.11620 (23.11.1908). Schreiben des Ministeriums des Inneren an Nardelli.

<sup>425</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z.11038 (10.11.1908). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren. Im Kern ging es Nardelli um rasche Kommunikation auf lokaler Ebene und zugleich die Sicherstellung der Information an die nächst höheren Instanzen (wenn dies aus zeitlichen Gründen nicht möglich war, zumindest im Nachhinein - was laut Nardelli - oft nicht erfolgte). Außerdem sollten Militär und politische Behörde öfter telegraphisch kommunizieren. Dazu wäre die Einführung eines „chiffrierten Depeschenverkehrs“ zwischen den Behörden erwünscht.

<sup>426</sup> Ebd.

<sup>427</sup> Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Dalmatien 1909. VI. Stück S. 11 (28.3.1909). Die Sperre erfolgte auf Grund des Reichsgesetzblattes 96 (20.4.1854) § 7 „aus Rücksicht der öffentlichen Ruhe und Ordnung“. Mit dem XII. Stück S. 15 (12.4.1909) wurde die Grenzsperrung wieder außer Kraft gesetzt.

über diese „*verwickelte Kompetenzfragen*“ mit dem Militärkommandanten war wegen dessen längerer Abwesenheit von Zadar nicht möglich.<sup>428</sup>

Die Annexionskrise endete für Nardelli mit einer bürokratischen Niederlage. Ohne auf seine juristischen Argumente im Detail einzugehen, verwies Militärkommandant Fanta darauf, dass die Verhältnisse am 22. März nur „*nominell friedlich*“ waren und diese „*ausnahmsweise Maßnahme*“ daher auf diese Weise notwendig war, wie sie „*tatsächlich erfolgte*“<sup>429</sup>.

Die „Abfuhr“ aus Wien dürfte für den politischen Beamten Nardelli jedoch ziemlich schmerzhaft gewesen sein: in einer „*Bemerkung*“ nahm das Reichskriegsministerium den Standpunkt des Ministeriums des Inneren, „*wonach die von der k. k. Statthalterei in Zara gegen die militärische Durchführung der Grenzabspernung erhobenen Bedenken ungerechtfertigt sind, dankend zur Kenntnis*“.<sup>430</sup> Die Grenzabspernung war immerhin vom k. u. k. Chef des Generalstabs per Erlass „*initiiert*“ worden.<sup>431</sup> Nardelli wohl mußte zur Kenntnis nehmen, dass dagegen „ein kleiner Statthalter“ zur damaligen Zeit nur schwer ankam, auch wenn er vermutlich juristisch im Recht war.

## Die Sprachenfrage

Dass am 1. Jänner 1912 – knapp drei Monate nach dem Rücktritt Nardellis – Kroatisch als innere Amtssprache in Dalmatien eingeführt wurde, gilt allgemein unbestritten als die größte politische Leistung in dessen Amtszeit. Nardelli hatte in dieser Frage zweifellos geschickt zwischen den kroatisch-serbischen und den italienischen Interessen im Land selbst zu vermitteln versucht und auch entsprechende Kompromissvorschläge in Wien vorgelegt. Es war ihm aber auch ein neuer Zeitgeist entgegen gekommen.<sup>432</sup>

---

<sup>428</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z.4322 (6.4.1909). Schreiben des Statthalters (Zara 3.4.09) an MdI.

<sup>429</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z.5773 (12.5.1909) Schreiben des Militärkommandos Zara (26.4.09) an den Statthalter.

<sup>430</sup> Ebd. Dem Akt liegt die „Bemerkung“ Präs. 5853 des Reichskriegsministeriums (7.5.1909) zum Einsichtsstück Präs. MdI 4322/1909 bei.

<sup>431</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z.5773 (12.5.1909) Schreiben des Militärkommandos Zara (26.4.09) an den Statthalter. Darin Verweis auf den Erlass Res. Gstbs. Nr. 1209 (22.3.1909).

<sup>432</sup> Die „Germanisierungsbestrebungen“ von Ministerpräsident Koerber wurden in Dalmatien unter seinen Nachfolgern nicht mehr als „aktuelle“ Gefahr empfunden. Und im Land selbst waren die unterschiedlichen Reaktionen auf die Sabor-Eröffnungsreden von Statthalter Handel und seinem Nachfolger Nardelli evident: als Handel 1902 nach seiner Kroatisch gehaltenen Begrüßung diese auf Italienisch wiederholte, gab es Proteste der kroatischen Abgeordneten. Bei Nardelli wurde die gleiche Vorgangsweise 1905 problemlos akzeptiert.

In einer Interpellationsbeantwortung an den Abg. Dr. Trinković (Rechtspartei) in der Sabor-Sitzung vom 27. September 1909 bezüglich des „*Sprachengebrauchs seitens der Regierungsvertreter im Landtag*“ verwies Nardelli übrigens auf die „*mehr als*

Der Regierung in Wien wurde – nicht zuletzt auch durch Nardellis Berichte – klar, dass für Dalmatien mehr getan werden mußte. Und der Hinweis des Leiters der Statthalterei, dass der dalmatinische Wunsch nach der kroatischen Amtssprache „nichts kostet“ (im Vergleich zu den wirtschaftlichen Erfordernissen), war zweifellos wirkungsvoll. Bei der Formulierung von Ivo Perić, wonach die Wiener Regierung nach der Annexion den Wunsch hatte, „*die Unzufriedenheit der dalmatinischen Kroaten und Serben zu besänftigen und angesichts der neuen Welle italienischer Irredenta Wohlwollen für die langen und hartnäckigen Wünsche der dalmatinischen Kroaten und Serben zu zeigen*“<sup>433</sup>, scheint jedoch das innerdalmatinische Tauziehen nicht ausreichend berücksichtigt (wie die Berichte über die weiteren Verhandlungen deutlich machen).

Mit der Ermächtigung durch den Innenminister hatte Nardelli ja schon in der Sabor-Session 1905 eine baldige Regelung der Sprachenfrage angekündigt. Daraufhin hatten sich die Sabor-Parteien darauf verständigt, in einem Komitee nicht nur die Sprachenfrage, sondern auch das Schulwesen und eine Änderung der dalmatinischen Wahlordnung zu diskutieren und eine gemeinsame Lösung zu suchen. In dieser Situation war es nun nicht die Wiener Regierung, die bei der Sprachenfrage bremste, sondern der Leiter der Statthalterei. Nardelli schrieb nach Wien, dass es „*nicht angezeigt wäre, die Absichten der Regierung zu demaskieren*“, ehe nicht ein Verhandlungsergebnis bekannt wäre. Denn entweder könnten die Kroaten den Italienern mehr als die Regierung anbieten. Dann müsste die Regierung das wohl erfüllen und die Italiener wären den Kroaten im Land „*verpflichtet und dankbar*“ und nicht der Regierung. Oder – im anderen Fall - wäre die Regierung gegenüber den Italienern „*zu freizügig*“ und würde damit die Kroaten verärgern.<sup>434</sup>

Noch ehe über die im Komitee<sup>435</sup> erzielten Verhandlungsergebnisse in den einzelnen Parteien Beschlüsse gefasst wurden, konnte Nardelli vertrauliche Details nach Wien berichten. An kroatischen Volksschulen sollte, allerdings nur in größeren Orten, auch Italienisch gelernt werden. An kroatischen Mittelschulen sollte „*jeder Jüngling nach Absolvierung der Mittelschule vollkommen das Italienische beherrschen*“ – und umgekehrt Kroatisch an

---

*fünfzehnjährige Praxis*“, wonach Regierungserklärungen im Landtag in kroatischer oder serbischer und italienischer Sprache abgegeben werden. (Bericht: Neue Freie Presse Nr. 16.204 v. 30. 9.1909. S. 6)

<sup>433</sup> Perić, *Politički portreti*. S. 212.

<sup>434</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 23/geh.05 ( 27.11. 1905). Bericht Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>435</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 3/geh.06 ( 18.2. 1906). Bericht Nardellis an den Minister des Inneren. Das Komitee trat zweimal zu Beratungen zusammen. Teilnehmer waren: Trumbić und Milić (Kroaten), Simić (Serbe), Salvi, Krekich und Zilio (Italienisch-autonome).

italienischen Mittelschulen. Die Italiener akzeptierten Kroatisch als innere Amtssprache, bei italienischen Eingaben müsste jedoch die Verhandlung auch auf Italienisch erfolgen. Kundmachungen und Amtsschilder sollten zweisprachig sein (außer in rein slawischen Orten). Bei einer Änderung der Landtagswahlordnung müssten ausreichend Mandate für die Italiener gesichert werden. Eine Zusage für ein italienisches Reichsratsmandat gaben die Kroaten nicht.<sup>436</sup>

Danach stand wieder Wien „auf der Bremse“: als Gegenleistung für Verbesserungen in Dalmatien wurde ein „Wohlverhalten“ der dalmatinischen Abgeordneten gegenüber der Regierung im Reichsrat erwartet.<sup>437</sup> Widerstand kam auch von der „Reinen Rechtspartei“ (die den Italienern keine Zugeständnisse machen wollte) und auf der anderen Seite von der italienischen Beamtenschaft in Dalmatien selbst.

Als dann Ministerpräsident Bienerth nach einigen Nardelli-Urgenzen im April 1909 zu einer Konferenz zur Regelung der Sprachenfrage nach Wien einlud, war der dalmatinische Teilnehmerkreis bis zuletzt unklar.<sup>438</sup>

Die Konferenz begann am 20. April. Der Regierungsvorschlag, der nach der Erklärung des Ministerpräsidenten den Wünschen „*beider Nationalitäten Rechnung tragen*“ sollte, wurde von allen Teilnehmern als „*nicht befriedigend befunden*“. Die Kroaten bestanden darauf, dass im „inneren Amtsverkehr“ auch italienische Eingaben kroatisch erledigt werden müssten. Ein italienisches Entgegenkommen in der Sprachenfrage könnte jedoch mit einem kroatischen Entgegenkommen in Schulfragen kompensiert werden.<sup>439</sup>

Am nächsten Tag wurde über einen Vermittlungsvorschlag Nardellis verhandelt, wonach in insgesamt 16 Orten im „inneren Dienst“ auch das Italienische verwendet werden könnte (die Kroaten wollten fünf Orte zugestehen, die Italiener verlangten 34). Außerdem sollte die

---

<sup>436</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 3/geh.06 ( 18.2. 1906).

<sup>437</sup> Sten. Prot. XVIII (12.12.1907) S. 3322-3325. Erklärung von Ministerpräsident Beck im Reichsrat

<sup>438</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 65/geh.09 ( 19.4. 1906). In insgesamt vier Telegrammen nach Wien (an den Statthalter und den Ministerpräsidenten) konnte Statthaltereie - Vizepräsident Tončić schließlich die Teilnahme des Serben Baljak bestätigen. Bei Prodan von der Rechtspartei gab es bis zuletzt keine Zusage (Landtagspräsident Ivčević war jedoch „*zuversichtlich*“ diesen noch „*überreden*“ zu können).

Ein nicht ganz uninteressantes Detail findet sich ebenfalls in dem Akt: mehr als drei Jahre nach der Ankündigung Nardellis im Sabor zur Lösung der Sprachenfrage war es Tončić nicht gelungen, in Zadar auch nur ein Exemplar der Schrift des vormaligen Landtagspräsidenten Bulat „Die Sprachenfrage im Königreiche Dalmatien“ aufzutreiben. Da Nardelli die Schrift als Unterlage bei den Verhandlungen in Wien haben wollte, bestellte Tončić telegraphisch drei Exemplare bei der Verlagsbuchhandlung Hölder in Wien (zur Lieferung ins Hotel „Ungarische Krone“).

<sup>439</sup> Neue Freie Presse Nr. 16044 (21.4.1909) S. 9. Teilnehmer waren: Ministerpräsident Bienerth, der Minister des Inneren Haerdtl, Unterrichtsminister Stürgkh, Nardelli, die Abgeordneten Ivčević und Biankini für die Kroatische Partei, Prodan (Rechtspartei), der Serbe Baljak und die italienischen Landtagsabgeordneten Ziliotto und Krekich.

Regelung nach Wunsch der Kroaten spätestens in drei Jahren in Kraft treten, die Italiener wollten eine längere Übergangsfrist.<sup>440</sup>

Ab Abend des 22. April kam es – nach zahlreichen Unterbrechungen - zur Einigung dank eines - wie die „Neue Freie Presse“ schrieb - „*starken Entgegenkommens von seiten der italienischen Delegierten*“. Als „innere Amtssprache“ wurde mit wenigen Ausnahmen Kroatisch festgelegt, im „äußeren Verkehr“ wurden neben den fünf Kreisgerichtsstädten Zadar, Split, Šibenik, Dubrovnik und Kotor auch weitere Städte und Märkte an der Küste zweisprachig. Dieser Ausweitung wollte der Abgeordnete Prodan nicht zustimmen. Er verließ die Sitzung schon am Vormittag.<sup>441</sup> Auch die Amtssprache der Post musste von Italienisch auf Kroatisch umgestellt werden. Die italienischen Schulwünsche wurden auf spätere Verhandlungen verschoben.<sup>442</sup>

Ein telegraphischer Bericht der „Neuen Freien Presse“, wonach es wenige Tage später in Zadar heftige „*Demonstrationen*“ der Italiener gegeben hätte, wurde von der Statthalterei als „*gänzlich aus der Luft gegriffen*“ dementiert.<sup>443</sup> In einer „*italienischen Volksversammlung*“ wäre aber jedenfalls - laut Zeitungsbericht - befürchtet worden, dass es zu einer „*vollständigen Verdrängung der italienischen Beamten*“ und zum „*Ruin der in Dalmatien lebenden Italiener*“ kommen würde. Außerdem wären die Italiener verärgert, weil die kroatischen Blätter „*den Sieg der Kroaten feiern und die Italiener verhöhnen*“.<sup>444</sup>

Angesichts solcher Stimmungsbilder aus Dalmatien ist das Verdienst des Statthalters bei der Lösung der Sprachenfrage wohl mehr im Land selbst als bei den Verhandlungen mit der Regierung in Wien zu suchen.

Dass Nardelli seit der Annexionskrise mit den militärischen Stellen kein gutes Einvernehmen gehabt haben dürfte, zeigte sich auch in der Sprachenfrage. Ein Jahr nach der Einigung in

---

<sup>440</sup> Neue Freie Presse Nr. 16045 (22.4.1909) S. 7.

<sup>441</sup> Neue Freie Presse Nr. 16049 (26.4.1909) S. 6. Unter Bezugnahme auf „Hrvatska Kruna“, das Organ der Rechtspartei wurde berichtet, dass die Leitung der Kroatischen Rechtspartei die Vorgangsweise von Prodan „*gebilligt*“ hätte.

<sup>442</sup> Neue Freie Presse Nr. 16046 (23.4.1909) S. 9.

<sup>443</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 68/geh.09 ( 26.4. 1909). (Das Telegramm vom 28.4. liegt dem Akt bei).

In diesem Akt weist Nardelli übrigens den Ministerpräsidenten darauf hin, dass dem Text der Sprachenverordnung zwar die Namen von sieben Ressortministern beigezeichnet wären, der Name des Ministerpräsidenten aber „*offenbar aus Versehen weggelassen wurde.*“ Ob er den Namen des Ministerpräsidenten hinzufügen dürfte, wollte Nardelli wissen. Er durfte nicht. Es war hier wohl dem Statthalter ein Fehler unterlaufen: die im Landesgesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Dalmatien (VIII. Stück, ausgegeben am 27. 4. 1909) unter Nr. 13 erschienene Verordnung betreffend den Sprachengebrauch war eine *gemeinsame Verordnung der Minister* des Inneren, Kultus, Justiz, Finanzen, Handel, öffentliche Arbeiten und Ackerbau und daher auch nur mit diesen sieben Namen gezeichnet.

<sup>444</sup> Neue Freie Presse Nr. 16050 (27.4.1909) S.10.

Wien „*ersuchte*“ Nardelli, nun auch einer Regelung des Sprachengebrauchs bei der Gendarmerie in Dalmatien „*näherzutreten*“. Das Schreiben war nicht nur angesichts der damals üblichen Höflichkeitsfloskeln in einem rüden Ton gehalten. „*Ich und auch meine Vorgänger haben bereits wiederholt Gelegenheit gehabt*“, so begann Nardelli sein Schreiben an den Minister für Landesverteidigung in Wien, „*auf die Unzukömmlichkeiten aufmerksam zu machen, welche in Dalmatien aus dem Gebrauche der deutschen Sprache seitens der Gendarmeriepostenkommanden im Verkehre mit den hierländigen k. k. Staatsbehörden sowie Gemeinden erwachsen*“.

Zwar wäre vereinbart worden, dieses Problem nicht zeitgleich mit der Sprachenverordnung zu lösen, aber es sollte jetzt auch Kroatisch bei der Gendarmerie eingeführt werden, weil dort viele Beamte nicht ausreichend Deutsch könnten, um korrekte Berichte zu verfassen und deshalb manchmal „*wichtige Tatsachen*“ übergangen.<sup>445</sup>

Die Vorgangsweise Nardellis in Bezug auf italienische Schulen ist an zwei Beispielen gut dokumentierbar.

Anfang 1907 fragte der Außenminister bei Nardelli an, ob etwas dagegen spräche, wenn die italienische Regierung „*ausschließlich für Kinder italienischer Staatsangehöriger eine Elementarschule in Ragusa*“ errichten und betreiben würde.<sup>446</sup> Nardelli antwortete, dass gegen eine Schulgründung durch eine in Dubrovnik lebende Privatperson kein Einwand bestünde, sehr wohl jedoch gegen die Gründung durch Italien. Das würde die Situation der „*italienischen Kolonie in Dalmatien*“ jener von „*unkultivierten Balkangebieten*“ gleichstellen, in denen sich europäische Staaten „*moralisch verpflichtet fühlen*“, für die Bildung der Kinder ihrer Staatsbürger zu sorgen. Eine Aktion Italiens „*ähnlich Albanien*“ würde im Süden Dalmatiens „*eine nationale Gegenströmung bei der einheimischen Bevölkerung*“ hervorrufen. Es wäre daher „*auf unbestimmte Zeit*“ davon abzusehen.<sup>447</sup>

Der zweite Fall betraf die vom privaten Verein „Lega Nazionale“ betriebenen italienischen Knabenvolksschulen in Split und Šibenik und stand mit der Regelung der Sprachenfrage in unmittelbarem Zusammenhang. Für beide Schulen hatte der Verein schon 1905 das Öffentlichkeitsrecht und die Zuteilung staatlicher Mittel beantragt. Im Mai 1909, zwei

---

<sup>445</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 40/geh.10 ( 12.5. 1910). Das Schreiben an den Minister für Landesverteidigung ging abschriftlich auch an den Ministerpräsidenten.

<sup>446</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z. 518 (18.1.1907). Schreiben des Ministers des Äußeren an den Statthalter.

<sup>447</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z. 2431 (19.3.1907). Antwort Nardellis (Zara 15.3.07) an den Minister.

Wochen nach der Wiener Spracheneinigung, urgierte Unterrichtsminister Stürgkh bei Nardelli die Erledigung. Der Statthalter vertröstete ihn auf Herbst.<sup>448</sup>

Im Februar 1910 erbat der Minister nun „*dringendst*“ die Erledigung und schlug darüber hinaus vor, aus dem Budget zur „*Hebung des Volksschulwesens in Dalmatien*“ einen Teilbetrag zur Subventionierung italienischer Schulen zu verwenden. Die Antwort mit dem Bericht über das Öffentlichkeitsrecht erfolgte erst im April. Von der Subventionierung möge der Minister absehen, weil „*die autonome Verwaltung Dalmatiens bekanntlich von italienischen Schulen nicht wissen will*“ und die Heranziehung von Geld aus dem dalmatinischen Landesausschuss für diesen Zweck in kroatischen Kreisen „*eine große Erbitterung hervorrufen*“ würde.<sup>449</sup>

Im Oktober wurde Minister Stürgkh ungeduldig und sprach von einem „*Dilemma*“. Die „*beharrliche Weigerung der verpflichteten Faktoren*“, dem Recht der Minderheit auf eine öffentliche Schule nachzukommen, würde eine Finanzierung aus „*politisch nicht einwandfreier privater Initiative geradezu herausfordern*.“ Nardelli hätte bei den Sprachenverhandlungen die Lösung der Schulfrage in Split zugesagt, geschehen wäre nichts. Er sollte jetzt vom Sabor die notwendigen Beträge im Schulbudget beschließen lassen oder dafür Mittel aus der dem Land „*zukommenden Staatsunterstützung ... in anderer Weise*“ sicherstellen, „ersuchte“ der Minister. Diesmal kam die Antwort Nardellis prompt. Der Landtag hätte das Schulbudget bereits vor dem Eintreffen des Ministerbriefes beschlossen, seine - Nardellis - Intervention beim Landtagspräsidenten Ivčević hätte, wie erwartet, nichts bewirkt und die italienischen Abgeordneten wären mit der Erteilung des Öffentlichkeitsrechtes für die Schule in Split zufrieden (und eine diesbezügliche Verfügung würde bei den Kroaten kein Aufsehen erzeugen). Was die Finanzierung der Schule durch den Verein beträfe, wäre das Verhalten der „*Lega Nazionale*“ zur Zeit derart, „*dass ich keine speziellen politischen Bedenken gegen dessen Wirksamkeit im Schulwesen anführen könnte*“.<sup>450</sup>

---

<sup>448</sup>Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 77/geh.09 (19.6.1909). (Späte) Antwort des Statthalters an Stürgkh. Das Schreiben des Ministers vom 6. 5. 1909 liegt dem Akt bei. Nardelli begründete die Verzögerung damit, dass der Schulinspektor erst im Herbst die notwendige „*Visitierung*“ durchführen könnte. Außerdem sollte „*der slawischen Majorität*“ bei der Sabor-Session im Herbst nicht die Möglichkeit zur Polemik eingeräumt werden.

<sup>449</sup>Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 10/geh.10 (30.4.1910). Antwort Nardellis auf den Ministerbrief vom 4. 2. 1910. Das Öffentlichkeitsrecht für Split wurde befürwortet, auch wenn gegen den Verein „*gewichtige Bedenken politischer Art*“, vor allem was seine Finanzierung von außen betraf, vorgebracht wurden. Šibenik wurde nicht mehr erwähnt.

<sup>450</sup>Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 65/geh.10 (17.10.1910). Antwort Nardellis auf den Ministerbrief vom 8.10.1910.

Damit war es nicht notwendig, Geldmittel zurückzuhalten, die „slawische Majorität“ wurde nicht verärgert und Nardelli hatte das Problem (nach fünf Jahren) „ausgesessen“.

### **Das „Wirtschaftsprogramm für Dalmatien“**

Mit dem „Programm der staatlichen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Hebung Dalmatiens“ vom 25. Februar 1907 vollzog die Wiener Regierung einen Schwenk in der bisherigen Dalmatienpolitik – nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern zweifellos auch aus strategischen Erwägungen. Die vielen vorangegangenen Hinweise auf die Vernachlässigung dieses Kronlandes und die Notwendigkeit von Investitionen - von Nardelli, seinem Vorgänger Handel und auch den dalmatinischen Abgeordneten - hatten Wirkung gezeigt. Die Versäumnisse wurden von Ministerpräsident Beck sogar bestätigt, als er im Hinblick auf die zahlreichen „dalmatinischen Begehrlichkeiten“ erklärte: *„Man kann nicht alle Schäden der Vergangenheit mit einem Mal ausgleichen“*.<sup>451</sup>

Auch politische Überlegungen mochten bei Beck und dem Kreis um Thronfolger Franz Ferdinand eine Rolle gespielt haben, etwa *„die dalmatinischen Träger der Politik des Neuen Kurses zu entzweien“*. Hier konnte Wien wohl mit dem *„Versprechen positiver Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft“* ansetzen, *„um damit die konservative städtische Schicht von der Unterstützung des scharfen Oppositionskurses gegen Wien abzubringen“*.<sup>452</sup>

Nach einer Inspektionsreise durch Dalmatien hatte Nardelli im Juni 1906 einen Situations- und Stimmungsbericht nach Wien geschickt, in dem er zur *„Abschwächung der antiösterreichischen Stimmung in der Provinz“* nochmals auf dringende Maßnahmen zur wirtschaftlichen Hebung des Landes hingewiesen hatte.<sup>453</sup>

Bald danach wurde in Wien das „Dalmatinische Komitee“ gegründet, in dem Vertreter von sechs Ministerien innerhalb weniger Monate einen Maßnahmenkatalog ausarbeiteten.<sup>454</sup> Die tatsächliche Umsetzung erwies sich aber angesichts der österreichischen Bürokratie und auch

---

<sup>451</sup> Cedik, Geschichte der Ministerien (III 1905-1908). S. 101.

<sup>452</sup> Igor Karaman, Društveno-ekonomsko stanje pokrajine i tzv. „vladina akcija za gospodarsko podizanje Dalmacije“ početkom 20. stoljeća (sogenannte „Regierungsaktion zur Hebung der Wirtschaft Dalmatiens“ am Beginn des 20. Jahrhunderts. Fiskovićev zbornik, II (Split 1980) S. 275. Zit. nach Perić, Politički portreti. S. 207.

<sup>453</sup> HHStA Wien, Nachlass Franz Ferdinand (Kart. 114 - Denkschriften). Nardelli – Bericht zu Dalmatien 23. 6. 1906.

<sup>454</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 13499 (10.12.1909). Schreiben des Handelsministers an den Minister des Inneren. Unter Führung von August Engel, Abteilungsleiter im Finanzministerium, waren die Ministerien des Inneren, der Finanzen, der Landwirtschaft, des Unterrichts, des Eisenbahnwesens und des Handels im Komitee vertreten. Ab 30.8.1909 übernahm der Handelsminister selbst die Leitung, Engel wurde sein Stellvertreter im Komitee.

dalmatinischer Strukturprobleme als überaus schwierig. Die Förderung des Wirtschaftslebens in Dalmatien war, wie es Nardelli einmal bezeichnete, eine „*mehr als lebenslängliche Sisyphusarbeit*“. <sup>455</sup>

Ein Jahr nach Beginn des Programms erhielt Nardelli Post vom Ministerpräsidenten. Beck schrieb, dass er mehrere Klagen über einen schleppenden Fortgang der Aktion hätte, wobei ihm auf Nachfrage von den einzelnen Ministerien „*versichert*“ würde (neben dem Wort „*versichert*“ findet sich übrigens der handschriftliche Vermerk Nardellis „*natürlich*“!), dass von ihrer Seite alles geschehen wäre und „*die Schuld für das langsame Tempo wohl bei der Statthalterei liege, weil es dort an einer zielbewussten und einheitlichen Leitung der Aktion fehle*“. <sup>456</sup> Der Ministerpräsident wünschte zu wissen, welche konkreten Aktionen im Rückstand wären und damit Anlass zu Beschwerden der Bevölkerung gäben. Nardelli nannte in seiner Antwort insgesamt 48 Projekte, die sich in Arbeit befänden und stellte seinerseits an Beck das „*Ansuchen, mir mit tunlichster Beschleunigung mitzuteilen, welche im obigen Programm enthaltenen Maßnahmen in den Wirkungskreis der Landesbehörde*“ fielen. <sup>457</sup>

Es gab aber nicht nur enorme Kompetenzprobleme, sondern aus Sicht der Dalmatiner auch für die meisten Bereiche zu wenig Geld. So waren etwa von 1906 bis 1909 in Cisleithanien für den Ausbau der Straßenverbindungen insgesamt 59 Millionen Kronen vorgesehen, davon zwei Millionen für Dalmatien. Und von den Ausgaben von 13 Millionen Kronen zur Trockenlegung von Sumpfgebieten in Cisleithanien entfielen im gleichen Zeitraum auf Dalmatien gerade einmal 60.000 Kronen. <sup>458</sup>

Im Jänner 1910 sandte Nardelli einen umfassenden Bericht über den „*Stand der Aktion zur Hebung Dalmatiens*“ nach Wien. <sup>459</sup> In 26 Kapiteln wurden sämtliche Wirtschaftszweige „*im Wirkungskreis der politischen Landesverwaltung*“ beleuchtet.

Zur Schifffahrt erklärte Nardelli, eine „*allmähliche Modernisierung*“ wäre - „*zugegeben*“ - nur durch stete Kontrolle tatsächlich zu erreichen. Die Hafenausbauten (nicht in der Kompetenz der Statthalterei) wären nach dem Bericht der Seeverwaltung „*höchst rührig*“.

---

<sup>455</sup> Perić, *Politički portreti* S. 199.

<sup>456</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 59/geh.08 (29.6.1908). Antwortschreiben Nardellis an Beck (29.6.08). Dem Akt liegt der Brief des Ministerpräsidenten vom 24. Juni 1908 bei.

<sup>457</sup> Ebd.

<sup>458</sup> I. Karaman S. 278. Zit. nach Perić, *Politički portreti* S. 212.

<sup>459</sup> Im Folgenden HHStA Wien, Nachlass Franz Ferdinand (Kart. 116 - Denkschriften). Nardelli – Bericht an den Ministerpräsidenten (Pr. Zl. 2222 ex 1909). (Zara 29. 1. 1910).

(Die Bereiche Eisenbahnwesen und Kolonat werden in den nachfolgenden Kapiteln dieser Arbeit gesondert behandelt).

Beim Straßenbau gäbe es große Fortschritte bei den Projektierungsarbeiten, aber „*kaum Fortgang der Bauarbeiten*“. Es gäbe zu wenig Arbeiter im Land und zu wenig technisches Personal in der Verwaltung.<sup>460</sup> Die Idee, Gemeinden selbst Straßen bauen zu lassen, hätte sich nicht bewährt, hinderlich wären „*Spekulationszwecke oder Befriedigung persönlicher Interessen*“. Eine erfolgreiche Überwachung wäre seiner Behörde „*mit nur einem technischen Beamten*“ nicht möglich.

Die Wasserversorgung hätte sich „*relativ zügig*“ verbessert, aber alle Bemühungen der Statthalterei, die bäuerliche Bevölkerung dazu zu bringen, „*kleine Tümpel*“ selbst zu reinigen, um damit die Malaria zurückzudrängen, hätten „*kaum nennenswerte Erfolge*“ gehabt. In 270 Orten würde Malaria medikamentös behandelt. Entsumpfungen gingen wegen des Arbeitskräftemangels zu langsam voran, auch deshalb, weil politische Gründe der „*Heranziehung auswärtiger Arbeitskräfte*“ entgegenstünden. Nardelli verlangte, zumindest „*in bestimmten Bereichen*“ Ausländer arbeiten zu lassen.

Im Schulbereich gäbe es acht neue Volksschulen und 17 in Bau, zwei neue Fachschulen und eine Oberrealschule. Zusätzlich in jedem Bezirk einen landwirtschaftlichen Wanderlehrer und Ende 1909 wurde für den Bereich der Kultusbauten endlich ein zweiter Architekt bestellt. Der Diokletianpalast in Split würde „*freigelegt*“, mit der Restaurierung des Uhrturms in Dubrovnik konnte nicht begonnen werden, weil die Gemeinde - der Eigentümer - „*jeden Beitrag verweigert*“.

Im Landwirtschaftsbereich gäbe es mehrere Aktionen. 20% der durch die Reblaus zerstörten Weingärten wären „*regeneriert*“, für die Veredelung von Oliven, für die Seidenzucht und den Tabakanbau gäbe es eigene Programme. Die Aufforstung beträfe weniger neue sondern die „*Nachbesserung*“ bestehender Maßnahmen. Es gäbe zwar einen Ausbau des Genossenschaftswesens, aber keine Berufsgenossenschaft der Landwirte (hier war der Landesausschuss dagegen).

Im Fremdenverkehrsbereich schließlich wurde ein eigener Landesverband (mit Nardelli als Vorsitzendem) gegründet und es wurden sechs Darlehen für Hotelbauten vergeben. In diesem

---

<sup>460</sup> HHStA Wien, Nachlass Franz Ferdinand (Kart. 116 - Denkschriften). Nardelli – Bericht an den Ministerpräsidenten (Pr. Zl. 2222 ex 1909). Von 415.991 km im Straßenprogramm waren 46.183km fertig und 16.798 km in Bau.

Bereich gab es (wie auch zum Eisenbahnwesen) einen umfangreichen Bericht des Wiener Sektionschefs Richard Riedl mit - je nach Region - sofort oder erst später in Angriff zu nehmenden Projekten, sowie den Verweisen auf nötige Eigeninitiativen der Bevölkerung und Gemeinden.<sup>461</sup>

Zum Schluss seines Berichts räumte Nardelli ein, dass mit dem Programm auch die Wünsche der Abgeordneten und Gemeinden gestiegen wären. Ein „*allgemeiner Wettlauf nach ehestmöglicher Erlangung der Segnungen des Regierungsprogramms*“ hätte eingesetzt.<sup>462</sup>

Dass es bei der Umsetzung des Programms jede Menge Probleme und lokale Widerstände bzw. Auseinandersetzungen gegeben hatte, wurde auch von Nardelli eingeräumt.

Ohne den Statthalter hier „verteidigen“ zu wollen, soll jedoch auf das Protokoll einer Sitzung des „Dalmatinischen Komitees“ verwiesen werden, das auch deutlich macht, wie man „in Wien“ mit dieser Frage umgegangen ist.

Das „Dalmatinische Komitee“ bestand auch nach der Beschlussfassung des Hilfsprogramms weiter, um „*ein rasches und einvernehmliches Vorgehen zu ermöglichen*“.<sup>463</sup> Auf der Tagesordnung der Sitzung in Wien am 5. August 1910 unter Vorsitz des Handelsministers fanden sich sechs Punkte. Davon wurden die beiden wirklich wesentlichen Punkte an Sub-Komitees weitergeleitet (Riedl-Bericht zum Fremdenverkehr, Kolonatsfrage), einer wurde auf später verschoben (Errichtung eines Weinhangars in Split: sollte erst nach dem Ausbau des Hafens von Salona erfolgen). Der Antrag auf ein dalmatinisches Insektenpulvermonopol wurde abgelehnt (dalmatinisches Insektenpulver wäre durch Beimengungen verfälscht und daher wirkungslos). Ein Bericht zu Splitter Verkehrsfragen wurde zur Kenntnis genommen (weil ein Beschluss des Komitees dazu nicht notwendig war). Der letzte Punkt schließlich (Einfuhr von Kakteen aus Amerika und Anbau in Dalmatien als Futterpflanzen) wurde angenommen, obwohl der Referent allerdings „*keine günstigen Resultate*“ erwartete.<sup>464</sup>

---

<sup>461</sup> Richard Riedl, Förderung des Fremdenverkehrs in Dalmatien. Bericht erstattet an das k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten auf Grund einer im Frühjahr 1908 unternommenen Studienreise. Gedruckt in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei (Wien 1910). Ausdrücklich hob Riedl z. B. Hvar hervor, das sofort öffentliche Gelder erhalten sollte (etwa zur Verbesserung der Dampfverbindung und die Schaffung eines Kurparks), weil „*die Privatinitiative hier der staatlichen Tätigkeit bereits vorausgegangen ist*“. S.23. Ein Exemplar des Berichts ist im Akt HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 6085 (21.5.1909) enthalten.

<sup>462</sup> HHStA Wien, Nachlass Franz Ferdinand (Kart. 116 ). Nardelli – Bericht an den Ministerpräsidenten (29.1.1910).

<sup>463</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 13499 (10.12.1909). Schreiben des Handelsministers an den Minister des Inneren.

<sup>464</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 7965 (16.8.1910). Referentenbericht (Ministerium des Inneren).

Dass im Rahmen des Wirtschaftsprogramms für Dalmatien Aktionen gesetzt wurden, die es vor 1907 nicht gegeben hatte, ist unbestritten. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass man weder in Wien, noch in Dalmatien selbst mit der Aktion wirklich zufrieden war.

### **Der Eisenbahnbau**

Die aus dalmatinischer Sicht wohl wichtigste wirtschaftspolitische Frage der Eisenbahnverbindung mit den übrigen Teilen der Monarchie konnte in der Zeit der Statthalterschaft Nardellis nicht gelöst werden, obwohl Ende 1907 ein positives Ergebnis bereits so gut wie sicher schien. Wie bereits an Hand der Nardelli-Rede 1903 im Sabor dargestellt wurde<sup>465</sup>, war die von Österreich verlangte „Lika“ – Verbindung von Knin über kroatisches Gebiet (Ogulin) zur Krainer Grenze vor allem aus wirtschaftspolitischen Gründen in der anderen Reichshälfte unerwünscht. Die in den Ausgleichsverhandlungen 1907 von Ungarn abgegebene Erklärung zum Bau dieser Normalspurbahn wurde von Budapest zunächst nicht eingehalten<sup>466</sup>, später uminterpretiert<sup>467</sup> und danach in Form verschiedener Trassenplanungen verzögert.<sup>468</sup>

Der Statthalter hatte im Eisenbahnbereich keine Kompetenzen und konnte daher – wie auch die dalmatinischen Abgeordneten – auf diesem Gebiet im Spannungsfeld zwischen Zadar und Wien nur als Mahner und Bittsteller auftreten. Und er konnte nicht einmal durchsetzen, dass gesetzlich bereits beschlossene Strecken in Angriff genommen wurden, etwa die Verbindung Zadar – Knin oder die Strecke Sinj – Aržano – Bugojno als vor allem wirtschaftlich bedeutendes Teilstück einer von Dalmatien gewünschten Normalspur - Verbindung von Split

---

<sup>465</sup> Vgl. dazu S. 69 dieser Arbeit.

<sup>466</sup> In Dalmatien hatte man in diesem Vertrag vom 8. 10. 1907 ein - wie sich zeigte durch die Wiener Regierung nicht einklagbares - „Junktim“ mit dem für Ungarn wichtigen Ausbau der „Kaschau - Oderberger-Bahn“ durch Österreich erblickt. Vgl. dazu Reichsrat, Sten. Prot. XX. (18..3.1910) S. 2086-2087. Debatte über die Dalmatinischen Bahnen, Dringlichkeitsantrag Vuković.

<sup>467</sup> Sten. Prot. XVIII. (6.7.08) 3380-I der Beilagen S. 11203-11204. Interpellation Tresić-Pavišić: Ungarn plante statt einer Normalbahn eine „Vizinalbahn“, zwar in Normalspur, aber mit engen Kurvenradien (für max. 40 km/h) und einer Gewichtsbeschränkung von 18 Tonnen, was sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr nicht ausreichend gewesen wäre.

<sup>468</sup> Sten. Prot. XX. (6.12.1910) S. 4406-4410. Rede Biankini. Ungarn hatte eine Zeit lang erwogen, statt der „Lika“ – Linie eine Strecke durch das Una-Tal zu bauen, diesen Plan dann aber - nachdem Österreich zugestimmt hatte - wieder verworfen.

über Sarajewo bis nach Belgrad (auf der existierenden Strecke Dubrovnik – Metkovic – Mostar – Sarajewo war Schmalspurbetrieb).<sup>469</sup>

Ein Vortrag von Sektionschef Riedl im Zuge seiner dalmatinischen „fact finding mission“ 1908 in der Handelskammer in Split führte zu einem Eklat, von dem auch Nardelli betroffen war. Riedl hatte erklärt, dass die Strecke Aržano – Bugojno „*nie gebaut*“ würde (damit hatte er übrigens Recht behalten). Das begrub einerseits die Splitter Hoffnungen, künftig als Zentralhafen für Lieferungen von und nach Bosnien und Serbien zu fungieren, andererseits widersprach Riedl damit Erklärungen, die Nardelli im Sinne der Wiener Regierung abgegeben hatte.<sup>470</sup> Der Statthalter schrieb an Ministerpräsident Beck, dass hier ein Funktionär „*in offizieller Funktion*“ mit dieser Rede der Erklärung des Ministerpräsidenten vom 20. Jänner 1908 im Budgetausschuss widersprochen und in „*hiesigen Kreisen sehr große Erbitterung erregt*“ hätte. Nardelli bat den Ministerpräsidenten, diese Riedl-Erklärung entweder in einem großen Wiener Blatt zu dementieren oder ihm die Ermächtigung zu erteilen, im Namen des Ministerpräsidenten „*in der mir zur Verfügung stehenden offiziösen Zeitung Smotra dalmatinska*“ im Land selbst diese Information zu dementieren.<sup>471</sup>

Am 1. Juli 1908 gab es unter Vorsitz von Außenminister Aehrenthal in Wien eine interministerielle Konferenz zum Bahnbau in Dalmatien. Eines der Themen dabei war die sogenannte „Litoralbahn“, eine Bahnverbindung (ohne ungarischen Einfluß) von Opatija mittels zweier Trajekte über die Inseln Cres und Rab bzw. Pag nach Zadar und dann weiter an der dalmatinischen Küste entlang bis Albanien. Die Linie war durchaus als Ergänzung zu der von Aehrenthal betriebenen Inlands-Nord-Süd-Verbindung durch den Sandschak Novi Pazar gedacht (die allerdings in Dalmatien allgemein nicht erwünscht war, weil damit ein Teil der Transporte das Land umgangen hätte).

Was das südliche Teilstück der „Litoralbahn“ von Kotor bis zur Grenze betraf, war eine Stellungnahme Nardellis in die Position des Außenministeriums eingeflossen. Der Statthalter hatte Einwände gegen den Plan des Eisenbahnministeriums deponiert, auf dieser Strecke eine

---

<sup>469</sup> Pav, Die dalmatinischen Abgeordneten. S. 104. Zadar – Knin wurde per Gesetz vom 30.4.1873 beschlossen, es wurde jedoch kein Kilometer gebaut. Am 21.12.1898 wurde die Strecke Split - Aržano beschlossen, jedoch nur ein Teil bis Sinj tatsächlich gebaut und der am 8.6.1902 beschlossene Bau der Strecke Bugojno – Aržano wurde nicht in Angriff genommen.

<sup>470</sup> HDA Zagreb, MUP. Karton 19. Zl. 5935 (28.6.1908). Schreiben des Statthalters an den Ministerpräsidenten. Im Akt enthalten ist eine deutsche Übersetzung eines Ausschnittes aus der Zeitung Velebit Nr. 117/1908 (24.6.08) mit einem überaus kritischen Beitrag des Ex-Bürgermeisters von Split, Vicko Milić, mit dem Tenor: Die Deutschen bauen Bahnen im Kongo und in Kamerun, Österreich baut keine Bahnen in Dalmatien.

<sup>471</sup> Ebd. Eine entsprechende Ermächtigung findet sich nicht in den Akten.

Straße zu bauen, auf der dann eine Straßenbahn verkehren sollte, und vorgeschlagen, sowohl eine Eisenbahn (in Normalspur) als auch zusätzlich eine Straße zu errichten.<sup>472</sup> Aehrenthal schloss sich dieser Ansicht an und wollte die gesamte Litoralbahn in Normalspur, weil diese nur so über lokale Bedürfnisse hinaus zu einer internationalen Verkehrsstrecke ausgebaut werden könnte.<sup>473</sup>

Im Jänner 1910 berichtete Nardelli nach Wien von einer sich im Land konstituierenden Eigeninitiative zur Durchsetzung des Eisenbahnbaus. In Split hätte sich über alle Parteigrenzen hinweg ein „Dalmatinischer Eisenbahnrat“ gebildet, mit der Absicht, im Land eine *„energische, ausdauernde und unnachgiebige Aktion einzuleiten, welche es von dem drohenden wirtschaftlichen Tode erwecken soll“*. In einer Resolution wurde die Eisenbahnverbindung Dalmatiens mit Mitteleuropa zum *„dringendsten ökonomischen und kulturellen Bedürfnisse des Landes“* erklärt und sowohl die Statthalterei, als auch die Reichsratsabgeordneten wurden aufgefordert, in diesem Sinne tätig zu werden. Außerdem wären nicht nur entsprechende Propaganda, sondern auch technische Studien und das *„Wecken des Interesses der Kapitalisten“* vorgesehen.<sup>474</sup>

In diesem Sinn betonte Nardelli in seinem Bericht über den *„Stand der Aktion zur Hebung Dalmatiens“*, die Aktion hätte *„an Glanz eingebüßt“*, weil es zunehmend Zweifel an der tatsächlichen Umsetzung gäbe. Die Regierung würde im Land nach dem *„Ernst“* gemessen, mit dem sie an die Verwirklichung ihres Versprechens heranginge. Es wären daher *„nicht gnädige und gütige Zuwendungen, sondern volle Ausführung des Aktionsprogramms als Gutmachung Dezennien alter Unterlassungssünden“* erforderlich, schrieb Nardelli wörtlich. Das Hindernis der prinzipiellen Gegnerschaft Ungarns wäre in Land zwar bekannt, es fehlte jedoch auch an der Entschlossenheit der österreichischen Regierung zum Schutz der dalmatinischen Interessen *„gegen die Anmaßungen Ungarns“*. Es wären dringend positive

---

<sup>472</sup> HDA Zagreb, MUP. Karton 19. Zl. 1801 (29.2.1908). Stellungnahme des Statthalters zum Straßenbahn-Projekt „Alfred Ritter Weber v. Ebenhof“ HDA Zagreb, MUP. Karton 19. Zl. 11788 (10.12.1907). Im Akt Zl. 1801 enthalten ist die Mitteilung von MdI 2292 (17.3.08), wonach das Ministerium des Äußeren in einen ursprünglichen Antrag zurückgezogen hätte und nun die „Normalspur“ verlange.

<sup>473</sup> HDA Zagreb, MUP. Karton 19. Zl. 7372 (7.8.1908). Dem Akt liegt das gedruckte Protokoll der Konferenz vom 1. Juli 1908 bei. Es war dabei zu keiner Entscheidung gekommen, weil Eisenbahnminister Derschatta und der gemeinsame Finanzminister Burian (aus Kostengründen) für eine Schmalspurvariante eintraten. Die „Sicherheitsbedenken“ der beiden Minister, dass die „Litoralbahn“ vom Meer aus leicht Ziel von militärischen Angriffen werden könnte, wurden von Reichskriegsminister Schönauich als unbegründet zurückgewiesen. Die „Lika“-Verbindung, so ist in diesem Protokoll zu lesen, *„erscheine durch den Ausgleich sichergestellt“*.

<sup>474</sup> HDA Zagreb, MUP. Karton 32 Zl. 1113 (1.2.1910). Zara, 29.1.10 Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren. Sowie Zl. 531 (17.1.10) Übersetzung der Resolution.

Resultate notwendig, als solche „können nämlich die sich jetzt schon seit Jahren hinziehenden Trassierungsstudien nicht gelten“. Und der Statthalter machte klar, wie seiner Ansicht nach der Imageverlust der Regierung bei einer weiteren Verzögerung durch Ungarn teilweise noch aufgefangen werden könnte: „Es muss endlich gebaut werden“. Zumindest „fange man doch mit dem innerdalmatinischen Bahnnetze an“.<sup>475</sup>

Mit diesen klaren Worten eines hohen, wenn auch politischen Beamten in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten (und abschriftlich an den Thronfolger) hatte Nardelli zwar Recht (denn mit dem Bau von Eisenbahnstrecken in Dalmatien selbst hätte man ja jederzeit ohne Zustimmung Ungarns beginnen könnten), aber „beliebt gemacht“ hatte sich der Statthalter in Wien damit zweifellos nicht. Und von Erfolg gekrönt war der Vorstoß bis zum Ende seiner Amtszeit auch nicht.

Im Protokoll der interministeriellen dalmatinischen Kommission vom 4. März 1911 findet sich jedenfalls die Feststellung des Vorsitzenden, Handelsminister Weiskirchner, dass zur ökonomischen und politischen Gesundung Dalmatiens drei große Fragen gelöst werden müssten: die Verbesserung der Schulbildung, die landwirtschaftlichen Probleme mit dem Kolonat und die „Herstellung einer direkten Schienenverbindung mit der Monarchie“. Und diese Frage konnte, so der Minister, „bei den bezüglichen Verhandlungen mit Ungarn auch in dieser Periode einer endgiltigen, zufriedenstellenden Lösung noch nicht zugeführt werden“.<sup>476</sup>

### **Die Kolonatsfrage**

Bei den Bestrebungen zur Lösung der Kolonatsfrage, die 1908 vor allem im Großraum Split virulent wurde, ergaben sich einige interessante Aspekte. So wurde Nardelli im September 1909 mit dem ersten Generalstreik in Dalmatien konfrontiert. Des Weiteren zeigte sich, dass die Wiener Regierungsstellen wesentlich stärker an einer Lösung des Kolonatsproblems interessiert waren als ein Großteil der dalmatinischen Abgeordneten. Und schließlich ergab sich die durchaus reizvolle Situation, dass die beiden politischen Gegner Nardelli und Smodlaka bei den Lösungsvorschlägen für dieses Problem ziemlich ähnliche sachpolitische

---

<sup>475</sup> HHStA Wien, Nachlass Franz Ferdinand (Kart. 116 - Denkschriften).

<sup>476</sup> HDA Zagreb, MUP. Karton 32 Zl. 1811 (25.2.1911). In diesem Akt (mit der vorgesehenen Tagesordnung) ist auch das Protokoll der Sitzung vom 4.3.1911, MdI 5640 (13.6.1911) unter Verweis auf Zl. 2856/1911 H.M. (Handelsministerium) enthalten.

Standpunkte vertraten und auch aus ihren unterschiedlichen Positionen heraus (nachdem Smodlaka zunächst die Diskussion ins Rollen gebracht hatte) zur Deeskalation der gespannten Lage beizutragen versuchten.

Das Kolonat war eine historisch gewachsene, aus dem Osmanischen Reich übernommene und auch von den Venezianern beibehaltene agrarische Organisationsform. Mehr als 2/3 der Kulturfläche im Raum Split (nahezu ausschließlich mit Weinanbau) wurde von den Besitzern der Grundstücke nicht selbst bestellt. Die Besitzer (padrones) überließen das Nutzungsrecht den sogenannten „Kolonen“ (aus dem italienischen „colono“). Diese Kleinbauern bebauten das Land, brachten die Ernte ein und mussten einen bestimmten Teil davon (meist ein Drittel) an den Padron abliefern.<sup>477</sup>

Das Kolonat beruhte auf privaten Verträgen zwischen Padronen und Kolonen, die von beiden Seiten vorzeitig gekündigt werden konnten. Im Normalfall war das Kolonatsverhältnis für die Dauer der jeweiligen Kulturart geschlossen. Beim Wein waren das etwa 20 bis 30 Jahre. Ein Kolon war also weder ein Höriger, noch war er ein Pächter – und er war auch kein Landarbeiter – er war eigentlich in der Donaumonarchie rechtlich nicht genau definiert.

Während etwa in Istrien das Kolonat schon im Zuge der österreichischen Bauernbefreiung abgeschafft worden war, gab es in Dalmatien im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts unter den Bauern zwischen 35 % und 42 % Kolonen.<sup>478</sup> Im Landesinneren hatte ein Teil der Getreidebauern mit der Zeit Grundstücke erwerben können, dort war das Kolonat weniger verbreitet. Bei den Spliter Weinbauern war jedoch angesichts der geringen Erträge das Kolonat lebensnotwendig – obwohl es zum Leben trotzdem meist nicht ausreichte.

Mit dem Organisationsmodell der Kolonen wurde die Modernisierung weitgehend verhindert. Der Padron ging oftmals einem bürgerlichen Beruf in der Stadt nach und konnte sein Land nicht selbst bestellen. Erbschaften über mehrere Generationen führten zu einer Landaufsplitterung in kaum rentable Kleinstparzellen. Das Kolonat brachte dem Padron ein zusätzliches Nebeneinkommen, an Investitionen war er nicht interessiert.

---

<sup>477</sup> Zum Kolonat ausführlich Schödl, Jugoslawenstvo. S. 157 – 178. Suppan, Die Kroaten S. 649; S.662-667. Des Weiteren HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 11.502 (15.10.1909). Anlage zur Kolonatsfrage: „Denkschrift der Bauern von Spalato an die k. k. Regierung“ (20. 9. 1909) durch das Komitee zur Ablösung des Kolonats in Split. Gezeichnet Anton Jurašin (Obmann) und Anton Sirotković (Sekretär). Ebenfalls als Anlage: Hermann Ritter v. Schullern zu Schratzenhofen: „Das Kolonat“ (Wien 1909).

<sup>478</sup> Schödl, Jugoslawenstvo. S. 126.

Der Kleinbauer seinerseits versuchte, aus dem Boden, der ja nicht ihm gehörte, so viel wie möglich herauszuholen (mit Raubbau und Monokulturen). An Melioration war der Kolon kaum interessiert, weil er mit seiner Arbeit das Land des Padron wertvoller gemacht hätte, es aber rechtlich umstritten war, ob er durch Verbesserungsmaßnahmen hätte auch Miteigentümer werden können.

Das paradoxe dieses Systems war, dass beide Seiten das Kolonat brauchten, dass es aber zugleich den Eintritt der dalmatinischen Landwirtschaft ins 20. Jahrhundert verhinderte und damit die Krise weiter vergrößerte. Für den Padron war das ein Problem seines Nebeneinkommens, für den Kolon aber war es ein Existenzproblem.

Hier hatte nun Josip Smodlaka angesetzt. Neben seiner „Fortschrittspartei“ gründete er 1906 in Split den Verein „Težačka Sloga“ („Bauerneinheit“), der sich sowohl für soziale Belange, als auch für eine Reform des Kolonats einsetzte. Offensichtlich gelang es ihm, in der Landbevölkerung zumindest den Eindruck zu erwecken, dass sich hier eine Institution glaubwürdig für die Belange der Bauern einsetze. Und zwar im Bereich Split in einem fast unglaublichen Ausmaß: Anfang 1908 sollen nicht weniger als 95 % der Spliter Bauern Mitglieder im Verein „Težačka Sloga“ gewesen sein.<sup>479</sup>

Im August 1908 kam es zur ersten großen politischen Konfrontation. Anlass war die bevorstehende Weinernte. Es war Aufgabe des Kolonen, jenen Anteil der Traubenmaische, der dem Grundherrn zustand, an diesen zu liefern. Der Padron hatte diese Dienstleistung in Geld zu vergüten. Die Grundherren boten für die Anlieferung von einem Hektoliter Traubenmaische 1,50 Kronen, die Kolonen forderten 2 Kronen 20. Es kam zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen einige Padrone und deren Aufseher. In der Folge gab es 53 Strafverfahren und Nardelli ordnete eine deutliche Aufstockung der Polizeikräfte an.<sup>480</sup>

Smodlaka hatte auf einer Bauernversammlung Ende Juli zum „*energischsten Kampf der Kolonen um ihre Rechte*“ aufgerufen und damit die Stimmung aufgeheizt, es wurde bereits für einen Streikfonds gesammelt.<sup>481</sup> Nach Ansicht Nardellis hatten „*Dr. Smodlaka und seine*

---

<sup>479</sup> Vgl. Schödl, Jugoslawenstvo. S. 166. Dabei ging es zunächst um gemäßigte Einzelmaßnahmen: etwa um die Vermittlung von Gesprächen zwischen Grundbesitzern und Kolonen zur Verringerung der Abgabenlasten. Oder auch die Förderung von fachlichen Ausbildungsmaßnahmen. Es wurden Lesevereine gegründet, aber auch auf den ersten Blick völlig unpolitische Vereine wie Turn- oder Geselligkeitsvereine.

<sup>480</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 9058 (24.9.1909 – 5171/pr. Zara 20.9.09). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren. Es gab dabei neun Arreststrafen und 32 Geldstrafen.

<sup>481</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 7875 (21.8.1908 - 4243/pr. Zara 15. 8. 1908). Bericht Nardellis an den Ackerbauminister.

*Gehilfen*“ die Erregung unter den Bauern bis Mitte August derart verschärft, „*dass selbst Smodlaka persönlich angeblich nicht mehr imstande wäre, die Bauernbewegung aufzuhalten*“.<sup>482</sup> Von der „Težačka Sloga“ kam nun zusätzlich die Forderung, den abzuliefernden Anteil von bisher einem Drittel auf ein Viertel zu reduzieren und diesen nicht mehr an den Padron zu liefern, sondern auf den Feldern zu übergeben. Darauf hin wollten die Grundbesitzer die Weinlese verbieten, die Bauern dagegen wollten sich diesem Verbot widersetzen und die gesamte Ernte in ihren Kellern einlagern, ohne jedoch die Ansprüche der Grundbesitzer auf ihre jeweiligen Anteile in Frage zu stellen.<sup>483</sup>

In dieser Situation war die Behörde in mehrfacher Hinsicht gefordert. Für Nardelli galt der Primat von „Ruhe und Ordnung“ und in diesem Sinn agierte er in der Kolonatsfrage ohne Rücksichtnahme auf Freunde und auch mögliche Feinde.

Der Statthalter unterstützte den Vorschlag seines Bezirkshauptmannes in Split, Dr. Madirazza, zur Abwendung wirtschaftlicher Schäden „*aus Opportunitätsgründen*“ den Kolonen nach entsprechender Verständigung der Grundbesitzer die „*Weinlese von amtswegen zu gestatten*“. Daraus resultierende Strafanzeigen der Grundbesitzer gegen die Kolonen wurden zwecks Durchführung von Vergleichsversuchen „*suspendiert*“. Die geplante „*Sistierung*“ der „Težačka Sloga“ (nach dem Vereinsgesetz) wurde fallen gelassen, um sie als Verhandlungspartner zu erhalten und die Bauern nicht noch zusätzlich zu emotionalisieren. In der Bezirkshauptmannschaft kam es zu Gesprächen zwischen Grundbesitzern und Bauernvertretern. Deren Redner, so berichtete Nardelli nach Wien, „*insbesondere aber Dr. Smodlaka gaben sich offenkundig alle Mühe, die Bauern zu beruhigen*“ und zu einem Ausgleich zu kommen.<sup>484</sup> Die zugleich in die Wege geleiteten vertraulichen Verhandlungen mit den „*Vertretern der Güter der toten Hand*“ (die katholische Kirche war der größte Grundbesitzer in Split) brachten schließlich den Durchbruch: die Kirche bot den Kolonen zwei Kronen pro Hektoliter Anlieferung, die meisten Grundbesitzer (außer einem „harten Kern“ von etwa 20 Eigentümern rund um Hofrat Dr. Tommaseo) schlossen sich an und die Bauern akzeptierten den Kompromiss – allerdings nur für das laufende Jahr. Die „*so heikle Frage*“, die auch für die übrigen Teile des Landes „*einen Präzedenzfall bilden und eventuell*

---

<sup>482</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 7968 (24.8.1908 - 4393/pr. Zara 20. 8. 1908). Bericht Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>483</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 8415 (3.9.1908). Einsichtsakt des Ministeriums für Landesverteidigung betreffend Bauernunruhen in Spalato.

<sup>484</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 9281 (29.9.1908). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren.

von unabsehbaren Konsequenzen hätte sein können“, wäre nun befriedigend gelöst, „wenn auch nur vorläufig“, mahnte Nardelli am Ende seines Berichtes von Wien eine rasche und umfassende Lösung des Kolonatsproblems ein.<sup>485</sup>

Mit dem Ackerbauministerium ging Nardelli auf Konfrontationskurs. Der noch im September 1908 an ihn vom Ministerium herangetragene „Wunsch“, die Kolonen bis zur Herausgabe einer Broschüre über geplante Maßnahmen „hinzuhalten“, war vom Statthalter als nicht zielführend zurückgewiesen worden. Damit könnte eine Frage, die „neben ihrer wirtschaftlichen Seite auch einen politischen Charakter angenommen hat ... auch nicht vorläufig“ aus der Welt geschafft werden und zur Besänftigung „erregter Bauerngemüter“ wäre eine Broschüre auch nicht geeignet.<sup>486</sup>

Für einen Teil der Grundeigentümer wurde der Statthalter zum „Feindbild“. Jedenfalls hatte Hofrat Dr. Tommaseo mehrere Beschwerden gegen die Statthalterei „wegen nicht genügendem behördlichen Schutz der Grundeigentümer in Spalato gegen das gewalttätige Vorgehen der Kolonen“ eingebracht. Vom Innenministerium erhielt Nardelli jedoch Rückendeckung: die Beschwerden wurden im Ministerium als „unverständlich und gegenstandslos“ abgeschmettert.<sup>487</sup>

Obwohl man in Wien auch angesichts der Annexionskrise um die Wichtigkeit von Maßnahmen zur Beruhigung der Lage in Dalmatien wusste und mit der Ausarbeitung von gesetzlichen Regelungen begann, war die Situation im Herbst 1909 ähnlich wie im Jahr zuvor. In einem Erlass an die Bezirkshauptmannschaften betonte Nardelli, dass die Wiener Regierung mehr Zeit benötigte und dass der in Dalmatien „vielfach zutage tretende Mangel an Interesse auf Seiten einzelner, massgebender Faktoren“ zusätzliche Schwierigkeiten bereitete. Ein Dreipunkte-Programm des Ministeriums sollte dazu beitragen, die schwersten Missstände zu beseitigen.<sup>488</sup> Die Bezirksbehörde versuchte zu vermitteln, die Gespräche scheiterten jedoch. Für Nardelli gab es einen klaren „Schuldigen“: die verschiedenen

---

<sup>485</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 9506 (5.10.1908). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren.

<sup>486</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 9058 (24.9.1908). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren.

<sup>487</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 5389 (3.5.1909). Einsichtsakt des Ministeriums des Inneren.

<sup>488</sup> Ebd. Im Akt ist die Abschrift der Weisung an den Bezirkshauptmannschaftsleiter in Spalato Pr. 182/3 (Zara 28. 4. 1909) enthalten. Es sollte 1) - auf „freiwilliger“ Basis - gegen das „Subkolonat“ als Form des „agrarischen Wuchers“ vorgegangen werden. 2) sollten bei der Lieferverpflichtung des Kolonen die Transportkosten in eine bestimmte Relation zum Wert der gelieferten Menge gesetzt werden und 3) sollte der Kolonatsvertrag auch nach Anpflanzung „amerikanischer Reben“ – bei denen mehr Arbeit und Kapital erforderlich war – zwar grundsätzlich in Kraft bleiben, aber materiell zu Gunsten der Kolonen abgeändert werden.

Vorschläge der Kolonen wurden „*von der Vereinigung der Grundbesitzer in schroffer Form abgewiesen.*“<sup>489</sup>

In der „Denkschrift“ der Bauern von Split an die Wiener Regierung wurde nun die völlige Abschaffung des Kolonats verlangt, wobei eine neu zu schaffende „Agrarbank“ den Kolonen bei der Finanzierung des Grundstücksankaufs helfen sollte. Dass dies zunächst nur die „Grundstücke der toten Hand“ betreffen sollte, zeigt deutlich die „Handschrift“ von Josip Smodlaka. Er hatte in einer Vorsprache bei Nardelli dies als „*das dünnere Ende der Angelegenheit*“ bezeichnet, zumal es angesichts der niedrigen Weinpreise bei der Kirche keine prinzipielle Ablehnung von Grundverkäufen gab. Nardelli schloss sich den Vorschlägen als „*sehr beachtenswert*“ an.<sup>490</sup>

Auf Seite der Grundbesitzer überwog die Ansicht, dass das Kolonat die einzige mögliche Form für den Weinbau im Großraum Split wäre, dass das Eigentum vor Eingriffen von außen geschützt werden müsste und dass der Widerstand der Bauern „*im gerichtlichen Wege ohne Verluste*“ gebrochen werden könnte. Nach Abbruch der Verhandlungen wurde von der „Sozialdemokratischen Partei“ ein Generalstreik am 24. September 1909 aus Protest gegen die Grundbesitzer vorgeschlagen, mit dem sich auf Grund der aufgeheizten Stimmung auch Smodlaka „*abfinden musste*“ – obwohl dies nicht, wie Nardelli betonte, „*in der Absicht der Führer der demokratischen Partei lag*“. Dem Generalstreik schlossen sich auch Gewerbetreibende und Händler an. Es gab „*keinerlei Ruhestörungen*“.<sup>491</sup>

Die „Agrarbank“ wurde auch in zwei Sabor-Anträgen gefordert, wobei zum erwünschten Grundkapital vom drei Millionen Kronen die Wiener Regierung 1,2 Millionen Kronen hätte zuschießen müssen. In einer Sabor-Debatte am 1. Oktober 1909 wurde jedoch vornehmlich über Detailfragen gestritten, die Anträge fanden schließlich bei den dalmatinischen Abgeordneten keine Mehrheit.<sup>492</sup>

Trotz ähnlicher sachpolitischer Ansichten in der Kolonatsfrage blieb Nardellis Gegnerschaft zu Smodlaka bestehen: als sich dieser anschickte, die „Denkschrift“ der Bauern in Wien der Regierung zu präsentieren, wies Nardelli den Innenminister auf diese Sabor-Anträge hin:

---

<sup>489</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 11.155 (7.10.1909). Bericht des Statthalters an das Ministerium des Inneren.

<sup>490</sup> Ebd.

<sup>491</sup> Ebd.

<sup>492</sup> Schödl, Jugoslawenstvo. S. 172. Die Anträge waren am 17.9. vom Spliter Bürgermeister Dr. Vicko Mihaljević (Kroatische Partei) und am 27.9. vom Vorsitzenden der Reinen Rechtspartei Ivo Prodan eingebracht.

sollte die „Agrarbank“ Aussicht auf Erfolg haben, wäre es wünschenswert, dass die Regierungsstellen auf den Antrag des Splitter Bürgermeisters Mihaljević zurückgriffen, weil Smodlaka „zweifellos“ daran denke, einen Erfolg bei den Wiener Zentralstellen „zu politischen Zwecken auszunützen“.<sup>493</sup>

Was die Strafverfolgung von Kolonen betraf, die auch 1909 wieder gegen den Willen der Grundbesitzer mit der Lese begonnen und die gesamte Maische in ihren Kellern eingelagert hatten – ohne jedoch grundsätzlich den Eigentümern ihren Anteil vorenthalten zu wollen – waren Zadar und das Wiener Justizministerium im Gleichklang. Die Grundbesitzer sollten ihre Ansprüche auf zivilrechtlichem Weg geltend machen, es empfehle sich nicht, „auf 2/3 der Bevölkerung Spalatos den Makel des Diebstahls zu werfen“. Außerdem wäre für den Fall ihrer Verurteilung die Inhaftierung so vieler Menschen „mangels der erforderlichen Räume nicht möglich“.<sup>494</sup>

Im Nachhang zum Generalstreik hatte Nardelli eine heftige Kontroverse mit Bischof Nakić. Der Splitter Bischof hatte der Behörde Parteilichkeit zu Gunsten der Kolonen vorgeworfen. Außerdem wäre gegen „Schrecken erregende öffentliche Bedrohungen“ nicht eingeschritten worden und vor dem Palais des Bischofs hätte es in Anwesenheit der Sicherheitsorgane „gotteslästerliche Rufe“ gegeben. Diese Beschuldigungen wären, so Nardelli, „mittlerweile in entsprechend gewürzter Form“ auch in einer Wiener Zeitung erschienen. Genaue Untersuchungen hätten jedoch ergeben, dass „die Angaben des Bischofs durchaus unrichtige sind“. Außerdem hätten die Führer beider Verhandlungsgruppen dem Statthalter gegenüber die Unparteilichkeit der Behörde „mit Befriedigung anerkannt“.<sup>495</sup>

Noch in der ersten Oktoberhälfte richtete Nardelli an das Ackerbauministerium das „dringende Ersuchen“, eine Regelung des Kolonatsproblems „ehestens in Angriff zu nehmen“. Die Folge war eine vom Ackerbauministerium einberufene „interministerielle Besprechung“ Ende Oktober. Dabei ging es um Maßnahmen, um bis zur nächsten Ernteperiode jedenfalls keinen „Anlaß zur Störung“ zu geben.<sup>496</sup>

---

<sup>493</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 11.502 (15.10.1909). Referentenakt IM mit Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>494</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 11.820 (20.10.1909). Einsichtsakt des Justizministeriums betreffend die „Kolonenbewegung in Spalato“.

<sup>495</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 11.568 (18.10.1909). Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.+

<sup>496</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 11.502 (15.10.1909). Dem Referentenakt im Ministerium des Inneren liegt die entsprechende Einladung des Ackerbauministeriums bei.

Gegen Mitte Oktober konstatierte Nardelli eine beträchtliche Beruhigung der Lage. Der Grund dafür lag darin, dass beide Parteien begonnen hatten, das „*Schlagwort der Agrarbank*“ zu akzeptieren, wobei sich seiner Ansicht nach allerdings „*kaum jemand*“ darunter etwas Konkretes vorstellen konnte.<sup>497</sup> Zugleich hatte die nachsichtige Haltung der Behörden bei der Strafverfolgung der Kolonen ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Lösung der Kolonatsfrage war nun auch in den Augen der Bauern zunehmend Sache der Regierung und nicht mehr ein mit Demonstrationen auf der Straße zu lösendes Problem.

Im Vorbereitungsbericht des Innenministeriums für die „interministerielle Konferenz“ kam Nardelli dann – etwas überraschend - nicht besonders gut weg. Vermerkt wurde, dass es vom Statthalter im Zusammenhang mit dem Kolonat zur allgemeinen Gefahr einer Agrarkrise in Dalmatien - und im Speziellen zur Landflucht – „*in merito*“ keine Stellungnahme gäbe. Und zur aktuellen Agrarbewegung in Split hätte der Statthalter zwar von der Notwendigkeit einer unerlässlichen Abhilfe gesprochen, es aber unterlassen, „*etwas vorzuschlagen*“. Er hätte nur gemeint, dass der Antrag Mihaljević zur Gründung einer Agrarbank geeignet sei, die Frage ernstlich ins Rollen zu bringen; „*als ob damit der Sache gedient wäre*“, wurde dazu im Bericht angemerkt.<sup>498</sup>

Auch mit dem Ackerbauministerium hatte Nardelli in der Folge keinen leichten Stand. Der Minister richtete im Jänner 1910 sieben Fragen im Zusammenhang mit dem Kolonat an Nardelli, von denen einige die damaligen statistischen Möglichkeiten des Statthalters überfordert haben dürften. Jedenfalls finden sich in den Akten keine Antworten Nardellis auf die gestellten Fragen.<sup>499</sup>

Das Kolonenproblem hat schließlich ein typisch österreichisches Schicksal erfahren. Die Regierung wollte das Kolonat nicht zwangsläufig und vollständig beseitigen, sondern den Kolonen eine fakultative Ablösung mit Hilfe günstiger staatlicher Darlehen ermöglichen. Eine eigene Agrarbank sollte nicht gegründet werden. In Wien war man sich nicht sicher, ob die Mehrzahl der Kleinbauern zu selbständigem Wirtschaften überhaupt im Stande wäre.

---

<sup>497</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 11.568 (18.10.1909). Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>498</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 11.502 (15.10.1909). Referentenakt im Ministerium des Inneren.

<sup>499</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 372 (13.1.1910). Schreiben des Ackerbauministers (2550 A.M./09) an die Statthalterei. Der Minister wollte u.a. wissen: Größe und Verkehrswert der „toten Hand“; Verkehrswert aller Kolonatsgrundstücke; Berechnungen über die Ablösehöhe; erhoffte Ertragssteigerung innerhalb bestimmter Zeiträume. Des Weiteren wurde gefragt, ob die Grundbesitzer zu Ablöseverhandlungen bereit wären, ob die Landeshypothekenanstalt in Zadar zur Mithilfe bereit und in der Lage wäre und schließlich, ab die Kolonen als künftige Grundeigentümer wirtschaftlich in der Lage wären, Kredite und Zinsen zu bedienen.

Dagegen sollte dem Bauern durch Fortbildung, genossenschaftliche Organisationen und günstige Darlehen ein effektiveres Wirtschaften ermöglicht werden. Auf diese Weise könnte der Kolone Kapital bilden und mit diesem ersparten Geld selbst das Patronat bekämpfen. Eine sofortige Ablöse würde hingegen den Kolonen überfordern und ihn rettungslos dem Geldwucher ausliefern.<sup>500</sup>

Demgegenüber waren sich sowohl Nardelli als auch Smodlaka einig, dass der dalmatinische Bauer durchaus reif wäre, mit Boden und Kapital eigenverantwortlich umzugehen, dass aber der Staat trotzdem in die Ablösegeschäfte eingebunden werden sollte. Sonst könnte zu große Neuverschuldung der ehemaligen Kolonen dazu führen, „*dass das freie Eigentum nur ein Durchgangsstadium zu neuerlichem Kolonat*“ würde, warnte der Statthalter.<sup>501</sup>

Tatsächlich lagen bei Nardellis Rücktritt im Oktober 1911 in Wien die Grundlinien eines Kolonatsgesetzes vor.<sup>502</sup> Dass es bis zum Ende der Monarchie nicht beschlossen wurde, lag wohl teilweise an der schwerfälligen österreichischen Bürokratie und zweifellos an der „Zurückhaltung“ des Wiener Finanzministeriums, keinesfalls aber an den dalmatinischen Statthaltern (auch nicht an Nardellis Nachfolger Attems, der im März 1912 in Wien weitere Vorschläge zur Regelung des Kolonats vorlegte). Von den parlamentarischen Vertretern der dalmatinischen Bevölkerung wäre in der Frage des Kolonats jedoch ein stärkerer Einsatz zu fordern gewesen, weil sie bei diesem großen sozialpolitischen Problem Dalmatiens - wie es Schödl formuliert - „*weniger Verständnis für die Anliegen der Bauern zeigten als die österreichischen Zentralstellen.*“ Die Regierung in Wien hatte - nicht zuletzt auf Grund der Berichte des Statthalters und hoher Beamter, die das Land bereist hatten - offenbar die Tatsache eines sozialen Notstandes erkannt. Sie „*unternahm sichtbare Anstrengungen ... allerdings zu einem ... zu späten Zeitpunkt.*“<sup>503</sup>

---

<sup>500</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 7093 (12.7.1911). Bericht des Komitees für Kolonatsangelegenheiten an das Plenum der Interministeriellen dalmatinischen Kommission.

<sup>501</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 11.502 (15.10.1909). Bericht Nardellis an das Ackerbauministerium.

<sup>502</sup> HDA Zagreb, MUP. Kart. 33 – Z. 7093 (12.7.1911). Bericht des Komitees für Kolonatsangelegenheiten an das Plenum der Interministeriellen dalmatinischen Kommission. Schwerpunkte waren: Erleichterung von Grunderwerb für kleine Ansiedler vor allem aus staatlichen und kirchlichen Besitz; Ankäufe größerer Grundstücke durch ein eigens zu schaffendes Institut; Förderung von privaten Grundverkäufen von Padronen an Kolonen; finanzielle Unterstützung all dieser Kaufmaßnahmen und schließlich eine klare gesetzliche Regelung des Kolonatsvertrages.

<sup>503</sup> Schödl, Jugoslawenstvo. S. 174.

## 6. MASSNAHMEN DER STATTHALTEREI ZUM „SCHUTZ“ DES REICHES

### Regierungspropaganda

Als maßgebliche Richtschnur für Nardellis politische Handlungen und Aktionen innerhalb des Kronlandes wird immer wieder seine wertkonservative Haltung von der grundsätzlichen Notwendigkeit einer Erhaltung des „status quo“ der Habsburgermonarchie ersichtlich. Er war zwar Neuerungen gegenüber (vor allem im wirtschaftlich-technischen, aber auch im kulturellen Bereich) durchaus aufgeschlossen, aber nur so weit, als diese in seinen Augen auch nicht einmal ansatzweise zu einer Gefährdung des Reiches, seiner Strukturen und Ordnungsprinzipien führen durften. Trotz seiner zweifellos vorhandenen Kenntnis um die Mängel und Schwerfälligkeiten in der Monarchie befand er sich in dieser Beziehung kompromisslos auf dem Boden der von Wien propagierten Politik.

Damit werden jene Bereiche ersichtlich und verständlich, in denen Nardelli überaus sensibel reagierte. So stießen etwa alle Ideen eines Zusammenschlusses von Dalmatien mit Kroatien auf seine unbedingte Gegnerschaft, weil dies einen schwerwiegenden Eingriff in seine staatspolitischen Ordnungsvorstellungen bedeutet hätte – nämlich den Anschluss an einen „anderen Staat“. Aus diesem Grund war er auch gegen die Resolution von Rijeka und die „Kroatisch-Serbische-Koalition“, weil diese ganz offensichtlich „gegen Wien“ gerichtet war. Wenn aus dem sehr offen geführten, frühen Briefwechsel mit Pero Čingrija geschlossen werden kann, dass Nardelli sich der Unsinnigkeit der politischen Zwietracht zwischen Kroaten und Serben völlig bewusst war, so ist dies kein Widerspruch. Der Ableitung von Ivo Perić, wonach Nardelli erkannt hätte, dass diese Uneinigkeit *„nur dem österreichischen Regime nützte“* und er deshalb *„im Geheimen die kroatisch-serbische Eintracht herbeisehnte“*,<sup>504</sup> ist allerdings gegenüber zu stellen, dass Auseinandersetzungen im Land - ebenso wie jene zwischen Kroaten und Italienern - aus der Sicht Nardellis die öffentliche Ruhe und den wirtschaftlichen Fortschritt behinderten. Im gleichen Sinn wurden von Nardelli großserbische und italienisch-irredentistische Ideen bekämpft, sowohl mit polizeilichen Maßnahmen, als auch mittels Propaganda. Dass in den ordnungspolitischen Vorstellungen Nardellis neben gewalttätigen Aktionen auch jene breite Palette von „Missachtung der

---

<sup>504</sup> Perić, *Politički portreti*. S. 198.

Hoheitszeichen“ über „Anarchisten“ bis zu „antiösterreichischer Propaganda“ und zu tatsächlicher oder - meist - vermeintlicher „Spionage“ keinen Platz hatte, liegt auf der Hand.

### **Einflussnahmen im Zeitungswesen**

Aktive Regierungspropaganda erfolgte den damaligen Gepflogenheiten entsprechend überwiegend in Form „positiver Berichterstattung“ in den Zeitungen. Die Statthalterei in Zadar „verfügte“ mit der „Smotra dalmatinska“ über ein offizielles Organ. Bei anderen Publikationen wurde - wo es möglich und opportun erschien - meist mit „finanziellen Unterstützungen“ versucht, die Berichterstattung im Regierungssinn zu beeinflussen. Das betraf sowohl Herausgeber, als auch Redakteure. In den Akten sind dafür einige Beispiele dokumentiert.

Im Dezember 1906 bewilligte Ministerpräsident Beck „auf Grund einer vertraulichen Fühlungnahme“ der in Split erscheinenden Zeitung „Jedinstvo“ eine jährliche Subvention von 3.000.-- Kronen. Das Geld sollte von Nardelli „in Noten zu 10 und 20 K persönlich dem Domherrn Josef Cernizza“ übergeben werden, der es dann an den „Jedinstvo“ weiterleiten würde. Anfang Juli 1907 würde dann auch noch eine Rate von 1.500 Kronen an die „Prava Crvena Hrvatska“ in Dubrovnik übermittelt werden. Auch dafür würde der Domherr „als Mittelsperson dienen“.<sup>505</sup>

Ende Jänner 1907 ersuchte Nardelli den Ministerpräsidenten um eine Subvention für die in Triest erscheinende Zeitung „Slavenska misao“ mit der Begründung, diese „schreibt über dalmatinische Belange und gegen die Resolution“. Beck antwortete im Februar, die Subvention würde nur dann erfolgen, wenn Nardelli darauf „besonderen Wert lege“, weil die Zeitung bereits durch den Statthalter von Triest monatlich 400 Kronen erhalte. Ende April bekam Nardelli vom Ministerpräsidenten schließlich die Mitteilung, dass die Zeitung ab sofort 1.000 Kronen monatlich erhalte und damit zweimal wöchentlich erscheinen könnte.<sup>506</sup>

---

<sup>505</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 32/geh. 23.12. 1906. Schreiben des Ministerpräsidenten an Nardelli (941 P.L. vom 18.12. 1906. Dem Akt liegt eine Übernahmebestätigung durch Cernizza, datiert mit 15. Jänner 1907, bei.

<sup>506</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 1/geh. 29.1. 1907. Schreiben Nardellis an den Ministerpräsidenten. Die Antworten von Beck (5.2.07 und 25.4.07) liegen dem Akt bei.

Im Juni 1907 findet sich in den Geheimakten der Hinweis, dass Ministerpräsident Beck für „Smotra dalmatinska“ - Chefredakteur Petar Kasandrić einen „Reisekostenzuschuss“ von 600 Kronen bewilligt hätte, im Juli finden sich die Übernahmebestätigungen der Halbjahreszuschüsse von je 1.500 Kronen an „Naše jedinstvo“ und „Prava Crvena Hrvatska“.<sup>507</sup>

Im Mai 1909 ersuchte Nardelli Wien um Mitteilung, ob auf den von Kasandrić in Zagreb „ausfindig gemachten Korrespondenten“, der den Ministerpräsidenten laufend mit politischen Informationen versorgte, weiterhin reflektiert würde. Nachdem der ursprünglich zur Verfügung gestellte Pauschalbetrag bereits verbraucht worden wäre, hätte Zadar die letzten Monatsbezüge an den Informanten von jeweils 200 Kronen aus dem Amtspauschale vorgestreckt. Nardelli ersuchte nun um Refundierung des Betrages.<sup>508</sup>

Auch für ein „wenig rücksichtsvolles“ (man könnte durchaus sagen „erpresserisches“) persönliches Eingreifen Nardellis findet sich ein Beleg: zu regierungsfeindlichen Enunziationen in der serbischen Zeitung „Dubrovnik“, die laut Informationen des Wiener Kultusministeriums angeblich von einem gewissen Professor Medini stammen sollten, betonte Nardelli, dass dieser der „Kroatischen Partei“ nahe stünde und es ihm nicht glaubwürdig erschiene, dass Medini beim „Dubrovnik“ mitarbeite. Er würde aber jedenfalls bei seiner nächsten Dienstreise nach Dubrovnik die Gelegenheit wahrnehmen, Prof. Medini durch seinen Schwiegervater Statthaltereir-Rat Nasso „*ein unbedingt korrektes politisches Verhalten aufzutragen, widrigenfalls derselbe (?) durch eine ex offo Transferierung in seinen Privatinteressen sehr empfindlich getroffen werden könnte*“.<sup>509</sup>

Dass auch auf dem Weg über die dalmatinischen Abgeordneten versucht wurde, auf die Zeitungsberichterstattung Einfluss zu nehmen, wird beispielhaft im Kapitel über die Ablösung von Erzbischof Dvornik aufgezeigt.<sup>510</sup>

Auch auf Nardelli selbst gab es zumindest „sanften Druck“ aus Wien, auf die Berichterstattung der dalmatinischen Blätter einzuwirken. So war nach einer Auseinandersetzung zwischen Kroaten und Italienern in Solin (Salona) der italienische

---

<sup>507</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, geh. 20.6.07 und 629/P.L. (11.7.07).

<sup>508</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 75/geh. 23.6.1909. Schreiben Nardellis an den Ministerpräsidenten.

<sup>509</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 30 – Z. 6875 (8.8.1906). Einsichtsakt des Ministeriums für Kultus und Unterricht. Das Fragezeichen im Akt nach dem Wort „derselbe“ lässt offen, ob die Sanktionen gegen Medini oder seinen Schwiegervater erfolgen würden.

<sup>510</sup> Siehe S. 219 dieser Arbeit.

Botschafter in Wien vorstellig geworden und hatte darauf hingewiesen, dass die kroatische Presse Dalmatiens zuletzt „*besonders heftige Töne gegen das reichsitalienische Element*“ angeschlagen hätte.<sup>511</sup>

Paradigmatisch für die Haltung des Statthalters erscheint noch ein Bericht in der „Neuen Freien Presse“ über den Landtag in Zadar im September 1909.<sup>512</sup> In einer Interpellation hatte sich der serbische Abgeordnete Dr. Mitrović über die „*Konfiskation einiger Artikel*“ in der Zeitung „Dubrovnik“ über den „Agramer Hochverratsprozess“ heftig beschwert und zugleich die kroatischen Organe, sowie die Haltung der österreichischen Behörden „*abfällig kritisiert*“. Nachdem der Landespräsident die „*unziemenden Ausdrücke*“ zensuriert hatte, erklärte Nardelli, dass er die Interpellation nicht beantworten würde, weil der „*Landtag nicht als das berufene Forum erscheine, eine vor den Gerichtsbehörden in einem anderen Lande geführte Verhandlung zur Erörterung zu ziehen*“.<sup>513</sup>

### **Die „anti – serbische“ Agitation**

Im Zuge der „Annexionskrise“ versuchte die Regierung, gegen die von ihr vermutete „Großserbische Propaganda“ in den südslawischen Gebieten der Monarchie statt der bisher verfolgten „*abwehrenden, mehr passiv-schützenden Haltung*“ in die Gegenoffensive zu gehen. Von den Behörden gelenkte Agitationen sollten die „*serbischen Elemente den Interessen der Monarchie näher*“ bringen. Ein erster Versuch in dieser Richtung wurde von Nardelli mit den landwirtschaftlichen Wanderlehrern initiiert. Er wies seine Bezirksleiter an, vorsichtig zu erkunden, wer von den Wanderlehrern befähigt wäre und sich der Aufgabe „*zugänglich*“ zeigte, „*aktiv für den österreichischen Staatsgedanken Propaganda zu machen*“. Details würde er „*dem Takte*“ seiner Behördenleiter und „*der Geschicklichkeit des einzelnen Wanderlehrers überlassen*“. In jedem Fall müsste aber in der Öffentlichkeit der

---

<sup>511</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 119/geh. 21.10. 1908. Schreiben des Ministerpräsidenten an Nardelli Z. 758/P.L. (Wien 17. 10. 1908): Beck ersuchte den Statthalter um das Ergreifen von Maßnahmen, „*welche geeignet wären, dem beklagten Mißstande entgegenzuwirken*“.

<sup>512</sup> Neue Freie Presse Nr. 16.204 ( 30.9.1909). S. 6. Sabor-Sitzung vom 29.9.1909.

<sup>513</sup> Zum Agramer / Zagreber Hochverratsprozess ausführlich: Schödl S. 280, 292; Sosnosky Bd. 2 S. 363. Steven W. Sowards, *Moderne Geschichte des Balkans. Der Balkan im Zeitalter des Nationalismus* (2004) S. 281. Stephen Gazi, *A History of Croatia* (New York 1973). 225 - 228. Aus dubioser Quelle (Georg Nastić) erschienen am 5. 8. 1908 in Budapest in einer Publikation namens „Finale“ Hinweise auf eine „Großserbische Verschwörung“. Für Banus Rauch ein geeigneter Vorwand, um vor allem gegen Anhänger der Serbischen Selbständigen Partei von Svetozar Pribičević vorzugehen. 53 Personen wurden inhaftiert und angeklagt, darunter zwei Pribičević – Brüder (die Immunität von Pribičević selbst wurde allerdings vom Budapester Parlament nicht aufgehoben). Nach siebenmonatiger Prozessdauer wurden am 5. 10. 1909 Haftstrafen zwischen 5 und 12 Jahren verhängt. Die Urteile wurden im September 1910 aufgehoben. Der tschechische Reichstagsabgeordnete Masaryk führte nach eigenen Untersuchungen den Nachweis, dass Nastić ein bezahlter Agent gewesen sei.

Eindruck entstehen, dass sich die Behörde mit der Tätigkeit des Wanderlehrers „*alles eher als identifiziere*“. Bei erfolgreicher Tätigkeit könnte ein Wanderlehrer „*entsprechende Rekompensation*“ erwarten. Über den Verlauf der Aktion verlangte Nardelli wöchentliche Berichterstattung.<sup>514</sup>

Einem Bericht der Bezirkshauptmannschaft Benkovac ist zu entnehmen, dass dort bereits wenige Wochen später ein Wanderlehrer im Regierungssinn tätig war. Es fehlte jedoch nicht der Hinweis darauf, dass dieser wesentlich erfolgreicher agieren könnte, wenn es zu der dringend notwendigen „*Erweiterung der Notstandssubventionen*“ kommen könnte.<sup>515</sup>

Noch im November konnte Nardelli nach Wien vermelden, dass Chefredakteur Kasandrić eine Broschüre zur „*Verbreitung des österreichischen Gedankens*“ unter den Serben Dalmatiens fertiggestellt hätte. Die Broschüre könnte jedoch nicht im Land gedruckt werden, weil es „*unter den hiesigen Verhältnissen*“ unmöglich scheine, den Auftraggeber geheim zu halten. Der Statthalter ersuchte, die Broschüre in Wien zu drucken und für den Fall, dass die Verbreitung nur in Dalmatien erfolgen sollte, um eine Auflage von 2000 Stück.<sup>516</sup>

Im März 1909 war ein Teil der Broschüren in Dalmatien verteilt. Nardelli hatte sie aus Geheimhaltungsgründen von Wien über Triest nach Dubrovnik senden lassen. Für den Autor Kasandrić - offensichtlich ein Vertrauter des Statthalters - ersuchte er den Ministerpräsidenten um eine Remuneration von 300 Kronen. Nardelli sah sich genötigt, ausführlich zu begründen, warum zwei von Wien ebenfalls in Betracht genommene mögliche Autoren nicht zum Zug gekommen waren. Mit deftigen Formulierungen kehrte er dabei durchaus den - lokalen - „Machthaber Nardelli“ hervor: Der eine hätte eigenmächtig bereits in Mostar eine ähnliche Broschüre herausgegeben, ohne die Statthalterei zuvor über den Inhalt zu informieren<sup>517</sup>, der andere hätte sich einem Ansinnen um Mitarbeit „*durchaus unzugänglich*“ erwiesen und müsste ohnedies in letzter Zeit für einen „*exaltierten, etwas psychopatisch veranlagten Mann gehalten werden*“.<sup>518</sup>

---

<sup>514</sup>Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 127/geh. 27.10.1908. Schreiben Nardellis an die Bezirkshauptleute.

<sup>515</sup>Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 152/geh. Schreiben Z. 564/res. (10.11.1908) Bezirkshauptmannschaft Benkovac an die Statthalterei. Zugleich wurde dem Wanderlehrer eine Erhöhung seines Reisepauschales zugesichert und der Bezirkshauptmann ersuchte um einen Pauschalbetrag von 300 Kronen zur Finanzierung dieser Aktion.

<sup>516</sup>Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 150/geh. 7.11.1908. Schreiben Nardellis an den Ministerpräsidenten

<sup>517</sup>Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 39/geh. 17.3.1909. Schreiben Nardellis an den Ministerpräsidenten. Dieser Broschüre von P. Tadić hätte er „*mit Rücksicht auf den wenig glücklich gewählten Inhalt keine besondere Bedeutung beigemessen*“.

<sup>518</sup>Ebd. Es handelte sich um den pensionierten Gerichtssekretär Dr. Ljubić, auf dessen Mitarbeit Nardelli glaubte, „*am besten ganz verzichten zu sollen*“.

### Politische Überwachungen

Die Abwehr potentieller staatsgefährdender „Umtriebe“ schon im V o r f e l d tatsächlicher Aktionen kann durchaus als eine Hauptaufgabe der politischen Behörde in Dalmatien bezeichnet werden. Dazu zählten neben der selbstverständlichen Beobachtung von Parteiveranstaltungen und öffentlichen Versammlungen (im Sinne des Vereinsgesetzes) auch Informationen über „private“ Zusammenkünfte und Kontakte. Politikerreden und Zeitungsartikel wurden analysiert und auf Bezirks- und Ortsebene gab es eine Unzahl von Informanten, die nicht nur über lokale Begebenheiten, sondern auch über alle Arten von Gerüchten Meldungen erstatteten (viele davon stellen sich als harmlos heraus).

Natürlich wurden nicht nur „verdächtige Inländer“ kontrolliert, sondern es wurden auch die Bewegungen und Kontakte von Ausländern in Dalmatien registriert, sowohl im Hinblick auf „echte Spionage“, mehr allerdings noch aus der permanenten Angst der Behörden heraus, dass damit anti-österreichische Tendenzen im Land selbst unterstützt und verstärkt werden könnten. Dies galt selbstverständlich besonders für bekannte Ausländer.

Beispielhaft sei der „Erlass“ des Statthalters an seine Bezirkshauptleute im August 1907 angeführt, in ihrem Bereich „*den Verkehr*“ des ungarischen königlichen Rates Dr. Rudolf Havass (des „*bekanntem Agitators für die Vereinigung Dalmatiens mit Ungarn*“) anlässlich seiner Reise durch Dalmatien „*in unauffälliger Weise zu überwachen und über etwaige Wahrnehmungen umgehend anher zu berichten*“. Havass hatte zum Beginn seiner Reise Nardelli einen Höflichkeitsbesuch abgestattet und dabei im privaten Gespräch ganz offen die Reinkorporierung Dalmatiens als „*seine Lebensaufgabe*“ bezeichnet. An Ministerpräsident Beck konnte Nardelli aus diesem Gespräch übrigens die interessante Information weitergeben, dass in Ungarn ein Anschluss nicht an Kroatien, sondern direkt an Ungarn angestrebt würde („*lieber direkt wie Fiume*“) und Dalmatien ein kleines Komitat werden sollte.<sup>519</sup> Mit dieser Ansicht würde Havass zwar in Dalmatien keine Freunde finden, meinte der Statthalter, eine genaue Überwachung seiner Kontakte wäre aber dennoch erforderlich.

Über die Reise von Thomas Masaryk durch Dalmatien in der zweiten Mai-Hälfte 1911 sandte Nardelli einen mehrseitigen Bericht an den Innenminister mit für solche Berichte durchaus

---

<sup>519</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 8619 (31.8.1907 – Nr. 6502/pr. Zara 25.8.07). Schreiben Nardellis an den Ministerpräsidenten. In dem Gespräch hatte Nardelli auch die ungarische „Eisenbahnblockade“ angesprochen. Havass hätte in diesem Zusammenhang offen erklärt, dass sich Unterstaatssekretär Szterenyi „*in dieser Frage, ebenso wie bei der Einführung der ungarischen Sprache in den Staatseisenbahndienst in Kroatien verrannt hätte*“.

typischen Detailinformationen. Danach hatte Masaryk in Dubrovnik Kontakt zu Bürgermeister Čingrija, verschiedenen Führern der „großserbischen Bewegung“ und einer Abordnung des serbischen Turnvereins „Dušan Silni“. Bei einem Konzert ihm zu Ehren wurden Masaryk „*nur wenige Ovationen dargebracht*“. Nach einem Kurzbesuch in Kotor war Masaryk längere Zeit in Split. Ein Konzert ihm zu Ehren wurde gestattet, ein ebenfalls geplanter Umzug jedoch vom Bezirkshauptmann untersagt. Bei einem Empfang waren u.a. die Abgeordneten Bulat und Smodlaka, Bauernführer und Vertreter der „Fortschrittspartei“. In tschechischer Sprache betonte Masaryk dabei die Notwendigkeit einer „*geschlossenen Politik der Südslawen*“; als „*bemerkenswert*“ bezeichnete Nardelli Masaryks „*Ausfälle gegen den neuen Wehrgesetzentwurf*“ (mit großem Beifall von den Studenten). Die Verabschiedung im Hafen erfolgte durch die Abgeordneten Smodlaka, Trumbić und Tartaglia.<sup>520</sup>

Interessant in diesem Zusammenhang ist noch, dass und wie Nardelli wenige Monate vor dem Besuch Masaryks verhindert hatte, an diesen aus Split für sein „*Eintreten zugunsten der nationalen Sache der Südslawen eine Dankadresse*“ zu senden. Dieser ursprünglichen Smodlaka-Idee hatten sich auch Teile der „Kroatischen Partei“ angeschlossen. Nach einem „privaten Briefwechsel“ mit Bürgermeister Mihaljević von der „Kroatischen Partei“ brachte dann das Parteiorgan „*Naše Jedinstvo*“, die Nachricht, dass es keinen Grund dafür gäbe, „*dass sich gerade Spalato als erste Stadt mit einer solchen Adresse exponiere*“.<sup>521</sup>

### **Privatpersonen**

Zu den Privatpersonen, die es zu überwachen galt, zählten vor allem Ausländer aus Serbien und Italien als potentielle Spione (bei den Italienern, wie noch zu zeigen ist, kamen vor allem Geschäftsleute, Firmen und die dort beschäftigten Arbeiter ins Visier der Behörden). Hier lag das Interesse naturgemäß vor allem beim Militär und es gab auch mehrmals Kritik an den dalmatinischen Behörden. Etwa über zu „*lässige Handhabung der Meldevorschriften*“. So wäre der serbische Major Ing. Damjan Damjanović „*wieder in Kotor gewesen*“ und von dort nach Montenegro ausgereist, obwohl er am Betreten österreichischen Territoriums zu hindern gewesen wäre.<sup>522</sup> Nach Informationen des Kriegsministeriums hätten sich alleine im Juni

---

<sup>520</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 5420 (8.6.1911). Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>521</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 12761 (16.12.1910). Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>522</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z.5754 (25.6.1908). Schreiben des Kriegsministeriums an MdI.

1908 elf serbische Offiziere auf „Kur“ in Dubrovnik aufgehalten, von denen sechs der Spionage verdächtig gewesen wären. Der serbische Generalstabshauptmann Vašić wäre jedenfalls nach *„zahlreichen Besuchen strategisch wichtiger Punkte“* sofort auszuweisen.<sup>523</sup>

Zu den vom Außenministerium vermuteten ca. 30 montenegrinischen Lastenträgern im Raum Kotor und Budva, die als *„Kreaturen des Cetinjer Spionagedienstes“* tätig wären, bemerkte Nardelli, dass es keinen Anlass zur Sorge gäbe: einige wären *„tadellose österreichische Staatsbürger, andere werden überwacht“*.<sup>524</sup> Ein im Juli 1909 aufgetauchtes Flugblatt mit dem Aufruf an die Bewohner der Bucht von Kotor zur Vereinigung mit Montenegro wurde dagegen sofort konfisziert.<sup>525</sup>

Nardellis Sorge um die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung betraf auch vergleichsweise „harmlosere“ Aktivitäten: seiner Ansicht nach hätte ein Ausflug der Zöglinge des Budapester Franz-Josefs-Instituts nach Dalmatien Anfang Mai 1906 *„wegen der politischen Situation im Lande“* nicht stattfinden sollen.<sup>526</sup> Der Statthalter wurde eines Besseren belehrt: den Zöglingen wurde in Zadar ein *„problemloser, freundlicher Empfang“* zuteil.<sup>527</sup>

Wie aufwändig die Behörde bei der Überwachung der eigenen Bürger arbeitete, zeigt der Bericht des Statthalters über den Slawischen Kongress in Sofia im Juli 1910. In dem Bericht wurden alle 38 Teilnehmer aus Dalmatien namentlich, mit Beruf und Herkunftsort, verzeichnet. Mit Antun Tresić-Pavišić war auch ein Reichsratsabgeordneter dabei. Weitere 30 Teilnehmer reisten „privat“ nach Sofia, sieben wurden dem „Sokol“ zugerechnet. Davon traten zwei *„auch sonst politisch tätige Zeitungsredakteure“* als Redner auf dem Kongress auf. In Dalmatien gab es, so Nardellis Bericht, im Zusammenhang mit dem Kongress *„keine besonderen Wahrnehmungen politischer Natur“*.<sup>528</sup>

Einen „Erfolg“ über das Land hinaus konnte Nardelli in Bezug auf die dalmatinischen Studenten erzielen. Nach seinem Geschmack waren diese viel zu oft in der Heimat, nahmen

<sup>523</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z.5460 (16.6.1908). Schreiben des Kriegsministeriums an MdI.

<sup>524</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z.217 (5.1.1909). Bericht des Statthalters an MdI.

<sup>525</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z.8758 (29.7.1909). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren. Das in kyrillischer Schrift verfasste Flugblatt „Miloj Boki“ wäre einem *„näher nicht bekannten Handlungsreisenden nach dessen Aussage vom montenegrinischen Kronprinzen Danilo persönlich übergeben worden“*.

Anm.: die eigentlich auf der Hand liegende Anfrage an den Statthalter, wie es möglich ist, dass der Behörde zwar die „eigene Aussage“, nicht aber der Name des Handlungsreisenden bekannt war, wurde vom Ministerium nicht gestellt.

<sup>526</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 30 – Z.3741 (27.4.1906). Bericht des Statthalters an MdI.

<sup>527</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 30 – Z.3965 (4.5.1906). Bericht des Statthalters an MdI.

<sup>528</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 12816 (17.12.1910). Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.

dort an der politischen Agitation teil, waren auch Träger von Protestversammlungen und Demonstrationen, sowie Beteiligte an „Exzessen“.

Zunächst hatte der Statthalter im Oktober 1906 nicht verhindern können, dass Studenten in Split in einem mit „*Viva Italia*“ versehenen Telegramm „*an General Garibaldi, Rom*“ den Wunsch nach einer „*italienisch-balkanischen Allianz*“ äußerten. Das Telegramm wurde „*bedauerlicherweise von der Postverwaltung nicht inhibiert, wiewohl schon die Adresse aufgefallen sein muß*“, betonte Nardelli.<sup>529</sup> Die Zeitung „Sloboda“ veröffentlichte das Telegramm und wurde beschlagnahmt.<sup>530</sup> Die in der Folge heftig diskutierte Frage „demonstrative Sympathiekundgebung“ oder „Hochverrat“ wurde vom Gericht nicht ganz im Sinne des Statthalters geklärt: die Studenten wurden freigesprochen.<sup>531</sup>

Im Mai 1907 machte Nardelli Wien „*auf das Treiben der dalmatinischen Studentenschaft*“ aufmerksam und schlug vor, künftig die Anwesenheit der Studenten an ihren Studienorten strenger überprüfen zu lassen. Das Ministerium für Kultus gab daraufhin an die Universitäten die Anweisung hinaus, dem „*Studium der Dalmatiner in absentia*“ durch rigorose Handhabung der disziplinären Vorschriften über den Besuch der Vorlesungen „*entgegenzutreten*“. Dies galt nach einer Absprache mit der Regierung in Budapest auch für die Zagreber Universität.<sup>532</sup>

Auch in den kommerziellen Bereich griff Nardelli „vorsorglich“ ein, wobei es ihm in einem Fall vor allem darum ging, eine Ausgewogenheit zwischen italienischen und kroatischen Interessen zu erzielen. In einem vertraulichen Schreiben berichtete der Handelsminister von Interventionen dalmatinischer Abgeordneter gegen die Nichtbewilligung einer kroatischen Buchdruckerei in Šibenik und seiner Absicht, einem entsprechenden Rekurs stattzugeben.<sup>533</sup>

In seiner Antwort betonte der Statthalter, dass seine Entscheidung wegen „*mangelnden Localbedarfs*“ erfolgt wäre und mit dieser Begründung zuvor schon ein Antrag auf eine italienische Buchdruckerei in der Stadt abgelehnt worden wäre. Sollte der Minister den

---

<sup>529</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z. 8758 (12.10.1906). Bericht Nardellis an MdI. Es handelte sich um drei kroatische Studenten (zwei Juristen, ein Mediziner) aus dem Umfeld von Smodlakas Fortschrittspartei. Garibaldi war zwar schon 1882 gestorben, dennoch kam aus Rom ein dankendes Antworttelegramm.

<sup>530</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z. 8758 (12.10.1906). Bericht Nardellis an MdI. Es war dies die Nr. 59 der Sloboda (30.10.1906).

<sup>531</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z. 11527 (3.12.1907). Einsichtsakt des MdI. Der Nichtigkeitsbeschwerde der Staatsanwaltschaft gegen die Freisprüche der Studenten wurde vom Justizministerium keine Folge gegeben.

<sup>532</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z. 9279 (20.8.1909). Einsichtsakt des MdI. Nardellis Vorschlag erfolgte am 25.5.1907 (Zl. 3931).

<sup>533</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 16/a. geh. 14.7.1906. Schreiben des Handelsministers an Nardelli.

kroatischen Rekurs positiv bescheiden, müsste wohl auch der neuerliche Antrag der Italiener bewilligt werden, wenn die Regierung nicht „den Schein einer Parteilichkeit auf sich laden“ wollte. Sollte der Minister dennoch den Wünschen der Reichsratsabgeordneten nachkommen wollen, müsste er „darauf bestehen“, schrieb Nardelli mit deutlichen Worten, dass dies „in einer die Deutung einer Desavouierung der Verfügungen des Landeschefs nicht zulässigen Weise geschehen“ müsste.<sup>534</sup>

Bei einem italienischen Filmvorführer in Split griff Nardelli hart durch: die dort von diesem vorgeführten „italienfreundlichen Filme“ hätten bereits zu Demonstrationen geführt. Die „Produktionslizenz für den Kinematographenvorführer“ wurde daher vom Statthalter annulliert.<sup>535</sup>

Bei einem weiteren Eingriff in den kommerziellen Bereich schien der Statthalter zunächst erfolgreich zu sein – allerdings mit durchaus peinlichen Folgen für die Behörden im Lauf der nächsten Jahre. Die Österreichische Dampfschifffahrtsaktiengesellschaft „Dalmatia“ hatte Anfang 1908 für den Hafen Metković die Firma Šola und Paranos zu ihrem neuen Agenten bestellt. Auf Grund eines Berichtes seines Bezirksleiters („fanatische Serben“, „Kontakte zu radikalen Politikern Serbiens“) bezeichnete Nardelli Voislav Šola und Jovo Paranos gegenüber dem Handelsministerium als „politisch nicht ganz verlässlich“.<sup>536</sup> Das Ministerium ersuchte daher die Seebehörde, „geeignete und politisch einwandfreie Persönlichkeiten“ bestellen zu lassen.<sup>537</sup> Im Juli wurden Šola und Paranos entlassen, die Agentur in Metković erhielt einen neuen Leiter.<sup>538</sup>

Drei Jahre später, im Juli 1911, verlangte die „Dalmatia“ vom Handelsministerium Kostenersatz für den Rechtsstreit mit der Firma Šola und Paranos. Die beiden Firmenchefs hatten wegen der vorzeitigen Kündigung auf Schadenersatz geklagt.<sup>539</sup> Das Handelsministerium ersuchte nun das Innenministerium um eine politische Lösung und die Vermittlung eines Vergleichs (der von Šola nach vertraulichen Informationen in Aussicht gestellt worden war), betonte jedoch zugleich, dass es für derartige Fälle kein Budget hätte. Es

---

<sup>534</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 16/a. geh. 14.7.1906. Antwort Nardellis, wonach in der kroatischen Druckerei der Druck von Hrvatska rieč geplant wäre, einer „Österreich nicht freundlichen“ Zeitung. Es handelte sich auf kroatischer Seite um Dr. Ivo Krstelj und Dr. Vinko Smolčić. Den italienischen Antrag hatte Ugo Fosco gestellt.

<sup>535</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 776 (28.1.1907). Schreiben Statthalter an MdI.

<sup>536</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 1220 (11.2.1908). Schreiben Statthalter an Handelsministerium.

<sup>537</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 2221 (14.3.1908). Erlass des Handelsministeriums. Abschrift an Statthaltereie.

<sup>538</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 6986 (23.7.1908). Schreiben Handelsministerium an Statthaltereie.

<sup>539</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 33 – Z. 7363 (18.7.1911). Schreiben des Handelsministeriums „streng vertraulich“ an das Präsidium des Innenministeriums.

wäre jedoch wünschenswert, wenn dieser Fall nicht an die breite Öffentlichkeit käme, weil Voislav Šola (der drei Jahre zuvor noch als geradezu „politisch gefährliche Persönlichkeit“ bezeichnet worden war) nach der Annexion nun in der Zwischenzeit Vizepräsident des bosnischen Landtages geworden und darüber hinaus vom Kaiser zuletzt „durch Verleihung des Komturkreuzes des Franz. Josefs – Ordens mit dem Sterne ausgezeichnet“ worden wäre.<sup>540</sup>

Hier hatte Nardelli - wenn auch im Vertrauen auf seinen Bezirksleiter - ziemlich „danebengegriffen“. Zum Zeitpunkt dieses „ministeriellen Briefwechsels“ war er allerdings schon zehn Tage im Ruhestand .....

### **Beamtenapparat**

Die politischen Überwachungen im Beamtenapparat betrafen nahezu ausschließlich den Verdacht „mangelnder österreichischer Gesinnung“, was in der Regel mit „großserbischen Tendenzen“ gleichgesetzt wurde. Dass Nardelli dabei vor allem im Umfeld der Annexionskrise „überevorsichtig“ agierte, ist zwar verständlich, brachte ihm jedoch mehrmals Kritik aus Wien ein.

Etwa, als er den Postamtsleitern von Obrovac (Obrovazzo) und Kistanje „nationale Umtriebe“ vorwarf und ihn daraufhin das Handelsministerium wissen ließ, dass es sich seinem Verdacht „nicht ohne weiteres anschließen möchte“, wonach die beiden unverlässlich wären, nur „weil sie ihrer Nationalität nach Serben sind“. Die Beamten hätten schließlich einen Eid geleistet.<sup>541</sup> Und nach einer Überprüfung durch den Vorstand der Postdirektion in Zadar sah sich das Ministerium „dermalen wohl nicht in der Lage, die Amovierung dieser beiden Postmeister zu veranlassen“. Man würde sie jedoch streng im Auge behalten.<sup>542</sup>

Auch aus dem Justizministerium erhielt Nardelli zum Thema „bedenkliche Personen“ abschlägige Post: gegen zwei Richter in Obrovac und Benkovac könnte mit einer „Versetzung ohne ihre Zustimmung“ nur bei „Vorliegen von Tatsachenmaterial“

---

<sup>540</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 33 – Z. 10527 (18.10.1911). Schreiben des Handelsministeriums „vertraulich“ an das Präsidium des Innenministeriums.

<sup>541</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 10469 (28.10.1908). Einsichtsakt MdI mit Stellungnahme des Handelsministeriums.

<sup>542</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 11594 (23.11.1908). Schreiben des Handelsministeriums an den Statthalter.

vorgegangen werden. Im Ministerium wäre jedenfalls bisher von einer unerlaubten politischen Tätigkeit der beiden nichts bekannt.<sup>543</sup>

Die Sensibilisierung des Statthalters war nicht ganz unbegründet. Dies zeigt ein Akt des Innenministeriums vom März 1909 über serbenfreundliche Tendenzen bei einigen Ämtern und Gerichten. Danach wären in Dubrovnik bereits drei Freisprüche für „Hoch Serbien“ – Rufer erfolgt. Zuletzt hätte der Richter Dušan Bašić („*unter politisch Verdächtiger vorgemerkt*“) zur Finanzierung der Heimreise eines Freigesprochenen „*eine Kollekte eingeleitet*“, für die der Gerichtspräsident Bojanić „*den größten Anteil*“ beigesteuert hätte. Bei „Nieder mit Österreich“ – Rufen einer serbischen Musikkapelle in Gruž hätte die Gemeindepolizei überhaupt nicht eingegriffen.<sup>544</sup>

Dass der Gemeindevorsteher von Herzegnovi (Castelnuovo), Jefto Gojković, einen Besuch in Cetinje absolviert hatte, veranlasste den Statthalter sogar zu einem Bericht an den Ministerpräsidenten (der Gemeindevorsteher wurde schließlich schon seit längerer Zeit als „*politisch unverlässliches Individuum in Evidenz gehalten*“).<sup>545</sup>

Auch in Richtung „Italiener“ wurde ermittelt: Das Reichskriegsministerium ersuchte Nardelli zu erheben, wie viele „Reichsitaliener“ in Dalmatien im Gemeindedienst in Verwendung stünden. Es waren nur drei, aber alle „keine Beamten“. Dass Nardelli auch (ungefragt) von einem Franzosen, sieben Ungarn und zwei Bosniern im Gemeindedienst berichtete, brachte ihm die Reaktion des Ministeriums ein, wonach gegen königlich ungarische Staatsbürger und bosnische Landesangehörige „*keine Bedenken*“ bestünden.<sup>546</sup>

Der Statthalter stellte sich auch schützend vor seine Beamten, wenn er sie zu Unrecht angegriffen glaubte – auch wenn es sich dabei zum Beispiel um eine Anfrage im Reichsrat handelte.<sup>547</sup> In dieser hatten dalmatinische Abgeordnete den von der Statthalterei nach Vis (Lissa) entsandten Oberkommissär Rocco Parteilichkeit bei einer Untersuchung vorgeworfen.

---

<sup>543</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 10223 (23.10.1908). Schreiben des Justizministeriums an den Statthalter. Dieser hatte von Verdachtsmomenten gegen die beiden Einzelrichter Dr. Mirko Castropelli (Obrovac) und Dr. Alexander Miović (Benkovac) berichtet.

<sup>544</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 3845 (26.3.1909). Der Freigesprochene Milan Jeftović hatte darüber hinaus erklärt, das Gericht hätte ihn aufgefordert, den Zeugen, der gegen ihn ausgesagt hatte („*die Amtsperson Jellavić*“), zu klagen.

<sup>545</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 9528 (20.8.1909). Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren mit Abschrift an den Ministerpräsidenten..

<sup>546</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z. 5715 (24.6.1908). Schreiben Nardellis an das Reichskriegsministerium. Die Antwort des Ministeriums liegt dem Akt bei. Alle drei Reichsitaliener waren bei den Elektrizitätswerken in Zadar beschäftigt, einer von ihnen war der Direktor.

<sup>547</sup> Interpellation der Abg. Biankini und Gen. an den Minister des Inneren. Reichsrat XVII. Sess., 366. Sitzung, eingebracht am 14. 12. 1905.

Der „*bekannte fanatische Italiener*“ hätte mit Methoden des „*öffentlichen Terrorismus*“ versucht, die Bewohner von Vis bei der Klärung einer (handfesten) Auseinandersetzung mit „Reichsitalienern“ zu verdächtigen und zu belasten, war im Text der Interpellation zu lesen. Nardelli wies den Vorwurf der Parteilichkeit entschieden zurück. Rocco hätte allerdings auf Grund seiner Erhebungen „*angesehene Personen des kleinen Ortes Lissa, darunter den Sohn des Bürgermeisters*“ und auch den Gemeindepolizisten schuldig gesprochen und damit die Bevölkerung verärgert.<sup>548</sup> In diesem Sinn wies dann auch der Innenminister den Vorwurf der nationalen Parteilichkeit des dalmatinischen Behördenvertreters zurück.<sup>549</sup>

## Parteien

Was die politische Überwachung der dalmatinischen Parteien betraf, agierte Nardelli nicht wie ein Landeschef, sondern wie ein regierungstreuer, hoher Beamter (auch wenn er seine Berichte immer wieder mit persönlichen und teilweise abwertenden Einschätzungen ergänzte).<sup>550</sup> Das Hauptinteresse des Statthalters lag naturgemäß vor allem bei den Entwicklungen in der „Kroatischen Volkstümlichen Fortschrittspartei“ Smodlakas und in der (kleinen) „Sozialdemokratischen Partei“, weil er dort das größte Gefährdungspotential für die bestehende Ordnung ortete. Es gab laufend Berichte über Parteiaktivitäten durch die politischen Beamten und im April 1911 sandte Nardelli seinen letzten Überblicksbericht über die dalmatinische Parteienlandschaft nach Wien.<sup>551</sup>

Zur „Kroatischen Partei“, der stärksten politischen Gruppierung in Dalmatien, erklärte Nardelli, dass sie ähnlich wie die „Kroatisch-Serbische Koalition“ in Kroatien „*das Ziel hat, alle Kräfte jugoslawischer Nationalität, die in der österreichisch-ungarischen Monarchie lebten, zu vereinen und an der Schaffung ihrer politischen und nationalen Unabhängigkeit arbeitet*“. Der Parteivorsitzende Niko Duboković hätte „*wenig Bedeutung und Einfluss in*

<sup>548</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 30 – Z. 147 (8.1.1906). Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren

<sup>549</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 30 – Z. 582 (29.1.1906). Einsichtsakt des MdI.

Zum „Sittenbild“ und den sicherlich nicht leichten damaligen Verhältnissen ist noch hinzuzufügen, dass im Zuge der Rauferei zwischen Einwohnern von Vis und italienischen Matrosen - laut Akt – keine „*stillschweigende Billigung des Nationalhasses durch die behördliche Organe*“ erfolgt wäre. Die Verurteilung des Polizisten durch Kommissär Rocco wäre jedoch zu überprüfen. Nachdem der Polizist auf Bitte der Italiener nach Hilfe geantwortet hätte, „*er verstehe nicht italienisch*“, läge wohl nicht eine Übertretung, sondern eine vorschriftswidrige Unterlassung einer Dienstverrichtung vor, die „*strenge Disziplinarbehandlung*“ erforderlich machte.

<sup>550</sup> Vgl. dazu Kapitel „Nardellis Eingriffe in die Reichsratswahlen“. S. 118-119.

<sup>551</sup> Im folgenden: AVA MdI 34/2 Präs. Kart. 2250 – 3796/10 (16.4.1911). Bericht Nardellis an den Ministerpräsidenten mit Abschrift an den Minister des Inneren

der Partei“, wäre aber ansonsten „*ein loyaler und maßvoller Politiker*“. Der stellvertretende Parteivorsitzende Juraj Biankini wäre sehr agil. Die Partei befände sich in einem ständigen und scharfen Konflikt mit der „Rechtspartei“. Mit der „Kroatischen Volkstümlichen Fortschrittspartei“ „*tritt sie, sofern erforderlich, in ein Wahlbündnis ein*“.<sup>552</sup>

Die „Rechtspartei“ stünde für die „*die Prinzipien der Reinen Kroatischen Rechten nach den Ideen von Starčević und Frank*“. Sie würde von Don Ivo Prodan geführt, der „*sehr wenig politischen Einfluss*“ hätte. Tatsächlich würde die Partei vom Šibeniker Ante Dulibić geleitet. Mit der „Rechtspartei“ in einem Bündnis wären die christlichen Sozialisten, eine Gruppe, die sich „*in den Städten in bischöflichen Kreisen*“ bewegte. Gegen die Partei träten alle anderen Parteien in Dalmatien auf.<sup>553</sup>

Das Programm der „Serbischen Partei“ bestünde aus „*nationaler Glorifizierung und wirtschaftlicher Stärkung*“ und ihr Verhalten wäre „*mit wenigen Ausnahmen korrekt und ausgewogen*“, schrieb Nardelli. Parteiführer wäre Radoslav Katnić, aber die eigentliche Leitung der Partei läge in den Händen von Dušan Baljak. Die „Serbische Partei“ kooperierte gut mit der „Kroatischen Partei“ und der „Kroatischen Volkstümlichen Fortschrittspartei“, befände sich aber im Konflikt mit der „Rechtspartei“.<sup>554</sup>

Zur „Italienischen (autonomen) Partei“ meinte der Statthalter, dass sie in der Defensive wäre und ihr Italienerum nicht besonders hervorkehrte, um damit nicht zu starkem Druck der kroatisch-serbischen Übermacht zu provozieren und sich „*um des Schutzes ihrer italienischen Angehörigen willen zu behaupten*“. Es gäbe in der Partei Einzelne „*mit irredentistischer Voreingenommenheit*“, der Parteichef Luigi Ziliotto wäre jedoch bekannt für seine Mäßigkeit. Hauptgegner der Partei wären die Rechten und einige Anhänger der „Kroatischen Partei“. Die „Kroatische Volkstümliche Fortschrittspartei“ stünde entsprechend ihrem Kompromiss mit der „Serbischen Partei“ der „Italienischen Partei“ reserviert gegenüber.<sup>555</sup>

---

<sup>552</sup> AVA MdI 34/2 Präs. Kart. 2250 – 3796/10 (16.4.1911). Von den übrigen Parteispitzen der Kroatischen Partei träten Ante Trumbić und Pero Čingrija für eine radikale Vorgangsweise ein, Vicko Mihaljević wäre „*ein konzilianter Politiker, mit seiner Tätigkeit auf Wirtschaftsfragen ausgerichtet*“. Vicko Ivčević und Antun Vuković bezeichnete Nardelli als einflussreich. Als Parteizeitungen nannte er Narodni list, Crvena Hrvatska und Naše jedinstvo.

<sup>553</sup> Ebd. Einfluss in der Rechtspartei hätten auch Mate Drinković, „*ein eher rastloser und radikal gestimmter Herr*“ und - diesem ähnlich - Don Frane Ivanišević. Parteizeitungen wären Hrvatska kruna, Hrvatska rijec, Dan, Hrvatska država („*eine Streit-Zeitung*“), Pučke novine und Prava Crvena Hrvatska.

<sup>554</sup> Ebd. Weitere bekannte Funktionäre der Serbischen Partei wären Antun Pugliesi, Vlaho Matijević, Rudolf Sardelić, Aleksandar Mitrović und Đuro Vukotić. Es gäbe nur eine politische Zeitung – Dubrovnik.

<sup>555</sup> Ebd. In der italienischen Partei hätten noch Ercolano Salvi, Robert Chiglianovich und Božo Krekich Einfluss. Im Gegensatz zur Zeitung Il Dalmata wäre die zweite Zeitung der Partei Il Risorgimento eine beträchtlich „*aggressive Zeitung für irredentistische Bestrebungen*“, weshalb sie oft von der Zensur betroffen wäre.

Die „Kroatische Volkstümliche Fortschrittspartei“ wäre eine „*ausgeprägt antiklerikale und gegen die Regierung in scharfer Opposition*“ stehende Partei, wenn auch ihr Führer, der „*überaus agile*“ Josip Smodlaka, in letzter Zeit „*seine Politik gegenüber der Regierung verändert und besänftigt hat*“, schrieb Nardelli. Unter den Anhängern der Partei gäbe es besonders viele Landarbeiter aus dem Splitter Umland und eine bedeutende Anzahl junger Intellektueller aus Split, Šibenik und Dubrovnik.<sup>556</sup>

Nur wenige Wochen vor diesem Sammelbericht hatte Nardelli eine umfangreiche Auflistung über die Funktionäre und Aktivitäten der „Kroatischen Volkstümlichen Fortschrittspartei“ nach Wien geschickt. Danach hätte die Partei bei der Bevölkerung in ihren Hochburgen eine „*ausgesprochen serbophile Strömung*“ erzeugt, die zwar mit den „*großserbischen Aspirationen nicht identifiziert werden*“ könnte, denen die Bevölkerung aber zumindest mit Sympathie gegenüber stünde. Für ausgesprochen gefährlich hielt Nardelli in diesem Zusammenhang die Tendenz, dass damit auch die „Kroatische Partei“ zunehmend in das „*serbophile Fahrwasser*“ gedrängt würde.<sup>557</sup>

Zur „Sozialdemokratischen Partei“ bemerkte Nardelli, dass sie die meisten Anhänger in Split hätte und von Jerko Dorbić geleitet würde. In der Parteizeitung „Glas radnog naroda“ gäbe es generell eine „*gegen die Regierung gerichtete, oft antimilitaristische und anarcho - sozialistische Tendenz*“; sie würde deshalb oft verboten. Die Partei stünde mit ihrer Politik nicht selten im Gegensatz zur Haltung ihrer Zentrale in Wien.<sup>558</sup>

Da die Sozialdemokraten keinen Abgeordneten im dalmatinischen Sabor hatten, waren sie einerseits mit ihren Anliegen auf öffentlichen Aktionismus angewiesen und andererseits für Nardelli nicht leicht zu kontrollieren. Dennoch konnte der Statthalter Anfang 1911 dem

---

<sup>556</sup> AVA MdI 34/2 Präs. Kart. 2250 – 3796/10 (16.4.1911). Vice Iljadica, Ante Makale, Lujo Mazzi und Prvislav Grisogono wären weitere Spitzenfunktionäre der Kroatischen Volkstümlichen Fortschrittspartei. Die Zeitungen der Partei wären Sloboda und Pučka sloboda. Im Bereich der Partei gäbe es auch die Težačka sloga – die Landarbeitergenossenschaft.

<sup>557</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 33 – Z. 3262 (7.4. 1911 - Zl. 253/5 Zara 4. 4. 1911). Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.

Schon im Dezember 1910 (Kart. 33 – Z. 13053 - 23.12.1910) hatte der Statthalter auf Anfrage des Ministers darauf verwiesen, dass sich tatsächlich in Split „*serbophile Ideen ausbreiten, wenn auch von einer großserbischen Bewegung, wenigstens gegenwärtig, nicht gesprochen werden kann. Die Gemeindevertretung von Spalato macht keine Anstalten, sich der Propagierung erstgenannten Ideen zu widersetzen, wiewohl die österr. Gesinnung des Bürgermeisters Dr. Mihaljević (Kroate) und der übrigen in Betracht kommenden Faktoren über jeden Zweifel erhaben ist*“.

<sup>558</sup> AVA MdI 34/2 Präs. Kart. 2250 – 3796/10 (16.4.1910). Bericht Nardellis an den Ministerpräsidenten mit Abschrift an den Minister des Inneren

Innenministerium eine umfangreiche Aufstellung mit Details über sämtliche Ortsgruppen sowie Informationen über Dorbić (inklusive Vorstrafenregister) übermitteln.<sup>559</sup>

Einige Dokumente zeigen die „breite Palette“ der behördlichen Überwachungen sozialistischer Aktivitäten: Die Versammlungen und anschließenden – behördlich genehmigten – Umzüge zugunsten des Allgemeinen Wahlrechts erfolgten „ohne jede Ruhestörung“ (1905).<sup>560</sup> Der Umzug der Sozialdemokraten am 1. Mai in Split hatte einen „völlig ruhigen Verlauf“ (1908).<sup>561</sup> „Noch bevor sie“ (sic!) <die sozialdemokratischen Gegendemonstranten> „das Lied der Arbeit anstimmen konnten, wurden die Gegendemonstranten zerstreut“ (1909).<sup>562</sup>

Es gab auch weniger friedliche Aktionen: nach Gerüchten über die Absicht der Sozialisten, in Split gegen die Hinrichtung des Revolutionärs Ferrer in Spanien zu demonstrieren und die Fensterscheiben des Bischofspalastes zu zertrümmern, war die Gemeindepolizei alarmiert. Nach Rufen „Nieder mit der Religion! Hoch die Republik!“ wurden etwa 200 Demonstranten auseinandergetrieben. Zwölf wurden verhaftet und zur Anzeige gebracht (1909).<sup>563</sup>

Eine nicht gerade überzeugende Rechtfertigung formulierte Nardelli nach der behördlichen Untersagung eines korporativen Vergnügungsausfluges der „Arbeiterorganisationen von Spalato“ nach Šibenik im September 1910. Der Ausflug wurde aus Gründen der Öffentlichen Ordnung, sowie aus sanitätspolizeilichen Bedenken untersagt. Parteiführer Dorbić protestierte dagegen telegraphisch in Wien und etwa 100 Parteimitglieder (mit Frauen und Kindern) fuhren „privat“ mit dem Dampfer bzw. der Bahn trotzdem nach Šibenik.<sup>564</sup> Nardelli blieb in seiner Rechtfertigung an den Innenminister dabei, dass das Verbot des korporativen Ausflugs zu Recht erfolgt wäre. Es hätte gegen das Verbot (trotz Rechtsmittelbelehrung) keinen Rekurs gegeben, das Beschwerdetelegramm wäre daher „völlig unbegründet“ und von Drohungen

---

<sup>559</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 33 – Z. 1029 (3.2. 1911) Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>560</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 30 – Z. 8448 (4.12. 1905) Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>561</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z. 3996 (6.5.1908) Schreiben des Statthalters an MdI.

<sup>562</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z. 9345 (14.8.1909) Bericht des Statthalters an MdI - mit einem gewissen „hellscheerischen Aspekt“ - über eine sozialistische Gegendemonstration gegen eine Versammlung katholischer Studenten in Split am 2. 8. 1909.

<sup>563</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 12064 (1.11. 1909) Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>564</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 9529 (19.9. 1910). Protesttelegramm an das Ministerratspräsidium (in deutscher Übersetzung). In dem von Girolamo (Jerko) Dorbić unterzeichneten Telegramm wurde darauf verwiesen, dass seine Partei den Ausflug um eine Woche verschoben hatte, weil zum ursprünglich geplanten Termin „mehrere tausend Anhänger“ der Rechtspartei in Šibenik waren und eine Konfrontation vermieden werden sollte. Das sanitätspolizeiliche Bedenken „entbehrte daher jeden Ernstes“.

oder Repressalien der Behörde „gegen den nicht offiziellen Ausflug“ könnte keine Rede sein.<sup>565</sup> Womit das Verbot „begründet“ war, begründete Nardelli nicht.

Nicht ganz so „friedlich“ tauchte Dorbić in einem weiteren Akt auf. Im Juni 1911 informierte das Ministerium für Öffentliche Arbeiten den Statthalter darüber, dass die Kohlewerke in Siverić die „Ausweisung des socialistischen Agitators Dorbić“ verlangt hätten, weil dieser nach dem teilweisen Ende eines dreiwöchigen Streiks in Siverić versuchte, „Bergleute unter allerlei Vorspiegelungen und Geldversprechen ... aufzuhetzen und Unruhen herauf zu beschwören“.<sup>566</sup> Das Ministerium ersuchte um „geeignete Maßnahmen“, für die sich allerdings in den letzten Monaten der Statthalterschaft Nardellis keine Hinweise finden.

### „Anarchisten“

Im Zuge der „Ferrer-Demonstration“ 1909 in Split stellte sich für Nardelli die Frage, wie weit es hier ein Zusammenwirken von Sozialisten und Anarchisten gegeben haben könnte. Er fand dafür jedoch keine Anzeichen. Auch war unter den Verhafteten nach diesem „sozialdemokratischen Exzess“ kein einziger aus Nardellis „geheimer Anarchistenliste“ zu finden.

Diese Liste der aus Dalmatien stammenden bzw. im Land wohnhaften „Anarchisten“ umfasste etwa 20 Namen und war im Jahr 1908 unter Zuhilfenahme von Informationen aus dem Wiener Polizeipräsidium und aus Triest zusammengestellt worden. Bei 14 dieser als „verdächtig vorgemerkten Individuen“ wurden dann im März 1908 im Raum Split Hausdurchsuchungen und Leibesvisitationen durchgeführt. Dabei wurden mehrere Exemplare des anarchistischen Blattes „Germinal“ und der Zeitung „Asino“ vorgefunden. Ein Verdächtiger hatte mehrere Waffen zu Hause, darunter auch einen geladenen Revolver. Bei einem weiteren ergaben sich - nach umfangreichen Erhebungen des k. u. k. Generalkonsulats in Mailand - „weitverzweigte Beziehungen zu Anarchisten“.<sup>567</sup>

---

<sup>565</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 11452 (10.11. 1910). Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren. Die „privaten Ausflügler“ wären von Sozialisten in Šibenik abgeholt und dort von Gendarmen begleitet worden. Stadt- und Betriebsbesichtigungen, sowie ein gemeinsames Essen mit Reden und Liedern wären in voller Ruhe abgelaufen.

<sup>566</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 17 – Z. 5604 (12.6. 1911). Schreiben des Ministeriums für Arbeit an den Statthalter. Das Telegramm der Kohlewerke „Montepromina“ wurde am 9.6.1911 an das Ministerium gerichtet.

<sup>567</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z. 2897 (4.4.1908). Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.

Gegen drei vermutliche Anarchisten wurde von der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben. Doch ging es der Nardelli - Behörde dabei ähnlich wie in vielen anderen Fällen, in denen sie staatsgefährdende Ideen, Aktionen oder „Exzesse“ vermutete: obwohl in den Augen des Statthalters die Überprüfungen genügend Anhaltspunkte für anarchistische und damit regierungs- und dynastiefindliche Gesinnung ergeben hatten, wurden die drei Angeklagten im Dezember 1908 von Kreisgericht Split freigesprochen. Seither wären „auf dem Gebiete des Anarchismus keinerlei positive Wahrnehmungen gemacht“ worden, stellte der Statthalter in seinem Bericht - durchaus mit einem resignativen Unterton - abschließend fest.<sup>568</sup>

### Vereine und Organisationen

Bei manchen der zahlreichen serbischen, kroatischen oder italienischen Vereine hatte Nardelli - bei einigen nicht ganz unbegründet - den Verdacht, dass sie zumindest der Sammlung von Menschen dienten, die Österreich jedenfalls nicht freundlich gegenüber standen. Für den Statthalter ergab sich (ähnlich wie im zuletzt geschilderten Fall der Anarchisten) das Problem, wie und vor allem wann er gegen diese Gegner der von ihm im Land vertretenden Wiener Regierung einschreiten sollte (bzw. konnte), noch bevor diese Gruppe „auffällig“ wurde oder „Exzesse“ verursachte. Dabei ging es entweder um eine völlige Auflösung des Vereins, um zeitweilige Veranstaltungsbeschränkungen oder auch um die gerichtliche Verfolgung der Exponenten.

Der serbische Turnverein „Dušan Silni“ in Dubrovnik war ein nicht untypisches Beispiel. Er wurde 1908 als reiner, unpolitischer Turnverein gegründet und Nardelli hatte von Anfang an vertrauliche Informationen, dass es den führenden Mitgliedern um die Verbreitung „großserbischer Propaganda“ ging.<sup>569</sup> In einem anonymen Schreiben eines „österreichisch gesinnten Serben“ wurde darauf hingewiesen, dass der Kern des „Dušan Silni“ von jenen radikalen Serben gebildet würde, die „im Vereine mit einigen griechisch-orientalischen Geistlichen“ im Jahr 1906 beim Besuch von Thronfolger Franz Ferdinand in Dubrovnik die „demonstrativen Ovationen“ für den montenegrinischen Prinzen Danilo organisiert hätten.<sup>570</sup>

---

<sup>568</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 12064 (1.11. 1909). Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>569</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 140/geh. 4.11.1908. Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>570</sup> Ebd. Bericht des Bezirksleiters Dubrovnik über den anonymen Brief. Danach wären die beiden für ihre Kontakte nach Belgrad bekannten dalmatinischen Serben Ermengild Job und Jovica Perović in führender Position in Verein. Darüber hinaus hätten bei der Vereinsgründung (evtl. mit Geld) die „beiden serbischen Oppositionsmänner aus der Herzegowina“ Šantić und Kovačević geholfen.

Nardelli waren jedoch mehr als zwei Jahre lang die Hände gebunden, weil der Verein seine Vereinstätigkeit erst 1910 überhaupt aufnahm. In der Zwischenzeit wurden vor allem die „*großserbischen Kontakte*“ der Funktionäre überprüft, ohne dass allerdings die politische Haltung dieser Personen mit den „*Tendenzen des Vereins selbst in Zusammenhang gebracht*“ werden konnten.

Erst 1911 konnte die Statthalterei die Auflösung von „Dušan Silni“ in die Wege leiten: der Verein hatte sich in der Öffentlichkeit „deklariert“. Beim Sokol - Kongress im August 1911 in Zagreb wäre die Vereinsabordnung nicht mit den slawischen Turnvereinen Österreich-Ungarns einmarschiert, „*sondern, getrennt von diesen, unter reichsserbischen Fahnen mit den Vereinsdeputationen aus dem Königreiche Serbien*“.<sup>571</sup>

Ein weiterer serbischer Verein in Dubrovnik war schon 1909 „auffällig“ geworden. Dem Verein „Srpska Zora“ mit - laut Statuten - „*ausschließlich wirtschaftlich – kulturellen Zielen*“ wurde von Nardelli nun ein „*prononziert politischer, serbisch – nationaler Charakter imputiert*“. Der Statthalter hatte von der Staatsanwaltschaft Zagreb die Mitteilung erhalten, dass bei einer Visitation des königlich – serbischen Leutnants Alexander Popović Aufrufe gefunden worden waren, in denen Reichsserben zur Unterstützung des dalmatinischen Vereins „Srpska Zora“ aufgefordert wurden.<sup>572</sup>

Dass Veranstalter ihre den Beamten gegenüber abgegebenen Zusagen nicht einhielten, brachte Nardelli in einem konkreten Fall in eine unangenehme Situation. Im Oktober 1910 mußte er zu einem vertraulichen Bericht des Reichskriegsministers an den Innenminister Stellung beziehen, wonach sich in Split „*eine Strömung großserbischer Richtung fühlbar*“ machte. So hätte am dortigen Sokolfest auch der bedenkliche Verein „Dušan Silni“ teilgenommen, es hätte Ovationen für den durchreisenden serbischen Kronprinzen gegeben und zuletzt wäre es beim Konzert des reichsserbischen Gesangsvereins „Beogradsko Pjevačko društvo“ zu großserbischer Agitation gekommen, beklagte Reichskriegsminister Schönaich und betonte zugleich sein „*großes Interesse*“ an den „*politischen Strömungen*“ in Dalmatien.<sup>573</sup>

---

<sup>571</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z. 9173 (11.9.1911). Der Bericht an den Minister des Inneren erfolgte durch Nardellis Stellvertreter Attems.

<sup>572</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 4459 (9.4.1909). Bericht Nardellis an den Minister des Inneren mit dem Hinweis, dass er in Dubrovnik eine strenge Untersuchung eingeleitet hätte. Über das weitere Schicksal des Vereins konnten keine Akten gefunden werden.

<sup>573</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z.10481 (15.10. 1910). Schreiben RKM. Schönaich an IM. Haerdtl.

Nun war dem Gesangsverein ein Konzertauftritt unter der Bedingung gestattet worden, dass es keine „*glamorösen politischen Demonstrationen*“ gäbe. Der Festausschuß unter der Leitung des Abgeordneten Trumbić hatte das zugesagt. Nach einem Umzug durch die Stadt, an dem auch der Abgeordnete Smodlaka teilnahm, und einigen „*serbischen Liedern*“, hielt „*der gr. or. Protopresbyter Nikola Božić aus Serbien*“, der die Sänger begleitete, eine Ansprache. Als er darin verlangte, „*gegen den gemeinsamen Feind*“ zu arbeiten für die „*Vereinigung der Serben und Kroaten*“, untersagte der k.k. Polizeikommissär Persić, nachdem er zuvor den Abgeordneten Smodlaka vergeblich um Intervention ersucht hatte, die Fortführung der Rede. Der Kapellmeister des Gesangsvereins kam übrigens am nächsten Morgen in die Bezirkshauptmannschaft, um sich für den Vorfall zu entschuldigen.<sup>574</sup>

Auf diesen (für sich allein gesehen nicht unbedingt bedeutsamen) Vorfall, aber vor allem auf das Schreiben des Reichskriegsministers soll deshalb besonders hingewiesen werden, weil dadurch eine im Oktober 1910 möglicherweise in Wiener Regierungskreisen bereits in Ansätzen vorhandene Stimmung verstärkt worden sein könnte, dass man in diesen unruhigen Zeiten am Balkan in Dalmatien doch wieder lieber einen nicht aus dem Land stammenden und gegenüber slawischen Tendenzen „weniger nachsichtigen“ Statthalter einsetzen sollte.

Was die kroatischen Sokolvereine betraf, begegnete ihnen Nardelli mit gewisser Skepsis, weil es auf lokaler Ebene immer wieder zu kleineren „Exzessen“, vor allem zu Auseinandersetzungen mit Italienern kam. Andererseits schien für ihn klar, dass die slawische Gesinnung der Sokolisten nicht notwendigerweise auch anti-dynastische Tendenzen beinhalten mußte. Dennoch finden sich in den Akten exakte Aufzeichnungen über alle Sokolvereine in Dalmatien und auch die entsprechenden Mitgliederlisten.<sup>575</sup>

In einem Fall zeigte sich Nardelli bei einer heftig geführten Auseinandersetzung mit dem dalmatinischen Sokol unnachgiebig. Die Abhaltung eines Fahnenweihefestes verbunden mit einem allgemeinen Sokolkongress am 23. August 1908 in Zadar wurde vom Statthalter aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung untersagt.<sup>576</sup> Unabhängig von der bereits im März bei Bekanntwerden des Planes erfolgten Intervention von Bürgermeister Ziliotto

---

<sup>574</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 22 – Z.9386 (15.9. 1910). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren. Der Vorfall ereignete sich am 2. 9. 1910.

<sup>575</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z.10050 (15.11. 1906). Im Nachhang zum Bericht über die Sokolreise nach Rijeka und die bei der Rückkehr in Zadar 1906 erfolgten Zusammenstöße findet sich ein mehr als 20 Seiten umfassendes Konvolut über die Sokolvereine in Dalmatien.

<sup>576</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z.7174 (1.8.1908). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren.

beim Ministerpräsidenten<sup>577</sup> gegen den Plan eines Sokolkongresses in der überwiegend „italienischen Stadt“ war Nardelli der Ansicht, dass zwar der lokale Sokolverein in Zadar keine Probleme bei seiner Tätigkeit hätte, die Anwesenheit sämtlicher kroatischen Sokolvereine („mit Umzügen in den engen Gassen der Stadt“) jedoch tatsächlich eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten könnte. Auch alle „besonnenen Kroaten“ hätten ihm gegenüber im privaten Gespräch diesen Kongress in der Landeshauptstadt „als bedenklich bezeichnet“. <sup>578</sup> Das Parteiorgan der „Kroatischen Partei“ in Split, „Naše Jedinstvo“ gab Nardelli Recht und bezeichnete „die Taktik der Kroaten, einen slawischen Kongress in Zara forcieren zu wollen, als verfehlt.“ Gemeinden würden nicht durch Musikkapellen, sondern durch „ernste Arbeit erobert“. <sup>579</sup>

Auch eine Interpellation des Reichsratsabgeordneten Biankini<sup>580</sup> und der fristgerecht eingebrachte Rekurs des Sokolverbandes änderte nichts am Verbot. Das Innenministerium bestätigte Nardelli, dass der Kongress „tatsächlich eine Demonstration gegen den nationalen Charakter der Stadt“ wäre und wies den Rekurs ab. <sup>581</sup>

Zur gleichen Zeit waren auch die Italiener in Dalmatien „nicht untätig“: der „radikale Flügel“ unter Führung der Arztes Dr. Boxich beantragte im April 1908 (nach Bekanntwerden der Sokol-Pläne) die Abhaltung eines „internationalen Radfahrertages“ im Sommer in Zadar. Als Veranstalter solle der dalmatinische „Touring Club Italiano“ fungieren.

Für Nardelli war diese auf den ersten Blick harmlose sportliche Feier von Anfang an als eine politische Manifestation geplant. Nach vertraulichen Informationen sollte tatsächlich eine „irredentistische Kundgebung“ veranstaltet werden, „um die Regierung und die Kroaten einzuschüchtern.“ Dr. Boxich wäre um starke reichsitalienische Beteiligung bemüht, was der italienischen Regierung nach Mitteilung des Generalkonsuls in Zadar nicht angenehm wäre, weil Dr. Boxich in Rom als überaus radikal bekannt wäre und es mit ihm bereits einmal einen Eklat gegeben hätte. <sup>582</sup>

---

<sup>577</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z.2190 (13.3.1908). Schreiben Ziliotto an den Ministerpräsidenten.

<sup>578</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 5108 (6.6.1908). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren.

<sup>579</sup> Naše Jedinstvo Nr. 60 (16. 5. 1908). S.2.

<sup>580</sup> Interpellation der Abg. Biankini und Gen. an den Minister des Inneren. Reichsrat XVIII. Sess. 100. Sitzung, eingebracht am 3. 7. 1908 (3362 I). Der Interpellationstext liegt dem Akt HDA Zagreb MUP Prez. II. Kart. 31 – Z. 6147 (6.7.1908) bei.

<sup>581</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z.7174 (1.8.1908). Sammelakt des MdI.

<sup>582</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 5108 (6.6.1908). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren.

Nardelli untersagte die Abhaltung der italienischen Veranstaltung am selben Tag, an dem er auch den Sokolkongress verboten hatte. In beiden Fällen ging es dem Statthalter um die öffentliche Ordnung, in Bezug auf den Radfahrertag fügte er allerdings hinzu, dass er bei möglichen italienischen Exzessen auch das „*staatsgefährdende Element vor Augen*“ gehabt hätte.<sup>583</sup>

Den „Touring Club Italiano“ hatte Nardelli zwei Jahre zuvor noch als „harmlos“ eingeschätzt. Das Kriegsministerium hatte angefragt, ob man Mitglieder der italienischen Radfahrer- und Automobilvereine zu Mitwirkung an der Landesverteidigung heranziehen könnte (weil nach Mitteilung des k. k. Militärkommandos „*die Vereine vom italienischen Kriegsministerium unterstützt*“ würden). Der Statthalter wies darauf hin, dass es in Kotor zuletzt auch zwei „*vollkommen einwandfreie Staatsbeamte*“ als Mitglieder des Vereins gab, und zwar „*wie es heißt, wegen der damit verbundenen Ermäßigungen bei Bahnfahrten und in den Hotels*“. Seiner Ansicht nach wäre der „Touring Club Italiano“ kaum der Aufgabe gewachsen, um eine „*irredentistische Organisation im Lande durchzuführen*“, schrieb Nardelli.<sup>584</sup>

Mit italienischen Vereinen hatte sich der Statthalter offenbar mehr zu beschäftigen als mit kroatischen. Der Ruderverein „Diadora“ aus Zadar hatte bei einer Regatta in Ancona den „Preis des italienischen Königs“ gewonnen, was bei der Rückkehr am 30. September 1910 großen Jubel in der Stadt auslöste. Der Verein hatte sein Antreten im Ausland jedoch nicht vorher den Behörden bekanntgegeben, zehn Mitglieder fuhren „privat“ nach Italien.

Der Statthalter mußte daher wegen einer „*statutenwidrigen Entfaltung einer Vereinstätigkeit im Auslande*“ ermitteln lassen, eine zwangsweise Auflösung des Vereins stand zur Diskussion. Statt damit neue Spannungen unter den Italienern hervor zu rufen, stellte Nardelli jedoch an den Innenminister die Anfrage, ob es bei den zwischen Österreich-Ungarn und Italien gegenwärtig „*herrschenden günstigen diplomatischen Verhältnissen*“ und angesichts des königlichen Preises nicht besser wäre, die „*ganze Sache mit Stillschweigen zu übergehen*“.<sup>585</sup>

---

<sup>583</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 5108 (6.6.1908). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren.

<sup>584</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z. 6844 (7.8.1906). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren. Danach gäbe es in Zadar (Zara) 15 und in Dubrovnik-Gruž (Ragusa-Gravosa) drei teils gemäßigte, teils radikale Mitglieder des Clubs. Unter ihnen wäre auch der Bürgermeister von Zadar, Dr. Luigi Ziliotto.

<sup>585</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 10155 (6.10.1910). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren.

Zwei Wochen später erhielt Nardelli vom Konsulat in Ancona allerdings (vertraulich) die Mitteilung, dass es bei der Preisübergabe zu irredentistischen Reden der „Diadora“ – Mitglieder gekommen wäre. Nardelli beantragte darauf hin die Auflösung des Vereins. Da es aber „*nicht opportun*“ wäre, den Redetext als Begründung dafür heranzuziehen, müßte die statutenwidrige Vereinstätigkeit im Ausland als formale Begründung herangezogen werden. Diese Begründung hätte jedoch nach Ansicht des Innenministeriums wahrscheinlich keine „*gesetzmäßige Stichhaltigkeit*“ gehabt. Es wurde daher von einer Vereinsauflösung Abstand genommen und eine weitere strenge Überwachung des Vereins angeordnet.<sup>586</sup>

Auch mit dem „modischen Erscheinungsbild“ zweier dalmatinischer Schützenvereine hatte sich Nardelli ausführlich zu befassen. Auslöser war wieder das Reichskriegsministerium, das dem Innenministerium ein Foto des Schützenvereins „Zara“ übermittelte. Dieser hätte zusammen mit dem Schützenverein „Borgo – Erizzo“ im Juli 1910 die Landesausstellung in Koper (Capodistria) besucht und dort mit ihrer Uniform, welche „*in auffälliger Weise jener der k. italienischen Bersaglieritruppe ähnelt*“, besonderes Aufsehen erregt.<sup>587</sup> Und der Statthalter in Triest ersuchte um ein „*Verbot neuerlicher korporativer Ausflüge in Vereinsuniform*“, um nicht weitere antiösterreichische Demonstrationen zu provozieren.<sup>588</sup>

Nardelli teilte mit, dass die Uniformen der beiden Schützenvereine „*vollkommen gleich*“ und diesen von der Statthalterei „*im Einvernehmen mit der Militärbehörde*“ (zuletzt 1901 und 1908) bewilligt worden wären. Allerdings würde die jetzt getragene Kopfbedeckung in so ferne vom Bescheid aus 1901 abweichen, als „*der Federbusch etwas reicher ist und bis zu den Achseln herabfällt*“.<sup>589</sup> Auch Detailinformationen über den Unterschied zu den Hüten der Bersaglieri sandte der Statthalter nach Wien.<sup>590</sup> Immerhin wurde den Vereinen jedes öffentliche Auftreten untersagt, solange die Kopfbedeckungen nicht der ursprünglichen Bewilligung angepasst würden.

---

<sup>586</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 10889 (25.10.1910). Sammelakt des MdI mit Bericht des Statthalters. Bei der Pokalübergabe wäre von den Veranstaltern bedauert worden, dass der Preis „*ins Ausland*“ ginge, worauf ein „Diadora“-Mitglied erklärte hätte: „*Ja, wir sind noch Sklaven, aber wir hoffen, einmal uns an unser teures Vaterland anzuschließen*“.

<sup>587</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 8760 (27.8.1910). Schreiben des RKM an das MdI mit der Empfehlung, ein Verbot der Uniform zu erwägen.

Dem Akt liegt die Abschrift eines Artikels des Polaer Tagblattes Nr. 1593 (9.7.1910) bei, wonach die Mitglieder des Schützenvereins „*bei der Intonierung der Garibaldihymne nach italienischer Art salutierten*“.

<sup>588</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 9003 (3.9.1910). Schreiben des Statthalters Triest an den Statthalter Zadar.

<sup>589</sup> Ebd. Dies wurde vom Verein damit begründet, dass sich die Federn nach längerem Gebrauch bei Regen und Wind „*mehr senkten und auseinander fielen*“.

<sup>590</sup> Ebd. Die Bersaglieri hätten „*einen Hut aus Lack mit dem Federbusch hinter dem Hute, dagegen die hiesigen Schützen einen Hut aus Stoff mit seitlich angebrachten Federbusche*“.

Ende August 1911 kam der Bericht der Statthalterei nach Wien, wonach die Bekleidung geändert und im Einvernehmen mit dem Militärkommando genehmigt worden wäre.<sup>591</sup>

Das Verhältnis Nardellis zu einem Teil der Organisationen und Verbände war zweifellos dadurch geprägt, dass in diesen eben nicht nur - mit den Worten von Hermann Bahr - „*aufrichtige Dalmatiner mit großen treuen Augen, die nur friedlich leben wollten*“ agierten, sondern vielfach Intellektuelle, die ihren politischen Ideen zum Durchbruch verhelfen wollten und dabei immer wieder „ausreizten“, wie weit sie gehen konnten, bis die Behörde einschritt. Die dann von Nardelli - auch angesichts der damals in der Bürokratie „üblichen“ Vorgangsweisen - gesetzten „Gegenaktionen“ werden damit zumindest nachvollziehbar.

## Entwaffnungen

Auch in einem völlig anderen Bereich gab es „vorbeugende Aktionen“. Von Niko Nardelli wurde die bereits im vorangegangenen Jahrhundert eingeführte Praxis, Häusergruppen, Ortsteile oder auch ganze Ortschaften in Dalmatien zu „entwaffnen“, zunächst beibehalten. Die entsprechenden Verordnungen mussten zuvor im Landesgesetzblatt veröffentlicht werden und stützten sich auf ein entsprechendes Gesetz aus dem Jahre 1852<sup>592</sup>. Nach einer derartigen „allgemeinen Entwaffnung“ war der Besitz von Waffen in den genannten Häusergruppen oder Ortschaften bis auf weiteres bei Strafe verboten.

Mit diesen Maßnahmen sollten nicht nur die – meist vordergründig so bezeichneten - „*hochverräterischen Zellen, die mit ausländischen Agitatoren konspirierten*“ (gemeint waren vor allem serbische Dalmatiner), aktionsunfähig gemacht werden, sondern es ging vor allem um die Hebung der öffentlichen Sicherheit. Über bewaffnete Angriffe auf Bahnpersonal<sup>593</sup> und – entlang der Schmuggelrouten – auf Finanzbeamte<sup>594</sup> wurde mehrfach berichtet. In erster Linie sollten jedoch bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Familienclans und die Verwendung von Schusswaffen im Verlauf von Demonstrationen oder nationalistischen Auseinandersetzungen vermieden werden.

---

<sup>591</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 22 – Z. 8884 (31.8.1911). Schreiben der Statthalterei (gezeichnet Attems) an MdI.

<sup>592</sup> § 42 Ah. Patent von 24 .10. 1852 (RGBl. Z. 249)

<sup>593</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 2224 (22.2.1909): am 26.1.1909 war die Streckenbegehungspatrouille des Eisenbahnsicherungsdienstes in Cavtat (Ragusavecchia) von Unbekannten mit vier Revolverschüssen angegriffen, jedoch nicht getroffen worden

<sup>594</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 4125 (1.4.1909): am 24. 3. 1909 wurden zwei Finanzwachorgane aus Braić im Zuge einer Visitation zweier verdächtiger Männer im Grenzgebiet von diesen mit Pistolen und Messern angegriffen und so schwer verletzt, dass einer der beiden Beamten später seinen Verletzungen erlag. Die Täter flüchteten nach Montenegro.

Im Jahr 1905 wurde die Entwaffnung der Häusergruppe Jurjević im politischen Bezirk Benkovac, sowie der Häusergruppen Kotluša und Čitluk im politischen Bezirk Sinj angeordnet.<sup>595</sup> Im Jahr 1906 folgten die „Gemeindefraktion“ Lovreč im politischen Bezirk Imotski und die „Fraktion“ Žegar der Gemeinde Obrovac.<sup>596</sup> 1907 wurden wieder zwei Gemeindefraktionen entwaffnet: Karin bei Obrovac und Popović bei Benkovac.<sup>597</sup> Schließlich folgte nach einer Pause im Jahr 1908 noch die Entwaffnung der Gemeinde Otok im Bezirk Sinj im Jahr 1909.<sup>598</sup>

Dem war ein Raufhandel „*in kompakten Massen*“ zwischen den Bewohnern von Otok und des benachbarten Dorfes Glavice im Oktober 1908 vorausgegangen. Dabei gab es nicht nur Steinwürfe, sondern auch zahlreiche Pistolenschüsse. Da weitere Feindseligkeiten zu befürchten waren, beantragte die Statthalterei die Entwaffnung von Otok und eine „*Waffendurchsuchung der bereits entwaffneten Ortschaft Glavice*“.<sup>599</sup>

Zur Entwaffnung der Gemeinde Otok existiert ein Briefwechsel zwischen dem Schriftsteller Hermann Bahr und Statthalter Nardelli.<sup>600</sup>

Im Verlauf seiner Reise durch Dalmatien war Bahr mehrmals mit Beschwerden konfrontiert worden, dass die Behörden unter dem Titel „allgemeine Entwaffnung“ bei den Bauern auch altertümliche Waffen – Gewehre, Pistolen und Handsäbel – konfiszierten, teilweise kostbare Stücke, ganz abgesehen von ihrem Andenkenwert für die Familien.

Bahr schrieb dazu am 9. März 1909 an Nardelli, ob ihm bekannt sei, dass eine derartige Entwaffnung vor einigen Monaten in der Umgebung von Split stattgefunden habe und den Bauern dabei unbrauchbare historische Geräte, die im Sinne des Gesetzes keine Waffen sind, „*einfach weggenommen*“ wurden. Er bat den Statthalter (für den er, Bahr „*persönlich, keineswegs für ihre Organe, die allergrößte Hochachtung hege*“) um Auskunft, wo „*diese Waffen*“ aufbewahrt würden, weil nach Auskunft seiner Vertrauensmänner jetzt „*bei vielen*

---

<sup>595</sup> Landesgesetz und Verordnungsblatt für das Königreich Dalmatien, 18. Stück 1905. XIII: Jurjević (30.5.) XIV: Kotluša und Čitluk (4.6.).

<sup>596</sup> Landesgesetz und Verordnungsblatt für das Königreich Dalmatien, 1906. XV (3.2.1906) Lovreč; XXXII (2.5.1906) Žegar.

<sup>597</sup> Landesgesetz und Verordnungsblatt für das Königreich Dalmatien, 1907. Beide Orte unter X (8.3.1907).

<sup>598</sup> Landesgesetz und Verordnungsblatt für das Königreich Dalmatien, 1909. Kundmachung Nr. II (Beschluß am 24.11.1908).

<sup>599</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 12004 (1.12.1908). Bericht der Statthalterei an MdI. Der Raufexzess war beim Kirchweihfest in Otok am 18. 10. Es gab drei Verletzte.

<sup>600</sup> Zum folgenden: Hermann Bahr, Dalmatinische Reise. Anhang S. 155 – 159.

*Beamten und Offizieren merkwürdig reiche Sammlungen kostbarer alter dalmatinischer Waffen*“ zu finden wären.

Nardelli antwortete am 30. März: da ihm „*Gerüchte über das Verschwinden amtlich konfiszierter Waffen wenig glaubwürdig vorkamen*“, habe er entsprechende Erhebungen anstellen lassen. Danach wäre die letzte Konfiskation im Bezirk Split 1898 erfolgt und alle Waffen wären „*in Verwahrung der Bezirkshauptmannschaft. Die Euer Hochwohlgeboren erteilten Informationen über ein Abhandenkommen einzelner derselben muss ich demnach als ganz unrichtig bezeichnen*“.

Es wäre Hermann Bahr wohl kein Vorwurf zu machen gewesen, hätte er als journalistisch tätiger Schriftsteller diese „beamtete Formalauskunft“ Nardellis als eine ausgemachte Frechheit angesehen. Nardelli hatte genau wissen müssen, dass Bahr das Dorf statt im politischen Bezirk Sinj irrtümlich im Bezirk Split angesiedelt hatte.

Bahr erkannte seinen Fehler und schrieb nochmals an Nardelli, nun mit der korrekten Schilderung, dass zu Weihnachten 1908 im Dorf Otok im Bezirk Sinj mehrere kostbare, alte Nationalwaffen konfisziert worden wären. Unter anderen habe man dem Dorfvorsteher zwei Gewehre und ein „*mit Silber beschlagenes und mit sehr kostbaren Steinen besetztes Handjar-Messer genommen*“. Es stehe somit Behauptung gegen Behauptung.<sup>601</sup>

Nardelli antwortete auf diesen zweiten Brief nicht.

Die Splitter Zeitung „Sloboda“ berichtete allerdings dann im Juni 1909 ausführlich über den weiteren Verlauf.<sup>602</sup>

In dem Artikel ist zu lesen, dass alte – konfiszierte – dalmatinische Waffen in Wien verkauft oder unter höheren Beamten verteilt würden. So hätte ein Tenor bei einer Opernvorstellung in Wien einen herrlichen alten Säbel aus der Gegend von Kotor getragen und in einem anschließenden Gespräch auf die Frage seines dalmatinischen Gesprächspartners erklärt, dass er „*den Säbel im Ministerium des Inneren erworben*“ habe. Die Zeitung berichtete dann vom Briefwechsel Bahr – Nardelli und vertrat die Ansicht, dass die Statthalterei zwar genau über den Sachverhalt Bescheid gewusst, sich bei der formalen Antwort „*jedoch den Irrtum Bahrs zu Nutzen*“ gemacht hätte.

---

<sup>601</sup> Bahr, Dalmatinische Reise. S. 158.

<sup>602</sup> Sloboda (Organ hrvatske pučke napredne stranke u Dalmaciji - Organ der kroatischen volkstümlichen Fortschrittspartei) Split, (18.6. 1909). S. 4-5.

Der Inhalt des zweiten – nicht beantworteten - Briefes zeigte jedoch Wirkung: laut „Sloboda“ wollte Bahr den *„systemisierten Skandal der Plünderung des Nationalgutes in die Europäische Presse bringen ... Die Drohung des deutschen Herrn Bahr flößte doch den Herren in Zadar und Wien Angst ein“*.<sup>603</sup>

„Sloboda“ berichtete, dass die Statthalterei in einem Erlass angeordnet hatte, dem Dorfvorsteher *„die abgenommenen Waffen sogleich zurückzuerstatten“*. Am 27. Mai 1909 wurde in einem Zirkular an alle Bezirksvorsteher angeordnet, dass von nun an bei der Entwaffnung dalmatinischer Ortschaften auf die alten Waffen genau zu achten wäre, dass solche weder gepfändet noch abgenommen werden dürften, sondern *„im freien Besitz jener, bei denen sie gefunden werden, zu verbleiben haben“*.<sup>604</sup>

Nardelli vermittelt in dieser Begebenheit einen zwiespältigen Eindruck. Ganz offensichtlich wurde bei den „Entwaffnungen“ von seinen Beamten im größeren Umfang Missbrauch betrieben. Dies gegenüber Hermann Bahr auf die erfolgte Art abzuleugnen, war im Minimum äußerst unkorrekt. Offen bleibt auch, ob Nardelli schon vor diesem Bahr – Brief von den Missbräuchen wußte oder wissen hätte müssen.

Dass der Statthalter aber kurz danach versuchte, im Sinne der „kleinen Leute“ diesen Missbrauch durch seine Beamten abzustellen, passt dann doch wieder eher in das Bild des korrekten Beamten und „Landesvaters“. Möglich ist, dass er in jene Beamte, die bei den Entwaffnungen eingesetzt waren, kein allzu großes Vertrauen hegte. Tatsache ist jedenfalls, dass sich bis zum Ende seiner Amtszeit in den Landesgesetzblättern keine einzige Verordnung mehr zur Entwaffnung einer Ortschaft findet.

Selbst eine von Wien angedachte und auch vom Amtsleiter der politischen Expositur in Budva konkret vorgeschlagene Entwaffnung der Ortschaft Braić – unrühmlich bekannt durch den Überfall auf Finanzwacheorgane und die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen zwei Familien – lehnte Nardelli ab, weil diese *Maßnahme „die Bevölkerung derzeit nur aufreizen und den gewünschten Zweck nicht erreichen würde“*.<sup>605</sup>

Die Vorgehensweise Nardellis in „Fall Braić“ ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Schließlich hatte es dort innerhalb eines Jahres zwei schwere Überfälle auf

---

<sup>603</sup> Sloboda (18.6. 1909). S. 5.

<sup>604</sup> Ebd. S. 5.

<sup>605</sup> HDA Zagreb MUP Prez. II. Kart. 21 – Z. 2747 (23.3.1911). Bericht Nardelli an den Minister des Inneren.

Finanzwachebeamte gegeben. Statt der eigentlich auf der Hand liegenden Entwaffnung der Ortschaft schlug der Statthalter mehrere andere Maßnahmen vor – und setzte diese auch durch.

Nardelli sagte dem Landtagsabgeordneten Srzentić (auch wenn dieser versuchte, die Überfälle zu verharmlosen) auf dessen Intervention „gegen das terroristische Vorgehen der Gendarmerie“ im Zuge der Ermittlungen „künftige korrekte Amtshandlungen“ zu<sup>606</sup>.

Um die Erregung der Bevölkerung zu vermindern, ließ er den dortigen Gendarmeriepostenführer Savić versetzen – auch zu dessen persönlicher Sicherheit.<sup>607</sup>

Auch die von seinem Amtsleiter in Budva beantragte Delegation der Strafverhandlung an einen anderen Gerichtshof, „da das Geschworenengericht in Cattaro (Kotor) nach den bisherigen Erfahrungen in ähnlichen Fällen zu wenig Objektivität gezeigt habe“ befürwortete Nardelli<sup>608</sup>. Diesen Antrag auf Prozessdelegation stellte das Justizministerium zwar zurück, legte jedoch der Oberstaatsanwaltschaft nahe, einen Delegierungsantrag „in einer die Geschworenen in Cattaro nicht verletzenden Weise abzufassen“.<sup>609</sup>

Aus den politischen Schlüssen, die Nardelli aus dem „Fall Braić“ zog und seinen entsprechenden Anträgen entstanden für die Bewohner an der Grenze zu Montenegro später dann sogar wirtschaftliche Vorteile.

Die Überfälle hätten nicht den Charakter eines zufälligen Konfliktes, sondern den einer „wohlbedachten, ernststen Ruhestörung und Auflehnung gegen die Staatsgewalt“. Schmuggel und Erregung der Bevölkerung wären Ausdruck einer „wirtschaftlichen Krise“ auf Grund der faktischen Grenzsperrung zu Montenegro, schrieb der Statthalter nach Wien. Der fehlende Handelsvertrag und das neue strenge Tierseuchengesetz brächten vor allem im Süden des Landes ungeheure Schwierigkeiten in der „Approvisionnement“.<sup>610</sup> Entscheidend wäre, dass es in Montenegro nur wenige und in Albanien überhaupt keine Veterinäre gäbe, die in der Lage wären, die für Viehtransporte vorgeschriebenen Zeugnisse auszustellen. Die Folgen davon wären Schmuggel auf der einen und Lebensmittelknappheit, sowie enorme Teuerung

---

<sup>606</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 1112 (1.2.1910). Bericht Nardelli an den Minister des Inneren.

<sup>607</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 4567 (9.5.1910). Bericht der Statthalterei (Unterschrift: Tončić) an den Minister des Inneren.

<sup>608</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 2632 (16.3.1910). Bericht des Statthalters an MdI.

<sup>609</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 4452 (5.5.1910). Zusammenfassung des Referenten im MdI.

<sup>610</sup> Datenbank zur deutschen Sprache in Österreich <http://oewb.retti.info/oewb/index.html>: Approvisionnement (veralterte Amtssprache) = „Versorgung mit Lebensmitteln“ (Tag des Zugriffs: 15.1.2010).

der Hauptnahrungsmittel auf der anderen Seite. Die Verbitterung der süddalmatinischen Bevölkerung wäre verständlich.<sup>611</sup>

Nardelli beantragte deshalb beim Ackerbauministerium Erleichterungen bei der Durchführung des Veterinärgesetzes im Grenzverkehr für die in Frage kommenden Gebiete. Das Ministerium entsprach diesem Antrag und erleichterte die Einfuhr montenegrinischer Lebensmittel in die Bucht von Kotor.<sup>612</sup>

## Politischer Aktionismus

### **Einschreiten der Behörden**

In zwei Bereichen hatte Nardelli seinen Behörden ein „strenges Einschreiten“ angeordnet: einerseits bei offensichtlichen und bewussten Provokationen gegen die Staatsmacht, ihre Hoheitszeichen und Symbole, sowie gegen die jeweils andere Bevölkerungsgruppe und zweitens bei Exzessen mit Körperverletzungen. In beiden Bereichen war oftmals Alkoholisierung mit im Spiel und zumindest im ersteren Bereich plädierte der Statthalter dort, wo es um emotionale Regungen und jedenfalls nicht um echte Staatsgefährdung ging, für eine gewisse Zurückhaltung seiner Beamten. Ebenso wurden „gewöhnliche *Wirtshauskonflikte*“<sup>613</sup>, auch wenn sie aus politisch aufgeheizter Stimmung heraus entstanden waren, anders bewertet als etwa Gewalttätigkeiten gegenüber „reichsitalienischen“ Fischern oder geplante Überfälle auf Einrichtungen der jeweils anderen Volksgruppe.

Mehrmals finden sich in den einschlägigen Berichten an das Innenministerium und auch das Justizministerium resignative Untertöne, weil dem Einschreiten und den Ermittlungen der politischen Behörden oft Freisprüche bei den Gerichtsverhandlungen nachfolgten. In den meisten Fällen deshalb, weil sich Zeugen nicht mehr erinnern konnten, nicht genau gehört oder die möglichen Täter nicht genau gesehen hatten.<sup>614</sup>

---

<sup>611</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 1112 (1.2.1910). Bericht Nardelli an den Minister des Inneren.

<sup>612</sup> Ebd. Ackerbauministerium, Erlass Z. 2916 (2.2.1910).

<sup>613</sup> Diese Formulierung verwendete Nardelli im Bericht an MdI - HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 2994 (9.3.1909) über einen Konflikt in Solin (Salona), der sich durch das Singen „nationaler Lieder“ entwickelt hatte.

<sup>614</sup> Im Akt HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 4699 (16.4.1909) - Bericht Nardellis an den Minister des Inneren - finden sich als Beispiele: 1) Für die zehnköpfige Gruppe um Hermengild Job, der „Hoch Serbien“ – Rufe in Gruž zur Last gelegt wurde, gab es Freisprüche „wegen voller Berauschung“. 2) Eine weitere Gruppe von „Hoch Serbien“ – Rufern wurde freigesprochen, weil Zeugen nicht klären konnten, ob eine oder mehrere Stimmen zu hören gewesen wären. 3) Für einen „Hoch König Peter“ – Ruf in einem Zugsabteil fand sich nur ein einziger Zeuge, fünf weitere „Zeugen“ im Abteil hatten nichts gehört.

Auch eine für Nardelli offensichtlich „klare“, geplante Vereinsauflösung war rechtlich nicht durchsetzbar.<sup>615</sup>

Es soll jedoch nicht der Eindruck erweckt werden, als ob im damaligen Dalmatien „kleinere“ politisch motivierte Straftaten überwiegend straffrei begangen werden konnten. Ein Sammelakt über die „politischen Straffälle 1907“ zeigt, dass es bei neun im Akt enthaltenen und vor Gerichten verhandelten Straftaten mit insgesamt etwa 40 Beteiligten immerhin 14 Verurteilungen gegeben hatte und 17 Freisprüche. Einige Fälle waren im Oktober 1908 noch nicht abgeschlossen.<sup>616</sup>

Im Zusammenhang mit den Hoheitszeichen soll noch auf die zu dieser Zeit in den einzelnen dalmatinischen Orten recht unterschiedlich gehandhabte Praxis der Beflaggung eingegangen werden, weil in dieser Frage Nardelli gegenüber Wien nicht als hoher Regierungsbeamter agierte, sondern deutlich in der Rolle des Landeschefs und Dalmatiners auftrat. Nardelli mahnte nach einer diesbezüglichen Anfrage des Innenministeriums Toleranz ein (die schwarz-gelbe Flagge wäre in Dalmatien „*nicht sehr verbreitet*“) und verwies auf die verschiedenen Traditionen im Land. In den meisten Orten würde an Festtagen am Hauptplatz die kroatische bzw. serbische Trikolore gehisst, in Einzelfällen (etwa in Primošten) auch nur die Seehandelsflagge. An den Amtsgebäuden wäre meist die alte Seehandelsflagge (rot-weiß-rot, zu dieser Zeit die Kriegsflagge), selten die schwarz-gelbe Flagge und in manchen Orten ausschließlich die Trikolore angebracht. An der Küste hätte die Bevölkerung vor allem die

Im Akt HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 249 (10.1.1908) - Bericht Nardellis an Mdl – wird berichtet, dass zwei Studenten und ein Angehöriger des Kaiserregiments Nr. 4 nach dem Auslaufen des Dampfers „Almissa“ aus Zadar „*Viva l'Italia, abbasso* (= nieder mit) *Francesco Giuseppe*“ gesungen hätten. Im Akt 8036 (26.8.1908) ist trocken vermerkt, es gäbe „*keine Beweise gegen die Studenten und den Kaiserjäger*“.

<sup>615</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 921 (21.1.1909). Bericht Nardellis an Mdl. Beim Verein „Gabinetto di Lettura“ in Split sollen bei einer Versammlung zur Frage einer italienischen Universität Studenten „*abbasso l'austria*“ gerufen haben. Zum Plan einer Vereinsauflösung findet sich im Akt Z. 2301 (23.2.1909) der Hinweis, dass die Täter nicht „*eruiierbar*“ wären.

<sup>616</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 9813 (13.10.1908). Bericht der Statthalterei an Mdl. Die „Fälle“ in Kürze: Pribinje: Steinwürfe auf Kroaten (weil sie nicht für einen italienischen Kandidaten stimmen wollten): Drei Verurteilungen. Zadar: Raufhandel Italiener – Kroaten: drei Monate Kerker, acht Tage Arrest. Ebenfalls in Zadar: Italiener bewerfen Kroaten mit Steinen: ein Monat Kerker, ein Freispruch.

In Šibenik Kämpfe zwischen Kroatischer Rechtspartei und Kroatischer Volkstümlicher Fortschrittspartei: ein Schuldspruch für einen Angehörigen der Fortschrittspartei. Ebenfalls in Šibenik überfallen elf Anhänger der Fortschrittspartei in einem öffentlichen Lokal Mitglieder der Rechtspartei, es fallen Schüsse: sechs Verurteilungen, fünf Freisprüche.

In Split werden Anzeigen gegen Mitglieder der Fortschrittspartei „*wegen Überfällen auf Geistliche*“ eingestellt.

In Omiš (Almissa) provozieren Sozialisten mit „*evvita la republica*“ - Rufen die Bevölkerung. Es läuft ein Verfahren wegen „*Wachebeleidigung*“. Zwei Sozialisten wegen „*Religionsstörung*“ (bei einem Vortrag) angeklagt: einer erhielt sechs Monate Kerker, das zweite Verfahren läuft noch. Neun Sozialisten wegen „*Verherrlichung der russischen Revolution und religionsfeindlichen Rufen*“ angeklagt: alle freigesprochen.

Schließlich noch zwei Verfahren in Šibenik: drei Kroaten nach Steinwürfen auf italienische Studenten „*im Zweifel freigesprochen*“. Und ein Verfahren nach einem Raufhandel von sechs Kroaten mit mehreren Italienern wurde vertagt.

„*Schiffsflagge vor Augen*“, am Land wäre überwiegend die Trikolore das nationale Symbol, „*ohne daran irgendwelche staatsrechtliche oder politische Vorstellungen zu knüpfen*“. <sup>617</sup>

Er trete zwar gegen jene „*nationalen Aspirationen*“ ein, die in Dalmatien „*ausschließlich*“ die Trikolore haben wollten, betonte der Statthalter, mache ansonsten jedoch gegen die Trikolore „*keine Schwierigkeiten*“. Dies wäre angesichts der „*volkstümlichen Gewohnheit*“ ohnedies „*nutzlos*“ und die Behörde würde durch „*Verletzung der nationalen Gefühle allen Hass auf sich laden*“. Im übrigen wäre an der Küste und auf den Inseln auch die geltende Seehandelsflagge in Gebrauch, etwa in Supetar auf Brač (San Pietro – Brazza), die mit ihrem grünen Balken und dem österreichischen und ungarischen Wappen auf die durchaus „*patriotische Gesinnung der Bevölkerung*“ hinweise, schreib Nardelli nach Wien. <sup>618</sup>

## Demonstrationen

Bei Demonstrationen gegen den Staat oder auch das Ansehen seiner Repräsentanten griff Nardelli schon in der Anfangszeit als Leiter der Statthalterei hart durch. Anfang Juli 1905 war es in Dubrovnik zu einer - unpolitischen - Demonstration gegen den dortigen Direktor des Gymnasiums und gegen den Landesschulinspektor gekommen. Anlass war die Reprobierung eines bis dahin guten Schülers bei der Matura. Dagegen mobilisierte der Vater, ein reicher Kaufmann aus Dubrovnik. Er versetzte dem Direktor auf offener Straße „*einen Schlag ins Gesicht*“ und unmittelbar danach versammelten sich Schüler und Studenten, sowie Arbeiter des Kaufmannes („*über Auftrag ihres Herren*“) zu einer Kundgebung. Der Direktor und der Landesschulinspektor mussten flüchten. <sup>619</sup>

Es kam zu Ausschreitungen. Nardelli wollte, dass gegen die Demonstranten „*sowohl im politischen, als auch im gerichtlichen Wege vorgegangen*“ werden sollte. Die „*politische Verfolgung*“ lehnte die Staatsanwaltschaft mangels ausreichenden Tatbestandes ab. Für die strafgerichtliche Verhandlung vor Geschworenen hatte Nardelli die Sorge, dass die Angeklagten straffrei ausgehen könnten, weil sich „*hierzulande die Geschworenen in*

---

<sup>617</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 944 (2.2.1907) Bericht Nardelli an Minister des Inneren.

<sup>618</sup> Ebd. Nardelli berichtete in diesem Zusammenhang, dass der „*ungarnfeinliche Domherr Bojanić*“ von der Reinen Rechtspartei im Gemeinderat von Hvar (Lesina) die Ersetzung der dortigen Seehandelsflagge am Platz vor der Loggia durch die Trikolore beantragt hätte, was jedoch vom Gemeinderat abgelehnt wurde.

<sup>619</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 30 – Z. 4590 (15.7.1905) Bericht Nardelli an Minister des Inneren (mit Abschrift an den Kultusminister). Es handelte sich um den Abiturienten Johann Jelich, seinen Vater, den Handelsmann Josef Jelich, den Gymnasialdirektor Dr. Josef Posedel und des zuständigen Landesschulinspektor Michael Zavadal. Laut Bericht an den Landesschulrat war die Reprobierung zu Recht wegen der mangelhaften mündlichen Leistung von Johann Jelich erfolgt.

*Strafsachen, welche einen politischen oder persönlichen Hintergrund haben, meistens zum Freispruche entschließen“.*<sup>620</sup>

Es gab jedoch 13 Verurteilungen. Die mit einer Unterschriftenliste ausgesprochene Bitte um „*aufschiebende Wirkung*“ lehnte Nardelli ab.<sup>621</sup> Und er sprach sich auch dafür aus, den Rekurs abzuweisen. Die strenge Bestrafung wäre „*aus Rücksicht auf die öffentliche Ordnung und die Wahrung der staatlichen Autorität*“ unbedingt erforderlich.<sup>622</sup>

Dass sich der Statthalter persönlich nach Dubrovnik begab, um dort die Gerüchte über ein geplantes Attentat eines italienischen Anarchisten gegen den Kaiser bei den Manövern in Süddalmatien überprüfen zu lassen, scheint selbstverständlich.<sup>623</sup>

Auch dem Gerücht über mögliche Demonstration von „Mladost“ (studierende Jugend) gegen den Kaiser ließ Nardelli nachgehen. Der Plan wäre im Wiener Cafe „Annahof“ bei einer Zusammenkunft slawischer Reichsratsabgeordneter mit südslawischen Studenten gefasst worden.<sup>624</sup> Nardelli konnte Wien „beruhigen“: die akademische Jugend hätte tatsächlich eine Demonstration geplant, aber nicht gegen den Kaiser, sondern „nur“ gegen die Regierung.<sup>625</sup>

Zu einer in Nardellis Augen „bewussten Provokation“ - nämlich einem „Osterausflug“ von „*der ungarnefeindlichen Koalition angehörenden Abgeordneten*“ des Sabor in Zagreb nach Dalmatien - fand der Statthalter deftige Formulierungen. Der Ausflug wäre eine Art von „*politischer Demonstration*“ für die Annexionsidee und käme „*zur ungelegensten Zeit*“, es ginge aber wohl nicht an, eine derartige Reise von Landtagsabgeordneten zu verbieten.<sup>626</sup>

Nardelli erwartete zumindest in einigen Orten einen unfreundlichen Empfang und beabsichtigte, dort einen „*großen Gendarmerie-Apparat zu entfalten*“. Einerseits zur persönlichen Sicherheit, andererseits aber auch, um „*den Abgeordneten zu zeigen, dass sie in Dalmatien nur unter dem Schutze der k.k. Bajonette reisen können*“.<sup>627</sup>

---

<sup>620</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 30 – Z. 4723 (21.7.1905) Bericht Nardelli an Minister des Inneren.

<sup>621</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 30 – Z. 177 (8.1.1906) Bericht Nardelli an Minister des Inneren.

<sup>622</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 30 – Z. 3752 (28.4.1906) Bericht Nardelli an Minister des Inneren. In zwei Fällen plädierte Nardelli für die Umwandlung von Haft- in Geldstrafen „*gnadenhalber*“.

<sup>623</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z. 7835 (2.9.1906). Bericht des Statthalters an den Minister des Inneren. Das Attentat wäre nach Wiener Informationen für den 12. 9. 1906 geplant gewesen. Es gab jedoch in Dubrovnik keine Anhaltspunkte dafür.

<sup>624</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z. 6904 (9.8.1906) Note des Ministeriums des Äußeren an MdI.

<sup>625</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 30 – Z. 6708 (2.8.1906) Bericht Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>626</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 2524 (22.3.1907) Bericht Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>627</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 2717 (28.3.1907) Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.

Zur „Machtdemonstration“ des Statthalters kam es jedoch nicht. Die Abgeordneten hatten angesichts der kommenden Reichsratswahlen in Cisleithanien kurzfristig ihren „Ausflug“ abgesagt.<sup>628</sup>

Zwei politisch motivierte - und tatsächlich erfolgte - Demonstrationen in der Ära Nardelli wurden in Wien mit Interesse registriert. Beide waren anlässlich von Besuchen bekannter Persönlichkeiten in Dalmatien. Die eine richtete sich gegen den kroatischen Banus Pavao Rauch, die andere gegen den Wiener Bürgermeister Lueger (über den „demonstrativen Nichtempfang“ von Thronfolger Franz Ferdinand in Dubrovnik wird noch zu berichten sein).

Nur vier Monate nach seiner Ernennung zum Banus von Kroatien unternahm Baron Rauch im Mai 1908 eine „mit politischen Nebenabsichten verbundene“ inoffizielle Reise nach Dalmatien,<sup>629</sup> die mehrfach für Aufregung sorgen sollte. Rauch informierte weder den Statthalter, noch sonst eine offizielle österreichische Stelle über die geplante Reise durch größere Teile Norddalmatiens. Bei seinem Aufenthalt in Knin kam es während eines Museumsbesuches zu einer spontanen Demonstration. Einige Kroaten erkannten Rauch und alarmierten die Bevölkerung. Die Demonstranten zwangen Rauch zum Verlassen des Museums, er wurde bespuckt und an der Kleidung gezerrt. Unter dem Schutz der alarmierten Gendarmen konnte Rauch schließlich zu seinem Auto gebracht werden. Von der politischen Behörde wurden 20 Demonstranten verurteilt.<sup>630</sup>

Die offiziellen Stellen in Zagreb und Budapest geben sich empört. Nardelli zeigte sich unbeeindruckt und versah seinen Bericht nach Wien nicht nur mit Fakten, sondern auch mit eindeutigen Wertungen. Zu den Vorfällen hätte es in ungarischen Zeitungen eine Serie von Falschmeldungen gegeben, auch unzutreffende Aussagen des Banus. Die Kroatische Regierung hätte durch die Nichtverständigung die Regeln der Courtoisie verletzt und der Banus hätte damit zugleich „einen großen Fehler“ begangen, angesichts des Umstandes, dass er „bei der Kroaten und Serben Dalmatiens in gleichem Maße wie in Kroatien selbst für eine höchst unbeliebte Persönlichkeit gilt“. Dass der Banus nur zwei Jahre nach der Resolution

---

<sup>628</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 3198 (11.4.1907). Bericht der Statthalterei an MdL.

<sup>629</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 6737 (21.7.1908) Bericht Nardellis an den Minister des Inneren. Die „politischen Nebenabsichten“ präziserte Nardelli nicht.

<sup>630</sup> Ebd. Es wurden sieben Arreststrafen zwischen vier und acht Tagen und 13 Geldstrafen (20 bis 60 Kronen) verhängt. Die drei (!) Polizisten in Knin hätten ihr möglichstes getan und die Gendarmen hätten sich sofort nach Bekanntwerden der Anwesenheit des Banus „in Dienst gestellt“.

von Rijeka so behandelt worden wäre, weil er „*als ungarischer Exponent in Kroatien aufgefasst werde*“, zeigte, wie sich die Stimmung in Dalmatien geändert hätte.<sup>631</sup>

Zugleich war Nardelli allerdings mit dem „Krisenmanagement“ seines Bezirkshauptmannes in Knin alles andere als zufrieden. Es war dies einer der seltenen Fälle, in denen sich der Statthalter nicht schützend hinter seine Beamten stellte. Der Bezirkshauptmann hätte schwere Fehler begangen und er würde ihm, nach einer bereits erfolgten mündlichen Rüge auch noch - wenn der Minister einverstanden wäre - eine strenge schriftliche Rüge erteilen.<sup>632</sup>

Das Innenministerium gab Nardelli uneingeschränkt Recht. Der „*bedauerliche Vorfall*“ wäre auf Grund eines Fehlers der kroatischen Behörden entstanden. Schließlich hätte die politische Lage ja auch „*in dem, dem Banus unterstehenden Verwaltungsgebiete zu Demonstrationen gegen seine Person geführt*“. Der dalmatinischen Behörde könnte jedenfalls kein Verschulden zur Last gelegt werden. (Eine kleine „Korrektur“ gab es doch: von einer zusätzlichen schriftlichen Rüge an den Bezirkshauptmann „*wäre abzusehen*“).<sup>633</sup>

Im Mai 1909 besuchte eine Delegation des Wiener Gemeinderates unter Führung von Bürgermeister Dr. Karl Lueger Dalmatien. Den Bericht über den Besuch von Split titelte die „*Neue Freie Presse*“ mit: „*Demonstrationen gegen Bürgermeister Dr. Lueger in Spalato*“.<sup>634</sup> Demnach hätte es bei heftigen feindseligen Demonstrationen zahlreiche Verhaftungen und mehrere Verletzte gegeben. Lueger, Bürgermeister Mihaljević und Reichsratsabgeordneter Bulić wären ausgepiffen und beschimpft worden. Polizei, Gendarmerie („*unter Einsatz ihrer Säbel*“) und Finanzwache hätten die feindlichen Parteien schließlich getrennt, das weitere Besuchsprogramm in Split und Salona verlief dann ohne Zwischenfälle. Vor der Rückkehr auf das Schiff wurde von der Behörde jedoch vorsorglich der Kai abgesperrt.

Von der Gendarmerie wurden insgesamt 31 Demonstranten verhaftet, von denen jeder „*seitens der Bezirkshauptmannschaft Spalato zu 14 Tagen Arrest verurteilt wurde*“.<sup>635</sup>

---

<sup>631</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 6935 (25.7.1908) Bericht Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>632</sup> Ebd. Bezirkshauptmann Pellegrino de Benvenuti hätte eine private Vorausinformation gehabt, die er an Nardelli nicht weitergegeben hätte. Außerdem hätte er sich selbst zum Museum begeben müssen, statt nur die Gendarmen zu schicken.

<sup>633</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 6954 (2.8.1908) Erlass des MdI an den Statthalter in Zadar.

<sup>634</sup> Neue Freie Presse Nr. 16063 (11. 5. 1909). S. 9. Nach dem Bericht hätten die Christlichsozialen in Split - entgegen einer Parteienvereinbarung mit den Sozialisten und der Fortschrittspartei (einerseits „*keine lärmenden Ovationen*“, dafür andererseits „*keine feindseligen Demonstrationen*“) - Lueger „*am 9. Mai korporativ mit Bannern und Hochrufen*“ empfangen. Sozialisten und Fortschrittliche veranstalteten daraufhin eine Gegendemonstration.

<sup>635</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 6085 (21.5.1909). Sammelakt des MdI mit Berichten der Statthalterei und des Landesgendarmeriekommandos.

Es gab mehrere „Nachspiele“: Beschwerden wegen „*zu wenig energischen Eingreifens*“ der Behörden einerseits und gegen die Art der Durchführung der Strafverhandlungen durch den Bezirkskommissär andererseits wurden vom Innenministerium als „*vollkommen unbegründet*“ zurückgewiesen. Das energische Einschreiten der Behörde wurde als richtig bewertet. Der Bericht der „Neuen Freien Presse“ über einen angeblichen Waffengebrauch wurde als „*vollständig aus der Luft gegriffen*“ zurückgewiesen.<sup>636</sup> Anhaltspunkte für Gerüchte, wonach die Demonstration „*von den Wiener Sozialdemokraten eingeleitet*“ worden wäre, wurden nicht gefunden.<sup>637</sup> Der Gemeinderat von Split und Landtagsabgeordnete unter Führung von Dr. Trumbić distanzieren sich telegraphisch von den Ausschreitungen.

Schließlich mussten die dalmatinischen Behörden auch noch Kritik aus Wien hinnehmen: ein Verurteilter hatte Rekurs ergriffen. Er hätte sich nicht polizeiwidrig verhalten, erklärte er, daher wäre er zu Unrecht verhaftet worden. Außerdem wären die von ihm angebotenen Entlastungszeugen nicht angehört worden. Im Wiener Innenministerium kam man ebenfalls zur Ansicht, dass das Vorgehen der Behörden „*nicht einwandfrei*“ gewesen wäre. Die Zeugen wären zu hören, es müsste eine Gegenüberstellung mit dem Gendarmen, der die Verhaftung vorgenommen hatte, erfolgen und die Statthalterei wurde ersucht, in diesem Sinne „*zu berichten*“. Jedenfalls wäre die verhängte Strafe nach Ansicht des Ministeriums „*übermäßig hoch gewesen*“.<sup>638</sup>

## Exzesse

Im Kronland selbst kam es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kroaten und Italienern, sowohl Einheimischen, als auch „Reichsitalienern“. Die Aktionen Nardellis waren vornehmlich auf das Verhindern von Zusammenstößen ausgerichtet, doch hatte er dabei oftmals von den Repräsentanten der beiden Volksgruppen kaum oder gar keine Unterstützung.<sup>639</sup> Der Statthalter war dabei zwar um Ausgewogenheit bemüht, scheute aber

---

<sup>636</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 6753 (9.6.1909). Sammelakt des MdI mit Einsichtsakt des Ministeriums für Landesverteidigung.

<sup>637</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 6085 (21.5.1909). Sammelakt des MdI (2. Bogen).

<sup>638</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 11990 (29.10.1909). Erlass MdI an Statthalterei Zadar. Der Einspruch kam von Božidar Suić und richtete sich gegen den Gendarmen Petar Katić.

<sup>639</sup> Etwa als der in Nardellis Augen durchaus „gemäßigte“ Abgeordnete Biankini sogar mit einer Interpellation im Reichsrat erreichen wollte, dass in der „italienischen Stadt“ Zadar ein Sokol-Kongress abgehalten würde (wobei allerdings offen bleibt, ob sich Biankini nicht sehr wohl der Gefahr von Zusammenstößen bewusst war, die Interpellation aber „zur Befriedigung seiner Klientel“ dennoch einbrachte im Wissen, dass sie keinen Erfolg haben würde). Vgl. Kapitel Vereine und Organisationen. S. 170.

auch vor einseitigen Entscheidungen nicht zurück – je nach Anlassfall, Veranstaltungsmotiven und ethnischer Zusammensetzung der örtlichen Bevölkerung.

Dass in Wien zeitweise das Verständnis für „vorbeugende Maßnahmen“ fehlte, zeigt das Beispiel der Musikkapellen von Hvar (Lesina). Zu Kaisers Geburtstag am 18. August wollten sowohl die italienische, als auch die kroatische Musikkapelle ausrücken. Nachdem die Lokalpolizeibehörde der (überwiegend von Kroaten bewohnten) Gemeinde zur Vermeidung von Zusammenstößen nur das Ausrücken der kroatischen Kapelle erlaubt hatte, wurde von der Bezirkshauptmannschaft aus Sicherheitsgründen das Ausrücken beider Kapellen untersagt. Beide protestierten (auch in Wien), der Statthalter bestätigte das Verbot.<sup>640</sup>

Vom Innenminister bekam Nardelli dann die Mitteilung, dass dieser zwar die Entscheidung zur Kenntnis genommen hätte, es jedoch für „höchst inopportun“ ansah, dass die Behörde einer „von italienischer Seite geplanten Loyalitätskundgebung entgegengetreten“ wäre und dass bei Loyalitätskundgebungen überhaupt mit behördlichen Verboten vorgegangen würde. Wären tatsächlich „Konflikte zwischen gegnerischen Parteien zu gewärtigen“, so wäre es Sache der politischen Behörden, entsprechend einzuschreiten, meinte der Minister trocken.<sup>641</sup>

Die Auseinandersetzung um die italienische Musikkapelle in Hvar (deren Auftritte von der Gemeinde weiterhin mehrmals untersagt wurden), beschäftigte dann auch noch Nardellis Nachfolger Attems. Ein Verbot im Februar 1911, auf einer Hotelterrasse (zur „*Hebung des Fremdenverkehrs*“) zu spielen, zog eine Beschwerde des Hotelbesitzers nach sich. Die Behörde hob das Verbot auf, die Gemeinde rekursierte.<sup>642</sup> Es kam zu einem mehrjährigen Rechtsstreit zwischen Gemeinde, Bezirksbehörde und Statthalterei, in dessen Verlauf das Innenministerium bei einer Nardelli - Entscheidung eine „*offenbar unrichtige Anschauung der Statthalterei*“ konstatierte. Die Frage wurde in einem Erlass an Statthalter Attems erst im April 1914 geregelt.<sup>643</sup>

---

<sup>640</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 1405/5- pr. (28.8.1910). Der Erlass des Statthalters betraf die Vereine Hektorović und Banda cittadina Pharense. Laut Volkszählung 1900 hatte Hvar 3727 Einwohner mit kroatischer und 69 mit italienischer Muttersprache.

<sup>641</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 10288 (10.10.1910). Schreiben des Ministeriums des Inneren an den Statthalter. Dass die Behörde durch das Verbot „rechtzeitig“ eingegriffen hatte, fand beim Minister offenbar keine Berücksichtigung.

<sup>642</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 33 – Z. 3697 (19.4.1911). Sammelakt des MdI.

<sup>643</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 33 – Z. 9220/M.I.- 1912 mit der erst am 17.4.1914 vidierten Entscheidung. Im Prinzip wurde der Gemeinde grundsätzlich das Recht zugesprochen, öffentliche Auftritte der italienischen Musik zu gestatten oder zu verbieten. Sollten jedoch permanent Verbote aus „*unbilligen, in lokalpolizeilichen Rücksichten nicht gerechtfertigten, das Einvernehmen der beiden Nationen störenden Verfügungen*“ erlassen werden, müsste die politische Behörde eingreifen.

Aus den zahlreichen Auseinandersetzungen zwischen Italienern und Kroaten sollen drei Bereiche herausgegriffen werden, mit denen sich auch die Wiener Behörden näher befassen mussten.

Ende September 1908 kam es in Zadar mehrere Tage lang zu heftigen Konflikten zwischen den überwiegend kroatischen Militärpatrouillen und der italienischen Stadtbevölkerung. Dabei wurden nach Ansicht Nardellis *„die Soldaten von außen aufgehetzt und zu nationalen Exzessen ausgespielt“*.<sup>644</sup> Am Abend des 30. September 1908, dem Höhepunkt der Unruhen, wurden aus den Reihen der Zivilisten mehrere Revolverschüssen auf zwei Patrouillen abgegeben, die das Feuer erwiderten. Zwei Zivilisten wurden schwer verwundet, die Soldaten blieben unverletzt. Der Militärkommandant ließ Bereitschaftstruppen ausrücken, unter der Zivilbevölkerung herrschte bis in die späten Nachtstunden *„panikartige Erregung“*.<sup>645</sup>

Zwei Zivilisten wurden verhaftet, es gab mehrere Anzeigen und auch gegen Soldaten wurden Untersuchungen eingeleitet. Nardelli ersuchten den Oberstaatsanwalt, mit *„unnachsichtlicher Strenge“* gegen die Schuldigen vorzugehen. Zugleich verfügte er *„schärfste Handhabung der Zensurgewalt“*, um weiteren *„Aufhetzungen“* durch die Presse vorzubeugen.

In einer gemeinsamen Besprechung zwischen Zivil- und Militärdienststellen wurden Maßnahmen zur Beruhigung der Situation beraten. Dabei zeigten sich einige Auffassungsunterschiede zwischen Nardelli und Generalmajor Cvitković. Der General sprach von Gerüchten, wonach eine italienische Bank 600 Kronen Prämie *„für jeden getöteten Soldaten“* zahle. Nardelli ging darauf nicht ein und kritisierte, dass das Militär in letzter Zeit nur noch in Gruppen von 20 bis 30 Mann, jeder *„die Faust am Bajonettgriffe“* ausgerückt wäre - für die Zivilbevölkerung *„eine Provozierung“*. Cvitković bezeichnete das als notwendig, weil einigen Soldaten schon die Bajonette entrissen worden wären. Im Übrigen wäre es in Zivilkreisen bekannt gewesen, dass am 30. September etwas geschehen würde (*„heute muss noch ein Soldat umgebracht werden“*). Die Quelle könnte er jedoch nicht nennen, *„weil es Damen wären“*.<sup>646</sup>

---

<sup>644</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 9507 (5.10.1908 - Zara, 29.9.1908). Schreiben Nardellis an den Minister des Inneren.

<sup>645</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 33 – Z. 9220 (13.10.1908). Im Akt befindet sich der Telegrammbericht des Statthalters an MdI. Der Lastträger Simon Perović erlitt einen Bauchschuss, der Fleischhauer Josef Galioppi eine schwere Bajonettverletzung.

<sup>646</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 9831 (1.10.1908). Das Protokoll der Besprechung vom 1. Oktober liegt dem Akt bei.

Nardelli untersagte für die nächsten Wochen sämtliche Veranstaltungen, in der Stadt wurden überraschende Leibesvisitationen durchgeführt, zwei Zeitungen wurden beschlagnahmt. Bürgermeister Ziliotto wurde aufgefordert, auf die „*unteren Schichten der Bevölkerung*“ mäßigend einzuwirken, Militärkommandant Varešanin und die Wiener Ministerien sagten Nardelli volle Unterstützung zu. Im Oktober war dann die Lage in Zadar wieder ruhig.

Der zweite Bereich der Exzesse betrifft Kämpfe zwischen „reichsitalienischen“ Arbeitern und Kroaten. In einem Sammelakt vom April 1909 werden acht derartige Auseinandersetzungen innerhalb der letzten Monate aufgelistet, wobei es mehrmals auch zu Interventionen des italienischen Botschafters in Wien gekommen war.<sup>647</sup> Vor allem zwischen italienischen Arbeitern der Zementfabrik in Solin (Salona) bei Split und kroatischen Einwohnern herrschten heftige Spannungen. Allein im April und Mai 1908 hatte es in Solin und im nahegelegenen Vranjica drei blutige Auseinandersetzungen gegeben. Im August teilte der Innenminister dem Statthalter mit, dass es über diese Konflikte eine Vorsprache des italienischen Botschafters beim Minister des Äußeren gegeben hätte. Im Gegensatz zu den Berichten aus Zadar hätte der Botschafter betont, dass nach seinen Informationen die Vorfälle „*nicht durch das Verhalten italienischer Staatsangehöriger provoziert worden*“ wären. Eine baldige gerichtliche Klärung wäre daher erwünscht. Außerdem hätte der Botschafter ersucht, auf die kroatische Presse in Dalmatien einzuwirken, nicht so „*heftige Töne gegen das italienische Element anzuschlagen*“.<sup>648</sup>

Die Aufwertung des provisorischen Gendarmeriepostens in Solin zu einem „systemisierten“ (mit drei ständigen Beamten) und auch Nardellis Versuche, über die Bürgermeister und die Geistlichkeit mäßigend auf die beiden Gruppen einwirken zu lassen, konnte einen neuen Exzess am 5. März 1909 nicht verhindern. Fünf italienische Arbeiter wurden am späten Abend nach einem Gasthausbesuch überfallen, zwei von ihnen mussten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus. Da die Überfallenen die Angreifer nicht erkannt hatten, ergaben die Nachforschungen „*kein positives Resultat*“.

---

<sup>647</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 4892 (21.4.1909). Bericht der Statthalterei an MdI.

<sup>648</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 7712 (13.8.1908). Schreiben des Ministers des Inneren an Nardelli. Die Vorfälle waren am 26. 4., sowie am 17. und 18. 5. Bezüglich des April - Exzesses liefen bereits zwei Gerichtsverfahren, wegen der Mai-Vorfälle wurde seitens der Statthalterei mit einigen Anklagen sowohl gegen Einwohner von Solin, als auch gegen Reichsitaliener gerechnet.

Zur Intervention des Botschafters hatte auch ein Vorfall in Šibenik am 6. 6. beigetragen. Nach einem „Raufexzess“ zwischen Bauernburschen und italienischen, sowie französischen Arbeitern hatte es dort jeweils einen Monat Kerker für Italiener und Franzosen gegeben, von Strafverfahren „*gegen die anderen Beteiligten wurde Abstand genommen*“. (HDA Zagreb MUP Prez. II. Kart. 31 – Z. 7748 (18.8.1908). Bericht des Statthalters an MdI).

Nachdem die bisher im Zuge der Exzesse erfolgten Bestrafungen „*ohne das gewünschte Ergebnis blieben*“, verfügte Nardelli nun, die Polizeisperrstunden für alle Gast- und Schankgewerbe in Solin und Umgebung auf 19 Uhr vorzuverlegen und einigen Gasthäusern auch provisorische Sperren anzudrohen. Davon erhoffte er sich weniger „Wirtshausexzesse“ und auch mehr Bereitschaft der Wirte, bei der Ausforschung „*der Ruhestörer williger an die Hand zu gehen*“.<sup>649</sup>

Dass die Exzesse in Split und Umgebung auch nach einer Aufstockung der Gendarmerie um 30 Mann weitergingen, begründete Nardelli im Herbst 1909 damit, dass beide Seiten bemüht wären, die nationale Gereiztheit „*rege zu erhalten und womöglich noch zu verstärken*“. Die Italiener in Split als Minorität fühlten sich als „*die ungerecht Verfolgten*“ und ihre Proteste, die an die Statthalterei herangetragen würden, wären tatsächlich „*vielfach übertrieben*“. Die politische Situation hätte sich jedoch trotz weiterer kleiner Konflikte so weit beruhigt, dass außerordentliche Maßnahmen jedenfalls nicht erforderlich wären.<sup>650</sup>

Der dritte Bereich betrifft Auseinandersetzungen mit italienischen Fischern und Matrosen, wobei hier (neben einigen Inselorten) mehrmals der Hafen Gruž (Gravosa) Schauplatz blutiger Exzesse war. Dabei funktionierte die Zusammenarbeit zwischen politischer Behörde und Staatsanwaltschaft in Dubrovnik nicht besonders überzeugend. Im Juli 1909 waren zwei italienische Matrosen festgenommen worden. Sie hätten erst Schmähungen ausgerufen und danach drei Einheimische verletzt.<sup>651</sup> Schlussendlich wurden dann fünf Italiener angeklagt, vier wurden freigesprochen, einer erhielt fünf Kronen Geldstrafe.<sup>652</sup>

Ein Vorfall im November 1910 führte zu diplomatischer Verstimmung zwischen Rom und Wien und zu einem intensiven Schriftwechsel zwischen den Wiener Zentralstellen und der Statthalterei. Dabei konnte man in Wien den Eindruck gewinnen, dass Nardelli selbst zwar eine honorige Persönlichkeit wäre, auf die Behörden im Land aber nicht wirklich im gewünschten Maß Einfluß ausübte.

Die Bezirkshauptmannschaft berichtete, dass am 27. November italienische Matrosen singend, schreiend und Schmähungen gegen den Kaiser rufend durch Gruž gezogen wären. In den anschließenden Tumulten wurden vier Italiener und drei Kroaten verletzt, die Italiener

---

<sup>649</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 3955 (29.3.1909). Bericht des Statthalters an MdI.

<sup>650</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 10791 (28.9.1909). Bericht des Statthalters an MdI.

<sup>651</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 9184 (9.8.1909). Bericht des Statthalters an MdI.

<sup>652</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 10791 (28.9.1909). Bericht des Statthalters an MdI.

flüchteten auf ihr Schiff. Zwei kroatische Täter wurden identifiziert und zu je drei Tagen Polizeiarrest verurteilt. Nardelli meldete nach Wien, dass es bei den Ermittlungen nach seiner Einschätzung erhebliche Widersprüche gäbe.<sup>653</sup>

Wenige Tage später konkretisierte Nardelli, dass der Bericht des Staatsanwaltes in Dubrovnik zum Bericht des politischen Bezirksleiters „*vielfach in Widerspruch*“ stünde. Er verlangte von seinem Amtsleiter in Dubrovnik einen neuen Bericht ohne „*Lücken und Ungenauigkeiten*“ und vermerkte, dass dieser die ganze Angelegenheit bisher offenbar in „*zu leicht erscheinender Weise aufgefasst*“ hätte.<sup>654</sup>

Angesichts der Verzögerungen bei der Aufklärung war der italienische Geschäftsträger in Wien beim Minister des Äußeren, auch der Ministerpräsident und der Justizminister wurden eingeschaltet. Der Botschafter kritisierte, dass die lokalen Behörden „*bei der Verfolgung der Schuldigen nicht mit der nötigen Energie*“ voringen. Von - nach seinen Informationen - 40 Tätern wären nur zwei angeklagt worden. Die italienischen Matrosen hätten keine provokanten Lieder gesungen und hätten vor Steinwürfen von einheimischen Arbeitern zu ihrem Schiff „*zurückschwimmen*“ müssen. In Italien wäre die Erregung groß, ein österreichisches Schiff in Catania müsste besonders bewacht werden, um dort Übergriffe zu verhindern.

„*Zu meiner Überraschung*“, so berichtete der Außenminister dem Ministerpräsidenten, wäre der Geschäftsträger über „*verschiedene Stellen aus dem Berichte der Staatsanwaltschaft*“ informiert gewesen (vermutlich über den italienischen Vizekonsul in Dubrovnik) und ebenso über die Widersprüche bei den österreichischen Erhebungen. Der Außenminister ersuchte, dass zur Beilegung der Affäre ein objektiver, geeigneter Funktionär „*behufs eingehender authentischer Klarstellung des Sachverhaltes sofort nach Ragusa dirigiert werde*“. Der Ministerpräsident unterstützte zur restlosen Aufklärung und zur Erhaltung guter Beziehungen zu Italien diese Bitte des Außenministers und beauftragte den Innen- und den Justizminister, in diesem Sinne tätig zu werden.<sup>655</sup>

Im Februar 1911 gab es zwei Verurteilungen, alle anderen Angeklagten wurden mangels Beweisen freigesprochen. Im Urteil wurde darauf hingewiesen, dass die Italiener sehr wohl

---

<sup>653</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 12432 (7.12.1910). Bericht Nardelli an Minister des Inneren.

<sup>654</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 12745 (15.12.1910). Bericht Nardelli an Minister des Inneren.

<sup>655</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 13201 (28.12.1910). Sammelakt MdI mit Schreiben des Ministerpräsidenten 5542 M.P. – 27. 12. 1910 und Abschrift der Note des Ministers des Äußeren an den Ministerpräsidenten (23.12.1910).

„*subversive Rufe*“ ausgestoßen hätten, der Staatsanwalt allerdings „*von dem Gebrauche jener Rufe nie überzeugt war*“.<sup>656</sup> Gegen einen Zeugen, der die Rufe bestätigte, wurde eine Verleumdungsklage eingebracht. Der die Erhebungen führende Gendarm erhielt eine Rüge, weil er in seinem Bericht Informationen ausgelassen hätte.<sup>657</sup>

Dass noch am 25. Dezember 1910 italienische Matrosen in Zweierreihen „*musizierend, lärmend und Steine werfend*“ von Gruž bis zum Pile-Tor von Dubrovnik marschierten, von dort nach Abnahme ihrer Musikinstrumente von der Gendarmerie zum Hafen zurück eskortiert wurden und sich zwei Tage danach telegraphisch bei ihrem Konsul in Zadar über das Vorgehen der Sicherheitsorgane beschwerten, lässt zumindest den Verdacht zu, dass es bei den Auseinandersetzungen zuvor sehr wohl auch italienische Provokationen gegeben haben könnte.<sup>658</sup> Eine Konsequenz davon war, dass für sämtliche Gast- und Kaffeehäuser in Gruž ein Sing- und Musizierverbot erlassen wurde.<sup>659</sup>

Auch wenn die Verhältnisse offenbar nicht einfach waren: dass eine Angelegenheit, die der Statthalter eigentlich innerhalb weniger Tage in seinem Bereich hätte geklärt haben sollen, noch Wochen später den Ministerpräsidenten und drei Minister in Wien beschäftigte, war dem Erscheinungsbild von Statthalter Nardelli - zehn Monate vor seiner Ablösung - in Regierungskreisen wohl nicht besonders zuträglich.

### **Ausländische Investoren - oder Spione?**

Die Forderungen aus Dalmatien, die Regierung sollte - wenn sie schon selbst nicht ausreichend Geld für Investitionen ins Land pumpen konnte - doch ausländische Investitionen zulassen, brachte Wien in ein Dilemma zwischen wirtschaftlicher Sinnhaftigkeit und Spionageangst. Beim Militär war die Sorge um die sensible Adriaküste besonders hoch - in einigen wenigen Fällen vielleicht auch nicht ganz unbegründet. Dementsprechend wurden serbische Investoren, vor allem aber Firmengründungen von „Reichsitalienern“ besonders gründlich unter die Lupe genommen und nach Möglichkeit auch verhindert.

---

<sup>656</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 1658 (21.2.1911). Bericht Nardelli an Minister des Inneren. Der „*Herzegovze*“ Ahmed Sinanović erhielt fünf Monate schweren, verschärften Kerker mit anschließender Ausweisung aus Cisleithanien, Joso Slamnitz aus Gruž vier Monate schweren, verschärften Kerker.

<sup>657</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 2631 (21.3.1911). Einsichtsakt MdI mit Bericht des Justizministeriums. Die Verleumdungsklage richtete sich gegen den Leuchtturmwärter Pero Petričević.

<sup>658</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 45(2.1.1911). Bericht Nardelli an Minister des Inneren.

<sup>659</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 5128 (27.5.1911). Bericht Nardelli an Minister des Inneren.

Im Oktober 1908 berichtete Nardelli nach Wien, dass der aus dem Banat stammende Serbe Ingenieur Momčilo Tapavica in der Gegend von Budva versuchte, im großen Ausmaß Grundstücke zu kaufen. Der ungarische Staatsbürger war zugleich als Leiter der Bausektion im Dienst der montenegrinischen Regierung und wollte gerüchteweise für eine serbische Gesellschaft Grund erwerben. Er war also ziemlich verdächtig.<sup>660</sup> Das Außenministerium ersuchte den Statthalter, Tapavica überwachen zu lassen und die verdächtigen Grundankäufe nach Möglichkeit zu verhindern, räumte jedoch ein, dass dies angesichts der Armut der Bevölkerung der hohen Summen, die Tapavica bot, schwierig wäre. Da man keine gesetzliche Handhabe hätte, wurde vom Ministerium sogar ein neues Gesetz zum Verbot des Erwerbs von Grundstücken durch Ausländer in sensiblen Grenzgebieten angedacht.<sup>661</sup>

Mehr als ein Jahr danach berichtete Nardelli, dass Tapavica aus den montenegrinischen Diensten ausgetreten wäre, die Grundkäufe aufgegeben, sich in Herzegnovi (Castelnuovo) niedergelassen hätte und dort eine Gesellschaft für Hotelbau plante.<sup>662</sup>

Ende 1910 wurde Tapavica - offenbar unbescholten - in einem Akt als Bauunternehmer in Herzegnovi geführt.<sup>663</sup>

Keinen Spionageverdacht gab es bei der englischen Handelsgesellschaft „Exploaring Company London“, die gerüchteweise in Dalmatien tätig werden wollte. In diesem Zusammenhang schrieb Nardelli dem Innenminister, es wäre sehr bedauerlich, dass sich bisher „*keine inländischen Kapitalisten gefunden*“ hätten, um mit ihrem Unternehmergeist die Gefahr zu beseitigen, dass das „*Aufblühen des Landes*“ nur von ausländischen Unternehmen abhängig würde.<sup>664</sup>

Dass der Statthalter (zugleich mit dem Handelsministerium, das sich von der Gesellschaft Hotelprojekte versprach) hier falschen Erwartungen aufgesessen war, musste er ein Jahr später eingestehen: nach vertraulichen Informationen durch einen Mittelsmann in London hätte die Gesellschaft „*keine Mittel*“ und es wäre größte Vorsicht geboten.<sup>665</sup>

---

<sup>660</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 10268(21.10.1908). Bericht Nardelli an Minister des Inneren.

<sup>661</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 4374(7.4.1909).Einsichtsakt des MdI mit Stellungnahme des Ministeriums des Äußeren.

<sup>662</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 7025(16.6.1909). Bericht Nardelli an Minister des Inneren.

<sup>663</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 33 – Z. 1196(7.2.1911). Bericht Nardelli an Minister des Inneren.

<sup>664</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 7923(21.1.1909). Bericht Nardelli an Minister des Inneren.

<sup>665</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 2200(3.3.1910). Bericht Nardelli an Minister des Inneren.

Bei italienischen Firmengründungen ging es nicht nur um den Spionageverdacht, sondern auch um die „*wirtschaftlich bedenkliche*“ Tatsache, dass sich ein großer Teil der dalmatinischen Industriebetriebe in „reichsitalienischer“ Hand befand. Rupert Riedl trat in seiner Studie über Dalmatien für die Schaffung eines Gegengewichtes gegen die „*überhandnehmenden reichsitalienischen Industrieunternehmungen*“ ein mit den Schwerpunkten Ausbildung von Arbeitskräften, Entwicklung von Industrie und Verwertung bisher nicht ausgenützter Bodenschätze.<sup>666</sup>

Nardelli wies seine Bezirkshauptmannschaften an, von Unternehmen „*besondere Begründungen*“ zu verlangen, wenn sie „Reichsitaliener“ anstellen wollten (etwa Mangel an geschulten inländischen Arbeitskräften). Das Innenministerium korrigierte den Statthalter in so ferne, als er statt „Reichsitaliener“ den Ausdruck „Ausländer“ verwenden sollte. Erstens, um die italienische Regierung nicht zu verärgern und zweitens, weil es schließlich auch nicht „*wünschenswert erscheinen dürfte, dass reichsserbische Arbeiter verwendet werden ...*“<sup>667</sup>

Der Bericht Nardellis über die Erhebungen zu dem vom Reichskriegsministerium auf Grund konfidenteller Informationen geäußerten Verdacht „*staatsgefährlicher Umtriebe*“ in der Kalzium-Karbid-Fabrik in Crnica bei Šibenik<sup>668</sup> liest sich zeitweise wie ein Kabarett-Text.

Es gäbe keine Anhaltspunkte für Spionage. Der Fabriksleiter wäre ein „*Mann mit sehr beschränkter Intelligenz*“ und verdanke seine Position seinem einflussreichen Bruder in Italien. Die zahlreichen Italienreisen wären damit zu begründen, dass seine Frau sich im Land nicht wohl fühle und daher oft auch ohne das Wissen ihres Mannes nach Hause fahre. Ihr Mann reise ihr dann „*gewöhnlich nach und bringt sie wieder nach Dalmatien zurück*“. Der „*militärische Konfident*“ wäre wohl der Portier, ein ehemaliger k.k. Gendarm, was der Fabriksleitung bekannt wäre. Bei Spionageabsicht würde man diesen Posten wohl mit einem „Reichsitaliener“ besetzen. Außerdem wäre der Fabriksleiter nach der oftmaligen Hilfe durch die Gendarmerie bei Arbeiteraufständen bereit, direkt neben dem Eingangstor einen Gendarmerieposten zu errichten.

Er werde aber dennoch unvermutet die Fabrik einer „*peinlichen Visitierung*“ durch eine Finanzkommission unterziehen lassen, schrieb der Statthalter. Dazu wären zwei als

---

<sup>666</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 19 – Z. 5902 (30.7.1908).Einsichtsakt des MdI.

<sup>667</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 9886 (14.10.1908).Erllass des MdI an den Statthalter in Zadar.

<sup>668</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 5308 (13.6.1908) Schreiben MdI an den Statthalter in Zadar (mit Einsichtsakt des Reichskriegsministeriums).

Finanzwacheorgane verkleidete Unteroffiziere der Marine bereits unterwegs und würden in den nächsten Tagen - um kein Aufsehen zu erregen - formell bei der Finanzbehörde in Šibenik in den Dienst aufgenommen. Sie wären im „*radiographischen Dienst*“ geschult und könnten als Mitglieder der Untersuchungskommission unauffällig nach entsprechenden Apparaturen suchen. Auch die vom Militär vermutete „*Vorbereitung eines Brieftaubenverkehrs mit Italien*“ zu Spionagezwecken würde untersucht.

Nur auf „*zweifelhafte, durch nichts erhärtete Vermutungen hin*“ die Existenz des Unternehmens in Frage zu stellen, wäre nicht ratsam, formulierte Nardelli seine Kritik am Militär. Schließlich würden hier mit einem Kapital von 13 Millionen Kronen „*mehrere Hunderte einheimische Arbeiter*“ beschäftigt.<sup>669</sup> Zwei Wochen später meldete der Statthalter nach Wien, dass es keine Verdachtsmomente gäbe.<sup>670</sup>

Bei der ein Jahr später geplanten Errichtung einer Seifen- und Sodafabrik in Šibenik durch den Reichsitaliener Telesforo Bruglia erhielt Nardelli vom Ministerpräsidenten das „*nachdrückliche Ersuchen*“, ein Zustandekommen oder eventuell den Fortbestand dieser Unternehmung zu verhindern. Die Marine hatte allgemein gegen weitere „*reichsitalienische*“ Firmenansiedlungen an der Küste protestiert und im besonderen Fall einen - wenn auch nicht konkretisierten - Spionageverdacht erhoben.<sup>671</sup>

Die Verweigerung der Betriebsbewilligung bzw. Außerkraftsetzung einer bereits bestehenden Bewilligung, Erschwerungen und Verzögerungen jeder Art, rigorose Handhabung von Passvorschriften, minutiöse Überwachung durch Finanzorgane und Gendarmerie sollten „*die Prosperität der neuen Anlagen untergraben*“ und damit zugleich ausländischen Besitzern und Angestellten „*der Aufenthalt in Sebenico unmöglich gemacht oder verleidet*“ werden.<sup>672</sup>

### **Sonderfall: Die Stadtbeleuchtung von Kotor – eine „unendliche Geschichte“**

Diese Frage soll deshalb etwas ausführlicher behandelt werden, weil sie ganz offensichtlich die gesamte Breite jener Probleme aufzeigt, unter denen Dalmatien bei seinen Modernisierungsbemühungen zu leiden hatte: auf der einen Seite eine administrativ und

---

<sup>669</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 8452(26.8.1907). Bericht Nardelli an Minister des Inneren.

<sup>670</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 31 – Z. 8837(7.9.1907). Bericht Nardelli an Minister des Inneren.

<sup>671</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 20 – Z. 6671(20.7.1908).Einsichtsakt des MdI mit Schreiben von Ministerpräsident Beck an Finanzministerium und Reichskriegsministerium.

<sup>672</sup> Ebd. Einsichtsakt des MdI mit Schreiben .(9.8.1908) an Nardelli

finanziell überforderte Gemeindevertretung, sowie eine in diesem Fall juristisch „unglücklich“ und generell ohne den nötigen Einsatz agierende Landesverwaltung – auf der anderen Seite das in Sachen „Spionage“ überaus empfindliche Reichskriegsministerium und die in endlosem Schriftverkehr und zwei interministeriellen Konferenzen befassten Ministerien des Äußeren, des Inneren, des Handelsministeriums, des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, des Finanzministeriums und des Ministerratspräsidiums, „ergänzt“ durch eigene Initiativen und Interpellationen von zwei dalmatinischen Reichsratsabgeordneten.

Ein Fazit vorne weg: im Jahr 1906 hatte die Gemeinde Kotor die Errichtung einer öffentlichen Beleuchtung für die Stadt beschlossen. 1908 musste die bereits begonnene Errichtung auf Verlangen des Reichskriegsministeriums gestoppt werden und 1914 – knapp vor Beginn des Weltkrieges – hatte Kotor noch immer keine Stadtbeleuchtung. Dafür musste der Staat in diesen Jahren unzählige Beamtenarbeitsstunden für diesen Fall aufwenden und hatte zusätzlich auf Grund von Pönale - Zahlungen 45.000 Kronen verloren.

Am 28. April 1907 hatte die Stadtgemeinde von Kotor, „*nachdem sie mit mehreren österreichischen Unternehmungen behufs Installierung einer städtischen Beleuchtung erfolglos unterhandelt hatte*“ mit der italienischen Gesellschaft „*Impresa per pubblica e privata illuminazione a gaz acetilene ed affini*“ mit Sitz in Venedig einen Vertrag zur Errichtung einer Azetylgasbeleuchtung abgeschlossen. Zur Beleuchtung der Stadt und des Kriegshafens hatte das Reichskriegsministerium – weil dafür auch die Benützung von „militär - ärarischen Gründen“, etwa zur Verlegung der Leitungsrohre erforderlich war - bereits am 31. 3. 1906 grundsätzlich die Zustimmung erteilt<sup>673</sup>.

Nach dem Vertragsabschluss beantragte die italienische Gesellschaft die Einfuhr eines Spezialapparates zur Gaserzeugung. Die Genehmigung dafür erfolgte durch die Statthalterei noch vor dem Sommer 1907. Am 22. Juli kam die Gesellschaft um die Genehmigung der Betriebsanlage ein. Die Bezirkshauptmannschaft leitete daraufhin ein sogenanntes Ediktalverfahren ein, bei dem Anrainer Einwände gegen das Projekt erheben konnten. Die Anrainer wurden zwar nicht persönlich eingeladen (was auch nicht unbedingt notwendig

---

<sup>673</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 6115 (22.5.1909): Sachverhaltsdarstellung des Referenten des Ministeriums des Inneren im Überblick.

war), die Verhandlung wurde jedoch öffentlich kundgemacht. „*Ein Vertreter des Militärärars erschien bei der Verhandlung nicht*“<sup>674</sup>. Die Genehmigung wurde erteilt.

Im Vertrag war festgehalten, dass die italienische Gesellschaft die Beleuchtungsanlage für die Stadt „*gegen eine alljährliche Pauschalsumme einzurichten und sie während fünfundzwanzig Jahren in Betrieb zu halten*“ habe. Nach Erfüllung aller administrativen Formalitäten begann die Gesellschaft am 12. Mai 1908 mit der Verlegung der Leitungsrohre. Kurz nach dem Baubeginn kam ein Einspruch des Reichskriegsministeriums „*aus prinzipiellen Gründen*“, weil es sich „*um eine ausländische Unternehmung handelt*“. Voraussetzung für eine Bewilligung wäre, dass statt der italienischen Gesellschaft die Gemeinde selbst die Beleuchtungsanlage in eigener Regie führen müsste und dass bereits bei der Errichtung das „*ausländische Baupersonal der venezianischen Firma durch vertrauenswürdigen inländisches sofort ersetzt werde*“.<sup>675</sup>

Die Bauarbeiten wurden eingestellt.

Während zwischen Gemeinde und Kriegsministerium telegraphisch um einen Kompromiss gerungen wurde (Errichtung der Anlage innerhalb von fünf Wochen durch ausländisches Personal – mit strenger Überwachung durch das Militär „*gegen Ausspähung*“ - und anschließend inländischer Betrieb), wollte Nardelli den Wünschen der Militärs entgegenkommen. Die Statthalterei „*suchte daher nach einem Grunde, die Genehmigung der Betriebsanlage aufzuheben*“<sup>676</sup> und hob den Bewilligungsbescheid der Bezirkshauptmannschaft am 16. Mai 1908 „*von amtswegen*“ aus formalrechtlichen, aber wie sich später zeigen sollte juristisch nicht haltbaren Gründen auf (Nardelli hätte mit seiner Entscheidung recht gehabt, wenn die venezianische Unternehmung eine Aktiengesellschaft gewesen wäre, die einer besonderen Zulassungsbewilligung bedurft hätte – sie war jedoch eine „*gewöhnliche Commanditgesellschaft, welche einer besonderen Zulassung zum Geschäftsbetrieb in Österreich nicht bedürfte*“<sup>677</sup>).

Die italienische Gesellschaft brachte zwar gegen die Entscheidung der Statthalterei Rekurs ein, erklärte jedoch, dass sie auf die Wünsche des Reichskriegsministeriums bezüglich des

---

<sup>674</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 6115 (22.5.1909). Darstellung des Ministeriums des Inneren.

<sup>675</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 4992 (2.6.1908). Bericht des Referenten (Mdi) an den Minister zum Einsichtsakt des Reichskriegsministeriums.

<sup>676</sup> Ebd. Formulierung des Referenten im Mdi.

<sup>677</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 6115 (22.5.1909). Einspruch der italienischen Gesellschaft gegen den Bescheid der Statthalterei.

Betreibens der Anlage durch die Gemeinde selbst nicht eingehen könnte. Die Gemeinde wäre vertragsbrüchig geworden, der Gesellschaft wäre – hochgerechnet auf 25 Betriebsjahre – ein Schaden von mehr als 800.000 Kronen entstanden, den sie nun von der Gemeinde Kotor einklagen wolle.

In der Sachverhaltsdarstellung des Ministeriums des Inneren vom 22. 5. 1909 heißt es nun wörtlich: *„Und nun begieng die Gemeinde, welche offenbar den Kopf verloren hatte, den größten Fehler, indem sie Abgeordnete nach Venedig schickte, welche dort mit der Gesellschaft verhandelten und sich auf einen Schadenersatz in dem herabgesetzten Betrage von 600.000 K. einigten“*.<sup>678</sup>

Kotor konnte diese Summe nicht aufbringen und wollte das Geld zunächst vom Reichskriegsministerium. Dieses erklärte, dass es keinen rechtlichen Grund für eine Ersatzleistung gäbe, wenn das Ministerium *„der Etablierung einer ausländischen Firma im Kriegshafen aus prinzipiellen Gründen entgetreten mußte.“*<sup>679</sup> In der Folge waren auch das Ministerium des Inneren und das Finanzministerium nicht bereit, der Gemeinde Kotor diese Summe zu zahlen.

Ein Vertreter der Gesellschaft wurde aus Venedig nach Wien geschickt, um beim Reichskriegsministerium zu intervenieren. Er wurde dabei von den dalmatinischen Reichsratsabgeordneten Biankini und Vuković unterstützt, *„die ihrerseits an der peinlichen Lage Interesse nehmen, in die die Gemeinde Cattaro geraten könnte, wenn sie sich selbst überlassen bliebe.“* Die italienische Gesellschaft (*„an welcher einflußreiche Persönlichkeiten beteiligt sind“*)<sup>680</sup>, drohte nämlich mit einer gerichtlichen Beschlagnahme des Vermögens der Gemeinde Kotor und bat die italienische Botschaft in Wien um Hilfe. Der italienische Botschafter ersuchte daraufhin das Ministerium des Äußeren um Vermittlung – nicht ohne den Hinweis auf die möglicherweise *„unliebsame Situation, die sich daraus ergeben würde, wenn die italienische Unternehmung es tatsächlich darauf ankommen lassen müßte, den Grundbesitz der Gemeinde Cattaro mit Beschlag belegen zu lassen“*.<sup>681</sup>

---

<sup>678</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 6115 (22.5.1909). Formulierung des Referenten im Bericht an den Minister.

<sup>679</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 3962 (29.3. 1909). Abschrift einer Note des Reichskriegsministeriums an das Ministerratspräsidium und das Ministerium des Inneren.

<sup>680</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 7785 (19. 8.1908). Bericht des Referenten an den Minister des Inneren

<sup>681</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 2168 (20.2.1909): Note des italienischen Botschafters.

Unter diesen Voraussetzungen gab es am 12. Juli 1909 in Wien eine interministerielle Konferenz. Zunächst mit Kritik an Nardelli: *„Die Statthalterei sieht bereits ein, dass die Begründung ihrer Entscheidung gesetzlich nicht haltbar ist, schlägt jedoch vor, diese Entscheidung aufrecht zu erhalten ....“*<sup>682</sup> Nardelli versuchte in der Hoffnung auf eine mögliche Liquidation der italienischen Gesellschaft Zeit zu gewinnen. Das wurde allerdings verworfen. Das Handelsministerium wurde aufgefordert, die angefochtene Statthalterentscheidung aufzuheben und die Betriebsanlage zu genehmigen – jedoch unter ausdrücklichem Hinweis darauf, dass die Zustimmung der betroffenen Grundeigentümer, also namentlich des Reichskriegsministeriums, erforderlich wäre. Das Militär wurde ersucht, die Errichtung (nicht den Betrieb) durch Ausländer zuzulassen – um eine – im Sinne des Ministeriums des Äußeren – friedliche Beilegung der Angelegenheit zu ermöglichen.

Der Statthalter erhielt mehrere Aufträge: zunächst sollte *„die Gemeinde in vorsichtiger nicht allzu detaillierte Weise über ihre Rechtslage belehrt“* und ihr mitgeteilt werden, dass nach Ansicht der Juristen in Wien die rechtliche Lage nicht so ausweglos sei, wie es offenbar die Gemeindevertreter vermuteten, dass man aber dennoch einen Prozess tunlichst vermeiden wolle. Die Gemeinde sollte keine *„weiteren voreiligen Schritte“* unternehmen. Außerdem sollte der Statthalter *„mit tunlichster Beschleunigung“* klären lassen, ob die Delegierten der Gemeinde bei den Vergleichsverhandlungen in Venedig überhaupt auf Grund eines gültigen Beschlusses des Gemeinderats bevollmächtigt waren. Weiters wurde Nardelli aufgefordert, *„den Landesausschuß zu ersuchen, dass er die zur Rechtsgiltigkeit dieses Vergleichs im Sinne des § 102 der Gemeindeordnung notwendige Zustimmung keinesfalls erteile“*. In diesem Sinn wurde auch der *„Landtagspräsident von Dalmatien, welcher gegenwärtig hier anwesend ist, mündlich ersucht.“* Schließlich sollte die Statthalterei im Wege eines Erlasses die Gemeinde über die erwünschte weitere Vorgangsweise aufklären. Mit der italienischen Gesellschaft sollte ein für beide Seiten finanziell annehmbarer Vergleich über die Errichtung – nicht aber den Betrieb - der Beleuchtungsanlage erzielt und damit die Ersatzzahlung an die Firma wesentlich vermindert werden. Dem Statthalter wurde jedoch aufgetragen, dabei keineswegs *„irgendwie die Hoffnung auf eine finanzielle Beihilfe der Regierung zu erwecken“*.<sup>683</sup>

---

<sup>682</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z.7575 (29.6. 1909): Bericht des Referenten des Ministeriums des Inneren an die Konferenz

<sup>683</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 10.159 (14.9.1909). Vertraulicher Erlass des Ministers des Inneren an den Statthalter.

Nach Ansicht der Finanzprokurator sollte sich die Gemeinde die notwendigen Geldmittel durch die Aufnahme eines Amortisationsdarlehens beschaffen, das durch die Einnahmen aus dem laufenden Betrieb bedient werden könnte.

Die Gemeinde stellte in der Folge dennoch den Antrag auf eine Subvention und erhielt von Nardelli im Auftrag des Ministeriums des Inneren die Mitteilung, „*dass ihrem Ansuchen um Bewilligung einer Staatssubvention aus prinzipiellen Gründen nicht entsprochen werden könne*“.<sup>684</sup>

Die Gemeinde Kotor trat nun in offizielle Verhandlungen mit der italienischen Gesellschaft ein und am 8. August 1910 wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, der auch in Wien als „sehr günstig“ erachtet wurde. Der Vertrag enthielt drei Optionen: 1) die Gesellschaft verzichtet gegen die Zahlung eines Pönales innerhalb von drei Monaten auf alle Ansprüche gegenüber der Gemeinde. 2) die Gemeinde übernimmt gegen ein Pauschale von 31.745 Kronen das von der Gesellschaft in Kotor deponierte Installationsmaterial und 3) die Gesellschaft errichtet projektmäßig die Beleuchtungsanlage und erhält dafür eine Gesamtsumme von 280.192 Kronen.

Die weitere Vorgangsweise war nun zweifellos Wasser auf die Mühlen jener konservativen Politiker und Journalisten in Wien, die sich immer wieder öffentlich zu ihrer negativen Ansicht über die „*levantinischen Sitten in Dalmatien*“ bekannten.<sup>685</sup>

Nardelli berichtete nach Wien, dass der Gemeindevorstand den Punkt 3) des Vergleichs annehmen wollte. Es habe darüber aber weder einen Beschluss des Gemeindevorstandes gegeben, noch hätte Kotor die notwendige Genehmigung des Landesausschusses eingeholt, sondern die Gemeinde hätte „*einfach an die Statthalterei berichtet, dass die Finanzierung des Unternehmens zwei (nicht genannte) Finanzinstitute in Cattaro übernehmen würden*“. Die Institute sollten mit der Verwaltung beauftragt werden und die vorgestreckte Summe aus den Erträgen des Gaswerkes abdecken. Eine Genehmigung des Vergleichs durch den Gemeindevorstand würde es nur dann geben, so zitiert Nardelli den Gemeindevorstand, „*wenn der Staat die Zinsengarantie, sowie die Haftung für die Abstattung einer jährlichen Amortisationsquote übernehme und das Unternehmen, solange die Schuld nicht getilgt ist,*

---

<sup>684</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 10.905 (10.11.1909). Erlass des MdI an die Statthalterei.

<sup>685</sup> Vgl. dazu den Disput Bahr – Chlumecky auf Seite 85.

*von jeder Steuerpflicht befreit werde“.*<sup>686</sup> Nach Tilgung der Schulden sollte dann das Gaswerk in die Verwaltung der Stadt übergehen.

Das Ansuchen der Gemeinde wurde von Nardelli befürwortet.

Was nun die „levantinischen Sitten“ betrifft, fällt zwar auf, dass die Gemeinde - nach dem abschlägigen Subventionsbescheid vom November des Vorjahrs - weiterhin ohne Eigenmittel und ohne selbst ein Darlehen aufnehmen zu wollen, eine städtische Beleuchtung erhalten wollte, dazu nun aber auch noch Steuerfreiheit für die Finanziere forderte. Entscheidender (im Sinn der „levantinischen Sitten“) scheint jedoch, dass in dem Vertrag vom 8. August 1910 die Bestimmung enthalten war, dass der Vergleich innerhalb von 40 Tagen anzunehmen wäre, widrigenfalls die italienische Gesellschaft „*von jeder weiteren Haftung entbunden sei und nach ihrem Gefallen alles Erforderliche wegen Erreichung eines, wenn auch viel höheren Schadenersatzes einzuleiten sich vorbehalte“.*<sup>687</sup>

Die 40-Tage-Frist lief am 17. September 1910 ab – und erst genau an diesem Tag schickte Nardelli seinen Bericht nach Wien.

Im Ministerium des Inneren war man schwer verärgert und überlegte sogar, den Bericht einfach zurück zu schicken. Durch das Fristversäumnis wäre „*die Situation der Gemeinde vollständig geändert und wieder sehr ungünstig geworden“* und außerdem könnte man keinen endgültigen Beschluss fassen, ohne die Namen der Finanzinstitute und andere Details zu kennen.<sup>688</sup>

Im Schreiben an Nardelli verlangte das Ministerium „*eine Antwort darüber zu erhalten, ob der Statthalter sich denn gar nicht bemüht hat, der Gemeinde zur Beilegung der Streitigkeiten, welche schon so große Schwierigkeiten verursacht haben, an die Hand zu gehen“.* Es kam zu einer Fristerstreckung und zu neuen Verhandlungen. Mit Erlass vom 17. Jänner 1911 wurden die materiellen Wünsche der Gemeinde nicht bewilligt.<sup>689</sup>

Allerdings wurde der Gemeinde in so fern Hilfe zugesagt, als sich die militärischen und zivilen Behörden in Kotor verpflichten würden, für ihre Gebäude Gas zu

---

<sup>686</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 9598 (21.9.1910). Bericht des Statthalters an MdI.

<sup>687</sup> Ebd.

<sup>688</sup> Ob und wenn ja wie weit Nardelli an diesem Fristversäumnis mitbeteiligt war, geht aus den Akten nicht hervor. Der Hinweis darauf, dass es keine Beschlüsse gab und die Gemeinde nur „*einfach an die Statthalterei berichtet“* hätte, lässt jedoch den Schluss zu, dass Nardelli selbst erst sehr spät vom Gemeindevorstand informiert worden sein dürfte.

<sup>689</sup> Erlass Z. 11.541/M.I.-10. Zit. in HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 9.447 (18.9.1911).

Beleuchtungszwecken von der Gemeinde zu beziehen und dafür eine jährliche Pauschalentschädigung zu zahlen.

Im Verlauf des Jahres 1911 kam es zu einer völlig neuen Wendung. Wenige Wochen vor seiner Pensionierung konnte Nardelli nach Wien melden, dass die „Vereinigte Gaswerke“ AG in Augsburg (mit einer österreichischen Hauptniederlassung in Bozen) ein Offert vorgelegt hätte. Die AG würde in Kotor eine Kohलगasanstalt errichten und alle „*von der Gemeinde gegenüber der venetianischen Unternehmung eingegangenen Verpflichtungen ... übernehmen*“.<sup>690</sup>

Die AG würde nicht nur Gas für die Beleuchtung, sondern auch für Heizungs- und Industriezwecke liefern. Außerdem wäre die AG nach allen eingeholten Informationen vertrauenswürdig und leistungsfähig.

In Wien war man mit dieser Beurteilung einverstanden, nicht jedoch mit dem vorgelegten Vertragsentwurf. Danach hätten sich die Ämter in Kotor zu verpflichten, jährlich 100.000 m<sup>3</sup> Gas zu einem Pauschalpreis von 40.000 Kronen zu beziehen – und zwar so lange, bis damit nicht nur die laufenden Kosten, sondern auch die Amortisation der an die venezianische Gesellschaft zu leistenden Abstandssumme von 210.000 Kronen gedeckt worden wären.

Die Wiener Ablehnung war programmiert: „*Der Antrag der Gesellschaft und der Gemeinde läuft nämlich darauf hinaus, dass die Staatsverwaltung einfach die ganze Verzinsung und Amortisierung des an die italien. Gesellschaft in Venedig zu entrichtenden Ersatzes von 210.000 K. auf sich nehmen und garantieren würde, geht also noch weiter, als die frühere ... 1910 abgelehnte Zumutung der Gemeinde, dass die Staatsverwaltung für die Zinsen und Amortisationszahlungen gutstehe*“.

Der Hinweis des Referenten, dass es auffallend wäre, „*dass der Landesausschuß und der Landtag bisher, wie es scheint, keinen Finger gerührt haben, um der Gemeinde zu Hilfe zu kommen*“, wurde im Schreiben des Ministers an Nardelli höflich umformuliert. „*...dass ja wohl auch die Landesverwaltung, welche, wie es scheint, bisher noch gar nicht um eine Intervention angegangen wurde, in der Lage und sicher geneigt sein dürfte, nach Kräften der bedrängten Gemeinde beizustehen*“.<sup>691</sup>

---

<sup>690</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 9.447 (18.9.1911). Bericht des Statthalters Pr. 347/31 (14.9.1911) an MdI.

<sup>691</sup> Ebd.

Die Aufforderung an den Statthalter, der Gemeinde bei der Lösung der Schwierigkeiten an die Hand zu gehen, betraf bereits Nardellis Nachfolger Attems.

Die weitere Entwicklung lässt sich aus den vorliegenden Akten kurz wie folgt zusammen zu fassen: der Plan mit der Augsburger AG konnte nicht realisiert werden. Am 20. Februar 1913 wurde Kotor durch einen Schiedsspruch verpflichtet, binnen 14 Tagen 60.000 Kronen Schadenersatz an die italienische Gesellschaft zu zahlen. Da Kotor nicht in der Lage war, diesen Betrag aufzubringen, ersuchte die Gemeinde um Staatsmittel. Diese wurden zwar nicht bewilligt, doch konnte das Mitglied des Herrenhauses, Ritter von Vuković (er war bis 1911 Reichsratsabgeordneter) durch persönliche Gespräche in Venedig einen Zahlungsaufschub bis Ende 1913 erreichen.<sup>692</sup>

Es folgte eine Anfechtung des Schiedsspruchs durch Kotor. Im Spätherbst erklärte sich das Finanzministerium zur Zahlung der 60.000 Kronen bereit, wenn davon 30.000 K. das Reichskriegsministerium übernehmen würde.<sup>693</sup> Anfang Dezember erreichte Vuković in einem weiteren Gespräch in Italien die Reduzierung der Summe auf 45.000 K. – wenn die Bezahlung v o r dem Jahresende erfolgen sollte.<sup>694</sup>

Erst am 27. Dezember 1913 konnte der Gemeinderat in Kotor auf Grund der telegraphischen Mitteilung des Finanzministeriums, dass es die 45.000 K. zahlen würde, weil das Reichskriegsministerium eingewilligt hatte, die Hälfte des Betrages zu übernehmen, einen einstimmigen Beschluss zur Annahme des Vergleichs fassen.<sup>695</sup>

Zum Abschluss der „unendlichen Geschichte“ findet sich schließlich im Mai 1914 noch die Mitteilung des Ministeriums für Kultus und Unterricht, dass die Erhebung in den vier Schulen in Kotor, wie viele Lampen dort jeweils benötigt würden und wie hoch der jährliche Gasbedarf sein könnte, abgebrochen worden sei, weil nach Informationen des Ministeriums das dortige Projekt nicht mehr weiter realisiert würde .....<sup>696</sup>

---

<sup>692</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 4586 (18.4.1913). Bericht des Statthalters an MdI.

<sup>693</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 10.395 (3.12.1913). Erlass MdI an Statthaltereie.

<sup>694</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 13.574 (6.12.1913). Bericht des Statthalters an MdI.

<sup>695</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 14.362 (27.12.1913). Bericht des Statthalters an MdI.

<sup>696</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 24 – Z. 5145 (13.5.1914). Stellungnahme Ministerium für Kultus und Unterricht an MdI.

## 7. DER STATTHALTER UND DIE KIRCHEN

Die persönliche Einstellung des Katholiken Nardelli zur Religion ist aus den vorliegenden Quellen nicht eindeutig festzumachen. Aus Formulierungen und Verfügungen in seinem Testament ist allerdings zu vermuten, dass Niko Nardelli ein sehr gläubiger Mensch war.<sup>697</sup> Aus seinen politischen Aktionen und wenigen Korrespondenzstücken lassen sich jedoch durchaus auch einige liberale Tendenzen - eingefügt in einem festen wertkonservativen politischen Rahmen - ableiten.

Auch in Bezug auf die Kirchen stand für Nardelli zunächst das Wohl der Dynastie und des Staates im Vordergrund, wobei aus seiner Sicht das Wohl des Landes überwiegend mit dem Wohl des Gesamtstaates korrelierte. Nardellis Verhältnis sowohl zur Katholischen, als auch zur Serbisch-Orthodoxen Kirche war daher wesentlich vom dynastie - und regierungsfreundlichen Verhalten der handelnden Kirchenvertreter geprägt. Dabei stand allerdings der „staatstragende Faktor“ der katholischen Kirche für ihn außer Frage. Diese Einstellung führte bei Nardelli neben seiner deutlichen Ablehnung antiklerikaler Tendenzen und hier vor allem seinem Kampf gegen seinen „politischen Lieblingsfeind“ Smodlaka, sowie gegen Sozialisten und Anarchisten auf der einen Seite auch zu Auseinandersetzungen mit „serbophilen“ orthodoxen Geistlichen und den Exponenten des Klerikalismus auf der anderen Seite. Den Staatsinteressen in seinen Augen loyal gegenüberstehende Geistliche konnten dagegen auf seine Unterstützung rechnen.

Da die Mehrzahl der Vertreter des Klerikalismus - sowohl im politischen als auch im kirchlichen Bereich - seiner Ansicht nach mehr im Sinne der katholischen Kirche als zum Wohl des Staatsinteresses agierte, stand er dem Klerikalismus ziemlich distanziert gegenüber.

Im Laufe seiner Amtszeit war das „offizielle“ Verhältnis Nardellis zur Katholischen Kirche zweifellos korrekt. Der neue Statthalter war am 28. Jänner 1906 bei seiner Rückkehr aus Wien in Zadar vom Erzbischof empfangen worden.<sup>698</sup> Bei seinen Dienstreisen im Kronland

---

<sup>697</sup> Staatsarchiv Dubrovnik, Testamentsverzeichnis Nr. 166 a 15/2 b Nardelli. Dok.2 Nr. 47/25. S. 1. Das Testament beginnt mit dem Satz: „*Ich übergebe die Rettung meiner Seele dem Allmächtigen Gott und bitte reumütig um die Vergebung meiner Sünden.*“ Im weiteren Verlauf des Testaments verfügte Nardelli (unter Pkt. 8), dass „*nach meinem Tod dreißig heilige Messen für meinen Seelenfrieden*“ gelesen werden sollten, auf Kosten jener, „*die aus meiner Erbschaft profitieren*“. Eine weitere Seelenmesse (Pkt. 9) wünschte er sich in der Kirche von Trsteno.

<sup>698</sup> Smotra Dalmatinska 7/1906 (24.1.1906) S.2.

war bei den Empfängen in den einzelnen Orten selbstverständlich auch die Geistlichkeit aktiv eingebunden.<sup>699</sup>

Im Rahmen des Wirtschaftsprogramms für Dalmatien setzte sich der Statthalter immer wieder für den Neubau und die Renovierung kirchlicher Gebäude ein.<sup>700</sup> Wo er es für gerechtfertigt fand, gab es auch finanzielle Hilfe.

### **Eucharistischer Kongress Dubrovnik 1909**

Beim Versuch, sich gegenüber der katholischen Kirche „besonders korrekt“ zu verhalten, schoss Nardelli nach Ansicht Wiens auch manchmal übers Ziel hinaus und wurde vom Ministerium „zurückgepiffen“: Nardelli hatte geplant, zum Eucharistischen Kongress in Dubrovnik (3.-5. August 1909) einen offiziellen Vertreter mit einer Grußbotschaft zu entsenden und erhielt die Weisung, dass bei der Abhaltung des Kongresses „*von einer behördlichen Stellungnahme im Sinne einer etwaigen Begrüßung oder Entsendung eines Regierungsvertreters seitens der politischen Behörde*“ mit Rücksicht auf den rein internen kirchlichen Zweck dieser Veranstaltung Abstand zu nehmen wäre.<sup>701</sup>

Der Kongress hatte übrigens ein politisches Nachspiel: auf der Rückreise begannen kroatische Priester und katholische Studenten („geschmückt“ mit rot-weiß-blauen Bändern und Schärpen) an Bord des Dampfers im Hafen von Zadar bei der Ausschiffung der dortigen Teilnehmer ein „*gegen die Italiener gerichtetes Hetzlied*“ zu singen:

„*Nije Dalmacija talijanska, već je zemlja hrvatska, van s njima, nećemo ih mi*“: „Dalmatien ist nicht italienisch, sondern ein kroatisches Land, hinaus mit ihnen, wir brauchen (bzw. wollen) sie nicht“.<sup>702</sup>

Es kam zu Tötlichkeiten zwischen Kroaten und Italienern. Ein kroatischer Redakteur, der mit einer Pistole einen Schuss abgegeben hatte, ohne damit allerdings jemanden zu verletzen,

---

<sup>699</sup> Crvena Hrvatska 23/1906 (9.6.1906) S. 3. In einem Bericht über einen Empfang zu Ehren Nardellis bei seinem ersten Besuch als Statthalter in Dubrovnik am 6. 6. 1906 heißt es: „*Bischof Josip Marčelić zelebrierte im Dom eine stille Messe und danach erfolgte im Fürstenhof ein Empfang mit den Herren der Stadtverwaltung, den Stadt- und Bezirksbeamten, den Offizieren, dem Klerus ...*“.

<sup>700</sup> Vgl. HHStA, Nachlass Franz Ferdinand, Kart. 116. Denkschrift: „Stand der Aktion zur Hebung Dalmatiens“ Jänner 1910, Kap. VIII.: Kultusbauten.

<sup>701</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 9450 (17.8.09). Weisung des MdI auf Grund der Stellungnahme Z. 8588/09 des Ministeriums für Kultus und Unterricht

<sup>702</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 9279 (20.8.09). Antrag des Referenten MdI an den Minister des Inneren, das zuständige Ministerium für Kultus über diesen Vorfall zu informieren.

wurde verhaftet. In seinem Bericht nach Wien beklagte Nardelli nachdrücklich „*das provokatorische, mit der priesterlichen Würde nicht vereinbarliche Auftreten der kroatischen Geistlichen*“. Das Innenministerium bestätigte den Statthalterbericht insbesondere im Hinblick auf das „*wirklich demonstrative Auftreten der Kroaten*“ und reichte ihn an das Kultusministerium zur eventuellen „*Einflußnahme auf die in Betracht kommenden bischöflichen Ordinariate*“ weiter.<sup>703</sup>

### **Die Dominikaner und die Insel Lokrum**

Ein Beispiel für aktive Unterstützung einer katholischen Institution lieferte Nardelli bereits im ersten Jahr an der Spitze der Statthalterei. Die Dubrovniker Dominikaner, die sich seit 1891 nach einem Vertrag mit dem kaiserlichen Hof um die Insel Lokrum (Lacroma) zu kümmern hatten, wollten sich von dieser Belastung befreien. Der Wiener Hof war nicht bereit, für die Kosten der Erhaltung Lokrums aufzukommen.

Prior Angelus Maria Miškov bemühte sich daher, ohne Erfolg, um eine bischöfliche Stiftung zur Einrichtung eines „Sanatoriums für alte Priester“ auf der Insel. Ebenso richtete er eine Anfrage an die Gesellschaft vom „Weißen Kreuz“ in Wien, ob es eine Möglichkeit gäbe, in Lokrum ein Sanatorium für „*kranke Offiziere*“ zu errichten. Der Leiter der Statthalterei war von diesen Plänen nicht angetan, es wäre „*für Lokrum nicht schön, als Spital für alte Priester oder ausgediente Offiziere der ganzen Monarchie zu enden*“.<sup>704</sup>

Nardelli versuchte daher in Wien einige Erzherzöge für eine Übernahme von Lokrum zu interessieren, war aber dabei zunächst nicht erfolgreich, weil die Insel für sie entweder zu entlegen war oder weil ihnen „*wie es scheint die Legende Angst machte, dass Lokrum Pech bringe*“. Er hielt es in dieser Situation für das beste, dass die Gemeinde Dubrovnik die Pflege der Insel Lokrum übernehme, damit sie „*nicht in teuflische Hände falle*“.<sup>705</sup>

Das war dann allerdings deshalb nicht notwendig, weil Lokrum in die Hände der Fürstin Elisabeth zu Windisch-Graetz übergang, der Tochter des verstorbenen Kronprinzen Rudolf.<sup>706</sup>

---

<sup>703</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 9279 (20.8.09). Die Verhaftung betraf den Redakteur Angjelinović der Zeitung Hrvatska kruna.

<sup>704</sup> Perić, *Politički portreti*. S. 201.

<sup>705</sup> Perić, *Nardellijeva pisma Peru Čingriji*. S. 176 (Zadar 21.2.1905).

<sup>706</sup> Ebd. S 180 (Zadar 10.5.1905).

Auch dabei mußte Nardelli helfend eingreifen. Auf Grund seiner Intervention hatte es im April 1905 einen Kaufvertrag gegeben. Im Juli wurde Nardelli vom Generaldirektor der Privat- und Familienfonde Emil Freiherr von Chertek neuerlich um Hilfe gebeten: Prior Miškov wollte jetzt „*unter dem Vorwande der mangelnden Genehmigung seitens des Apostolischen Stuhls*“ den Kaufvertrag rückgängig machen.<sup>707</sup>

Nardelli, der Miškov sehr gut kannte, führte daraufhin mit ihm in Zadar ein persönliches Gespräch. Dabei stellte sich heraus, dass nicht der Heilige Stuhl, sondern das Ordenskapitel Einspruch erhoben hatte, weil mit dem Kaufpreis von 10.000 Kronen die Adaptierung eines Gebäudes in Gruž, wohin die Novizen übersiedeln sollten, nicht zu bewerkstelligen war. Nardelli machte Miškov auf die „*unvorteilhafte Rolle*“ aufmerksam, die sein Orden „*einem Mitgliede des A. H. Kaiserhauses gegenüber spielte*“ und intervenierte bei Erzbischof Dvornik. Zugleich wies er aber auch Freiherrn von Chertek darauf hin, dass wohl eine (geringe) „*Erhöhung des Kaufpreises den Widerstand des Ordens beheben würde*“.<sup>708</sup>

Der Kompromiss kam zustande und Fürstin Windisch-Graetz blieb dann während ihrer ganzen Lebenszeit Eigentümerin der Insel.

### **Dubrovnik: Unterstützung für Klerikale und Resolutionisten**

Zum Jahreswechsel 1906/07 stellte sich Nardelli im Vorfeld des sich abzeichnenden Reichsratswahlkampfes in seinem Bericht an den Ministerpräsidenten voll vor den Dubrovniker Domherrn Jozo Crnica.<sup>709</sup>

Da die Resolutionisten rund um Melko Čingrija, den Sohn von Bürgermeister Pero Čingrija, ziemlich sicher sein mußten, dass der ehemalige Pfarrer des sogenannten „Canalital“ im Dubrovniker Wahlkreis (im Hinterland von Ragusavecchia, dem heutigen Cavtat) mit seinem großen Ansehen und Einfluß gegen jede resolutionistische Kandidatur kämpfen würde, hätten

<sup>707</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 12/geh. 1905 (Beilage 20.7.1905). Brief Freiherr von Chertek an Nardelli.

<sup>708</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 12/geh. 1905 (17.9.1905). Brief Nardelli an Freiherrn von Chertek.

<sup>709</sup> Zum Domherrn Crnica finden sich fünf verschiedene Schreibweisen: bei Perić wird er wie zitiert geschrieben, von Nardelli mit „Č“, bei Ministerpräsident Beck findet sich (941 P.L. vom 18.12.1906), abgelegt im Staatsarchiv Zadar, im Anhang zu Geheimakten, 29/geh. 1906 (18.12.1906) der Auftrag, eine Subvention von 4.500 Kronen „*persönlich dem Domherrn Josef Cernizza*“ zu übergeben, dieser selbst bestätigt die Übernahme mit „*Dr. Giuseppe Cernizza*“. Im Nachlass Franz Ferdinand, Karton 144, Denkschriften, findet sich im Zusammenhang mit einem abgesagten Besuch vom Thronfolger im „Canalital“ ein Dokument mit dem Hinweis, dass „*dem Ehrendomherrn Josef Ritter von Cernica 3.500 Kronen für die ärmsten Canalen*“ zu übergeben wären, um damit zu trachten, „*diesen Winter den Hunger zu verhindern*“.

sie damit begonnen, „*denselben in der unwürdigsten Weise zu beschimpfen und als Werkzeug der Wiener Camarilla und als Lakaien der österreichischen Regierung zu proklamieren*“.<sup>710</sup>

Crnica wäre seit mehr als zwei Jahrzehnten ein persönlicher Freund des dalmatinischen Militärkommandanten Feldzeugmeister Marijan von Varešanin und fände es auch jetzt nicht für notwendig, den Verkehr mit seinem alten Freund abubrechen. Nun würden beide gemeinsam angegriffen und ihnen der Vorwurf gemacht, sie wollten eine neue österreichische bzw. anti-ungarische Partei gründen. Damit sollte Crnicas guter Ruf und Einfluß im „Canalital“ beeinträchtigt werden. Er hätte über diesen dalmatinischen Tratsch nicht berichtet, betonte Nardelli, wenn davon nicht bereits im Budapestern „Hirlap“ mit „*vielen Ausschmückungen*“ geschrieben worden wäre, „*höchstwahrscheinlich durch die Vermittlung des berüchtigten Supilo*“.<sup>711</sup>

Der Inhalt dieses Berichtes ist in so ferne bemerkenswert, als Nardelli zuvor den Resolutionisten bei ihrer Auseinandersetzung mit den Klerikalen bei der Genehmigung einer neuen Druckerei in Dubrovnik geholfen hatte.

Bei Ivo Perić wird der von Nardelli oben geschilderte Zustand inhaltlich zwar übereinstimmend, aber aus einem anderen Blickwinkel beschrieben.<sup>712</sup> Die Spannungen wären „*durch einige Priester erzeugt*“ worden, an ihrer Spitze der Kanonikus Jozo Crnica, der Verbindungen zur Wiener Kamarilla hatte, wie auch zu General Varešanin. Als Anhänger des Klerikalismus stellten sich „*diese Priester in den Dienst des Regimes und lehnten sich gegen die Politik des Neuen Kurses auf*“. Als erstes hätten sie die „Crvena Hrvatska“ angegriffen. Diese in Dubrovnik herausgegebene Zeitung stand der Kroatischen Nationalpartei nahe und befürwortete deren Politik.

Die Klerikalen hätten von Pero Čingrija, dem Parteivorsitzenden, verlangt, dass die „Crvena Hrvatska“ keine negativen Artikel über die Kirche und die Priester mehr bringen dürfte. Dem wollte Čingrija allerdings, „*als Anhänger der freien Meinung und des freien Wortes*“ nicht nachkommen. Die Klerikalen beschlossen daher - im Besitz von Dreiviertel der Miteigentümeraktien jener kroatischen Druckerei in Dubrovnik, in der die „Crvena Hrvatska“ gedruckt wurde - in dieser Druckerei die Zeitung nicht mehr drucken zu lassen. Zugleich

---

<sup>710</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 29/geh. 1906 (18.12.1906). Brief Nardelli an den Ministerpräsidenten.

<sup>711</sup> Ebd.

<sup>712</sup> Im folgenden: Perić, *Politički portreti*. S. 201, 202.

gaben die Dubrovniker Gegner des Neuen Kurses eine eigene Zeitung mit dem Namen „Prava Crvena Hrvatska“ heraus.<sup>713</sup>

Niko Nardelli schrieb an Pero Čingrija: *„Seit langer Zeit und bis jetzt sehe ich, dass dort etwas am Sieden ist und dass es zu einem Umbruch kommen wird. Nicht nur ich wünsche, dass dieses Beispiel Dubrovniks keine Nachfolge in der ganzen Provinz finden wird, was großen Schaden anrichten könnte. Selbstverständlich haben wir genug Parteien und Parteichen und politische Programme, um damit unsere politischen Blößen und die persönlichen Leidenschaften zu überdecken. Andererseits sind die Priester und Ordensleute in einigen Wahlkreisen sehr stark! Vielleicht lässt sich die Sache noch ausbügeln, weil ich ernsthaft auch aus ihrem Gesichtspunkt heraus die Organisation einer klerikalen Partei in Dalmatien für völlig überflüssig halte. Ich weiß nicht, wie der dortige Bischof denkt.“*<sup>714</sup>

Nach dem Hinauswurf aus der priesterlichen kroatischen Druckerei in Dubrovnik wurde die „Crvena Hrvatska“ ab der Doppelnummer 9-10/1905 provisorisch in der serbischen Dubrovniker Druckerei A. Pasarić gedruckt. Čingrija bat Nardelli, den Antrag zur Gründung einer neuen Druckerei in Dubrovnik, für die Ivo De Giulli Geldgeber als Miteigentümer zusammenbringen sollte, zu unterstützen. Nardelli teilte ihm mit, dass es schwierig sein würde, die Genehmigung zur Gründung einer Druckerei zu erhalten, weil *„Druckereien in jenen Vollstreckungsbereich fallen, in dem die Regierung besonders vorsichtig ist“*. Es würde schwer sein zu beweisen, dass es einen *„lokalen Bedarf“* für drei Druckereien *„im kleinen Dubrovnik“* gäbe. Er werde sich aber Mühe geben, diesem Antrag nachzukommen, auch wenn man *„leichter eine Konzession für eine Dynamitfabrik als für eine Druckerei ausstellen kann“*.<sup>715</sup> Danach gab Nardelli Čingrija noch genaue Hinweise, wie De Giulli alles begründen und dokumentieren sollte, um die Genehmigung zu erhalten.

Tatsächlich wurde Anfang 1906 die Genehmigung für die neue Druckerei De Giulli u. Co. erteilt.

---

<sup>713</sup> Ivo Perić, Dubrovačka periodika 1848 – 1918 (Dubrovnik 1980) S. 21 – 22.

<sup>714</sup> Staatsarchiv Dubrovnik, HR-DADU-257. Arhiv Čingrija - Dopisivanje. X 7 E 14. Brief von Niko Nardelli an Pero Čingrija (Zara 27.3. 05).

<sup>715</sup> Ivo Perić, Nardellijeva pisma Peru Čingriji. S. 178-179.

## Der Glagolica – Konflikt

Nardelli war erst wenige Tage Leiter der Statthaltereirei, als er von Kultusminister Hartel die „höchstpersönliche“ Information erhielt, dass Papst Leo XIII. gegenüber dem k. u. k. Botschafter bei Heiligen Stuhl bei der Neujahrsaudienz sein Bedauern über die in der Frage der glagolitischen Liturgie in Dalmatien „*herrschende Unsicherheit und Konfusion, die leider auch von machen Bischöfen genährt werde*“ ausgedrückt hätte.<sup>716</sup>

Der Papst hielt es für dringend notwendig, Ordnung zu schaffen, weil diese rein lokale interne kirchliche Angelegenheit zu einem „*nationalpolitischen Agitationsmittel herabgewürdigt worden*“ wäre. So würden Gläubige, die nie einen anderen Ritus als den lateinischen gekannt hatten, als „*Irredentisten verschrieen*“ und andere, die immer schon „*die Glagolica gebrauchten ... als Panslavisten.*“ Der Papst wollte daher den dalmatinischen Bischöfen „*einige recht unangenehme Wahrheiten*“ sagen und sie an die strenge Einhaltung der Weisungen aus Rom erinnern.<sup>717</sup>

Dies war beim Besuch des Bischofs von Kotor, Francesco Uccellini, im November 1904 in Rom offenbar bereits geschehen. Nardelli berichtete im Juli 1905 nach Wien, dass der Bischof in seinem Bereich bisher übliche glagolitische Messen verboten und die - erstaunten - Gläubigen aufgefordert hätte, sie mögen „*sich an den Heiligen Vater wenden*“.<sup>718</sup>

Der schon seit dem 9. Jahrhundert immer wieder aufflammende Konflikt zwischen den „Lateinern“ (den Anhängern der lateinischen Liturgie) und den „Slawen“ (den Vertretern der glagolitischen Tradition bzw. slawischen Liturgie) in Dalmatien war auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht beigelegt<sup>719</sup> und somit ein öffentliches Thema, das auch den Statthalter zu interessieren hatte.

Die „Unsicherheit“ war im Nachhang an die „Pilgerfahrt“ von Bischof Strossmayer nach Rom entstanden, der 1881 Papst Leo XIII. unter Berufung auf dessen Enzyklika „Grande munus“,

<sup>716</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten 1905 (176/K.U.M. 31. 1. 1905). Vertraulicher Brief des Ministers an Nardelli.

<sup>717</sup> Ebd.

<sup>718</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 30 – Z. 4819 (17.7.05). Bericht Nardelli an den Minister für Kultus.

<sup>719</sup> Vgl. dazu Alojz Ivanišević. Die Bemühungen Josip Juraj Strossmayers um die slawische Liturgie aus der Sicht der österreichisch-ungarischen Zentralbehörden und des Vatikans. In: Österreichische Osthefte 37 (Wien 1995). S. 423-445. Hier S. 428.

Papst Johannes VIII. hatte 879, nachdem Method den muttersprachlichen Ritus in Rom verteidigt hatte, den Slawen die slawische Liturgie erlaubt. Nach Verboten (Johannes X., Gregor VII.) und der Wiederanerkennung (Innozenz IV., Urban VIII.) der altslawischen Liturgie hatte diese in Teilen Dalmatiens (in den Diözesen Zadar und Split) eine Verbreitung von etwa 40 Prozent. Im Jahr 1894 hatte Zadar 59 lateinische und 41 glagolitische Pfarren, Split 78 lateinische und 59 glagolitische (HHStA, Politische Akten - PA – Kart. 261 F 356 – 364).

in der Strossmayer eine positive Haltung des Vatikan zur slawischen Liturgie zu erkennen glaubte, um die Einführung der slawischen Liturgie in jenen Ländern ersuchte, „*wo es eine ungebrochene glagolitische Tradition seit Kyrill und Method gab.*“ Strossmayer war nicht erfolgreich. Auf Druck von Wien und Budapest – aus Angst vor der Pflege nationalistischer Tendenzen - wurden slawische Gottesdienste 1882 verboten.<sup>720</sup>

Für die dalmatinischen Diözesen Zadar und Split (sowie für Krk) kam dann 1894 eine eigene Regelung für den Gebrauch der altslawischen – nicht der modernen kroatischen - Sprache in der Liturgie heraus, wobei diese nur in jenen Pfarren gestattet wurde, in denen in den letzten 30 Jahren durchgehend die altslawische Sprache in Gebrauch war.<sup>721</sup>

Die Regelung wurde in einem „Sendschreiben“ der Ritenkongregation 1898<sup>722</sup> verschärft und in einer weiteren Entscheidung der Riten-Kongregation im Dezember 1906 bekräftigt. Die Meinungen dazu im Land waren ziemlich geteilt, Beweise pro und contra „ununterbrochener Gebrauch der Glagolica“ waren schwer zu erbringen. In einer vertraulichen Information an Nardelli über eine Bischofszusammenkunft in Zadar im Sommer 1910 vertrat Kultusminister Stürgkh die Ansicht, es würde „*bei der Feststellung jener Orte, die Anspruch auf das erwähnte Privileg haben, noch manche Kontroversen geben*“.<sup>723</sup>

Dass in einigen Pfarren das Altslawische erlaubt war und in anderen nicht, war für viele Kirchenbesucher – und wohl auch Pfarrer - nicht einsichtig. Außerdem fanden sich im Sendschreiben von 1898 zwei Bestimmungen, die in bestimmten Fällen die slawische Sprache gestatteten und damit für weitere Verwirrung sorgten.<sup>724</sup>

---

<sup>720</sup> Ivanišević, Strossmayer. S. 426.

<sup>721</sup> Ebd.S. 440. Resolution der Ritenkongregation vom 13.2.1892 (veröffentlicht erst 1894). U. a. mit dem Verbot, eine Messfeier teilweise in lateinischer und teilweise in slawischer Sprache zu halten. Grundsätzlich war Latein die Kirchensprache und traditionell lateinische Pfarren durften die slawische Sprache nicht neu einführen.

<sup>722</sup> HHStA, Politische Akten - PA – Kart. 262, Liasse Rom V/7, Schreiben des Botschafters im Vatikan an den Minister für Kultus (3.9.1898). Im Sendschreiben der Ritenkongregation vom 5. 8. 1898 werden die Bischöfe der Diözesen Görz, Zadar und Zagreb aufgefordert, Listen jener Pfarren zu erstellen, in denen schon seit 30 Jahren die glagolitische Liturgie in Gebrauch wäre. Für alle anderen Pfarren gäbe es ein strenges Verbot.

<sup>723</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten 43/geh. 1910 (7.7.1910) ad. 1866/K.U.M. - streng vertraulich - (25.6.1910). Laut Stürgkh wäre in Wien dem Nuntius Mgr. Granito Pignatelli di Belmonte eine (angebliche) Äußerung in den Mund gelegt worden, wonach es in der Erzdiözese Zadar keine einzige Ortschaft gäbe, die einen 30-jährigen ununterbrochenen Gebrauch der altslawischen Liturgie beweisen könnte und daher in Zadar „*nur die lateinische Liturgie in Kraft bliebe*“.

<sup>724</sup> HHStA, Politische Akten - PA – Kart. 262, Liasse Rom V/7, Schreiben des Botschafters im Vatikan an den Minister für Kultus (3.9.1898). Im Punkt X des „Sendschreibens“ wurde das slawische Singen erlaubt, aber nur in „*Altslawischer Sprache*“. Und in Punkt XII steht, bei der Predigt und „*nicht stricthen liturgischen Cultushandlungen*“ dürfe die „*slawische Vulgärsprache gebraucht werden*“.

Am Beispiel der Pfarre Sućuraj (San Giorgio) an der äußersten Ostspitze von Hvar (Lesina) und dem dortigen Konflikt um den Gebrauch der modernen kroatischen Sprache zeigte sich, dass bei dieser „kircheninternen Angelegenheit“ der Statthalter sogar auf zwei Ebenen eingreifen mußte: einmal mit der Anordnung von Gendarmerieeinsatz und dann auch noch bei einer Interpellation durch Abgeordnete im dalmatinischen Sabor.

In Sućuraj hatte der Bischof von Hvar 1905 die „*angeblich seit neun Jahren eingebürgerte Gewohnheit*“, das Hochamt in serbo-kroatischer Sprache mitzusingen, mit Hinweis auf den Heiligen Stuhl verboten. Der Pfarrer und die Gemeinde hielten sich nicht an das Verbot und bei der Firmung 1910 kam es zum Eklat. Der Bischof hatte bereits im Vorfeld einer Deputation von Ortsvertretern gegenüber auf der ausschließlichen Verwendung der lateinischen Sprache bestanden. Die Folge davon war, dass „*der größte Teil der Pfarrlinge außerhalb der Kirche in demonstrativer Weise*“ verblieb und auch kein einziges Kind zur Firmung gebracht wurde.<sup>725</sup>

Die politischen Behörden waren im Voraus informiert und griffen „vorbeugend“ ein: angesichts der aufgeheizten Stimmung war rechtzeitig bei der Abreise des Bischofs „*die Gendarmerie schlagfertig an Ort und Stelle, und es kann nicht als ausgeschlossen gelten, dass beim Mangel dieser Maßregel die stattgefundenene passive Demonstration einen ... positiven Charakter angenommen hätte.*“<sup>726</sup>

In Sućuraj gab es in der Folge kein Hochamt mehr. Es konnte – oder wollte – auch niemand „lateinisch ministrieren“. Ende Juli fand eine – von der Behörde nach Rücksprache mit dem Bischof nicht verbotene - öffentliche Gemeindeversammlung (in Anwesenheit eines Regierungskommissärs) statt. Dabei wurde in einer Resolution der Ortsbewohner die Rücknahme des Verbotes des Messgesanges in kroatischer Sprache verlangt, weil „*in mehreren Orten unserer kroatischen Heimat ein so gearteter Gottesdienst versehen wird.*“

Im Bericht betonte der Statthalter, dass er sich in dieser Angelegenheit auf die Wahrung der Öffentlichen Ordnung zu beschränken hätte. „*In meritorischer Hinsicht*“ wäre das Verbot allerdings ein Novum, weil in anderen Diözesen „*ein serbo-kroatischer Gesang beim Hochamt seit Menschengedenken ganz anstandslos geübt wird*“. Das Verbot stünde wohl im

---

<sup>725</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 33 – Z. 8939 (1.9.10). Bericht des Statthalters an den Innenminister.

In dem Bericht wird der Name des Bischofs nicht genannt. Nach [www.catholic-hierarchy.org/diocese](http://www.catholic-hierarchy.org/diocese) war Jordan Zaninović von 1903 bis 1917 Bischof der mit Brač und Vis zusammengelegten Diözese Hvar. (Tag des Zugriffs: 10.11.2009).

<sup>726</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 33 – Z. 8939 (1.9.10). Bericht der Statthalterei an MdI.

Zusammenhang mit den „mit der glagolitischen Liturgie möglichst aufräumenden Entscheidungen“ des Heiligen Stuhls, der „in jeder slavischen Kirchenübung nur einen Ansatz zur Einführung der Glagolica sehen dürfte“.<sup>727</sup>

Soweit der ziemlich deutliche und politische „Befund“ aus Zadar.

Im Oktober brachte der Abgeordnete des Wahlbezirks, Dr. Tresić-Pavišić, im Landtag eine Interpellation ein: Nach der Verfolgung der Glagolica („das tausendjährige Recht der ganzen kroatischen Nation“) – käme es nun auch zu einer Verfolgung der religiösen Gesänge und Gebete in kroatischer Sprache, die „im Laufe der Jahrhunderte ebenfalls zu einem Rechte des kroatischen Volkes“ geworden wären. Die Einwohner von Sućuraj (San Giorgio) würden nun im Gegensatz zu jenem aristokratischen Standpunkt, der meinte „dass Gott nicht gut kroatisch verstehe“ auf einem Hügel beten („nach der Gepflogenheit unserer slavischen Vorahnen“) und zwar in der Sprache, die sie verstehen.

Da sich Staat und Kirche in dieser Monarchie – bekanntermaßen – gegenseitig unterstützten, sollte die Regierung einschreiten und dem Volk das Recht des kroatischen Kirchengesanges „wieder zurückgeben“, forderte Tresić-Pavišić.<sup>728</sup>

Nardelli reagierte kühl: der Gebrauch der kroatischen Sprache beim Messgesang wäre „eine rein kirchliche Angelegenheit“ und entziehe sich „der Ingerenz der Regierung“.<sup>729</sup> Vom Kultusministerium erhielt der Statthalter in dieser Angelegenheit volle Rückendeckung.<sup>730</sup>

Knapp vor dem Ende seiner Amtszeit konnte Nardelli nach Wien melden, dass die Agitationen nach den Gemeinde- und Reichsratswahlen aufgehört hätten, dass in der Zwischenzeit nur ein einziger Einwohner der Gemeinde aus der Katholischen Kirche ausgetreten wäre und dass Erzbischof Pulić im kommenden Jahr in Rom versuchen würde, dass „San Giorgio der kroatische Messgesang beim Hochamte zugestanden werde.“<sup>731</sup>

Zwei kurze weitere Beispiele zeigen Nardellis pragmatische Vorgangsweise bei öffentlichen Manifestationen kirchlicher Fragen.

---

<sup>727</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 33 – Z. 8939 (1.9.10). Bericht der Statthalterei an MdI.

<sup>728</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 10451 (11.10.1910). Bericht der Statthalterei über die Interpellation an das Ministerium des Inneren (mit Abschrift an Ministerium für Kultus und Unterricht Z 1491/26 Pr.).

<sup>729</sup> Ebd.

<sup>730</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 10917 (25.10.1910). Erlass MdI an Statthalterei nach Zustimmung durch M.f.K.u.U. (10.080 MI. ex 1910).

<sup>731</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 33 – Z. 9635 (23.9.1911). Bericht der Statthalterei an M.f.K.u.U.

Im Vorfeld der von kroatischen Studenten geplanten Kyrill und Method - Feiern am 5. Juli 1910 in Split erhielt Nardelli vertrauliche Informationen, dass dort ein Protest der Splitter Jugend gegen die Haltung Roms in der Frage der altslawischen Kirchensprache und zugleich auch gegen die „Lateiner“ in der Diözese organisiert werden sollte. Damit würden die beteiligten kroatischen Vereine – in den Augen der Bezirkshauptmannschaft – gegen den in ihren Statuten festgelegten nicht-politischen Charakter verstoßen. Nardelli war dennoch gegen ein Verbot der Feiern, ließ jedoch die Veranstalter wissen, dass „*alle klamorosen Demonstrationen mit aller Entschiedenheit unterdrückt*“ würden.<sup>732</sup> Die Entscheidung war richtig, der Statthalter konnte nach Wien melden, dass es bei der Veranstaltung keinen Zwischenfall gegeben hätte.<sup>733</sup>

In einem anderen Fall hatte Nardelli allerdings schon vor der Veranstaltung eingegriffen: im Mai 1910 hatte er einen öffentlichen Vortrag des italienischen Abgeordneten Podrecca, „*der auch Redakteur des bekannten antiklerikalen Witzblattes ‚l Asino‘ sein soll*“, verbieten lassen. Um Auslassungen gegen bestimmte Gesellschaftsklassen oder die Geistlichkeit zu verhindern, hätte Podrecca der Bezirkshauptmannschaft vorher seinen Redetext vorlegen sollen – was dieser allerdings nicht tat, weil er eine freie Rede halten wollte. Das Verbot wurde auch damit begründet, dass die „Klerikale Partei“ zu der Veranstaltung einen Kontra-Redner schicken wollte und damit Auseinandersetzungen programmiert waren. „*Einomite aus sozialistischen Kreisen*“ durfte dann allerdings eine geschlossene Veranstaltung mit dem Redner durchführen – ohne Störung der Ruhe und Ordnung.<sup>734</sup>

### **Nardellis Rolle bei der Absetzung von Erzbischof Dvornik**

Beim Jahre lang dauernden Kampf um den Rücktritt des psychisch erkrankten Erzbischofs von Zadar, Mate Dujam Dvornik und vor allem in der Frage seiner Nachfolge kam dem Statthalter eine durchaus entscheidende Rolle zu. Dabei bewies Nardelli seine außerordentliche Fähigkeit, seine Ansichten mit taktischem und diplomatischem Geschick nicht nur vorzutragen, sondern auch sachlich zu untermauern und mit Hartnäckigkeit zu

---

<sup>732</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 6814 (4.7.1910). Bericht Nardelli an den Minister des Inneren.

<sup>733</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 8451 (17.8.1910). Bericht Statthalterei an MdI.

<sup>734</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 7855 (30.7.1910). Bericht der Statthalterei an MdI.

verfolgen. Zugleich zeigte sich auch seine profunde Kenntnis der Verhältnisse im Land und der involvierten Persönlichkeiten.

Dvornik war 1901 zum Erzbischof von Zadar ernannt worden. Eine Bemerkung in einem Nardelli-Bericht über die Resolution von Rijeka 1905 gibt Grund zu Annahme, dass schon der damalige Leiter der Statthalterei nicht eben große Wertschätzung für den Erzbischof übrig hatte.<sup>735</sup>

Im November 1906 gab es – vor dem Beginn einer psychischen Erkrankung des Erzbischofs – das letzte persönliche Zusammentreffen von Nardelli und Dvornik, ehe das jahrelange Tauziehen um die Neubesetzung des Bischofstuhls begann.

Schon am 26. Februar 1907 informierte Nardelli Wien in einem ersten Bericht über die Erkrankung des Erzbischofs. Nachdem die erhoffte Genesung von dem Leiden nicht eingetreten war und sich dadurch die Situation innerhalb der Erzdiözese zugespitzt hatte, fand der Statthalter in einem vertraulichen Schreiben an den Minister für Kultus und Unterricht im Juli 1908 klare Worte: bei Erzbischof Dvornik wären „*seine geistigen Kräfte in merkbarer Abnahme begriffen*“. Namentlich der Bischof von Dubrovnik, Dr. Marčelić, hielte den Geisteszustand des Erzbischofs „*nicht mehr für ganz normal*“.<sup>736</sup>

Auch diese zunächst rein kirchliche Angelegenheit hätte in Dalmatien bereits eine politische Dimension erhalten, betonte Nardelli. In der Bevölkerung gäbe es zwei Lager: die Kroaten stünden hinter Bischof Dvornik, die Italiener würden Weihbischof Borzatti bereits als prädestinierten Nachfolger verehren und zwischen den beiden Würdenträgern gäbe es laut „*Sakristeitratsch*“ bereits „*manche pikante Geschichten von kleinlichen Konflikten*“.

Auch mit den Jesuiten wäre Dvornik in einem Dauerkonflikt, so daß diese bereits beabsichtigten, „*ihre hierländige Niederlassung ganz aufzugeben*“.

Dazu könnten nun auch finanzielle Probleme treten, weil Dvornik einen Zubau zum Knabenseminar plane und diesen nach einem Einspruch des Metropolitankapitels aus dem erzbischöflichen Privatvermögen finanzieren wollte. Diese Möglichkeit wurde von Nardelli in

---

<sup>735</sup> Vgl. Bericht Nardellis zur Resolution von Fiume (Rijeka). S. 108.

<sup>736</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 69/geh. 1908 (20.7. 1908). Nardelli – Bericht an den Minister für Kultus.

Zweifel gezogen, weil ihm „von vertraulicher Seite mitgeteilt wurde, dass der Erzbischof nicht nur keinerlei Privatvermögen, sondern im Gegenteile sogar Schulden haben soll“.<sup>737</sup>

Obwohl auch in Rom die Stellung Dvorniks nicht unumstritten wäre, weil er sich in der Frage der Glagolica in offenem Widerspruch zu den Wünschen der päpstliche Kurie befände, wäre es aber nach Nardellis Einschätzung noch zu früh für ein Einschreiten der staatlichen Stellen.

Im November 1908 wurde Nardelli vom Minister informiert, dass auch vom Heiligen Stuhl „auf eine Sanierung der in Betracht kommenden Verhältnisse Wert gelegt“ würde. Der Statthalter wurde um seine Einschätzung im Hinblick auf eine mögliche Pensionierung Dvorniks oder zumindest die Einsetzung eines apostolischen Administrators ersucht.<sup>738</sup>

In seiner Stellungnahme am Jahresende 1908 teilte Nardelli mit, dass sich seit dem Sommer weder im Zustand Dvorniks noch an der politischen Dimension der Angelegenheit wesentliches geändert hätte. Der päpstliche Nuntius in Wien hätte sich in der Zwischenzeit jedoch gegenüber Domherren aus Dubrovnik nicht sehr diplomatisch verhalten und von einer „Wunde“ gesprochen, die rasch saniert werden müsste. Nardelli riet daher zu besonderer Vorsicht und meinte, „dass es staatlicherseits nicht angezeigt wäre, dass in dieser heiklen Angelegenheit die Regierung für die päpstliche Kurie die Kastanien aus dem Feuer holte, dass es vielmehr ihr überlassen bleiben müsste, den ersten Schritt zu tun“.<sup>739</sup>

Zur weiteren Vorgangsweise betonte Nardelli, er wäre „unbedingt“ für eine Übernahme Dvorniks in den Ruhestand und eine sofortige Neubesetzung. Ein Administrator würde seiner Ansicht nach nicht genügend Autorität in der Bevölkerung genießen und voraussichtlich mit dem Erzbischof, der „eine solche Maßregel nie billigen würde“, in Konflikte bringen.

Außerdem gäbe es bei jedem der beiden für eine derartige Position in Frage kommenden Weihbischöfen von Zadar und Split - „zwar gute Priester und ausgezeichnete österreichische Staatsbürger“ – ein entscheidendes Manko: Borzatti (Zadar) könnte nur mangelhaft kroatisch und Palunko (Split) wäre zu alt. Dazu käme – betonte Nardelli ganz im Sinn des zentralistischen „divide et impera“ - dass beide in ihre derzeitigen Positionen „hinter dem Rücken der Regierung“ und ohne deren Vorausinformation gelangt wären und es daher politisch nicht opportun erschiene, „den höheren Klerus hierzulande in der Meinung zu

<sup>737</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 69/geh. 1908 (20.7. 1908). Nardelli – Bericht an den Minister für Kultus.

<sup>738</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 69/geh. 1908: ad. 2164/K.U.M. ex 1908 – streng vertraulich (1.11.1908). Schreiben des Ministers an Nardelli.

<sup>739</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 146/geh. 1908 (31.12.1908). Bericht des Statthalters an den Minister für Kultus.

*bestärken, dass bei Erlangung kirchlicher, vom Staate dotierter Ämter die staatliche Autorität eigentlich sehr wenig bedeute.“*

Mit einer sofortigen Neubesetzung des erzbischöflichen Stuhls könnte man Agitationen und Intrigen den Boden entziehen. Allerdings bestünde das Problem, dass sich Erzbischof Dvornik an seine hohe Würde fest anklammerte.

Als mögliche Nachfolger nannte der Statthalter den Bischof von Dubrovnik, Dr. Josef Marčelić und den Bischof von Šibenik, Dr. Vinzenz (Vinko) Pulišić – jeweils versehen mit ausführlichen Lebensläufen. Beide wären für den überwiegenden Teil der Bevölkerung akzeptabel. Auch für den Fall, dass einer der beiden Bischöfe Erzbischof werden sollte, nannte Nardelli Nachfolgekandidaten für deren jeweilige Diözese. Bei einem der von ihm dafür Vorgesprochenen, der schon *„wiederholt als Bischofskandidat abgelehnt“* worden war, verwies er ausdrücklich darauf, dass dieser in Rom als *„uomo del Governo“* – als Regierungsmann – *„verleumdet“* worden wäre.<sup>740</sup>

Abschließend konnte sich Nardelli eines Seitenhiebes auf die päpstliche Kurie in Rom und auch auf die Nuntiatur in Wien nicht enthalten: beide würden ihre Informationen nicht immer aus lauterer Quellen erhalten, weil in beiden Städten *„etliche Geistliche dalmatinischer Herkunft leben, denen aus mancherlei Gründen der Boden in der Heimat zu heiß geworden und deren Mitteilungen wohl wenig Vertrauen verdienen würden“*.<sup>741</sup>

Erst Anfang Jänner 1910 bekam der Statthalter vom Ministerium für Kultus und Unterricht in dieser Angelegenheit wieder Post: der Heilige Stuhl wollte einen kanonischen Prozess gegen den Erzbischof vermeiden und die *„Sanierung der Verhältnisse der Erzdiözese Zara“* durch die Belassung von Erzbischof Dvornik bei gleichzeitiger Bestellung von Bischof Nakić aus Split als apostolischen Administrator herbeiführen.<sup>742</sup>

Damit würde das Ziel nicht erreicht, erklärte Nardelli in seiner Stellungnahme. Konflikte wären programmiert, schon die Abnahme der Jurisdiktion würde bei Dvornik auf *„bedeutende Schwierigkeiten“* stoßen, er würde eine Abgrenzung der Befugnisse nicht respektieren und die Missstände könnte noch viele Jahre dauern, weil Dvornik noch

---

<sup>740</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 146/geh. 1908 (31.12.1908). Nardelli hob hervor, der genannte Dr. Anton Gjiwoje, Rektor des theologischen Zentralseminars in Zadar, wäre seiner politischen Gesinnung nach gemäßigter Kroat und ein treuer Untertan seiner Majestät *„und sonst nichts“*.

<sup>741</sup> Ebd.

<sup>742</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 1/geh. 1910 (10.1.1910) ad Erlass 3697/K.U.M. ex 09 (2.1.1910).

verhältnismäßig jung wäre – was nicht nur den kirchlichen, sondern auch „den staatlichen Interessen höchst abträglich wäre“. Es wäre wohl angezeigter, momentane Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen und den leidvollen Zustand sofort zu beenden.

Sollte dennoch ein Administrator bestellt werden, so könnte Bischof Nakić „im hohen Greisenalter“ und von einem schweren Nierenleiden geplagt dafür nicht in Betracht kommen, betonte Nardelli. Die sehr prononcierte Haltung von Bischof Nakić in der Frage der glagolitischen Kirchensprache wäre „vielleicht den Italienern sympathisch“, von den Kroaten würde er dafür aber angefeindet und gegenüber der Regierung hätte sich Nakić oft als wenig konzilient erwiesen. Die Eignung der Bischöfe Borzatti und Palunko als Administratoren hatte Nardelli schon ein Jahr zuvor in Abrede gestellt, wobei er jetzt bei Palunko noch die Formulierungen: „... ein Protektionskind des Erzbischofs Stadler und der Jesuiten“ und „... verhältnismäßig mindere Vorbildung...“ nachsetzte.

Weihbischof Dr. Giorgio Carić von Makarska<sup>743</sup> schließlich wäre zuletzt - so Nardelli - zu impulsiv und taktlos gewesen und der zweifellos geeignete Bischof Dr. Marčelić aus Dubrovnik würde voraussichtlich die gleichzeitige Leitung der räumlich weit auseinanderliegenden Diözesen Zadar und Dubrovnik nicht annehmen.

Der Statthalter ließ nicht locker: es sollte daher der Bischof von Šibenik Dr. Vinzenz Pulišić zum Administrator „cum iure successionis“ bestellt werden, schrieb Nardelli. Er würde jedoch nochmals darauf drängen, Erzbischof Dvornik den Rücktritt in einer den kanonischen Vorschriften entsprechenden Form nahezulegen.<sup>744</sup>

Und ergänzend berichtete Nardelli, daß der Provikar der Erzdiözese Zadar und Dvornik-Vertrauensmann Angelus Piasevoli ihn vor wenigen Tagen aufgesucht, in einem persönlichen Gespräch den Zustand des Erzbischofs bestätigt und gebeten hätte, für den Fall einer Enthebung dies dem Erzbischof in möglichst schonender Form mitzuteilen, weil er sonst eine Katastrophe befürchtete.<sup>745</sup>

Gegen eine von Minister Stürgkh wenige Tage später überlegte „taktische Variante“, dem Vatikan - sollte man dort auf Bischof Nakić besonderen Wert legen - vorzuschlagen, Nakić

---

<sup>743</sup> Vgl. [www.catholic-hierarchy.org/diocese](http://www.catholic-hierarchy.org/diocese) Giorgio Carić war zu dieser Zeit Weihbischof der Diözese Split-Makarska und vom 8.6. 1918 bis zu seinem Tod am 17. 5. 1921 Bischof der Diözese Split-Makarska. (Tag des Zugriffs: 10.11.2009).

<sup>744</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 1/geh. 1910 (10.1.1910) ad Erlass 3697/K.U.M. ex 09 (2.1.1910). Schreiben Nardelli an den Minister für Kultus.

<sup>745</sup> Ebd.

lediglich mit der Administration der Kirchenprovinz zu betrauen und die Administration der Diözese Zadar selbst an „*eine andere Person*“ zu übertragen, hatte Nardelli „*kein besonderes Bedenken*“.<sup>746</sup>

Am 8. Februar 1910 konnte Statthalter Nardelli dem Minister die Bestellung des Bischofs von Šibenik, Monsignore Dr. Vinzenz Pulišić zum „*Apostolischen Administrator der Erzdiözese Zara in spiritualibus*“ berichten. Es war dies allerdings nur ein „Etappensieg“. Denn nicht zuletzt auf Grund der vorangegangenen Berichte Nardellis stellte Minister Stürgkh klar, daß die von Pulišić geplante Ernennung von Bischof Borzatti zum Generalvikar des Apostolischen Administrators unter den gegebenen Verhältnissen von der Wiener Regierung nicht akzeptiert würde.<sup>747</sup>

Zugleich wurde – ganz im Sinne Nardellis – der Heilige Stuhl über das Außenministerium davon in Kenntnis gesetzt, dass den Verhältnissen in Zadar „*zweifelloos die definitive Amovierung*“<sup>748</sup> Monsignore Dvornik's am besten entsprechen würde.“ Allerdings ohne kanonischen Prozess oder Disziplinarverfahren. Stürgkh ersuchte daher Nardelli um persönliche Verhandlungen mit dem Erzbischof, wobei er diesen darauf hinweisen konnte, dass eine unverzügliche Resignation auch den Intentionen des Kaisers entspräche. Bei „*Fortsetzung seines Widerstandes*“ müsste Dvornik aber mit materiellen Einbußen rechnen, dem Verlust seiner Personalzulage und der Dienstwohnung. Eine „freiwillige Pensionierung“ brächte ihm dagegen einen jährlichen Ruhegenuss von 16.000 Kronen. Der Minister stellte es dem Statthalter frei, dem „*unbeugsamen Ernste*“ seiner Bemühungen sowohl gegenüber der Umgebung des Erzbischofs als auch „*durch entsprechende berichtigende Informationen der dalmatinischen Presse*“ Nachdruck zu verleihen.<sup>749</sup>

Dvornik blieb zunächst „stur“. Er reiste am selben Tag nach Wien ab, an dem der neue Administrator in Zadar eintraf. Pulišić bewies dagegen sofort, dass der Statthalter ihn richtig eingeschätzt hatte. Nach einer „*hinter den Kulissen gespielten Komödie*“, wie Nardelli es

---

<sup>746</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 3/geh. 1910 (21.1.1910). Antwort Nardelli auf das Ministerschreiben 174 / K.U.M. – streng vertraulich (16.1.1910).

<sup>747</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 9/geh. 1910 (8.3.1910). Schreiben Nardelli an den Minister für Kultus - ad 331 / K.U.M. (12.2.1910).

<sup>748</sup> Klara Hechtenberg, Fremdwörterbuch des siebzehnten Jahrhunderts (Berlin 1904). S. 14. Internetausgabe auf [www.archive.org](http://www.archive.org) amovieren = entfernen, abziehen. (Tag des Zugriffs: 10.11.2009).

<sup>749</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 9/geh. 1910 (8.3.1910). Schreiben Nardelli an den Minister für Kultus - ad 331 / K.U.M. (12.2.1910).

bezeichnete, setzte Pulišić den bisherigen Domherrn Angelus Piasevoli zum Generalvikar der Metropolitandiözese ein.<sup>750</sup>

Nardelli berichtete, dass auch einflussreiche kroatische Kreise bereits eingesehen hätten, daß Dvornik nicht mehr in der Lage war, die Metropolitandiözese zu leiten. Die Personen in der Umgebung des Erzbischofs und er selbst versuchten jedoch weiterhin, aus einer Suspendierung des kroatisch gesinnten Dvornik eine politische Frage zu machen und ihn wegen seiner Haltung in der Frage der Glagolica als Opfer der römischen Kurie hinzustellen.<sup>751</sup> Jedenfalls wurde Dvorniks Antrag, ihm Bischof Borzatti als Koadjutor beizugeben, vom Heiligen Stuhl abgewiesen.

In Wien wurde der Erzbischof vom zuständigen Kultusminister Stürgkh empfangen und vor die Wahl eines freiwilligen Abganges in Ehren oder einer Amtsenthebung in Ungnade und mit schweren materiellen Einbußen gestellt. Und schließlich wurde Dvornik in einer Audienz vom Kaiser persönlich und unmissverständlich darauf hingewiesen, dass seine Resignation erwartet würde.

Ohne darüber aber – wie ihm aufgetragen worden war – mit Minister Stürgkh nochmals zu sprechen, war der Erzbischof wieder aus Wien nach Zadar zurückgereist.<sup>752</sup>

Das war dem Minister nun zu viel: er ersuchte Nardelli, unter Beiziehung des Landessanitätsreferenten ein staatsärztliches Gutachten - natürlich mit allen „*gebotenen Rücksichten*“ - erstellen zu lassen, aus dem ersichtlich sein sollte, ob Dvornik physisch und psychisch noch in der Lage wäre, die dalmatinische Kirchenprovinz zu führen. Es müsste dies ein „*gegen jede Anfechtung geschütztes Elaborat*“ sein, um sowohl gegenüber dem Heiligen Stuhl als auch gegenüber der öffentlichen Presse verwendet werden zu können.

Dem Statthalter wurde auch freigestellt, dem Erzbischof unverzüglich die jährliche Zusatzdotations von 4.800 Kronen entziehen zu lassen. Dem Vatikan wollte der Minister

---

<sup>750</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 9/geh. 1910 (8.3.1910). Schreiben Nardelli an den Minister für Kultus - ad 331 / K.U.M. (12.2.1910). Laut Nardelli hatte Pulišić die Überzeugung gewonnen, dass die Bestellung des italienisch gesinnten Bischofs Borzatti zum Generalvikar in kroatischen Kreisen auf schärfste Missbilligung gestoßen wäre und nicht zuletzt auch deshalb von der Wiener Regierung abgelehnt wurde. Um ihn aber durch eine Übergehung seiner Person nicht zu verletzen, hatte Pulišić mit Borzatti vertraulich vereinbart, dass er ihm die Funktion des Generalvikars anbieten würde, Borzatti die Berufung aber „dankend ablehnen“ werde. Der tatsächliche Ablauf der Bestellung entsprach dann exakt dieser „Vereinbarung“.

<sup>751</sup> Ebd. Die Triester Zeitung Il Piccolo hatte unter Bezug auf offiziöse Quellen in Rom laut Nardelli „*in unglaublich ungeschickter und taktloser Weise die Suspendierung Dvorniks als eine politische, gegen das Kroatentum in Dalmatien gerichtete Maßregel des Papstes dargestellt*“.

<sup>752</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 9/geh. 1910 (8.3.1910) ad 597 / K.U.M. (12.3.1910).

vorschlagen, statt eines Verfahrens gegen Dvornik diesen ohne große öffentliche Auseinandersetzungen auf ein Titular-Erzbistum zu versetzen.<sup>753</sup>

Wenige Tage später benachrichtigte der Minister den Statthalter von einer vertraulichen Besprechung in Wien, in welcher er die dalmatinischen Reichsratsabgeordneten Ivčević, Vuković und Biankini über die Hintergründe informiert hatte. Die Abgeordneten hätten ihm dabei zugesichert, auf die öffentliche Meinung in Dalmatien persönlich und durch die Presse *„aufklärend und beruhigend zu wirken“*.<sup>754</sup> Es läge im Ermessen Nardellis, auf die Abgeordneten weiterhin einzuwirken und im Land selbst eine publizistische Gegenströmung zu tendenziösen Berichten zu erzeugen.

Nardelli trat in direkte Verhandlungen mit dem Erzbischof ein. Die Vorbereitung der vom Minister gewünschten amtsärztlichen Untersuchung des Geisteszustandes von Dvornik zögerte er allerdings hinaus – mit guten Gründen, die er aber erst einige Wochen später in einem Schreiben nach Wien darlegte.<sup>755</sup> Denn sowohl ein kanonischer Prozess als auch *„die Produzierung einer unanfechtbaren staatsärztlichen Erklärung, daß das geistige Vermögen des Bischofs so gelitten habe, daß er nicht mehr imstande sei, die mit dieser hohen Würde verbundenen Funktionen auszuüben“*, hätte zu weitreichenden politischen Komplikationen im Land geführt.

Nardelli hatte die Information erhalten, dass sich Dvornik im Hinblick auf die ja auch ihm selbst nicht unbekanntenen Vorwürfe gegen ihn von einem Spezialisten in Wien hatte untersuchen lassen – Dr. Hertz. Und dieser Arzt hätte ihn *„als vollkommen gesund“* bezeichnet. Eine Einschätzung, die auch von Dvorniks behandelndem Arzt in Zadar, Dr. Freiherr von Ballich geteilt und von diesem auch gegenüber dem Landessanitätsreferenten vertreten wurde.

Nardelli teilte zwar diese Ansicht nicht und war auch davon überzeugt, daß jede unbefangene Person, die mit dem Erzbischof in Kontakt kam, *„zur Überzeugung gelangen mußte, daß dessen Geisteszustand kein normaler sei“*, es war ihm aber klar, dass in einer derart heiklen Frage das Gutachten eines Staatsarztes, der noch dazu kein Psychiater war, in der

---

<sup>753</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 9/geh. 1910 (8.3.1910) ad 597 / K.U.M. (12.3.1910).

<sup>754</sup> Ebd. Das Schreiben des Ministers (zur persönlichen Information vertraulich) ist den Geheimakten, 9/geh. 1910 (8.3.1910) beigelegt, hat keine Aktenzahl und ist mit dem Datum 24. 3. 1910 versehen. Stürgkh betont dabei vor allem die vom Abg. Biankini genannte und diesem nahestehende Zeitung Narodni List.

<sup>755</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 36/geh. 1910 (20.4.1910). Bericht Nardelli an den Minister für Kultus.

Öffentlichkeit heftig diskutiert und als Gefälligkeitsgutachten im Sinne der Behörden kritisiert worden wäre. Was wieder Wasser auf die Mühlen jener kroatischen Anhänger Dvorniks gewesen wäre, die ohnedies bereits versuchten, „*den in der Sache nicht vollkommen orientierten Teil der hierländigen Bevölkerung irrezuleiten*“. <sup>756</sup>

In einem chiffrierten Telegramm deutete der Statthalter Mitte April erstmals die Möglichkeit eines positiven Abschlusses der schwierigen Verhandlungen mit dem Erzbischof an. Zwei offene Fragen standen noch im Raum. Die erste war innerkirchlicher Natur, wobei Dvornik aber deutlich den „Kroaten“ hervorkehrte. Der Erzbischof vermutete, dass das in seiner Mehrheit „*italienisch gesinnte*“ Domkapitel Bischof Borzatti zum Kapitelvikar wählen würde und danach Rom die Ernennung eines neuen Erzbischofs hinausziehen würde, „*um die Herrschaft Borzattis zu verlängern*“ und damit einen für die italienische Seite günstigen Zustand zu schaffen. Dazu kam als zweites offenes Problem die materielle Seite: ein enger Vertrauter des Erzbischofs hatte Nardelli wissen lassen, dass Dvornik in eine Resignation nur bei Zusage eines jährlichen Ruhegehaltes von 24.000 Kronen einwilligen würde. <sup>757</sup>

Der Minister zeigte sich in seinem Antworttelegramm sehr zufrieden. Mit dem Heiligen Stuhl wäre vereinbart, dass der apostolische Administrator nach der Resignation des Erzbischofs weiter im Amt bliebe – in dieser Zeit also kein Kapitelvikar gewählt werden könnte - und dann zugleich mit der Annahme der Resignation die Ernennung des neuen Erzbischofs erfolgen würde. Nardelli wäre autorisiert, dies Dvornik verbindlich bekannt zu geben. Was die Pension beträfe, könnte der Statthalter dem Erzbischof in der nächsten Verhandlungsrunde ein Angebot auf 20.000 Kronen jährlich machen. <sup>758</sup>

Am 20. April 1910, mehr als drei Jahre nach seinem ersten Bericht über Dvorniks Geisteszustand, konnte Nardelli das unterschriebene Rücktrittsgesuch des Erzbischofs („*mit Rücksicht auf meine erschütterte Gesundheit*“) samt deutscher Übersetzung nach Wien senden. In materieller Hinsicht hatte Dvornik dem letzten Angebot des Statthalters zugestimmt: 20.000 Kronen jährlich und eine Einmalzahlung von 10.000 Kronen sofort.

Die Resignation sollte erst am 1. Mai veröffentlicht werden, weil Dvornik bis dahin Zadar verlassen wollte (seine Schwester war für ihn bereits in Sušak bei Rijeka auf Wohnungssuche)

---

<sup>756</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 36/geh. 1910 (20.4.1910). Bericht Nardelli an den Minister für Kultus.

<sup>757</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 29/geh. 1910 (13.4.1910). Bericht Nardelli an den Minister für Kultus.

<sup>758</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 31/geh. 1910 (14.4.1910). Chiffretelegramm des Ministers für Kultus an den Statthalter.

und weil zuvor die Einmalzahlung erfolgen sollte, damit er, wie es Nardelli formulierte, *„imstande sei, vor seinem Domizilwechsel seine hiesigen Verbindlichkeiten zu ordnen“*.

Abschließend urgierte der Statthalter neuerlich die unbedingt notwendige sofortige Einsetzung eines neuen Erzbischofs. Mit der Person des gegenwärtigen apostolischen Administrators Dr. Vinzenz Pulišić wäre *„diese wichtige und peinliche Angelegenheit nach meiner unmaßgeblichen Meinung zur allseitigen Zufriedenheit geordnet“*.<sup>759</sup>

Fest zu halten bleibt wohl, dass sich Nardelli mit seiner „unmaßgeblichen Meinung“ hier im gewiss nicht gering zu schätzenden Spannungsfeld zwischen Wiener Regierung, dem Heiligen Stuhl und den italienischen und kroatischen Strömungen, sowohl im dalmatinischen Klerus als auch in der dalmatinischen Öffentlichkeit ganz offensichtlich durchgesetzt hatte. Und zwar nicht nur in der Frage des Dvornik-Rücktrittes (durchaus auch angesichts unterschiedlicher medizinischer Meinungen über die Erkrankung des Erzbischofs), sondern vor allem auch in der Frage der Nachfolge. Die Argumente für den von Nardelli schon frühzeitig ins Spiel gebrachten Bischof Pulišić, bzw. gegen die verschiedenen anderen Kandidaten schienen überzeugend.

Dr. Vinko Pulišić war von 1910 bis 1922 Erzbischof des Erzbistums Zadar.

### **Das Verhältnis zur orthodoxen Kirche**

Nardellis Verhältnis zur orthodoxen Kirche lässt sich nur aus einigen wenigen Dokumenten ansatzweise ableiten. Es war aber - wie schon im Fall der katholischen Kirche - in erster Linie von staats- und landespolitischen Überlegungen getragen. Deutlich wurde dies etwa in der Ortschaft Braić im Bereich der Gemeinde Budva.

Der Grenzort zu Montenegro wurde von einigen Familienclans beherrscht, die zeitweise auch bewaffnete Konflikte miteinander austrugen und auch vor Überfällen auf Finanzwachorgane nicht zurückschreckten. Die Haupteinnahmequelle der Bewohner war der Schmuggel.<sup>760</sup>

Nachdem vier Mitglieder der Familie Stojanović wegen einer Falschaussage eines Mitgliedes der Familie Klač fast in Jahr lang in Untersuchungshaft gesessen waren (und einer von ihnen im Gefängnis gestorben war), ehe sie freigesprochen wurden, drohte zwischen den beiden

---

<sup>759</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 36/geh. 1910 (20.4.1910). Brief Nardelli an den Minister für Kultus.

<sup>760</sup> Vgl. dazu das Kapitel „Entwaffnungen“, S. 173.

Clans ein Familienkrieg. Der serbisch - orthodoxe Pfarrer Marko Zec versuchte schlichtend und beruhigend einzugreifen – als eine Art „staatliche Autorität“. So führte Zec eine Deputation des Ortes in die Finanzwachekaserne, um sich dort für den Überfall zu entschuldigen.

Zec befand sich aber auch in einer politisch heiklen Situation. Nach dem Bericht des Statthaltereirates von Budisavljević hatte Zec *„schon einige Male für kroatische Kandidaten gestimmt“* und würde daher von serbischen Kreisen, etwa dem Gemeindevorstand von Budva, systematisch in seiner Autorität untergraben (er wäre ein *„k. k. Pfarrer“*), zugleich würde aber auch versucht, ihn bei der politischen Behörde anzuschwärzen. So wurden Informationen lanciert, wonach der *„jugendliche, beschäftigungslose Sohn des Pfarrers, Milan Zec, ... als höchst unzuverlässiges Individuum“* anzusehen wäre, der mit einem gewissen Gjuro Živanović verkehre, *„welcher ein antiösterreichisches, großserbisches Lied, das in Braić gesungen wurde, verfasst haben soll“*.<sup>761</sup>

Obwohl er deshalb zuletzt auch mit den Bezirksbehörden nicht immer gute Erfahrungen gemacht hatte, stünde Pfarrer Zec weiterhin zu seiner politischen Haltung, meldete Statthaltereirat von Budisavljević nach Zadar.<sup>762</sup>

Um ihm in dieser schwierigen Situation zumindest materiell entgegen zu kommen, beantragte Nardelli für den Pfarrer eine einmalige Unterstützung von 600 Kronen. Die Begründung dafür ist bemerkenswert: durch die Geldhilfe *„würde Pfarrer Zec jedenfalls die Überzeugung gewinnen, dass eine entsprechende politische Haltung seinerseits bei der Regierung nicht ohne Anerkennung bleibe, und sich gleichzeitig auch bemühen, weiterhin noch mehr als bisher seine Tätigkeit den Wünschen der Behörde anzupassen“*.<sup>763</sup>

Die „Botschaft“ Nardellis zielte in zwei Richtungen: nicht nur sollte es sich bei serbisch-orthodoxen Priestern herumsprechen, dass sich eine Zusammenarbeit mit den Behörden und ein gewisses Wohlverhalten gegenüber den Intentionen der Wiener Regierung materiell „bezahlt“ machen könnte – es sollte auch in Wien am Vorabend der Balkankriege erkannt

---

<sup>761</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 2632 (16.3.1910). Bericht des Statthalters an MdI.

<sup>762</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 4567 (9.5.1910). Bericht der Statthalterei (Unterschrift: Tončić) an den Minister des Inneren.

<sup>763</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 2745 und 2748 (23.3.1911). Schreiben Nardelli an den Minister des Inneren mit der Bitte um Befürwortung beim M.f.K.u.U.

werden, dass nicht alle Serben in Dalmatien „automatisch“ Agenten des Königreiches Serbien und Verräter an der Monarchie wären.

Im Wiener Kultusministerium zeigte man zumindest Verständnis: die einmalige Unterstützung wurde im Mai bewilligt.<sup>764</sup>

In einer anderen Angelegenheit konnte Nardelli zwar nicht nachgeben, aber er versuchte zumindest, den Behörden in Wien die Situation klar zu machen. Im Frühjahr 1909 – bereits nach dem Ende der bosnischen Annexionskrise – war dem Pfarrer einer serbisch-orthodoxen Kirche in im Bezirk Šibenik großserbische Propaganda vorgeworfen worden. In der Kirche wäre eine serbische Flagge entdeckt worden.<sup>765</sup>

Die von Nardelli daraufhin angeordnete Untersuchung ergab, dass sich in der Kirche tatsächlich eine Flagge befand, aber im Rahmen eines Wappens, das schon vor Jahren der Kirche übergeben worden war. Der Bezirkshauptmann sandte eine Skizze, die er vom Gendarmeriepostenkommandanten erhalten hatte, an die Statthalterei. Das Wappen wäre demnach „*dem serbischen Staatswappen ähnlich*“ und befände sich in einer seidenen Flagge, die bei Prozessionen getragen würde; „*an der anderen Seite der Flagge befindet sich das Bild des Heiligen Sava.*“<sup>766</sup>

Nardelli betonte in seinem Bericht nach Wien, dass die Bevölkerung von der politischen Bedeutung des Wappens „*nichts*“ wisse, dass die politische Haltung der Leute im Ort „*mit zwei Ausnahmen*“ völlig korrekt wäre, dass aber dieses Wappen für serbisch-orthodoxe Menschen „*besondere religiöse Bedeutung*“ hätte. Allerdings wäre das Wappen in Dalmatien verboten und er hätte daher den zuständigen serbisch-orthodoxen Bischof in einem Schreiben aufgefordert, es aus der Kirche entfernen zu lassen.<sup>767</sup> Weitere Sanktionen erfolgten nicht.

Auch in der Serbisch-orthodoxen Kirche wurde 1910 ein Bischofsrücktritt notwendig – wenn auch unter wesentlich dramatischeren Umständen als in der Katholischen Kirche. In einer kurzen Zeitspanne war Nardelli geneigt, hart und öffentlich durchzugreifen (weil es sich offensichtlich nicht um einen innerkirchlichen, sondern um einen kriminellen Vorfall

---

<sup>764</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 21 – Z. 5050 (27.5.1911). Erlass des M.f.K.u.U.

<sup>765</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez..II. Kart. 32 – Z. 5348 (1.5.1909). Bericht der Statthalterei an MdI. Der Ort wird im Bericht als Gjevske angegeben.

<sup>766</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 59/geh. 1909 (30.3.1909). Bericht des Bezirkshauptmannes Benkovac Zl. 235/res.

<sup>767</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 32 – Z. 7436 (26.6.1909). Schreiben Nardelli an den Minister des Inneren.

handelte), entschied dann aber auf Anregung Wiens, die Angelegenheit *„möglichst schonend zu behandeln.“*

Anfang Juli wußte der Statthalter an Kultusminister Stürgkh zu berichten, er hätte *„in konfidentiellem Wege in Erfahrung gebracht“*, dass es bei der Geldgebarung der im serbisch-orthodoxen bischöflichen Konsistorium in Zadar liegenden Stiftungen und kirchlichen Depositen zu schweren Unregelmäßigkeiten gekommen wäre. Diese hätte der frühere administrative Referent des Konsistoriums und nunmehrige serbisch-orthodoxe Bischof in Kotor, Dositheus Jović, verschuldet.

Nach ersten Informationen wäre eine ziemlich große Summe verschwunden. In seiner Antwort hatte es der Minister Nardelli *„als dem mit den einschlägigen Verhältnissen besonders und unmittelbar Vertrauten überlassen ... an die Ordnung dieser unliebsamen Affäre zu schreiten“*.<sup>768</sup>

Nach Einschaltung des Metropoliten Dr. von Repta und von Bischof Dr. Milaš, die beide zu Gesprächen nach Wien reisten, hatte Nardelli die Aufgabe, die tatsächliche Schadenshöhe feststellen zu lassen, von Bischof Jović ein Geständnis einzufordern und diesen zum Rücktritt und Rückzug in ein Kloster zu veranlassen. Da die serbisch-orthodoxe Kirche die vermutlich größere Unterschlagungssumme nicht selbst würde aufbringen können, müsste dann der Staat wohl helfend einspringen.

Nardelli drohte dem Bischof mit einem öffentlichen Gerichtsverfahren und konnte schon Anfang September das Rücktrittsgesuch von Bischof Jović (aus gesundheitlichen Gründen wegen zunehmender *„Anfälle einer Nervenkrankheit“*) nach Wien senden.<sup>769</sup>

Zuvor hatte Jović in zwei Briefen seine Veruntreuungen eingestanden. Der Schaden war tatsächlich beträchtlich und ergab eine Gesamtsumme von 74.984 Kronen.

Am 12. Oktober mußte Nardelli nach Wien berichten, dass man den zurückgetretenen Bischof tot im Kloster aufgefunden hätte. Jović hatte mit einem Revolverschuss Selbstmord verübt und in einem Abschiedsbrief, den er selbst als *„sein Testament“* bezeichnet hatte, die Kirche und die Öffentlichkeit um Verzeihung gebeten.<sup>770</sup>

---

<sup>768</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 44/geh. 1910 (31.7.1910). Schreiben des Ministers für Kultus an Nardelli.

<sup>769</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 50/geh. 1910 (11.9.1910). Schreiben Nardelli an den Minister für Kultus. Das Rücktrittsgesuch war beigelegt, ist mit 29.8.1910 datiert und wurde bereits im Kloster Savina geschrieben.

<sup>770</sup> Staatsarchiv Zadar, Geheimakten, 63/geh. 1910 (12.10.1910). Bericht des Statthalters an MdI.

Die Behandlung der Kirchen, aber vor allem ihrer Vertreter durch den Statthalter während seiner Amtszeit scheinen die Ansicht der Wiener Kreise um Thronfolger Franz Ferdinand zu bestätigen, dass Nardelli jedenfalls dem Klerikalismus nicht nahe stand.

Es entsteht der Eindruck, dass in seinem Amtsverständnis die Kirchen für ihn nichts anderes waren als „Vereine“ mit Offiziellen, Mitgliedern und Statuten – wenn auch „staatstragende Vereine“, die für die Bürger des Landes und für die Erhaltung der Ordnung im Staat eine wichtige Funktion hatten und daher in ihrem Ansehen und in ihrer Wirkung unterstützt werden mussten. Aber eben nicht „blindgläubig“. Und dort, wo die „Vereinsinteressen“ vor die Staatsinteressen traten, mußte eingeschritten werden.

## **8. DIE „ABBERUFUNG“ VON STATTHALTER NARDELLI**

Die genauen Ursachen für die „Abberufung“ Nardellis (der er ja mit dem Antrag um Versetzung in den Ruhestand zuvorkam) sind nicht ganz klar. Es waren wohl informelle Gespräche um die Jahreswende 1910/1911, die möglicherweise bereits vorhandene Tendenzen in diese Richtung bei einigen Regierungsmitgliedern verstärkt haben. Auch die Berufung von Graf Wickenburg zum Minister des Inneren im Jänner 1911 sollte nicht unterschätzt werden. Der Grazer Studienkollege von Nardelli hatte neben seiner langjährigen Wiener Regierungspraxis auch mehrjährige Erfahrungen in Statthaltereien und zweifellos bestimmte persönliche Vorstellungen über die Führung einer Statthaltereie.<sup>771</sup>

Bei den relevanten Aspekten sollten neben den beiden „politischen“ Begründungen („allgemeine Situation am Balkan“ und „zunehmender Einfluss des Klerikalismus in Dalmatien“) auch zwei weitere mögliche „persönliche“ Ursachen nicht außer Acht gelassen werden. Einerseits eine Frage, die Nardelli persönlich betrifft, nämlich wie weit es bei ihm in den sieben gewiss nicht leichten Jahren an der Spitze des Landes zu einer physischen, aber auch zu einer psychischen Abnützung seiner Arbeitskraft gekommen ist. Die zweite Frage betrifft die Persönlichkeit von Thronfolger Franz Ferdinand und sein „langes Gedächtnis“.

---

<sup>771</sup> Vgl. Anm.290 S. 89. Außerdem ist es naheliegend, dass Wickenburg den präsumtiven Nardelli-Nachfolger Attems aus dem Wiener Ministerium des Inneren persönlich gekannt hat.

Dazu noch eine kurze Rückblende ins Jahr 1906. Beim Dalmatienbesuch von Franz Ferdinand im September hatte es in Dubrovnik einige „kleine Pannen“ gegeben. Die Landung verzögerte sich und brachte das geplante feierliche Empfangsprogramm durcheinander, der zufällig zur gleichen Zeit in Dubrovnik anwesende Erbprinz Danilo von Montenegro erhielt von einigen Bewohnern stürmische Ovationen und es gab nahezu keine schwarz-gelbe Beflaggung. Franz Ferdinand beschwerte sich telegraphisch beim Kaiser in Ischl. Dieser informierte Ministerpräsident Beck, Nardelli mußte sich ziemlich ausführlich rechtfertigen.

Der restliche Aufenthalt in Dubrovnik und auch der Besuch in Zadar verliefen dann zufriedenstellend. Die von Nardelli gelieferten Klarstellungen wurden von Beck akzeptiert und in dessen Schreiben an den Thronfolger mit dem Hinweis, dass Wien „*Jahre hindurch die Peripherie des Landes vernachlässigt*“ hätte, sogar noch verstärkt.<sup>772</sup> Nardelli hatte die „*auffallende Vermeidung der schwarz-gelben Fahne in Ragusa*“ mit der politischen Linie von Bürgermeister Čingrija begründet.<sup>773</sup>

Doch Franz Ferdinand hatte aus Dubrovnik einen Eindruck mitgenommen, den er im Telegramm an den Kaiser so formulierte: „*Hiesiger Statthaltereirat ist eine vollkommen unfähige Persönlichkeit, Statthalter anscheinend sehr schwach und ängstlich*“.<sup>774</sup>

Zu den Charaktereigenschaften von Franz Ferdinand gibt es umfangreiche Studien. Das überwiegend geschilderte Auftreten nach außen hin ist wohl mit „*unwirsch, abweisend, unversöhnlich, gehässig und verletzend*“ bestens definiert.<sup>775</sup> Er war zwar ein bekenntnistreuer Katholik, aber Tugenden wie „*Demut, Nächstenliebe, Güte, Versöhnlichkeit waren Franz Ferdinand fremd*“.<sup>776</sup> Er hatte ein „*hochgespanntes Geltungsbedürfnis*“.<sup>777</sup>

---

<sup>772</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 30 – Z. 8116 (18.9.1906). Einsichtsakt des Ministeriums des Inneren. Im Telegramm an den Kaiser betonte der Thronfolger, er hätte fast nur „*großserbische und Stadtfahnen*“ gesehen. Für Danilo hätte es „*überall begeisterte Živiorufe*“ gegeben, bei Franz Ferdinand „*rührte sich niemand*“. Er wollte vom Statthalter wissen, ob sich dieses „*skandalösen Schauspiel*“ in Zadar wiederholen würde. Dieser antwortete „*unsicher, dass er morgen früh eine Nachricht über die dortigen Zustände erhalten würde.*“ Der Thronfolger bat um A.H. Befehl, ob er den geplanten Zadar-Aufenthalt absagen sollte.

<sup>773</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 30 – Z. 8214 (21.9.1906). Einsichtsakt des Ministeriums des Inneren mit Schreiben Nardellis an Ministerpräsident Beck (Zara, 18.9.1906). Nardelli verwies darauf, dass Čingrija jedoch nicht „*anti-dynastisch*“ wäre, er wollte die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien im Rahmen der Habsburgermonarchie.

Mirijana Gross, Erzherzog Franz Ferdinand und die kroatische Frage. Österreichische Osthefte 8/1966. S. 295 nennt noch einen zweiten „*Schuldigen*“: Frano Supilo wäre demnach überzeugt davon gewesen, „*dass Franz Ferdinand die Kälte, mit der er empfangen wurde, hauptsächlich seinem Einfluß zuschrieb*“.

<sup>774</sup> HDA Zagreb, MUP. Prez. II. Kart. 30 – Z. 8116 (18.9.1906). Einsichtsakt des MdI mit dem Telegrammtext.

<sup>775</sup> Friedrich Weissensteiner, Franz Ferdinand - Der verhinderte Herrscher. Zum 70. Jahrestag von Sarajewo (Wien 1983). S. 219.

<sup>776</sup> Ebd. S. 226.

<sup>777</sup> Ebd. S. 229. Zitat nach Carl Bardolff, Soldat im alten Österreich (Jena 1938).

Franz Ferdinand war „*ein guter Hasser, er vergaß nicht leicht und wehe denen, die er mit seinem Haß verfolgte*“.<sup>778</sup>

Dass Franz Ferdinand auch mehrere Jahre nach dem Dubrovnik - Empfang in Nardelli einen „*schwachen und ängstlichen*“ Mann sah, ist demnach höchst wahrscheinlich. Dies war zwar für sich allein noch kein Grund für eine Ablösung, erleichterte jedoch zweifellos die Bemühungen jener Kreise in Wien, die schon 1905 gegen Nardelli als Landeschef eingetreten waren. Dass der Statthalter vor allem 1910 in einigen Situationen (wenn auch ohne direkte persönliche Schuld) bei mehreren Regierungsmitgliedern keinen „starken Eindruck“ hinterlassen hatte, wurde bereits dokumentiert. Dass daher in Wien angesichts der Spannungen auf dem Balkan die Ersetzung Nardellis durch einen „starken Statthalter“ angedacht wurde, scheint verständlich.

Die „persönlichen Aspekte“ kommen jedoch bei der Darstellung der Abberufung Nardellis in kroatischen Berichten zu kurz. Dort wird - wie auch in den zeitgenössischen Pressekommentaren aus Dalmatien - der „politische Aspekt“ hervorgehoben: demnach wurde der „unverlässliche Dalmatiner“ durch einen „vertrauenswürdigen Nicht - Dalmatiner“ ersetzt. Dies war zwar ein in Wien möglicherweise nicht unerwünschter Nebeneffekt. Immerhin hatte man in Marius Graf Attems einen potentiellen Nachfolger, auf den man sich verlassen konnte. Und Attems hatte „*direkten Kontakt mit der Kanzlei des Thronfolgers*“.<sup>779</sup> Es hatte sich aber 1910/11 den Wiener Regierungskreisen offenbar auch kein vertrauenswürdiger Dalmatiner aufgedrängt, wie dies 1905 mit dem damals auch in der Hauptstadt schon bekannten und geschätzten Hofrat Nardelli der Fall war. Es sollte also zumindest in Erwägung gezogen werden, dass der Wechsel 1911 auch in der Person Nardellis begründet gewesen sein könnte und vielleicht auch unabhängig von seiner Nationalität erfolgt wäre.

Selbstverständlich sprachen aber auch „gute politische Gründe“ für eine Ablöse Nardellis. Der Einfluss des aggressiven Klerikalismus hatte mit der Gründung der „Klerikalen Rechtspartei“ in Dalmatien 1910 zugenommen, es gab schwere Konflikte mit den anderen politischen Parteien. Der dalmatinische Klerikalismus wurde vom Kreis um Thronfolger Franz Ferdinand gefördert. Dabei zeigte sich, so schreibt Mirijana Gross, Statthalter Niko

---

<sup>778</sup> Weissensteiner, Franz Ferdinand. S. 231. Zitat nach Ottokar Czernin, Im Weltkrieg (Berlin 1919).

<sup>779</sup> Mirijana Gross, Povijest Pravaške Ideologije (Geschichte der Ideologie der Kroatischen Rechtspartei).(Zagreb 1973). S.380.

Nardelli *„in den Augen der obersten Regierungsvertreter als nicht geeignet zur Durchführung der großösterreichischen Pläne und zur Unterstützung der klerikalen Organisation unter dem Dach der Rechtspartei“*.<sup>780</sup>

Im Zusammenhang mit der Balkanfrage war in Wien bekannt, dass der Spruch „Der Balkan den Balkanländern“ auch in Dalmatien viele Anhänger hatte. Es war offensichtlich, dass Dalmatien doch nicht *„wirklich erobert“* worden war, weil die antiösterreichische politische Einstellung im Land so tief verwurzelt war. Ivo Perić betont, dass sich Nardelli dessen bewusst war *„und er wusste auch, dass er als Sohn Dalmatiens - des armen, unterdrückten und unzufriedenen Landes - in den Augen der Wiener Regierung als unzuverlässig erschien.“*<sup>781</sup>

Schließlich findet sich bei Mirijana Gross noch der Hinweis, dass auch der slowenische Führer der Südslawischen Union und Reichsratsabgeordnete Ivan Šusteršić bei der Ablösung Nardellis und vor allem bei der Installierung von Attems *„mitgewirkt“* haben dürfte. Attems hätte demnach die Aufgabe gehabt, die *„Klerikale Rechtspartei“* in eine Regierungsgruppierung umzuformen und Šusteršić rückte zugleich in *„die Position eines heimlichen (Neben-) Landeschefs“* auf.<sup>782</sup>

Eine derartige *„Arbeitsteilung“* - so viel scheint klar - hätte es mit einem Statthalter Nardelli nicht geben können.

Die dalmatinischen Abgeordneten (Kroaten und Serben) protestierten gegen die Ernennung von Marius Attems zum Leiter der Statthalterei und seines Stellvertreters Hofrat Franz Thun beim neuen Ministerpräsidenten Paul Gautsch. Sie verlangten, dass *„wenigstens einer von ihnen aus Dalmatien wäre! Diese Missachtung gegenüber den einheimischen Beamten und auch gegenüber dem Volk selbst, kann keine guten Folgen nach sich ziehen“*. Gautsch verwies darauf, dass auch in anderen Provinzen *„nicht immer Söhne der Heimat an der Spitze der Verwaltung stünden“*.

Der Protest der Abgeordneten richtete *„sich nicht gegen die Person, sondern gegen das System, nach welchem die Söhne des Landes von den wichtigeren Verwaltungsposten ausgeschlossen werden“*. Die Regierung müsste jedenfalls *„die Verantwortung für die*

---

<sup>780</sup> Gross, Povijest Pravaške Ideologije. S. 380.

<sup>781</sup> Perić, Politički portreti, S. 216.

<sup>782</sup> Gross, Povijest Pravaške Ideologije. S. 380.

*Folgen, die sich aus einem solchen System ergeben könnten“* tragen, erklärten die dalmatinischen Abgeordneten.<sup>783</sup>

## 9. DIE BEWERTUNG DER TÄTIGKEIT NARDELLIS IN DER PRESSE

Über Niko Nardelli schrieben anlässlich seines Rücktritts natürlich alle Zeitungen in Dalmatien. In Wien brachte immerhin die „Neue Freie Presse“ einen längeren Beitrag zu diesem Thema.

„**Narodni list**“, das Organ der „Kroatischen Partei“, betonte, dass es bis zur Ernennung Nardellis so ausgesehen hätte, *„als ob die Söhne Dalmatiens entweder nicht arbeitsam oder nicht würdig genug gewesen wären, um Statthalter Ihrer Majestät in ihrem Heimatland zu sein“*. Nardelli wäre diese schwere Aufgabe deshalb nicht sehr schwer gefallen, weil er *„ausgezeichnet über die politisch-sozialen Verhältnisse informiert war, die im Machtzentrum und im Land herrschten und weil er nahezu alle politischen Menschen und Persönlichkeiten kannte“*. Es gelang Nardelli, *„stets inmitten der leidenschaftlichsten politischen Kämpfe in Dalmatien ... auch in den parteipolitischen, eine Art von Gleichgewicht zu bewahren“*, das seine Machtausübung als objektiv erscheinen ließ. Er war *„ein geschickter Parlamentarier und geistreicher Polemiker“*. Gegenüber den politischen Parteien schlug er einen *„goldenen Mittelweg“* ein, auf dem er zwar keiner Partei alles recht machte, andererseits *„trotzdem auch keine einzige verbitterte“*.

Zwei große Verdienste hob die Zeitung hervor: *„Sein erstes Verdienst ist, dass sich die Wiener Regierung endlich bewegte, aus der extremen hundertjährigen Vernachlässigung Dalmatiens einmal herauszukommen.“* Natürlich wäre das nicht allein sein Verdienst gewesen, weil es ja schon seit langem die Klagen der nationalen Repräsentanten gab. Aber ohne die stetigen Anstöße des Statthalters, ohne die dauernden Hinweise auf die fatalen Folgen von Armut und Elend, *„wäre es noch immer schwer, die Wiener Regierung in Bewegung zu bringen“*.

Das zweite große Verdienst war die Lösung der Sprachenfrage. *„Es wurde schon im Sabor sowohl von unserer als auch von der italienischen Seite hervorgehoben, dass das Erreichen*

---

<sup>783</sup> Narodni list 82/1911 (14.10.1911) S. 2.

*dieser Übereinkunft ... in erster Linie dem Statthalter zugeschrieben werden kann, der sich mit ganzer Seele dafür einsetzte, dass diese Angelegenheit, für deren unverzügliche Lösung er mit ruhigem Geist und guter öffentlicher Verwaltung arbeitete, zu Ende geführt werde.*“ Dass Nardelli die endgültige Einführung der kroatischen Amtssprache nicht mehr im Amt erleben könnte, wurde ausdrücklich bedauert.

Nardelli hätte viel erreicht, resümierte „Narodni list“, aber nicht alles, was er sich gewünscht hatte, weil *„man weiß, dass der Statthalter in Zadar vorschlägt, dass aber erst in Wien beschlossen wird“*.<sup>784</sup>

In der „**Prava Crvena Hrvatska**“, der Zeitung der Dubrovniker radikalen Staatsrechtler wurde betont, dass die Anhänger der „Rechtspartei“ bei Nardelli *„weder Schutz noch Liebe“* gesucht hätten. Es wurde ihm aber sein Einsatz für die materiellen und kulturellen Notwendigkeiten Dalmatiens zugestanden. Es wäre für ihn nicht leicht gewesen und er ziehe sich jetzt *„wegen der Intriganten“* und auch wegen anderer Unannehmlichkeiten zurück, *„satt und übersatt des schlammigen und morastigen Wassers, durch welches das Schiff der Macht fahre, begierig nach frischem Land und Ruhe“*.<sup>785</sup>

In der „**Smotra dalmatinska**“, der offiziellen Zeitung der Landesregierung, war zu lesen, dass Nardelli permanent um die Beruhigung der Parteien-Leidenschaften in Dalmatien bemüht war und erreicht hätte, dass alle politischen Parteien *„im Geist der jeweiligen Nuancierung ihres aufrechten Patriotismus kompromissbereit und einig in der gemeinsamen Arbeit für das Glück und den Fortschritt des Landes“* gewesen wären. Besonders hervorgehoben wurde, dass Nardelli als wissbegieriger und gebildeter Herr mit regelmäßiger Zufriedenheit das literarische, wissenschaftliche und künstlerische Leben begleitet hätte; dass er stets *„junge arbeitsame Enthusiasten auf ihrem Weg“* unterstützt hätte; dass er bei der Statthalterei eine reichhaltige Bibliothek gegründet hätte, in der neben Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswerken noch zirka 6.000 seltene alte dalmatinische Bücher, Inkunabeln und Handschriften angesammelt wurden. Und dass er das „alte Statthaltereiarhiv“ reorganisieren und ergänzen ließ und es damit für *„alle Liebhaber der Geschichte und Bücher“*, besonders für *„fremde und einheimische Forscher“* zugänglich machte.<sup>786</sup>

---

<sup>784</sup> Narodni list 79/1911 (4.10.1911) S. 1.

<sup>785</sup> Prava Crvena Hrvatska, Jg. VII/ 345 (7.10.1911) S. 1.

<sup>786</sup> Smotra dalmatinska 81/1911 (11.10.1911) S. 1.

Im „**Dubrovnik**“, dem Organ der „Serbischen Partei“, wurde Nardelli nur sehr verhaltene Würdigung zuteil. Er hätte „*viel gewollt*“, aber „*nichts gekonnt*“. An der Schwäche Nardellis sei Wien schuld gewesen, „*die alte Betrügerin*“.<sup>787</sup>

Die „**Crvena Hrvatska**“, die Zeitung der Dubrovniker Anhänger der „Kroatischen Partei“, schrieb nach der Ernennung von Marius Attems zum Statthalter, es wäre zu konstatieren, dass Baron Handel auf Grund der nationalen Verbitterung gezwungen war, das Land zu verlassen. Die Unzufriedenheit hätte sich gelegt, nachdem an der Spitze des Landes „*der einheimische Herr Niko Nardelli war. Dessen Statthalterei fiel in eine Zeit, in der die politischen Umstände im Land sehr schwierig waren und die von ihm eine große Portion Fingerspitzengefühl erforderte. Aber als Baron Nardelli seine Mission erfüllt hatte, wurde er von seinem Posten entlassen, um den Platz für einen anderen frei zu machen*“. Der neue Herr hätte keine Kenntnis von Land, Volk und Sprache, er genieße allerdings das „*ausgezeichnete Vertrauen der Macht*“ und das „*persönliche Wohlwollen des Thronfolgers*“.<sup>788</sup>

In Wien wies die „**Neue Freie Presse**“ darauf hin, dass die Amtsmüdigkeit Nardellis in Zadar kein Geheimnis gewesen und zuletzt durch Meinungsverschiedenheiten mit der Mehrheitspartei im Sabor („Kroatische Partei“), aber auch mit der Zentralregierung gesteigert worden wäre. Nardelli hätte sich auch als Statthalter Charakterfestigkeit, Gerechtigkeitsinn und „*inmitten der heftigen Parteikämpfe Objektivität bewahrt*“. Auch hier wurden die beiden großen Leistungen seiner Amtszeit hervorgehoben: die Aktion zur wirtschaftlichen Hebung Dalmatiens (wenn sie weitergeführt würde) und die Lösung der Sprachenfrage. Bei letzterer hätten die Italiener bei den Parteienverhandlungen in Dalmatien mit ihrer Zustimmung ein „*schmerzliches Opfer*“ gebracht, weil sie erkennen konnten, dass „*Baron Nardelli sich auch damals seinem Prinzip treu erwiesen hatte, innerhalb gewissen Grenzen die Minoritäten gegen Überwältigungsversuche der Majorität zu schützen*“. Die „Italienische Partei“ Dalmatiens würde den Rücktritt Nardellis „*aufs tiefste bedauern*“, ebenso wie die „*slavische Mehrheit ... mit Ausnahme der Rechtspartei*“. Diese hätte sich in letzter Zeit „*mit Unrecht*“ durch Nardelli „*in ihrem Emporstreben zur Macht gehemmt gefühlt*“, beendete die „Neue Freie Presse“ ihren „Nachruf“ auf Statthalter Baron Nikolaus von Nardelli.<sup>789</sup>

---

<sup>787</sup> Dubrovnik 39/1911 (7.10.1911) S. 2.

<sup>788</sup> Crvena Hrvatska 5/1912 (17.1.1912) S.1.

<sup>789</sup> Neue Freie Presse Nr. 16920 (29.9.1911) S.7.

## ZUSAMMENFASSUNG

Obwohl Würdigungen abtretender politischer Persönlichkeiten in Zeitungen wohl auch schon vor 100 Jahren mit gewisser Vorsicht aufzunehmen waren, scheinen doch die beiden großen Leistungen Nardellis in seiner Amtszeit allgemein unbestritten zu sein. Sowohl bei der Initiierung des Wirtschaftsprogramms (weniger bei der Durchführung), als vor allem aber bei der Lösung der Sprachenfrage agierte der Statthalter überwiegend in der Rolle des politischen Landeschefs und nicht als „politischer Beamter“ und damit verlängerter Arm der Wiener Zentralregierung. Der Ausgleich zwischen den Forderungen der kroatischen Majorität und dem Schutzbedürfnis der italienischen Minorität, sowie dessen Realisierung durch die Wiener Regierung war eine „politische Leistung“, die mit Ausnahme der „Rechtspartei“ von allen Seiten anerkannt wurde.

Auch beim Versuch, das Kolonatsproblem zu lösen, war Nardelli um einen vernünftigen Ausgleich innerhalb des Landes bemüht - mit leichten Sympathien für die Kolonen. Die aus Dalmatien nach Wien gesandten Vorschläge hätten bei etwas weniger bürokratischer Schwerfälligkeit eine praktikable Basis für eine gesetzliche Lösung noch im Rahmen der Habsburgermonarchie geboten.

Ein weiteres Problem von immenser Wichtigkeit für Dalmatien, die Eisenbahnverbindung mit der übrigen Monarchie, wurde ebenfalls in Nardellis Amtszeit nicht gelöst. Dies war jedoch nicht die Schuld des Statthalters, der hier sowohl mit sachlichen Begründungen als Beamter, als auch mit politischer Argumentation (zum Wohl der Bevölkerung seines Landes) aktiv war. Hier erwies sich die Wiener Regierung gegenüber den ungarischen Verzögerungen als politisch zu schwach und Nardelli hatte (außer seiner offen gezeigten Aversion gegen Budapest) keinen Handlungsspielraum. Ob eine mit größerem Nachdruck in Wien erhobene Forderung, zumindest den Bau der innerdalmatinischen Bahnstrecken voranzutreiben, Erfolg gehabt hätte, bleibt dahin gestellt.

Wo entsprechend der Fragestellungen dieser Arbeit Nardelli überwiegend als hoher Beamter im Sinn der Wiener Regierungslinie agierte, waren die großen nationalen Bereiche. Sofort nach der Annexion von Bosnien und Herzegowina zeigte sich der Statthalter als getreuer und aktiver Verteidiger der Staatsinteressen, als erfahrener Beamter gepaart mit der notwendigen Eigeninitiative. In der kritischen Phase 1908/09 hatte Nardelli sein Land „voll im Griff“.

Im Zuge der Entwicklung des „Neuen Kurses“ und der Resolution von Rijeka, noch mehr allerdings im Vorfeld der Reichsratswahlen 1907 zeigte sich Nardelli als Paradebeispiel eines „politischen Beamten“, wie ihn sich wohl nur jede Regierung wünschen würde. Mit Aktionen, die eigentlich mit der Funktion eines obersten Landesherren nicht vereinbar waren, griff der Statthalter „politisch“ ein, angefangen von der versuchten Änderung von Parteiprogrammen bis zur Nominierung bzw. Verhinderung von Reichsratskandidaten. Hier findet sich eine durchaus intrigante Seite von Nikolaus Nardelli, unter Ausnutzung seiner Kenntnisse über Strukturen und Schwächen in der dalmatinischen Parteienlandschaft und ihrer Protagonisten, einer Art von „beflissenen und vorausseilenden Gehorsam“ gegenüber den Wiener Regierungsstellen und der Abqualifizierung, um nicht zu sagen Diffamierung von echten oder vermeintlichen politischen Gegnern.

Bei der Durchsetzung spezifisch dalmatinischer Interessen in Wien und auch bei der „Erklärung“ bestimmter nationaler Besonderheiten findet sich ein durchaus eloquenter, nachdrücklicher und auch den Zentralstellen widersprechender Nardelli, besonders in seinen ersten Amtsjahren. Etwa was den Widerstreit von wirtschaftlichen Interessen und Spionageangst der Militärs betrifft oder auch seine konsequente Linie bei der Ablösung und Nachfolge des Erzbischofs von Zadar.

Im Rahmen des Wirtschaftsprogramms für Dalmatien konnten einige Strukturverbesserungen finanziert werden, etwa Straßen- und Hafenausbauten, Schulbauten und Einrichtungen zum Aufbau eines bescheidenen Fremdenverkehrs. Wichtig war auch die Trockenlegung von Sumpfgebieten und damit das Zurückdrängen der Malariaerkrankungen.

In jenem Bereich, der Nardelli sehr am Herzen lag, nämlich Ruhe und Ordnung, stieß der Statthalter aber immer wieder an seine Grenzen. Bei den permanenten Auseinandersetzungen zwischen Italienern und Kroaten, später dann auch zwischen „gemäßigten“ und rechten bzw. klerikalen Kroaten fand er offenbar keinen Weg, über die Exponenten der einzelnen Gruppierungen und auch über die Kirchen eine Mäßigung der hochgehenden Emotionen zu erreichen (nicht zuletzt deshalb, weil das von den meisten Repräsentanten auch gar nicht gewünscht wurde). Mit Gendarmerie- und Polizeieinsätzen waren die Probleme jedoch nicht in den Griff zu bekommen. Dieser „Kampf gegen Windmühlen“ hat - so scheint es - Nardelli doch ziemlich „ermüdet“ (auch wenn der Begriff des „burn-out-Syndroms“ erst 50 Jahre nach seinem Tod geprägt wurde).

Worunter Statthalter und Land zweifellos zu leiden hatten, war eine relativ große Zahl von minder qualifizierten Beamten, die außerdem sehr oft parteiisch im Sinne der ihnen jeweils nahestehenden Volksgruppe agierten. Die Personalhoheit fiel allerdings mit Ausnahme der Bezirkshauptmänner in die Kompetenz des Statthalters. Die Auswahlmöglichkeiten angesichts der notwendigen Mehrsprachigkeit waren zweifellos gering, aber Fehlleistungen seiner nachgeordneten Stellen wurden in Wien natürlich Nardelli angekreidet. Hier stellte er sich auch zu oft in möglicherweise falsch verstandener „Beamtenolidaritat“ vor seine Mitarbeiter. In der österreichischen Bürokratie war die radikale Durchgriffsmoglichkeit, noch dazu in einem Land mit schwierigen Kommunikationsmöglichkeiten zweifellos eingeschränkt. Dennoch ist Nardelli zumindest in den letzten Jahren seiner Statthalterschaft eine gewisse Führungsschwäche nicht abzusprechen. Er war gegen Ende seiner Karriere jedenfalls nicht mehr der von Wien gewünschte „starke Statthalter“.

Nardelli blieb aber seinen Grundsätzen treu: gegen „extreme“ politische Positionen (dazu zählte für ihn auch der Klerikalismus), Toleranz gegenüber Minderheiten, wertkonservativ mit Verständnis für Traditionen - im Land, aber auch in der gesamten Monarchie. Er war aufgeschlossen gegenüber dem technischen Fortschritt, der Wissenschaft und der Kultur, vor allem aber war er seinem Kaiser verpflichtet.

Für einen Buben aus einer bürgerlichen Dubrovniker Familie, der seit seinem siebenten Lebensjahr ohne Vater aufwachsen mußte und auch keine adeligen Fürsprecher hatte, war Nardelli 1911 in einer Position, die aus seiner Sicht nicht mehr steigerungsfähig war. Nikolaus Freiherr von Nardelli konnte, auch wenn der Anstoß dazu zweifellos aus Wien kam, vom Spannungsfeld zwischen Zentralmacht und Landesinteressen erhobenen Hauptes Abschied nehmen.

## LITERATURVERZEICHNIS

### Quellen

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek (Katalognummer 708168 – Nardelli)

Dokumente zur Geschichte des Familiengrabes Nardelli (Kopien im Archiv des Verfassers).

Državni arhiv Dubrovnik (Staatsarchiv Dubrovnik). Catalogo del Imp. Reg. Ginnasio Superiore di Ragusa der Schuljahre 1865/66 bis 1872/73.

HR-DADU-257. Arhiv Čingrija - Dopisivanje. X 7 E 1 - 13. Briefe von Niko Nardelli an Pero Čingrija (1905).

Oporuka (Testament) Baruna Nika Nardelli - Testamentsverzeichnis Nr. 166 a 15/2 b Nardelli.

Državni arhiv Zadar (Staatsarchiv Zadar). Arhivski Fond HR DAZD 496. Tajni Spisi c.k.

Dalmatinskog Namjesništva 1814 – 1918. (Geheimakten der k.k. Statthaltereirei).

Statthaltereiakten 1905 -1911.

Brzopisna izvješća Dalmatinskog sabora. (Stenografische Protokolle des Dalmatinischen Landtags).

Dubrovački biskupijski arhiv (Bischofsarchiv Dubrovnik). Taufregister des „Borgo Pile“ 1857

Hrvatski Državni Arhiv (Staatsarchiv Zagreb). MUP - C. Kr. – Dalmatini spisi Prezidiale II (K. k. Ministerium des Inneren – Dalmatinische Schriften Präs. II), Kartons 17 – 34. Darin enthalten die ehemaligen - „ausgelieferten“ AVA – Kartons MdI – 22 – Dalmatien: Kart. 29 (1903/04), Kart. 30 (1905/06), Kart. 31 (1907/08), Kart. 32 (1909/10), Kart. 33 (1911/12 sowie Aktensammlung „Kolonat“) und Kart. 34 (1913 und Protokolle der „Dalmatinischen Kommission“).

Katasteramt Dubrovnik. „Borgo Pile“ Eintragungen nach 1830.

Naučna biblioteka Dubrovnik (Wissenschaftliche Bibliothek Dubrovnik). Nr. 6.221 – 1012 R. „Cavalleria Rusticana“.

Österreichische Nationalbibliothek, Verordnungen der Landesbehörden für Dalmatien 1860-1917. Reichsgesetzblätter 1849-1918 (ALEX – Historische Rechts- und Gesetzestexte online).

Österreichisches Staatsarchiv Wien, Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA).

Ministerium des Inneren - Präsidiale (MdI-Präs.) 34/2 Kartons 2240 – 2244 (1907), 2247 (1908), 2249 (1909), 2250 (1910), 2251 – 2253 (1911).

MdI-Präs. Akten – Personalien 4/Dalmatien Kart. 150 (1881-1887), Kart. 151 (1888-1898).

MdI – Adelsverzeichnis 1911. S. 211 Nr. 6255 Nardelli.

Österreichisches Staatsarchiv Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA).

Kabinettskanzlei: Vorträge. 1891 (Kart. 8), 1894 (Kart. 17), 1898 (Kart. 21), 1899 (Kart. 18), 1904 (Kart. 22), 1905 (Kart. 1; 3), 1906 (Kart. 1; 3; 5), 1907 (Kart. 1, 5, 6), 1908 (Kart. 26, 39), 1910 (Kart. 14, 16, 31), 1911 (Kart. 14, 17, 25, 30), 1917 (Kart. 16).

Nachlass Erzherzog Franz Ferdinand (Depot Hohenberg). Briefe (15). Denkschriften und Broschüren (113 – 116).

Nachlass Karl Freiherr von Macchio 1-2.

Obersthofmeisteramt (OMeA). NZA 478-9-5 (1909).

Politisches Archiv (PA) XI. Italienische Staaten 1849 – 1918 Kart. 259 (1891), Kart. 261 (1894).

Stammbaum der Familie Nardelli. Kopie durch Silvio Nardelli (Župa Dubrovačka).

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des Österreichischen Reichsrates. 18., 19. und 20. Session (Wien 17. Juni 1907 bis 30. März 1911).

Stenographische Protokolle des Herrenhauses 22. Session (30. Mai 1917 bis 30. Oktober 1918).

Stenographische Protokolle über die Sitzungen der Delegation des Reichsrates 42. Session (Wien 1907/08); 43. Session (Budapest 1908); 44. Session (Wien 1910) und 45. Session (Budapest. 1910/11).

Summarische Ergebnisse der Statistik der Reichsratswahlen von 1907 in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern. Bearbeitet und herausgegeben von der K. K. Statistischen Zentralkommission (Brünn 1907).

Universitätsarchiv der Karl-Franzens-Universität Graz (Inskriptionen 1873 – 1877).

## L i t e r a t u r

Allmayer-Beck, Christoph, Ministerpräsident Baron Beck. Ein Staatsmann im alten Österreich (Wien 1956).

Bahr, Hermann, Dalmatinische Reise (Berlin 1909).

Bahr, Hermann, Schwarzgelb. Schriften zur Zeitgeschichte (Berlin 1917).

Bauer, Ernest E., Drei Leopardenköpfe in Gold (Wien 1973).

Bianchi, Carlo Federico, Fasti di Zara religioso – politico – civili (Jahrbücher von Zadar). (Zara 1888).

Brauner, Wilhelm, Die Verfassungsentwicklung in Österreich 1848 – 1918. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd.VII/I Verfassung und Parlamentarismus, Hg. Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch (Wien 2000) S. 69 – 237.

Brauner, Wilhelm, Österreichische Verfassungsgeschichte (4. Aufl., Wien 1987).

Bruckmüller, Ernst, Sozialgeschichte Österreichs (Wien 1985).

Buczynski, Alexander, Der Dalmatinische Landtag. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd.VII/II Verfassung und Parlamentarismus, Hg. Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch (Wien 2000) S. 1951 – 1989.

Bunijevac, Helena, Ein mühsamer und lange dauernder Weg bis zum Bau. Die Geschichte der Bahnlinie durch die Lika. In: EC – Reisemagazin der kroatischen Eisenbahnen 51 (2006) S. 30 – 32.

Chlumecky, Leopold von, Erzherzog Franz Ferdinands Wirken und Wollen (Berlin 1929).

Czedik, Alois Frh. von, Zur Geschichte der k.k. österreichischen Ministerien 1861-1916, 4 Bde. (Teschen - Wien 1917-1920).

Der Neue Brockhaus, 5 Bd. (3Wiesbaden 1958).

- Die österreichischen Verfassungsgesetze. Mit Erläuterungen. Hg. Edmund Bernatzik, (2Wien 1911).
- Döfering, Carl Friedrich von Frank zu, Alt-österreichisches Adelslexikon (Wien 1928).
- Fischer Weltgeschichte. Digitale Bibliothek (dvd – Version Berlin 2005) Bd. 28.
- Freund, Fritz, Das österreichische Abgeordnetenhaus 1907 – 1911 (Wien 1911).
- G. Freytag's Reichsrats-Wahlkarte von Österreich: auf Grundlage des gleichen und allgemeinen Wahlrechts 1907 (Wien 1907).
- Gazi, Stephen, A History of Croatia (New York 1973).
- Goldinger, Walter, Die Zentralverwaltung in Cisleithanien. Die zivile gemeinsame Zentralverwaltung. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd. II. Verwaltung und Rechtswesen, Hg. Adam Wandruszka (Wien 1975). S. 100 – 189.
- Gross, Mirijana, Der kroatische Sabor (Landtag). In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd. VII/II Verfassung und Parlamentarismus, Hg. Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch (Wien 2000) S. 2283 – 2316.
- Gross, Mirijana, Povijest Pravaške Ideologije (Geschichte der Ideologie der Kroatischen Rechtspartei). (Zagreb 1973).
- Gross, Mirijana, Erzherzog Franz Ferdinand und die kroatische Frage. Ein Beitrag zur großösterreichischen Politik in Kroatien. In: Österreichische Osthefte 8/1966. S. 277 – 299.
- Hanisch, Ernst, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. In: Österreichische Geschichte 1890 – 1990 Hg. Herwig Wolfram (Wien 2005).
- Hechtenberg, Klara, Fremdwörterbuch des siebzehnten Jahrhunderts (Berlin 1904)
- Helbling, Ernst C., Die Landesverwaltung in Cisleithanien. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd. II. Verwaltung und Rechtswesen, Hg. Adam Wandruszka (Wien 1975). S. 190-270.
- Höbelt, Lothar, Parteien und Fraktionen im Cisleithanischen Reichsrat. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd. VII/I Verfassung und Parlamentarismus, Hg. Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch (Wien 2000) S. 895 – 1006.
- Hösch, Edgar, Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart (Beck'sche Reihe - München 2002).
- Ivanišević, Alojz, Wem gehört das Land? Das nationale Besitzdenken in kroatisch-serbischen Auseinandersetzungen in Kroatien um 1900. In: Südostforschungen, Hg. Edgar Hösch / Karl Nehring Bd. 61/62 Sonderdruck (München 2002/2003) S. 273 – 288.
- Ivanišević, Alojz, Die Bemühungen Josip Juraj Strossmayers um die slawische Liturgie aus der Sicht der österreichisch-ungarischen Zentralbehörden und des Vatikans. In: Österreichische Osthefte 37 (Wien 1995). S. 423-445.
- Ivanišević, Alojz, Der tausendjährige Traum. Die klassische Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts sieht die Geschichte des kroatischen Volkes in erster Linie als kollektiven Leidensweg. Mit Recht? In: IDM – Informationsblatt des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa, Sonderheft Österreich – Kroatien (4/2006) S. 27 - 29.
- Jambrich, Manuela, Dalmatien unter österreichischer Herrschaft 1797 – 1918. Ungedr. Dipl. Arbeit. (Univ. Wien 2005).
- Johnston, William M., Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donauraum 1848 bis 1938 (Wien 2006).
- Kalwoda, Johannes, Reichsratswahlen und Parteiengefüge in Dalmatien (1907 bis 1910). Dargestellt im Lichte der Statthaltereiberichte. In: Österreichische Osthefte 46 (Wien 2004) S. 21-50.

Kann, Robert A., Geschichte des Habsburgerreiches 1526 bis 1918 (= Forschungen zur Geschichte des Donauraumes Bd. 4, Wien/Köln/Graz 1982).

Kann, Robert A., Erzherzog Franz Ferdinand. Studien (Wien 1976).

Kann, Robert A., Zur Problematik der Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie 1848 – 1918. In: Die Habsburgermonarchie Bd. III / 2. Die Völker des Reiches, Hg. Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch (Wien 1980) S. 1304 – 1338.

Kiszling, Rudolf, Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich – Este (Graz 1953).

Kiszling, Rudolf, Die Kroaten. Der Schicksalsweg eines Südslawenvolkes (Graz/Köln 1956).

Klabouch, Jiří, Die Lokalverwaltung in Cisleithanien. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd. II. Verwaltung und Rechtswesen, Hg. Adam Wandruszka (Wien 1975). S. 270 – 305.

Kleinwaechter, Friedrich, Der fröhliche Präsidialist (Zürich-Wien 1955).

Knauer, Oswald, Österreichs Männer des öffentlichen Lebens von 1848 bis heute (Wien 1960).

Kraus, Karl, Sittlichkeit und Kriminalität. (Taschenbuch Frankfurt 1987).

Malfer, Stefan, Der Konstitutionalismus in der Habsburgermonarchie – siebenzig Jahre Verfassungsdiskussion in „Cisleithanien“. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd. VII/I Verfassung und Parlamentarismus, Hg. Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch (Wien 2000) S. 11 – 67.

Mayr-Harting, Anton, Der Untergang. Österreich-Ungarn 1848-1922 (Wien 1988).

Mechtler, Paul, Dalmatien und die österreichische Eisenbahnpolitik. In: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 23 (1971) S. 180 – 198.

Musulín, Alexander von, Das Haus am Ballhausplatz. Erinnerungen eines österreichisch-ungarischen Diplomaten (München 1924).

Nejašmić, Ivo, Hauptmerkmale der kroatischen Auswanderung 1880 – 1991. In: Österreichische Osthefte Bd. 37 (Wien 1995) S. 343 – 353.

Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes. Hg. Ernst Mischler / Josef Ulbrich. 4 Bände, Bd. IV R-Z (Wien 1909).

Pav, Wolfgang, Die Dalmatinischen Abgeordneten im Österreichischen Reichsrat nach der Wahlrechtsreform von 1907. Ungedr. Dipl. Arbeit (Univ. Wien 2008).

Perić, Ivo, Politički portreti iz prošlosti Dalmacije: Niko Nardelli u ulozi austrijskog namjesnika u dalmaciji (Politische Porträts aus der dalmatinischen Vergangenheit: Niko Nardelli in seiner Rolle als österreichischer Statthalter in Dalmatien). (Split 1990) S. 193 – 221.

Perić, Ivo, Dalmatinski Sabor 1861-1912 (1918) god. (Der Dalmatinische Landtag 1861-1912/1918). (Zadar 1978).

Perić, Ivo, Nardellijeva pisma Peru Čingriji. (Briefwechsel Nardelli – Pero Čingrija). In: Anali Historijskog odjela Centra za znanstveni rad JAZ u Dubrovniku 13-14 (1976). S. 172 – 184.

Perić, Ivo, Dubrovačka periodika 1848 – 1918 (Dubrovnik 1980).

Pilar, Ivo, Eine Geschichte Kroatiens, Serbiens und Bosniens. Bearb. von Michael Ackermann (3. Bad Kissingen 1995).

Piplović, Stanko, Dalmatinski namjesnici (Dalmatinische Statthalter). In: Godišnjak njemačke narodnosne zajednice 2004 (Jahrbuch 2004 der Landsmannschaft der Donauschwaben in Kroatien). (Osijek 2004).

- Pleterski, Janko, Die Südslawenfrage. In: Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat in Europa des frühen 20. Jahrhunderts, Hg. Mark Cornwall (engl. Original 2002, dt. Übersetzung o.O. 2004) S. 126 – 154.
- Pribram, Alfred Francis, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarn / Italien 1879 – 1914. (Wien/Leipzig 1920).
- Riedl, Richard, Die Wirtschaftlichen Zustände Dalmatiens. In: Dalmatien und das Österreichische Küstenland, Hg. Eduard Brückner (Wien 1911) S. 216 – 236.
- Razumovsky, Dorothea, Chaos Jugoslawien. Historische Ursachen – Hintergründe – Perspektiven (München 1992).
- Rumpler, Helmut, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie. In: Österreichische Geschichte 1804 – 1914, Hg. Herwig Wolfram (Wien 2005).
- Rumpler, Helmut, Parlament und Regierung Cisleithaniens 1867 bis 1914 In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918. Bd. VII/I Verfassung und Parlamentarismus, Hg. Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch (Wien 2000). S. 667 – 894.
- Schmitz, Georg, Organe und Arbeitsweise, Strukturen und Leistungen der Landesvertretungen. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918 Bd. VII/II. Verfassung und Parlamentarismus, Hg. Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch (Wien 2000). S. 1353 – 1544.
- Schödl, Günter, Kroatische Nationalpolitik und „Jugoslawenstvo“. Studien zu nationaler Integration und regionaler Politik in Kroatien – Dalmatien am Beginn des 20. Jahrhunderts (München 1990).
- Seton-Watson, Robert W., Die Südslawische Frage im Habsburger Reiche (Berlin 1913).
- Somogyi, Eva, Aehrenthals Reformbestrebungen 1906 – 1907. Die Dualismus Interpretation des Ministers des Äußeren. In: Österreichische Osthefte 30 (1988) S. 60 - 75.
- Somogyi, Eva, Die Delegation als Verbindungsinstitution zwischen Cis- und Transleithanien. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd. VII/I Verfassung und Parlamentarismus, Hg. Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch (Wien 2000) S. 1107 – 1176.
- Sosnosky, Theodor von, Die Balkanpolitik Österreich – Ungarns seit 1866. 2. Bd. (Stuttgart, Berlin 1914).
- Sosnosky, Theodor von, Die Politik im Habsburgerreiche. Randglossen zur Zeitgeschichte Bd. 1 (Berlin 1912) und 2 (Berlin 1913).
- Sowards, Steven W., Moderne Geschichte des Balkans. Der Balkan im Zeitalter des Nationalismus (Senzach 2004).
- Stourzh, Gerald, Der Dualismus 1867 bis 1918: Zur Staatsrechtlichen und Völkerrechtlichen Problematik der Doppelmonarchie. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd. VII/I Verfassung und Parlamentarismus, Hg. Helmut Rumpler und Peter Urbanitsch (Wien 2000) S. 1177 – 1230.
- Südland, Leo von, (Pseudonym für Ivo Pilar), Die südslawische Frage und der Weltkrieg. (Wien 1918).
- Suppan, Arnold, Historische Hintergründe des Zerfalls Jugoslawiens. Gedruckter Vortrag vom 3. Juni 1993 (Wien).
- Suppan, Arnold, Die Kroaten. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd. III/ I. Die Völker des Reiches, Hg. Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch (Wien 1980) S. 626 – 733.
- Svoger, Vlasta, Das Nationale Pressewesen / Das kroatische Pressewesen. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd. VIII/2 Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft – Die Presse als Faktor der politischen Mobilisierung, Hg. Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Wien 2006). S 2149 – 2176.

Stielers Handatlas, Hg. Justus Perthe (Gotha 1915).

Wandruszka, Adam, Ein vorbildlicher Rechtsstaat. In: Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918 Bd. II. Verwaltung und Rechtswesen. (Wien 1975). Vorwort S. I – XVIII.

Wank, Solomon, Aus dem Nachlass Aehrenthal. Briefe und Dokumente zur österreichisch-ungarischen Innen- und Außenpolitik 1885 – 1912 Bd. I. und II. (Graz 1994).

Wank, Solomon, Aehrenthal's Programme for the Constitutional Transformation of the Habsburg Monarchy: Three Secret Memoires. In: The Slavonic and East European Review 42 (London 1963) 513 – 536.

Weissensteiner, Friedrich, Franz Ferdinand - Der verhinderte Herrscher. Zum 70. Jahrestag von Sarajewo (Wien 1983).

Verkehrswege und Eisenbahnen. Beiträge zur Verkehrsgeschichte Österreichs aus Anlass des Jubiläums "150 Jahre Dampfeisenbahn in Österreich", Hg. Karl Gutkas, Ernst Bruckmüller (=Schriften des Institutes für Österreichkunde 53, Wien 1989).

## Internet

[www.catholic-hierarchy.org/diocese](http://www.catholic-hierarchy.org/diocese)

<http://oewb.retti.info/oewb/index.html> (Datenbank zur deutschen Sprache in Österreich).

[www.parlinkom.gv.at/portal](http://www.parlinkom.gv.at/portal) (Die Wahlrechtsentwicklung bis zum Republikanischen Parlament).

[www.de.wikipedia](http://www.de.wikipedia) (Burg Cetin ; Dalmatien ; Diözese Zadar ; Politischer Beamter ; Tončić).

[www.archive.org](http://www.archive.org) (Internetausgabe Fremdwörterbuch des siebzehnten Jahrhunderts)

[www.judentum.net/geschichte](http://www.judentum.net/geschichte) (Anna L. Staudacher, „Die Rückkehr zum Judentum in Wien von 1868 bis 1878“).

<http://www.nacional.hr/> - Nacional – NCL Media Group Zagreb – „dnevno online izdanje“ (tägliche online-Ausgabe - in englischer Sprache)

[www.kaltenleutgeben.gv.at](http://www.kaltenleutgeben.gv.at) ( Internetportal der Marktgemeinde).

## Zeitungen

Crvena Hrvatska 1906, 1910, 1911, 1912 (Zadar Staatsarchiv).

Dom i svijet 1906 (Mikrofilm - Zagreb National / Universitätsbibliothek).

Dubrovnik 1911 (Zadar Staatsarchiv).

Hrvatski narodni glas 1905 (Zagreb National / Universitätsbibliothek).

Narodna svijest 1925 (Naučna biblioteka Dubrovnik).

Narodni list 1911 (Mikrofilm - Zagreb National / Universitätsbibliothek).

Naše jedinstvo 1908 (Zadar Staatsarchiv).

Neue Freie Presse 1905 - 1911 (Österr. Nationalbibliothek ANNO – Onlineausgaben).

Novi list 1907 (Zadar Staatsarchiv).

Obzor 1905 (Zagreb National / Universitätsbibliothek).

Österreichische Rundschau 1909 (Österr. Nationalbibliothek).

Pokret 1907 (Zagreb National / Universitätsbibliothek).

Prava Crvena Hrvatska 1911 (Zadar Staatsarchiv).

Sloboda 1909 (Zadar Staatsarchiv).

Slobodna Dalmacija 2009 (Zagreb National / Universitätsbibliothek).

Smotra Dalmatinska 1905, 1906, 1911 (Mikrofilm Zadar Staatsarchiv).

Tršćanski Lloyd 1906 (Zagreb National / Universitätsbibliothek).

Wiener Zeitung 1905 - 1911, 2003 (Österr. Nationalbibliothek ANNO – Onlineausgaben).

**ABSTRACT ( Deutsch)**

Niko Nardelli war in der mehr als hundertjährigen Geschichte der Zugehörigkeit Dalmatiens zur Habsburgermonarchie der einzige zivile Statthalter dieses Kronlandes, der selbst aus Dalmatien kam. Er stammte aus einer bürgerlichen Familie, wurde 1857 in Dubrovnik geboren und starb dort 1925. In der Zeit von 1906 bis 1911 war er österreichischer Statthalter in der damaligen dalmatinischen Hauptstadt Zara (Zadar).

Nardelli war perfekt dreisprachig, er hatte Kroatisch als Muttersprache, in der Mittelschule Italienisch als Unterrichtssprache und studierte (in Deutsch) Jus an der Universität Graz. Er trat 1881 in den politischen Staatsdienst bei der Statthalterei in Zadar ein und arbeitete sich dort mit Fleiß, Geschick, Diplomatie und Fachwissen bis an die Spitze vor. 1905 übernahm er die Leitung der Statthalterei, 1906 wurde er vom Kaiser auf Vorschlag des österreichischen Ministerpräsidenten zum Statthalter ernannt. Er stand damit als Repräsentant des Kaisers und als Vertreter der österreichischen Regierung an der Spitze des zweitärmsten Landes der Habsburgermonarchie.

Das Land war von der Regierung Jahrzehnte lang finanziell vernachlässigt worden, hatte kaum Industrie, keine Bahnverbindung zur übrigen Monarchie, veraltete Methoden in der Landwirtschaft, keine modernen konkurrenzfähigen Schiffe. Die Rückständigkeit in der Wirtschaft und bei der Bildung (es gab bis zu 80 Prozent Analphabeten) führte dazu, daß viele junge Männer auswanderten. Im Land selbst gab es zahlreiche Konflikte zwischen Kroaten, Serben und Italienern. Amtssprache war Italienisch.

Nardelli hatte als „politischer Beamter“ (der jederzeit von seinem Posten abberufen werden konnte) in zwei Richtungen zu agieren: einerseits mußte er (als Beamter) Weisungen aus Wien in die Praxis umsetzen und die Politik der Regierung gegenüber dem Land vertreten, andererseits war er natürlich auch Landeschef, also die oberste politische Instanz im Land (auch wenn er in dieser Funktion nicht durch demokratische Wahlen legitimiert war) und als solcher bemüht, dem Land und seinen Bewohnern zu nützen.

In der vorliegenden Arbeit wurde untersucht, wie sich Nardelli in diesem Spannungsfeld zwischen Wien und Zadar bewegt hat, wo er mehr als ausführendes Organ der Wiener Regierung agiert hat und in welchen Bereichen er mehr als oberster Landesherr aufgetreten

ist. Was er für das Land erreicht hat und wo er erfolglos blieb. Und es wurde auch versucht, den Menschen Nardelli und seine Eigenschaften darzustellen.

Es hat sich gezeigt, daß Nardelli in den großen politischen Bereichen des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts überwiegend „hoher Beamter“ war. Im Vorfeld des sogenannten „Neuen Kurses“ und der Resolution von Fiume (Rijeka) trat er vehement gegen die Exponenten dieser kroatisch-serbisch-ungarischen Verständigung auf, vor den Reichsratswahlen 1907 versuchte er in einigen Fällen in die Kandidatenaufstellung einzugreifen und die Wahl von Josip Smodlaka verhinderte er durch einen Gegenkandidaten. Im Zuge der Annexionskrise 1908/1909 agierte Nardelli als umsichtiger Beamter ganz im Sinn der Wiener Regierung.

In jenen Bereichen, die vorwiegend Dalmatien betrafen und in denen Nardelli eher als politischer Landeschef agierte, konnte er einige Erfolge für das Land erzielen. In seiner Amtszeit wurde von der Wiener Regierung ein Programm zur wirtschaftlichen Hebung Dalmatiens ins Leben gerufen, damit konnten Strukturverbesserungen finanziert werden (Straßenbau, Hafenausbauten, Trockenlegung von Sümpfen und damit Zurückdrängung der Malariaerkrankungen, Schulbauten, Entwicklung des Fremdenverkehrs). Die heftigen Konflikte zwischen den Kleinbauern (Kolonen) und der Grundbesitzern konnte er durch Kompromissvorschläge eindämmen. Die Bahnverbindung zur Monarchie konnte er nicht erreichen, weil diese durch die ungarische Reichshälfte verhindert wurde. Der größte Erfolg von Statthalter Nardelli war die Einführung der kroatischen Amtssprache in Dalmatien. Die dafür notwendige Einigung der Parteien in Dalmatien hatte er in zähen Verhandlungen vorbereitet und die Vorschläge dann in Wien durchgesetzt. Die praktische Umsetzung dieser Verordnung am 1. Jänner 1912 erlebte Nardelli aber bereits im Ruhestand.

Im Jahr zuvor war Nardelli in den Adelsstand erhoben worden. Dass Nikolaus Freiherr von Nardelli bereits mit 54 Jahren in Pension ging, hatte einerseits mit seiner angegriffenen Gesundheit zu tun, andererseits waren dafür auch politische Gründe ausschlaggebend. Nardelli war kein Freund der Klerikalen Bewegung (die vom Kreis um Thronfolger Franz Ferdinand unterstützt wurde) und stand deren Aufstieg zu einer Regierungspartei im Weg. Mit seinem Rücktritt kam er einer möglichen Abberufung durch Wien zuvor.

In Dalmatien und auch in seiner Geburtsstadt Dubrovnik ist der ehemalige Landeschef heute (knapp 100 Jahre nach seinem Rücktritt und 85 Jahre nach seinem Tod) nahezu völlig in Vergessenheit geraten.

**ABSTRACT (English)**

For more than a hundred years Dalmatia was part of the Habsburg-monarchy. During that time Niko Nardelli was the only civil representative of this crown-land who was himself Dalmatian. He came from a middle-class family and was born in Dubrovnik in 1857, where he died in 1925. From 1906 to 1911 he was the Austrian governor in the former Dalmatian capital Zara (Zadar).

Nardelli was perfect in three languages. Croatian was his mother-tongue. The educational language in school was Italian. He studied law at the university Graz in German. In 1881 he started his career as a civil servant in the political department at the Dalmatian governorship in Zadar. There he worked his way to the top through diligence, diplomatic skill, diplomacy and profound knowledge. In 1905 he became head of the governorship. In 1906 he was officially appointed as Governor by the Emperor on proposition of the Austrian Prime Minister. In this position he was representative of the Emperor and executive of the Austrian government at the head of the poorest country but one in the Habsburg-monarchy.

The land had been financially neglected by the central government for decades. There was hardly any industry, no railway-connection to the rest of the monarchy, antiquated agricultural methods and no modern competitive vessels. The backwardness of economy and education (there was up to 80 p.c. illiteracy) led to the emigration of many young people. In the country itself there were numerous ethnical conflicts between Croatian, Serbs and Italian. The official language was Italian.

As a political executive (who could be recalled from this position at any time) Nardelli had to act in two directions: on the one hand he had to execute orders from Vienna and to represent the politics of the central government in the country, on the other hand of course he was head of this country and as such the highest political power in Dalmatia (although he was not legitimated by elections). In this function he made great efforts to promote the land and its inhabitants.

This thesis researches tension and stress in which Nardelli moved between Vienna and Zadar. It shows where he acted as executive of the Vienna government and where on the other hand he acted as head of the country, where he succeeded and where he didn't. This is also an attempt to portray the man and his character.

It appears, that in the big political questions within the first decade of the 20th century Nardelli was mainly the “high official”. In the development of the so called “new course” and the “resolution of Fiume” (Rijeka) he vehemently opposed to the exponents of this Croatian – Serbian – Hungarian agreement. Before the elections to the “Reichsrat” in Vienna 1907 he tried to interfere with the nominations of some of the candidates and he prevented the election of Josip Smodlaka by nominating a rival candidate. In the course of the “annexation – crisis” 1908/1909 Nardelli acted prudently and in accordance with the Vienna government.

In the fields mainly concerning Dalmatia Nardelli acted quite effectively as head of the country. During his administration a program to raise the economic standard in Dalmatia was introduced by the Vienna government to finance structural improvements (e.g. construction of roads and ports, draining of marshes to repress malaria, building of schools and development of tourism). He was able to assuage the vehement conflicts between small peasants (“coloni”) and big proprietors by successfully compromising. He did not succeed with the railway-connection to the monarchy because this was impeded by the Hungarian part of the empire. Nardelli’s biggest success was the introduction of Croatian as official language in Dalmatia. He reached the necessary consent of the different parties in Dalmatia by tenacious negotiations and then carried through the propositions in Vienna. The actual achievement of this regulation on January 1<sup>st</sup> 1912 Nardelli saw in retirement.

The year before Nardelli had been ennobled. Baron Nikolaus von Nardelli retired at the age of 54 mainly for two reasons: his weak health on the one hand and political reasons on the other hand. Nardelli was no adherent of the clerical movement, which was supported by crown prince Franz Ferdinand and his circle and he was in the way of their becoming a party in power. By resigning Nardelli prevented a possible recall by Vienna.

A hundred years after his resignation and 85 years after his death the former governor of the country is almost forgotten in Dalmatia and his birthplace Dubrovnik.

## LEBENS LAUF

Geboren in Wien am 5. 10. 1943, Vater Journalist, Mutter Haushalt.

1962 Matura am Humanistischen Gymnasium G 13 – Wien.

Studium an der Hochschule für Welthandel ( 1. Staatsprüfung, Wirtschaftsenglisch, Wirtschaftsspanisch, approbierte Diplomarbeit „Die technischen und wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen Ware und Transportmittel bzw. Transportart“).

Daneben Tätigkeit zunächst als kaufmännischer Angestellter, ab 1965 als Journalist bei verschiedenen Pressediensten. 1969 Redakteur beim PEU - Pressedienst.

1970 Heirat mit Sigrun Maix, zwei Söhne. Abbruch des Studiums.

Von 1972 bis 2005 Redakteur, ab 1981 leitender Redakteur im ORF-Fernsehen.

Mehrere TV-Dokumentationen („Das Amt des Bundespräsidenten“, „Entwicklungshilfe“), Autor des Kapitels „Sprache in Bild und Ton“ in „Praktischer Journalismus“ (Hg. Heinz Pürer, Salzburg 1984 und 1996).

Im Herbst 2002 im Zuge eines Bildungskarrenzjahres Beginn mit dem Geschichtstudium.

Von 2003 – 2005 Rückkehr in den ORF, daneben Fortführung des Studiums. Pensionierung am 1.11.2005. Freier Journalist in Wien. Vortragstätigkeit.

Schwerpunktbildung innerhalb des Studiums im Bereich neuere und neueste Geschichte, vor allem Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus, dem Fundamentalismus, der Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, sowie der Geschichte von Kroatien, Dalmatien und Bosnien / Herzegowina.

Im März 2008 Sponsion zum Mag. Phil. Fachrichtung Geschichte. Thema der Diplomarbeit: „Die Dalmatinischen Abgeordneten im Österreichischen Reichsrat nach der Wahlrechtsreform von 1907“.

